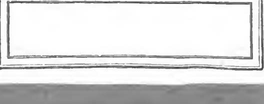
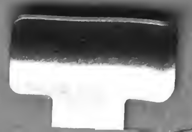



SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS











Geisteshelden

herausgegeben von

Anton Bettelheim

12. (Doppel-)Band.

Freiherr vom Stein.

Von

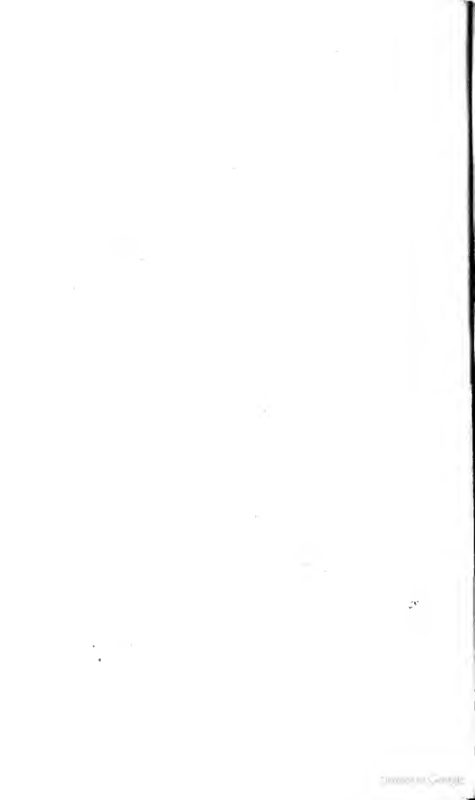
Friedrich Neubauer.

Preisgekrönte Arbeit.



Berlin.
Ernst Hofmann & Co.

Preis: { In Subskription auf 6 Bände: M. 3,
{ Im Einzelbezug . . . . . . : M. 3,60.





Geisteshelden.

(Führende Geister.)



Eine Sammlung von Biographieen.

Herausgegeben

von

Dr. Anton Bettelheim.

Zwölfter (Doppel-) Band.

(Der II. Sammlung sechster Band.)

Berlin.

Ernst Hofmann & Co.

1894.

Freiherr vom Stein.

Von

Friedrich Neubauer.

Preisgekrönte Arbeit.

„Ich habe nur ein Vaterland,
das heißt Deutschland.“



Berlin.
Ernst Hofmann & Co.
1894.

Meinen lieben Eltern.

Preis-Urteil.

In unserem Preisausschreiben vom 15. Juli 1891 haben wir drei Preise für drei zur Veröffentlichung in unserer Biographieen-Sammlung geeignete Preisarbeiten ausgesetzt.

Die bis zum 1. April 1893 eingegangenen 19 Bewerbungsschriften (3 Goethe-Biographieen und 16 anderweitige Lebensbeschreibungen) haben die Preisrichter Dr. Adolf Wilbrandt, Regierungsrat Prof. Dr. Anton E. Schönbach, der Herausgeber der Sammlung Dr. Anton Bettelheim und der Verlagsbuchhändler Dr. Erich Ehlermann geprüft und gemäß den Bestimmungen des Preisausschreibens, wonach die Preise jedenfalls und ungeteilt zuerkannt werden müssen, folgendermaßen beurteilt:

Der I. Preis von Dreitausend Mark wird der Goethe-Biographie mit dem Kennwort:

> „Darf aber auch zu Jedem sagen: lieber Freund, geht dirs doch wie mir! Im Einzelnen sentirst du kräftig und herrlich — das Ganze ging in euern Kopf so wenig als in meinen." Goethe an Pfenninger 1774.

Der II. Preis von Tausendfünfhundert Mark wird der Jahn-Biographie mit dem Kennwort:

> „Viel Feind, viel Ehr".

Der III. Preis von Tausend Mark der Stein-Biographie mit dem Kennwort:

> „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland"

zuerkannt.

Auf Grund dieses Spruches hat die Verlagsbuchhandlung die mit den Kennworten der preisgekrönten Arbeiten bezeichneten Briefumschläge am 1. Oktober 1893 geöffnet. Dabei ergab sich als Verfasser der

> mit dem I. Preise gekrönten Goethe-Biographie Herr Dr. Richard M. Meyer, Privatdozent an der Universität Berlin,
>
> mit dem II. Preise gekrönten Jahn-Biographie Herr Dr. Franz Guntram Schultheiß, Privatgelehrter in München,
>
> mit dem III. Preise gekrönten Stein-Biographie Herr Dr. Friedrich Neubauer, Oberlehrer in Halle a. S.

Die Verlagsbuchhandlung.

Inhaltsübersicht.

		Seite
I.	Steins Jugend. Eintritt in den preußischen Dienst. Erste diplomatische Thätigkeit	1
II.	Die ersten Dienstjahre. Die Revolutionskriege. Seine Vermählung	16
III.	Stein als Oberpräsident von Westfalen. Stein in Münster	25
IV.	Stein als preußischer Finanzminister	38
V.	Stein als Reformator Preußens	63
VI.	Die Verhandlungen mit Frankreich. Der Plan des Volkskrieges. Steins Rücktritt	95
VII.	Die Jahre der Verbannung	121
VIII.	Stein in Rußland. Königsberg	132
IX.	Stein im Hauptquartier der verbündeten Monarchen. Der Centralverwaltungsrat	147
X.	Die deutsche Frage. Der Wiener Kongreß. Der zweite Pariser Friede. — Lebensende	170
	Quellen	203



I.

Neben dem Stammsitze des Geschlechts, das vor drei Jahrhunderten am standhaftesten die spanische, vor zwei Jahrhunderten die französische Übermacht bekämpfte, steht die Burg, nach welcher der charaktervollste Gegner der napoleonischen Weltherrschaft seinen Namen trägt. Derselbe Berg gegenüber dem Städtchen Nassau an der Lahn trägt die Burg Nassau, der die Oranier entstammten, und die Burg Stein. Und in dem Landsitz innerhalb des Städtchens selbst wuchs der Mann auf, dessen Leben uns beschäftigt.

Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum Stein wurde am 16. Oktober 1757 geboren. Sein Vater Karl Philipp Freiherr vom Stein gehörte der deutschen Reichsritterschaft an und war Mitglied des mittelrheinischen Ritterrats; zugleich aber war er in den Dienst der Mainzer Erzbischöfe getreten und führte den Titel eines kurmainzischen Geheimrats: ein ehrenhafter und charaktervoller, freilich zum Jähzorn neigender Mann, dem sein Sohn später die Grabschrift setzte:

Sein Nein war Nein gewichtig,
Sein Ja war Ja vollmächtig,
Seines Ja war er gedächtig;
Sein Grund, sein Mund einträchtig,
Sein Wort, das war sein Siegel.

Seine Mutter, die aus dem Hause Langwerth von Simmern stammte, nannte Stein später eines der edelsten, thätigsten und religiösesten Weiber, das des höchsten Grades unwandel-

barer Freundschaft fähig gewesen sei; jede Abweichung von ihrem Beispiel sei für ihn ein Schritt zum Verderben, eine Quelle bitterer Reue gewesen. Beide Eltern nennt der Sohn höchst achtungswert, ihren Einfluß einen religiösen, echt deutsch-ritterlichen. Er rühmt ihnen nach, daß sie seinem jungen Gemüt die Ideen von Frömmigkeit, Vaterlandsliebe, Standes- und Familienehre eingepflanzt hätten; sie hätten ihm die Pflicht, das Leben zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden, zum Bewußtsein gebracht. Auf dem Lande wuchs der Knabe auf; als Sproß einer wohlhabenden, doch keineswegs reichen Familie; als Angehöriger eines Standes, der in der neuen Zeit wenig Daseinsberechtigung hatte und ihren Stürmen bald genug zum Opfer fallen sollte, dessen bessere Mitglieder sich aber aus einer größeren Vergangenheit einen Schatz von sittlichen Gütern gewahrt hatten, die auf Karl vom Stein unverkürzt übergegangen sind. Es war der Sinn für persönliche, untadelige Ehrenhaftigkeit, der ihm von vorn herein eingepflanzt wurde; das Bewußtsein, daß Adel verpflichtet und daß höherer Ehre höhere Pflichten entsprechen müssen; der konservative Sinn, der willkürliche Neuerungen verabscheut, mögen sie das Werk der Demagogen oder der Büreaukratie sein; das Freiheitsgefühl des deutschen Ritters, der in der Blütezeit des kleinstaatlichen Despotismus allein den Kaiser als seinen Herrn anerkannte; die Anhänglichkeit endlich an das deutsche Vaterland und den deutschen Einheitsgedanken, auf den die deutsche Reichsritterschaft durch das eigene Interesse hingewiesen wurde. Denn wer verbürgte ihr die ererbte Hoheit, als allein der Kaiser und das alte Reich?

Karl vom Stein war der jüngste von vier Söhnen, die ihre Eltern überlebten. Die ältesten beiden traten nach der Gewohnheit des deutschen Adels in den deutschen Orden ein; sie waren im übrigen sehr von einander verschieden: der eine ging in preußische Dienste, wurde von Friedrich dem Großen

zu diplomatischen Sendungen verwandt, erfreute sich eine Zeit lang der Gunst Friedrich Wilhelms II. und versah seit 1787 die Stellung eines preußischen Gesandten am Mainzer Hofe; der andere diente ruhmvoll im österreichischen Heere gegen die Türken und starb in Österreich. Der dritte Sohn verkam und war lange Zeit verschollen. Daß der jüngste Sohn der tüchtigste war, erkannten die Eltern bald und bestimmten unter Einwilligung der älteren Brüder ihn dazu, das Familienerbe anzutreten und den Namen des Geschlechts fortzupflanzen: eine Hoffnung, die sich freilich nicht erfüllte, da ihm nur Töchter, keine Söhne beschieden waren.

Mehr Einfluß als die Brüder haben die drei Schwestern auf ihn gehabt; zumal die älteste, Luise, welche später mit dem kursächsischen Gesandten von Werthern in einer unglücklichen Ehe lebte, und die jüngste, Marianne, welche sich nicht verheiratete und als Äbtissin des Stiftes Wallerstein zu Homberg starb.

Im übrigen erzählt Stein selbst, daß die äußeren Eindrücke seiner Jugendzeit nicht stark gewesen sind. In der Stille des ländlichen Aufenthalts sah er sich zu seiner Weiterbildung vornehmlich auf Bücher angewiesen: ihn interessierte früh die Geschichte, zumal des englischen Volkes. Diese Vorliebe für das Studium der historischen Thatsachen ist ihm sein Leben lang geblieben und für ihn charakteristisch; sie hängt zusammen mit dem Sinn für die Wirklichkeit, für praktisches Handeln, der ihn auszeichnete und ihn früh in Gegensatz zu wesentlichen Erscheinungen seiner Zeit stellte. Zwar wäre es nicht richtig, wenn man behaupten wollte, Stein wäre von dem eigentümlichen Geiste jenes Zeitalters gar nicht beeinflußt worden: er teilt mit ihm den idealen Schwung, das sittliche Pathos, den Sinn für individuelle Selbständigkeit; man mag auch finden, daß er sich von dem doktrinären Zuge, der vielen seiner Zeitgenossen eigen ist,

nicht immer frei gehalten hat. Aber es kann andrerseits kein Zweifel sein, daß es in dem Deutschland jener Tage wenige gegeben hat, welche mit solcher Entschiedenheit den Übertreibungen ihres Zeitalters den Krieg erklärt haben. Die Skepsis der Aufklärung hat keinen Einfluß auf seine religiösen Anschauungen gehabt: er hat sich immer eine tiefinnerliche Frömmigkeit bewahrt. Mit schneidender Schärfe ferner hat er, der Zeitgenosse Kants und Fichtes, sich oft genug ausgesprochen über die leeren Hirngespinnste der Metaphysik, über die unglückselige Neigung des deutschen Volkes zur Grübelei und zu nichtigen Spekulationen. Die ausschließliche Beschäftigung mit Abstraktionen scheint ihm gefährlich, weil sie zur klaren Erkenntnis der Wirklichkeit ebenso untauglich macht wie zum mutigen Handeln. „Der philosophische Geist", so schreibt er später an Prinz Louis Ferdinand von Preußen, „welcher die Beziehungen verallgemeinert und die vereinzelten Gegenstände unter einem Grundsatz oder einem höheren Gesichtspunkt vereinigt, ist diejenige Art des Geistes, welche den großen Mann bezeichnet; aber mit dieser Geistesart muß er die Kraft des Charakters verbinden". Einem solchen Mann, der alle Funktionen des menschlichen Geistes in den Dienst der sittlichen Ausbildung stellte, mußte die Gefühlsseligkeit der damaligen Menschen aus dem Grunde verhaßt sein; mit Verachtung nennt er Rousseau einen Menschen von krankem Herzen, der das höchste Erdenglück im Hinschlummern und Hinträumen und dem leidenden Überlassen an äußere Eindrücke finde: er will sein Leben nicht „wie eine Pflanze endigen". Seine Leidenschaft für praktische, besonders für politische Thätigkeit war auch zu groß, als daß er für die ästhetische Bildung seiner Zeit Verständnis gehabt hätte. Es ist gewiß, daß bei allem, was er las, der Inhalt ihn bei weitem mehr anzog als die Form; den litterarischen und künstlerischen Interessen seiner Zeitgenossen stand er fern.

So entwickelte sich in ihm früh eine Gesinnung, die allen philosophischen Grübeleien, jedem Überwuchern des Gefühls abhold war und selbst für die Schönheit der künstlerischen Form wenig Teilnahme empfand; die vielmehr vorzugsweise auf das Handeln nach außen gerichtet war, getragen wurde von einem hohen Schwung des sittlichen Idealismus und sich gründete auf eine tiefernste, innerlich fromme Auffassung der Dinge. Seine Eltern bestimmten ihn zum juristischen Berufe: als Sproß eines reichsritterschaftlichen Geschlechts sollte er dem Reich seine Dienste widmen und die Laufbahn eines Richters am Reichskammergericht einschlagen. So ging er denn als Sechzehnjähriger unter Begleitung eines Hofmeisters im Herbst 1773 nach Göttingen, das damals für die beste Schule junger Juristen galt, und blieb dort bis Ostern 1777. Dem Willen seiner Eltern gehorsam, studierte er Jura; aber mit weit größerer Vorliebe setzte er sein Studium der englischen Geschichte fort und erweiterte es durch die Lektüre statistischer, politischer und volkswirtschaftlicher Werke über England. Gewiß fühlte er sich schon damals mehr zum Verwaltungsbeamten als zum Richter berufen; und diese Überzeugung wurde durch die Erfahrungen verstärkt, die er bei einem dreimonatlichen Aufenthalt in Wetzlar, dem Sitze des Reichskammergerichts, machte. Er sagt selbst, daß er unter Anleitung eines kenntnisreichen und verdienstvollen Mannes dort gearbeitet habe, und daß die merkwürdigen Rechtsfälle, die er studiert habe, ihm das Rechtsstudium anziehender gemacht und der Theorie das für die Ausübung erforderliche Leben verliehen hätten. Aber die Verhältnisse erschienen ihm eng und kleinlich; zugleich fand er, daß der juristische Beruf durch die Menge von Begriffen, mit denen er das Gedächtnis belaste, den Geist ermüde und die Einbildungskraft ersticke. So wurde seine Neigung zu dem ihm bestimmten Beruf keineswegs verstärkt. Er hat später auch

zwei Monate am Sitz des Reichstags zu Regensburg zugebracht; Reichskammergerichtsassessoren wurden damals gern in die Stellung von Reichstagsgesandten berufen; man darf annehmen, daß diese Aussicht ebenso wenig Verlockendes für ihn hatte. Auch nach Wien hat er sich begeben, um den Reichshofrat kennen zu lernen; aber er erzählt selbst, daß er die neun dort verlebten Monate in geselligen Zerstreuungen und auf Reisen zugebracht habe. Schon vorher hatte er eine Reihe deutscher Höfe gesehen: den des geistlichen Kurfürsten zu Mainz, den pfälzischen Hof zu Mannheim, die von Darmstadt, Stuttgart, München. Zu Beginn des Jahres 1780 ging er von Wien über Dresden nach Berlin, und dort entschied sich das Schicksal seines Lebens: er trat in preußische Dienste.

Es erscheint uns heute als ein innerer Widerspruch, daß ein Mann, der sich so heftig wie kaum ein anderer über „Formenwesen" und „Papierthätigkeit" ausgesprochen hat, beinahe verurteilt gewesen wäre, an einem Gericht thätig zu sein, das in Verschleppung der Prozesse Erstaunliches geleistet hat. Bei der Entschiedenheit seines Wesens erscheint es durchaus erklärlich, daß er sich dagegen sträubte und es endlich auch erreichte, daß seine Eltern auf ihre Wünsche verzichteten. Daß er aber weder in die Dienste des Mainzer Hofes, zu dem sein Geschlecht alte Beziehungen hatte, noch auch in die des kaiserlichen Hauses trat, erklärt sich nicht nur aus der Treue, mit der er an seinem protestantischen Bekenntnis festhielt, oder aus dem Widerwillen, den er immer gegen die Kleinlichkeiten des Hoflebens bezeugt hat: es kamen seine reichsritterlichen Sympathien für die Verfassung des alten Reiches dazu, die eben damals von derselben Stelle aus, von wo sie sonst Schutz erwartete, auf das ernsteste bedroht wurde.

Joseph II. war es, der den Bestand des Reiches um habsburgischer Sonderinteressen willen in der gewaltsamsten

Weise erschütterte, während Friedrich der Große „durch die Erhaltung von Bayern damals die Dankbarkeit dieses Landes und des ganzen Vaterlandes sich erworben" hatte, wodurch die Verehrung, die der junge Freiherr vom Stein für ihn empfand, noch gesteigert worden war. Er bewarb sich um die Aufnahme in den preußischen Dienst; der König bewilligte sein Gesuch und wies ihn auf seinen Wunsch als Referendar dem Bergwerks- und Hüttendepartement zu, das unter der Leitung des Ministers von Heinitz stand. Am 10. Februar 1780 wurde er vereidigt; er war damals 22½ Jahr alt. Hinter ihm lagen sechs Jahre der Vorbereitung auf seinen Beruf, gewidmet dem Gewinn wissenschaftlicher Kenntnisse auf der Universität und dem Erwerb weltmännischer Erfahrung auf Reisen; jetzt fügte er sich als Glied dem preußischen Beamtentum ein.

In Preußen lag die Verwaltung des Inneren und der Finanzen in der Hand des Generaldirektoriums; der große Organisator des preußischen Staates, Friedrich Wilhelm I., hatte es gegründet; er hatte es in vier Provinzialdepartements eingeteilt. Je größer freilich die Aufgaben des Staates allmählich wurden, und je mehr Zweige der nationalen Arbeit er in seinen Betrieb oder unter seine Aufsicht nahm, desto mehr stellte sich die Notwendigkeit einer anderen Organisation heraus, welche zu Gunsten der Staatseinheit die landschaftlichen Verschiedenheiten verwischte. Es kam darauf an, die Departements des Generaldirektoriums nach sachlichen, nicht nach örtlichen Gesichtspunkten zu scheiden; und so waren denn unter Friedrich dem Großen neue Zweige dieser Behörde, dabei das Departement für Berg- und Hüttenwesen entstanden. Aber die neue Organisation war nicht an Stelle der früheren, sondern neben die alte Einteilung getreten. Während das neuerworbene Schlesien völlig selbständig durch einen eigenen Minister verwaltet wurde, zerfiel das Generaldirektorium da-

mals in vier provinzielle und vier fachliche Departements, so daß von einer einheitlichen Bildung nicht die Rede sein konnte.

Immerhin hatte auch in dieser Beschränkung die Einrichtung sachlicher Departements heilsame Folgen; ihr verdankte besonders das Berg- und Hüttenwesen im preußischen Staate unter einem tüchtigen Mann sein schnelles Emporblühen. Dies war der Minister von Heinitz, einer der tüchtigsten des damaligen Preußens, ein hervorragender Fachmann und kenntnisreicher Volkswirt. Er hatte bereits in Braunschweig und Kursachsen hohe Stellungen im Bergfach inne gehabt und war der Gründer der Freiberger Bergakademie. In Preußen hatte er neben dem Berg- und Hüttenwesen zeitweise auch die Handels- und Zollsachen verwaltet; aber seine Hauptverdienste lagen doch im Bergfach; unter ihm stieg beispielsweise die bergmännische Produktion Schlesiens binnen 10 Jahren auf das doppelte. Er war ein Mann von tiefinnerlichem, ernstreligiösem Wesen; dazu von großer Selbstverleugnung, die sich besonders in der Art äußerte, in welcher er junge Talente heranzuziehen und auszubilden suchte. Seine Gemahlin stand zu der Steinschen Familie in verwandtschaftlichen Beziehungen; beide Ehegatten brachten dem jungen Mann von vorn herein die größte Freundlichkeit entgegen. Des Ministers insbesondere hat Stein bis in seine letzten Lebensjahre hinein mit der lebhaftesten Dankbarkeit gedacht und es als ein großes Glück gepriesen, daß sein erster Vorgesetzter ein Mann von Herz war, der, weit entfernt, in Formen und Äußerlichkeiten aufzugehen, in seinem Berufe lebte und webte und seinen Untergebenen mit warmer Teilnahme entgegenkam. Mit nicht geringerem Dank hat er es immer als eine gütige Fügung der Vorsehung bezeichnet, daß es das Bergfach war, in welchem er seine Laufbahn begann: ein Fach, das ihn immer von neuem vom grünen Tische in die Praxis, von den Akten in die belebende Natur hinausrief; das ihn zugleich

in die Landschaft und unter den deutschen Volksstamm führte, die ihm unter allen die liebsten geworden sind.

Zunächst galt es freilich in dem neuen Beruf heimisch zu werden; mag er wirklich bei seinem Aufenthalt in Österreich durch den Besuch steirischer und ungarischer Bergwerke sich einige bergmännische Kenntnisse erworben haben, so können diese doch nur zusammenhanglos gewesen sein. Er hörte also Vorträge über Mineralogie, Chemie und Physik; er nahm an den Sitzungen des Departementskollegiums teil und wurde auch zu kleineren Arbeiten herangezogen; er begleitete den Minister auf Reisen, auf denen er die Kohlenschächte des Ruhrgebiets wie die Kupferwerke von Mansfeld, die ostfriesischen Torfmoore nicht minder als die samländischen Bernsteingruben kennen lernte. Mit dem damaligen Berghauptmann von Schlesien, Graf Reden, der später Heinitz' Nachfolger wurde, besuchte er ferner Warschau, Wieliczka und Schlesien. Dabei erwarb er sich die Zufriedenheit des Ministers in solchem Maße, daß dieser bereits im März 1782 seine Ernennung zum Oberbergrat vorschlug und auch beim König durchsetzte. Indessen arbeitete er weiter an seiner Ausbildung; im Sommer 1782 erhielt er von Friedrich Urlaub zu einer Studienreise, mit der Verpflichtung ihm Reiseberichte einzusenden; er besuchte das Erzgebirge, Thüringen und den Harz und studierte noch ein volles Jahr an der Freiburger Bergakademie. Nach der Rückkehr erhielt er zum ersten Mal eine selbständige, leitende Stellung: er trat an die Spitze der westfälischen Bergämter und erhielt die Oberaufsicht über das Fabrikwesen in der Grafschaft Mark. Sein Amtsitz wurde ihm in Wetter an der Ruhr angewiesen, wo er im Mai 1784 anlangte.

Dürstend nach Thätigkeit, überall selbst Hand anlegend, bemüht, allenthalben die höchsten Leistungen zu erzielen, und

alles, was als Schlaffheit erschien, mit herber Strenge verfolgend, so stürzte er sich in die Arbeiten des neuen Amts; was freilich bald mancherlei, nicht immer unberechtigte Beschwerden hervorrief. Von vorn herein zeigte es sich, daß er die starke Reizbarkeit seines Vaters besaß; eine in sich geschlossene, gebietende Persönlichkeit, wie er war, ist er gegen andersgeartete Charaktere nicht immer gerecht gewesen. Das Versöhnende war doch immer die strenge Wahrhaftigkeit seines Wesens und die unbedingte Pflichttreue, in der er an sich selbst die höchsten Anforderungen stellte. Aber kaum war er ein Jahr an dem Orte seiner neuen Wirksamkeit, als ihm eine Aufgabe übertragen wurde, die ihn in ganz andere Bahnen zwang; er wurde in der auswärtigen Politik verwandt.

Wenn man erfährt, daß sich die erste politische Unternehmung, an der Stein teilnahm, auf die deutschen Angelegenheiten bezog, so wird man daran erinnert, daß auch Bismarcks politische Thätigkeit im deutschen Bunde begann. Es handelt sich beide Male um etwas Ähnliches: um die Stärkung der deutschen Stellung Preußens gegenüber Österreich. Und doch erscheinen die damaligen Verhältnisse merkwürdig verschoben: dasselbe Preußen, das sonst mit jugendlicher Kraft von dem verfallenden Gebäude des alten Reiches Stück auf Stück herabzureißen sucht, um einen neuen, geschlossenen Bau an seiner Stelle aufzuführen, erscheint diesmal als Konservator der Ruine, als ihr Verteidiger gegen die rücksichtslose Interessenpolitik des deutschen Kaisers. Mit dem glühenden Eifer, den ihm der Glaube an seine völkerbeglückende Bestimmung einflößte, mit der unerschütterlichen Überzeugung von der Ausführbarkeit seiner Ideale, aber auch mit dem rücksichtslosen Eigenwillen des Selbstherrschers hatte sich Joseph an die Aufgabe gemacht, aus dem vielgliedrigen Österreich einen nach außen vergrößerten, innen absolut regierten Einheitsstaat zu machen. Seine Bestrebungen brachten ihn in Konflikt mit der

Kirche so gut wie mit den Ständen seiner Länder; sie verwickelten ihn ebenso in einen türkischen Krieg wie in Streitigkeiten mit Holland; sie führten endlich zu einem ernsten Zerwürfnis mit den deutschen Fürsten.

Das Bündnis, welches Joseph mit Katharina von Rußland geschlossen hatte, sollte ihm nicht nur dazu verhelfen, die angrenzenden Teile der Türkei zu gewinnen; es sollte ihm auch in seiner deutschen Politik als Rückhalt dienen: einer Politik, welche überall einseitig die österreichischen Interessen betonte, den Einfluß, der ihm als Kaiser zustand, zur Stärkung seiner Hausmacht benutzte und insbesondere das überlieferte Pietätsverhältnis, das zwischen dem Kaiser und den geistlichen Fürsten bestand, gröblich mißachtete. Es hatte bereits einen sehr schlechten Eindruck gemacht, als er die kirchlichen Rechte, welche außerösterreichische Bischöfe auf österreichischem Gebiet ausübten, einseitig aufhob; die Besorgnis vor Erneuerung der Politik Karls V. und Ferdinands II. wurde größer, als der Kaiser sich bemühte, eine Reihe von Bistümern in der Hand seines Bruders Max zu vereinigen; ganz allgemein wurde die Erregung, als man erfuhr, daß der Kaiser den Plan habe, Bayern zu erwerben und den Kurfürsten dafür durch Überlassung des größeren Teils der österreichischen Niederlande, dem der Name eines Königreichs Burgund beigelegt werden sollte, zu entschädigen. Der Plan war anfangs noch umfassender: auch Salzburg und Berchtesgaden hoffte man zu gewinnen und die bisherigen Besitzer mit dem Rest der Niederlande auszustatten; sein Endzweck war, den österreichischen Staat eines entlegenen und im Kriegsfall schwer zu beschützenden Gebietes zu entledigen und durch Erwerbung der nächstbenachbarten Lande zu einem geographisch zusammenhängenden Reiche abzurunden. Die äußeren Umstände schienen für die Ausführung dieser Pläne günstig zu sein: mit Rußland stand man im Bunde, mit Frankreich in gutem Einvernehmen;

der kinderlose Karl Theodor, welcher erst vor wenigen Jahren zur Kurpfalz Bayern ererbt hatte, liebte seine neuen Unterthanen nicht und war einem Ländertausch nicht abgeneigt; der Widerspruch des zukünftigen Erben von Pfalzbayern, des Herzogs Karl von Zweibrücken, schien ohnmächtig, solange er keine Verbündeten hatte. Andrerseits war das Gefährliche dieser Pläne für die deutschen Mittelstaaten wie für Preußen nicht zu verkennen: wenn Joseph auch vorläufig auf Salzburg verzichtete, wer bürgte dafür, daß er nicht bei gelegener Zeit auf den Gedanken der Säkularisationen zurückkam? mußte man nicht besorgen, daß das erstarkte Österreich seine gesammelten Kräfte auch gegen die Selbständigkeit der deutschen Stände wenden würde? und war es dann nicht nötig, einen neuen „schmalkaldischen" Bund zu gründen, der sich nur dadurch von dem früheren unterschied, daß sich die geistlichen mit den weltlichen Ständen vereinigten?

Schon 1783 hatten Verhandlungen zwischen bedeutenderen Reichsfürsten über eine Union stattgefunden, an denen der bedeutendste geistliche Kurfürst, der von Mainz, nicht unbeteiligt war. Jetzt ergriff der greise Friedrich den Gedanken, „zum Schutze der Reichsverfassung" eine Union deutscher Fürsten unter Preußens Führung zu gründen. Verhandlungen mit Hannover und Sachsen führten im Juli 1785 zu einer Vereinbarung, welche für den Fall einer österreichischen Besetzung Bayerns militärische Maßregeln festsetzte. Schon vorher hatte das preußische Kabinett auch mit anderen Fürsten Unterhandlungen begonnen; als Gesandten für den Mainzer Hof schlug Heinitz den Freiherrn vom Stein vor.

Was ihn für diese Aufgabe als geeignet erscheinen ließ, war einerseits natürlich seine persönliche Tüchtigkeit; andrerseits aber die ererbten Beziehungen zum Mainzer Hofe, welche jedenfalls auch später für die Ernennung seines Bruders zum dortigen Gesandten bestimmend gewesen sind. Für den preußi-

schen Oberbergrat freilich, der ganz in seinem Berufe lebte, war diese Aufforderung höchst überraschend, ja peinlich. Die Eindrücke, welche er von seinem Besuche deutscher Höfe mitgebracht hatte, waren nicht derartig, daß sie ihn zur diplomatischen Thätigkeit eingeladen hätten. So bat er denn, einen andren an seiner Stelle mit diesem Auftrag zu betrauen, und führte zur Begründung an, er sei mit den gewöhnlichsten Grundsätzen der Politik unbekannt und es fehle ihm die notwendige Kenntnis von den gegenseitigen Beziehungen der Höfe. Erst als ihn Heinitz darauf aufmerksam machte, daß man ihm andre Beweggründe unterschiebe, nämlich den bei einem Reichsritter naheliegenden Wunsch, es mit dem Kaiserhofe nicht zu verderben, änderte er sein Verhalten: er mußte es jetzt als Ehrensache betrachten, den ihm gewordenen Auftrag auszuführen. So wurde er denn nach Mainz gesandt, während die Verhandlungen mit den andren Höfen des fränkischen Kreises einem andren Bevollmächtigten übertragen wurden.

König Friedrich legte auf die Gewinnung des Mainzer Kurfürsten einen ganz besonderen Wert; wenn sie gelang, so konnte er über vier Stimmen im Kurfürstenkollegium verfügen und der von Österreich betriebenen Wahl eines römischen Königs die größten Schwierigkeiten bereiten. So wurde denn Stein eine bedeutsame Aufgabe gestellt, freilich auch eine schwere: es handelte sich darum, den ersten Kirchenfürsten Deutschlands zum Anschluß an das protestantische Preußen und zur offenen Gegnerschaft gegen das katholische Österreich zu bestimmen. Die Existenz der geistlichen Fürstentümer beruhte doch nicht auf einer inneren Notwendigkeit noch auf der Trefflichkeit ihrer Verwaltung; sie konnten sich nicht auf eine dynastische Anhänglichkeit ihrer Unterthanen stützen; vielmehr vermochten sie, fortwährend durch die Ländergier ihrer fürstlichen Nachbarn bedroht, nur solange ihr Dasein zu fristen, als die Verfassung des alten Reichs fortbestand und

Habsburg sie beschützte. Wenn sich jetzt das Kaiserhaus selbst von ihnen abwandte, so war es doch ein Schritt der Verzweiflung, wenn sie sich an den Staat anschlossen, der mehr als ein andrer den Zusammenhalt des Reiches erschüttert hatte. Es konnte nicht anders sein, als daß der Kurfürst Bedenken hatte; man mußte also geschickt verfahren, nicht blos die Motive hervorheben, welche die allgemeine Lage darbot, sondern an seine persönlichen Wünsche und seine Eitelkeit anknüpfen; man mußte das Patriotische des Unternehmens in helles Licht setzen und den Umstand gebührend betonen, daß er dadurch gleichsam an die Spitze Deutschlands trete und daß sich ein Friedrich von Preußen um seine Freundschaft bewerbe; man mußte sich endlich auf den Weg der Intrigue begeben, um ihn durch seine Umgebung bearbeiten zu lassen und den Umtrieben der Gegenpartei, des kaiserlichen, des russischen, des französischen Gesandten entgegenzuwirken. Es scheint, daß Stein in seinen Verhandlungen, die teils in Mainz teils in Aschaffenburg geführt wurden, mit vielem Geschick verfahren ist. Er hatte sie im Juli begonnen; Ende August konnte er dem preußischen Minister Herzberg den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen melden; bald darauf traf dann der Geheime Rat von Böhmer zur gemeinsamen Beendigung des Werkes ein; Mitte Oktober unterzeichnete der Kurfürst den Vertrag, und am 24. d. Mts. war Stein wieder in Wetter.

Er war froh, der diplomatischen Thätigkeit entronnen zu sein. Es stieß ihn ab, daß es sich in der Politik weniger um Bewährung von Grundsätzen als um möglichste Wahrnehmung des eigenen Vorteils handelte; schon der Gedanke war ihm unangenehm, in der großen Welt als Teilnehmer aller ihrer Kleinlichkeiten leben zu müssen; er empfand vorahnend, daß sein Unabhängigkeitsdrang und seine Reizbarkeit ihn in mancherlei Konflikte verwickeln würden. Aber es schien,

als wolle ihm die Politik keine Ruhe gönnen: 2 Jahre später, unter der Regierung Friedrich Wilhelms II., dessen Gunst, wie bemerkt, sein ältester Bruder genoß, wurde ihm die Gesandtschaft im Haag und bald darauf die in St. Petersburg angeboten. Er lehnte beide ab. Man hat mit Recht betont, daß besonders der zweite Posten in einer Periode, wo sich Rußland und Österreich zur Beraubung der Türkei anschickten, ein äußerst wichtiger war. Und es drängt sich die Frage auf, ob, wenn er angenommen hätte, er etwa schneller zu Einfluß gelangt wäre als auf der langsamen Bahn des Verwaltungsbeamten; ob es denkbar wäre, daß durch ihn eine Periode der preußischen Politik, die so kümmerlich und mattherzig ist wie wenig andre, einen größeren Inhalt und höheren Schwung erhalten hätte und unserm Volke durch eine zielbewußte Reform vielleicht eine furchtbare Katastrophe erspart worden wäre. Man wird sich doch daran erinnern müssen, daß auch bei dem großen Umbildner des preußischen Staats erst allmählich sich die Überzeugung festigte, daß ein Neubau auf andren Grundlagen unvermeidlich sei, und man wird nicht wünschen, daß ihm die Erfahrungen seiner westfälischen Beamtenthätigkeit gefehlt hätten. Und man wird auch dies bedenken, daß zu dem großen Minister nicht nur ein sittenreiner und wohlmeinender, sondern auch ein großherziger, entschlußkräftiger Monarch gehörte, der die Bahnen des Genies verstand und nachzugehen willig war: ein Glück, das wir später mit Augen gesehen haben, das damals unserm Volke versagt blieb.



II.

Indessen war Stein im Oktober 1786 Geheimer Obergrat geworden; er verlebte in Wetter Jahre, die er selbst später als die glücklichsten seines Lebens bezeichnet hat: dort habe er in einer schönen Gegend die Seligkeit der Einsamkeit genossen. Es war eine arbeitsvolle Einsamkeit, ausgefüllt von rastloser Thätigkeit in seinem Beruf und ernsten volkswirtschaftlichen und technischen Studien, öfter unterbrochen von Reisen, sei es in seinem Amtsbereich, zu dem damals 170 Gruben mit 1200 Arbeitern gehörten, sei es zur Teilnahme an den Arbeiten der Kriegs- und Domänenkammern zu Kleve und Hamm, deren Mitglied er war. Eine größere Reise unternahm er mit dem Grafen Reden zusammen von November 1786 bis August 1787 nach England; sie sollte ihm dazu dienen, die englischen Fabrikdistrikte kennen zu lernen und sich im Bergfach fortzubilden. Aber schon wenige Monate nach seiner Rückkehr wurde ihm ein weiteres Arbeitsfeld angewiesen: im November 1787 erhielt er die Stelle des zweiten, im Juli 1788 die des ersten Direktors der märkischen und der klevischen Kammer, während er seine Wohnung zu Wetter und als besonderes Amt die Leitung der Bergwerks- und Salzangelegenheiten und die Aufsicht über das Fabrikwesen beibehielt. Im Jahre 1793 endlich wurde er, 36 Jahre alt, zum Präsidenten zunächst der märkischen Kammer zu Hamm, dann auch der klevischen Kammer ernannt, mit der besonderen Verpflichtung, als landesherrlicher Commissarius den Sitzungen der märkisch-klevischen Stände beizuwohnen; als Amtssitz wurde ihm zunächst Hamm, dann Kleve angewiesen. Sein Gehalt hatte anfangs 1060 Thaler betragen; es war allmählich bis auf 3000 Thaler gestiegen.

Seine Thätigkeit in dieser Zeit galt zunächst der Hebung des Bergbaus selbst. „Der Unkunde, dem gewinnsüchtigen Raubbau“ waren, wie die Deputierten des Wetterschen Kreises 1795 in einer Stein überreichten Adresse erklärten, vorher die märkischen Bergwerke überlassen worden; „da wurden Anordnungen getroffen, deren Weisheit die Kenner der Wissenschaft bewundern.“ Und allerdings hat selbst Alexander von Humboldt erklärt, daß Stein einer der ersten Kenner des Bergfachs zu seiner Zeit gewesen sei; er hat ihm namentlich nachgerühmt, daß er zuerst die Ergebnisse der wissenschaftlichen Chemie bei der Salzgewinnung angewandt habe. Andrerseits kam es darauf an, die Absatzwege für die märkischen Kohlen und Eisenwaren zn verbessern. Stein hat ein Hauptverdienst an der Schiffbarmachung der Ruhr, welche den Ruhrkohlen den Weg nach dem Rhein und nach Holland eröffnete: ein Werk, das deshalb um so bedeutungsvoller wurde, weil eben damals die ersten Dampfmaschinen auf dem Kontinent aufgestellt wurden und die Aussicht auf eine starke Steigerung des Verbrauchs eröffneten. Mit der größten Energie betrieb er ferner den Straßenbau, der in dieser industriereichen, aber wenig wegsamen Landschaft von besonderer Wichtigkeit war. „Straßendämme mit königlichem Aufwande wurden erbaut“, wie wieder die erwähnte Adresse rühmt; sie wurden erbaut „nicht mit dem unbezahlten Schweiße des Landvolkes“, d. h. die Bauern wurden nicht zu Frondiensten herangezogen, sondern alle Arbeit wurde bar bezahlt; ja Stein scheute sich nicht, aus dem eigenen Vermögen bedeutende Summen vorzuschießen. So hob sich die Ausfuhr der Provinz immer mehr: im Jahre 1791 gingen von der märkischen Kohlenförderung bereits fast ²/₃ ins Ausland; den Wert der ins Ausland verkauften Waren schlug man auf 2200000 Thaler an.

Wenn er so nach Kräften die Produktions- und Exportfähigkeit der ihm untergebenen Gebiete zu heben suchte, so be-

strebte er sich auch auf steuerpolitischem Gebiete eine nützliche Reform durchzuführen. Sie betraf die Verbrauchssteuer, welche unter dem Namen Accise eine der Grundlagen des preußischen Staatseinkommens bildete. Diese indirekte Steuer, welche nur in den Städten erhoben wurde, hatte ihren großen Beruf gehabt, solange die als Kontribution bezeichnete preußische Vermögensteuer bei mangelhaften Schätzungsgrundlagen auf das ungerechteste und willkürlichste gehandhabt wurde; sie hatte dazu gedient, wenigstens die Städte von jener Steuer zu befreien, und war, so drückend sie für den kleinen Verkehr war, als eine Erleichterung empfunden worden. Und doch war sie in hohem Grade belästigend: sowohl dadurch, daß sie als Generalaccise fast sämtliche Gegenstände des Verkehrs, wenn auch zu niedrigen Sätzen belastete, als durch die Art ihrer Erhebung, welche viel Umstände und weitläufige Berechnungen nach sich zog. Eine weitere Belästigung bereitete sie der Industrie dadurch, daß sie diese in die Städte bannte: hier allein wurde die Accise erhoben; wollte man das Gewerbe, das man besteuern wollte, wirklich treffen, so mußte man die Ausübung des Handwerks außerhalb der städtischen Mauern untersagen oder auf das äußerste beschränken.

Am schwersten empfand man das Drückende dieser Steuer in denjenigen preußischen Landen, welche, von den übrigen Provinzen weit getrennt, rings von Landschaften umgeben wurden, die diesen Zwang nicht kannten. Hier wirkte sie geradezu schädigend, indem der Verkehr erlahmte und sich nach den Nachbarländern hinzog; dort kauften besonders die Bewohner des platten Landes lieber als in den preußischen Städten. Stein ist von vornherein als Gegner der Generalaccise aufgetreten: „die Generalaccise", äußerte er sich später, „hat den unverkennbaren Nachteil, daß sie eine zahllose Menge von Gegenständen besteuert, die nur sehr wenig aufbringen und nichtsdestoweniger das Publikum denselben Hebungsformen

unterwerfen, die bei denen produktischen Gegenständen in Anwendung kommen; daß alle Eingesessenen des Landes ohne Unterschied die Accise-Gesetze kennen und befolgen müssen oder in Defraudationsprozesse verwickelt werden; und daß endlich hierdurch die Abgabe eine Gehässigkeit beim Publiko erhält, die dieses zum Bestreben, sich der Abgabe auf jede Art zu entziehen, reizt". Es gelang ihm, durch Verhandlungen mit den Ständen der Grafschaft Mark eine wesentliche Änderung der Accise zu vereinbaren, die im März 1791 auch die Genehmigung des Königs fand: die Städte sowohl wie das flache Land übernahmen die Zahlung bestimmter Summen, welche den bisherigen Acciseergebnissen gleichkamen; in den Städten wurden anstatt der bisherigen Generalaccise nur von Getreide, Fleisch, Getränken und Brennholz eine Abgabe erhoben, und da das städtische Gewerbe nicht mehr belastet war, so konnte auch dem flachen Lande eine fast unbeschränkte Handels- und Gewerbefreiheit zugebilligt werden.

Indessen war die französische Revolution ausgebrochen, deren Gründe und Verlauf auch Stein sehr beschäftigten. Aber er war nicht geneigt, über den Idealen der Revolution ihren thatsächlichen Gang zu übersehen. Auch er trat schon damals ein für Selbstverwaltung und Teilnahme der Nation an der Regierung, für Befreiung der Bauern, Beseitigung binnenländischer Zollschranken, für Entfaltung der im Volk vorhandenen wirtschaftlichen und sittlichen Kräfte. Aber es war klar, daß er nur einen Fortschritt in gesetzlichen Formen, ausgehend von einer starken Regierung, wünschen konnte; demokratische Gleichmacherei war ihm verhaßt, die Phrase allenthalben ein Gegenstand des Abscheus.' So sah er denn auch bald in der Revolution nur „den verunglückten Versuch eines leichtsinnigen, unmoralischen Volkes, sich eine Verfassung zu

geben;" die in Frankreich herrschende Anarchie und Sittenlosigkeit, hoffte er, würden die Abneigung der Deutschen gegen „die scheußliche Nation der Franzosen" noch vermehren. Den Krieg mit Frankreich hielt er für heilsam; er hoffte, er werde vorteilhafte Wirkungen äußern, Energie und Mut im Volke wiederherstellen, einen neuen Reiz zur Thätigkeit geben. Auch rechnete er anfangs auf schnelle Erfolge: der Geist, der in der preußischen Armee herrschte, die Disziplin, der kriegerische Mut, die Bereitwilligkeit zu jeder Gefahr und Beschwerde schienen ihm bewundernswert. Er glaubte das Werk des großen Friedrich noch fortleben zu sehen, „den wir selbst nach seiner langen Regierung zu früh verloren".

Um so mehr mußte er bedauern, daß der Einfall in Frankreich mit einem Rückzuge endete; und mit Entrüstung mußte ihn das klägliche Schauspiel erfüllen, welches die rheinischen Fürsten boten, als Custine im Rücken des preußisch-österreichischen Heeres den Rhein abwärts zog und, ohne Widerstand zu finden, Mainz und Frankfurt besetzte: „es zeigte sich der weichliche, selbstsüchtige, den Staatsverein auflösende Geist der Fürsten, die, gleichgiltig gegen das Schicksal des Vaterlandes, nur für die Erhaltung ihres gebrechlichen Daseins besorgt waren". Steins ältester Bruder, der preußische Gesandte in Mainz, hatte vergeblich alles versucht, um die französische Besetzung dieser Festung zu verhindern; er hatte sich sodann in Coblenz um Rettung der Lazarette und eines Teils der Magazine verdient gemacht und traf in Gießen mit seinem Bruder zusammen, der eben einige Tage in Nassau zugebracht hatte. Beide berieten im Verein mit dem hannöverschen Feldmarschall von Walmoden, welcher sich mit seiner Familie in jener Gegend aufhielt, was zu thun sei, um ein weiteres Vorrücken der Franzosen zu verhindern. Der jüngere Bruder schoß aus seiner Privatkasse eine Summe vor, um einen Kundschafter- und Kurierdienst einzurichten; zugleich übernahm er

es, diejenigen Fürsten, deren schwache Truppenmacht augenblicklich die einzige Hilfe war, die Landgrafen von Hessen-Darmstadt und Hessen-Cassel durch Vorstellungen und das Versprechen preußischer Hilfeleistung zu verhindern, sich den Franzosen in die Arme zu werfen. So reiste er denn zwischen beiden Höfen und Coblenz, wo indessen der König von Preußen eintraf, hin und her und hatte die Freude, zu Anfang Dezember 1792 wenigstens Frankfurt wiedergewonnen zu sehen. Er kehrte darauf nach Westfalen zurück, blieb aber in enger Verbindung mit den kriegerischen Unternehmungen: denn auf ihm vorzugsweise lag die Last der Verpflegung des am Rhein stehenden preußischen Heeres. So war er denn für mehrere Jahre aus seiner angestrengten, aber friedlichen und regelmäßigen Thätigkeit herausgerissen und in die Aufregung und Unruhe des Krieges mitten hineinversetzt.

Und doch fällt gerade in das nächste Jahr, 1793, seine Vermählung. Er dachte schon länger daran, sich zu verheiraten, oft genug empfand er Mißvergnügen über seine Lage, die ihn „von allen, die er liebte, entfernte und nötigte, seine Existenz genußlos hinzubringen". Die Leere seines Hauses, die Einsamkeit wurde ihm allmählich unerträglich; häusliches Glück erschien ihm als das einzige Glück des Lebens. „Wahrscheinlich heirate ich zwischen hier und dem Frühjahr, und noch immer wahrscheinlich die Gräfin Wilhelmine Walmoden", schrieb er im September 1792 an seine Freundin, die Frau von Berg. Es war also eine Konvenienzheirat, die er einging, keine Liebesheirat. Dem entsprechen auch die Urteile, die sich in seinen Briefen an Frau von Berg über seine zukünftige Gemahlin finden: er schildert sie als sanft, gut, lenksam, ihren Freunden und Eltern anhangend; er hofft, daß sie im Umgange guter, gebildeter Menschen Liebe zur Beschäftigung und einen größeren Reichtum der Begriffe, als sie besitze, erhalten werde; im übrigen schreibt er ihr einen richtigen Verstand

und Reinheit des Charakters zu; und richtiger Verstand und reiner Charakter sind auch später die Eigenschaften, die er in erster Linie an seiner Frau zu rühmen findet. Wilhelmine Gräfin von Walmoden-Gimborn war die Tochter des oben genannten hannöverschen Feldmarschalls, eines Enkels Georgs II. und der Gräfin Yarmouth. Es läßt sich denken, daß die ohne Leidenschaft geschlossene Ehe eines feurigen, kraftvollen Mannes, den der stärkste Wille und die höchsten Ideen erfüllten, mit einer Frau, die geistig nicht an ihn heranreichte, deren Haupttugend Demut war, und deren Stärke weniger im Handeln als im Dulden lag, nicht sofort zu einem Herzensbunde wurde. Die preußische Oberhofmeisterin Gräfin Voß hat erzählt, Stein habe einst mit Thränen im Auge zu ihr geäußert: „Glauben Sie denn nicht, daß das Herz eines Mannes ganz zermalmt sein kann, wenn ihm das fehlt, was der eigentliche Balsam seines Lebens sein soll?“ Aber in den Gefahren und Anfechtungen eines wechselvollen, an Entbehrungen und Anstrengungen reichen Lebens gewann die Gattin das Herz des Mannes: die Klarheit ihres Willens, die Hingebung, mit der sie sich in die Beschlüsse der Vorsehung fügte, die Pflichttreue, mit der sie seine Geschicke teilte, das Verständnis, welches sie für seine Art zu handeln bewies, erwarben ihr seine größte Hochachtung und seine herzliche Dankbarkeit, welcher er, als sie 1819 starb, in ergreifender Weise Ausdruck gab.

Am 8. Juni 1793 fand zu Hannover die Vermählung statt. Stein mußte sich bald genug wieder in das Lager begeben: zwar war er hier Zeuge der Kapitulation von Mainz und des Ausmarsches der französischen Besatzung, auf deren Gesichtern ihm der Ausdruck von „Frechheit, dummem Übermut und Unsittlichkeit“ auf das tiefste empörte; aber was er sonst von der Kriegführung sah, war wenig tröstlich. Unthätigkeit, Klagen, zentnerschwere Langeweile fand er bei den

meisten höheren Offizieren, mit Ausnahme allein des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, zu dem er damals in Beziehungen trat und in dem er zu seiner Freude „eine mit Bildern großer Thätigkeit angefüllte Einbildungskraft, ein lebendiges und sich lebhaft äußerndes Gefühl vom Großen" fand.

Tief verstimmt kehrte Stein über das Gebirge nach seinem Wohnort zurück; er fühlte den lebhaften Drang, sich in einsamer Ruhe einer bestimmten Beschäftigung hinzugeben. Aber so gut sollte es ihm nicht werden; der Krieg dauerte fort, ebenso schlaff geführt wie bisher: und da infolge der französischen Eroberung Belgiens, der die von Holland bald folgen sollte, das linksrheinische Kleve nicht mehr zu halten war, so mußte er das Schloß von Kleve wieder verlassen, ließ seine Frau nach Hannover zu ihren Verwandten gehen und blieb zunächst in Wesel, das von den Feinden beschossen, aber nicht genommen wurde. Als dann im Frühjahr 1795 die preußischen Truppen, soweit sie nicht nach Polen gezogen wurden, unter Feldmarschall Möllendorf in Westfalen Quartiere bezogen, fiel die Aufgabe ihrer Verpflegung wieder dem Präsidenten von Mark und Kleve zu. Sie war erschwert durch eine schlechte Ernte, sowie dadurch, daß durch den Aufenthalt der österreichischen und englischen Truppen die Gegend bereits sehr gelitten hatte. Es gelang ihm trotzdem auch diesmal, die Preise der Lieferanten niedrig zu halten, indem er die großen Unternehmer ausschloß und unmittelbar mit den kleinen Verkäufern verhandelte, die Lieferungen über das ganze Gebiet verteilte, auch die Nachbarländer heranzog und endlich geordnete Fuhrlinien einrichtete, auf denen der Heeresbedarf in die Magazine geschafft wurde.

Indessen war bereits der Baseler Friede geschlossen worden; zur Freude der Gewerbtreibenden, zum Schmerz der Patrioten trat Preußen von dem Bunde gegen das revolutionäre Frankreich zurück und verzichtete gegen eine später

zu vereinbarende Entschädigung auf seine linksrheinischen Besitzungen. Unter dem Schutz der Demarkationslinie sammelte sich Norddeutschland zu friedlicher Thätigkeit, das Gewerbe entwickelte sich, die Dichtkunst erblühte, die Philosophie verlor sich in schwindelnde Höhen, während an der Donau und am Po die Waffen an einander klangen. Ja, für den Augenblick war dieser Friede eine Notwendigkeit: Geldmangel, Unehrlichkeit der Verbündeten, die Notwendigkeit, bei der Teilung Polens Preußens Recht zu behaupten, hatten zu diesem Verrat an der allgemeinen Sache Deutschlands gezwungen. Im Grunde war er doch die Folge einer unseligen Politik, die sich mehr Aufgaben gestellt hatte, als sie zu lösen vermochte. Die Ereignisse der letzten Jahre lehrten, daß Preußen nicht stark genug sei, um den Stürmen einer gewaltigen Zeit zu trotzen: man hätte den Schluß daraus ziehen sollen, daß es seine Kräfte sammeln und aufs höchste anspannen müßte; in der That zog man die Folge daraus, daß es sich von einer aktiven Teilnahme an den Welthändeln zurückziehen müsse.

Wie hätte ein Mann voller Energie und Ehrgefühl wie Stein nicht klagen sollen über das traurige Geschick, zu welchem Preußen durch die Schwäche seiner Leiter verdammt war! Mit freudiger Teilnahme verfolgte er die Siege, welche Erzherzog Karl 1796 in Oberdeutschland erfocht, während ihn die „schwarze und vollständige Treulosigkeit des Vertrags von Campoformio“, mit welchem Österreich das linke Rheinufer aufgab, tief betrübte. Mit bitterem Unwillen äußerte er sich darüber, daß Preußen an der zweiten Koalition im Jahre 1799 nicht teilnahm. „Es ist betrübend, uns gelähmt und in einem Zustande der Starrsucht zu sehen, während man mit Nachdruck die Ruhe Europas auf den alten Grundlagen wiederherstellen konnte, die Unabhängigkeit Hollands, der Schweiz, Italiens, Mainz'. Wir amüsieren uns mit Kunststücken der militärischen Tanzmeisterei und Schneiderei, und

unser Staat hört auf, ein militärischer Staat zu sein, und verwandelt sich in einen exercierenden und schreibenden." Kraftvolle Männer hätte er dem jungen König Friedrich Wilhelm III. als Berater und Freunde gewünscht: aber was war von seiner jetzigen Umgebung zu erwarten, zumal seinem Vertrauten, dem Generaladjutanten von Köckeritz, dem „Repräsentanten der Gemeinheit und Untergebenheit, der nur der flachsten Ansichten fähig, nichts wünscht als Ruhe und Frieden von außen, Verträglichkeit im Inneren .... Wie sollte ein solches Automat Gefühl haben für Nationalehre und Selbstständigkeit."



III.

Indessen hatte der nunmehr 39jährige Kammerpräsident einen neuen Schritt vorwärts auf der Beamtenlaufbahn gethan. Vor 12 Jahren hatte er die Leitung des Oberbergamts zu Wetter übernommen; seitdem war seine Stellung immer selbständiger, sein Amtskreis immer umfassender geworden, bis ihm 1796 der König — wiederum auf Empfehlung seines alten Gönners, des Ministers von Heinitz — das Oberpräsidium sämtlicher westfälischen Kammern übertrug. So traten nun neben den kleve-märkischen Landen auch Minden-Ravensberg und Lingen-Tecklenburg unter seine Leitung. Er erhielt seinen Wohnsitz in Minden; und wenn er auch alljährlich seiner Instruktion gemäß sein ganzes Amtsgebiet bereiste, so lag es doch nahe, daß er dem Mindener Lande eine ganz besondere Sorgfalt zuwandte. Dabei traten ihm mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Eine Ruhr- und eine Pockenepidemie brachen aus; die Truppen, welche zum

Schutz der Demarkationslinie in Westfalen lagen, erforderten besondere Vorkehrungen; die Mindener Kammer selbst bedurfte einer Neubildung: in ihr hatten sich, wie es scheint, die Schlaffheit und Untüchtigkeit, welche sich eines beträchtlichen Teiles des preußischen Beamtentums bemächtigt hatten, ganz besonders bemerkbar gemacht. Es waren zum Teil andre Verwaltungsaufgaben, die hier in den Vordergrund traten. Wenn sich Stein in der Grafschaft Mark vornehmlich um Hebung der Industrie und des Verkehrs bemüht hatte, so zogen jetzt besonders die Verhältnisse des Ackerbaus und der Bauernschaft sein Augenmerk auf sich. Es handelte sich hier zunächst um die Aufteilung der Gemeinheiten oder Kommunionen, d. h. der von einer Dorfgenossenschaft gemeinsam bewirtschafteten Fluren. Wie oft hatte es nicht Friedrich der Große ausgesprochen, daß dieser Zustand schädlich sei und beseitigt werden müsse! So hatte die Reform denn auch unter ihm einen bedeutsamen Anfang gemacht, war aber unter seinem Nachfolger völlig ins Stocken geraten. Durchdrungen von der Überzeugung, daß sie für bessere Bodennutzung und Mehrung des Wohlstandes von der wesentlichsten Bedeutung sei, bemühte sich Stein hier wie in der Grafschaft Mark sie zu fördern, indem er tüchtige Beamte heranzog, gerechte Grundsätze zur Anwendung brachte und insbesondere auch die Nichtbesitzenden, die sogenannten Häuslinge oder Einlieger, bei der Teilung bedachte. Wenn er sich hierbei auf den Willen und die Verordnungen des jungen Königs Friedrich Wilhelm III. stützen konnte, so noch mehr bei seinem Bestreben, die Dienste aufzuheben, welche die Bauern ihren Gutsherren zu leisten hatten, und welche im Mindener Lande bedeutend drückender waren als in der Grafschaft Mark. Daß dem Landmann der freie Gebrauch seiner Zeit zur Kultur seines Ackers zustehe, erschien ihm als eine wichtige Voraussetzung zu einer vollkommenen Landwirtschaft; und mit Energie widmete

er sich der Aufgabe, zunächst auf den königlichen Domänen die Gutsdienste zu beseitigen. Natürlich war er einverstanden mit den Bemühungen der preußischen Könige, die Bauernstellen gegen willkürliche Einziehung seitens der Gutsherren zu schützen; „die Wohnung des mecklenburgischen Edelmanns", schrieb er nach einer Reise durch Mecklenburg, „der seine Bauern legt, statt ihren Zustand zu verbessern, kommt mir vor wie die Höhle eines Raubtiers, das alles um sich her verödet und sich mit der Stille des Grabes umgiebt". Aber er meinte, man müsse weiter gehen, sich nicht auf den bloßen Schutz der Bauern beschränken, sondern solche Maßregeln treffen, welche geeignet seien, ihnen Freiheit in Benutzung ihrer Kräfte und ihres Grundeigentums zu verschaffen und zu sichern. Er erklärte, daß nach der absoluten Leibeigenschaft die Eigenbehörigkeit das drückendste Verhältnis des Bauern zum Gutsherrn und das nachteiligste für menschliches Glück, Sittlichkeit, Wohlstand und Gewerbfleiß sei. Stein und die Mindener Kammer waren es, welche bereits 1797 den Vorschlag machten, die Bauerngüter auf den königlichen Domänen zu allodifizieren, d. h. in freies Eigentum zu verwandeln. Auf Heinitz' Vortrag hatte Friedrich Wilhelm II. seine Zustimmung gegeben und die Kammer mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt; aber sein Tod hatte die Weiterführung dieser Pläne unterbrochen. Als dann Friedrich Wilhelm III. den Gedanken der Bauernbefreiung mit Eifer aufnahm und Berichte darüber von den Kammern einfordern ließ, war es wieder Stein, der sich mit Entschiedenheit für eine allgemeine gesetzliche Regelung der Frage aussprach. Überlasse man den Austritt aus der Eigenbehörigkeit der Willkür des Einzelnen, so werde „die ganze Veränderung von dem Eigensinn, dem momentanen Vermögenszustande der Unterthanen, der Betriebsamkeit oder Nachlässigkeit der Beamten oder des Departementsrates abhängig".

Um die Bauern beim Freikauf von der Eigenbehörigkeit und von Gutsdiensten, sowie bei der Urbarmachung von aufgeteiltem Gemeindeland zu unterstützen, empfahl er die Gründung einer landwirtschaftlichen Kreditkasse. Um ferner höhere Getreidepreise zu erzielen, sprach er sich schon damals für Aufhebung der Einschränkungen des Getreidehandels aus: er machte darauf aufmerksam, daß in gewöhnlichen Jahren das Mindener Land mehr Getreide erzeuge als verzehre, während es in Zeiten einer schlechten Ernte den Bedarf leicht auf der Weser beschaffen könne. Zu diesen freieren handelspolitischen Überzeugungen stimmt es, daß er andererseits das Stapelrecht der Stadt Minden zu mildern suchte. Aber um was hat sich Stein nicht noch alles bekümmert! um Besserung der Pferdezucht durch Ankauf von Hengstfohlen; um das Bleichverfahren und die Förderung der Flachs- und Leinsamenkultur im Ravensbergischen; als mit Schweden und Rußland Handelsverträge abgeschlossen werden sollten, bat er die Regierung, die Interessen der Bielefelder Leinenfabrikation zu berücksichtigen; durch Straßen- und Wasserbauten suchte er auch hier den Verkehr zu heben: die Weserschiffahrt wurde verbessert, eine Weserbrücke gebaut; der Heerstraße, die er durch die Grafschaft Mark gebaut, traten Straßen von Bückeburg bis Bielefeld und von Minden nach Osnabrück zur Seite. Er betrieb den Bau eines Zucht- und eines Arbeitshauses; er nahm sich der unversorgten Invaliden an; und was die Staatseinkünfte anlangt, so wurden die Domänen neu abgeschätzt und die Accise mit königlicher Genehmigung in derselben Weise geregelt wie in der Grafschaft Mark.

Es ist für die Entwickelung von Steins politischen Ansichten von der größten Bedeutung, daß er in dieser Thätigkeit fortwährend in die Lage kam, mit den Selbstverwaltungskörpern der einzelnen Landschaften zu verhandeln. Denn die Provinzen, an deren Spitze er stand, besaßen sämtlich Stände,

wenn auch von verschiedener Bildung und verschiedenen Rechten. Die märkisch-klevischen Stände bewilligten Abgaben, kontrolierten bis zu einem gewissen Maße die Verwendung der bewilligten Gelder und wurden zur Beratung über Provinzialgesetze herangezogen. Sie bildeten also ein Hemmnis für eine büreaukratische Regierung; aber schon damals war Stein der Überzeugung, daß „despotische Regierungen den Charakter des Volkes vernichten, indem sie es von den öffentlichen Geschäften entfernen und deren Verwaltung einer eingeübten, ränkevollen Büreaukratie anvertrauen." Allerdings war er nicht im einzelnen mit der Zusammensetzung der Stände einverstanden; er bedauerte es, daß der Bauernstand in Kleve und Mark ausgeschlossen war und nur Adel und Städte vertreten waren; daß in Kleve nur altadlige Besitzer adliger Güter die Standschaft besaßen, sodaß damals „das Corpus des Adels nur aus einem einzigen Individuum bestand". Trotzdem machte diese thätige Teilnahme der Eingesessenen an der Verwaltung großen Eindruck auf ihn; seine Diensterfahrung überzeugte ihn, wie er später aussprach, innig und lebhaft von der Vortrefflichkeit zweckmäßig gebildeter Stände; er sah in ihnen ein gut gebildetes Organ der öffentlichen Meinung, das der Regierung Kenntnisse zuführe und zugleich ihre Autorität stütze, ein Mittel andrerseits, die Bevölkerung innerlich an den Staat zu knüpfen und ihren Kräften dadurch eine Richtung auf das Gemeinnützige zu geben. Und nach diesen Überzeugungen handelte er: er widersprach selbst seinem väterlichen Freunde Heinitz, als dieser 1793 sich gegen einen jährlichen Zusammentritt der kleve-märkischen Stände aussprach; und als er später das neuerworbene Münster und Paderborn verwaltete, war er es, der einem Gutachten Hardenbergs gegenüber auch für die neuen Landesteile zweckmäßig gebildete Stände für eine große Wohlthat erklärte.

Stein blieb in Minden bis 1802. Unter den Männern, mit denen er verkehrte, war auch Prinz Louis Ferdinand, der eine Zeit lang in Bielefeld stand. Stein kannte seine hohe Begabung ebenso wie seine Ungebundenheit bereits aus den französischen Feldzügen; er versuchte Einfluß auf ihn zu gewinnen, drückte dann aber doch die Besorgnis aus, er werde „nie anders als wegen des Mißbrauchs seiner seltenen Talente genannt und diese niemals für das allgemeine Beste verwendet werden". Häufig verkehrte er in Hannover. Seine Heirat hatte ihn mit den hannöverschen Adelskreisen in Beziehungen gebracht; aber auch sein Jugendfreund Rehberg lebte dort, und dieser brachte ihn mit einem Manne in Berührung, der einst sein Genosse werden sollte in der Neuschaffung Preußens, mit Scharnhorst. Auch dem Grafen Münster trat er näher, seinem späteren Mitstreiter für die Befreiung Deutschlands vom französischen Joche. Im Sommer 1802 wurde ihm sogar der Antrag gemacht, hannöverscher Minister zu werden; aber er lehnte ab: er war zu verwachsen mit dem preußischen Staate, als daß er Minister eines Kleinstaats hätte werden mögen, am wenigsten eines solchen, wo die tiefeingewurzelten Mißbräuche eines langjährigen Adelsregiments jede Reform auf das höchste erschweren mußten. Er trat vielmehr eben damals in noch nähere Beziehungen zu Preußen, indem er sich dort ansässig machte: er verkaufte seine linksrheinische Besitzung Landskron und kaufte zusammen mit einem Herrn von Troschke die Herrschaft Birnbaum an der Warthe im damaligen Südpreußen, dem jetzigen Posen.

In demselben Jahre stellte ihm der preußische Staat eine neue, wichtige Aufgabe. Der Friede von Lüneville kostete Deutschland nicht allein das linke Rheinufer, das in französischem Besitz blieb, sondern erschütterte durch Aufstellung des Grundsatzes, daß die dort angesessenen Reichsfürsten am rechten Ufer entschädigt werden sollten, überhaupt den Bestand des

alten Reiches. Es war das Ende der Reichsverfassung, das Ende zugleich der Kaisermacht des Hauses Habsburg, als die geistlichen Fürsten und mit ihnen zugleich bis auf wenige Ausnahmen die Reichsstädte verschwanden. Bei dem gierigen Wettbewerb der deutschen Regierungen um Landgewinn war Preußen eine Entschädigung zugefallen, welche fast fünfmal so groß war als die verlorenen Gebiete; dabei das Bistum Paderborn und fast die Hälfte des Bistums Münster. Die Einrichtung der neuen Provinzen wurde dem Grafen Schulenburg-Kehnert anvertraut, der damals als Generalkontroleur der Finanzen und Leiter des Generaldirektoriums beim König großen Einfluß hatte; dieser nahm seinen Aufenthalt in Hildesheim und berief Stein zu der Aufgabe, die Neuorganisation des Münsterlandes und des Bistums Paderborn zu leiten. Am 27. September 1802 traf dieser in Münster ein, wo der Generallieutenant von Blücher bereits mit einem Truppenkorps eingerückt war und eine Civilkommission vorläufig die Verwaltung übernommen hatte. Blücher und Stein nahmen je in einem Flügel des Schlosses Wohnung; „ein sehr braver Mann, mit dem ich gantz harmonire", schrieb der General damals über den Civilkollegen; sie verstanden sich beide vortrefflich.

Die Stimmung der Bevölkerung war keineswegs für Preußen. Der reiche katholische Adel, der bisher die Landesverwaltung in der Hand gehabt hatte, fühlte bei weitem mehr österreichische Sympathien. Von der preußischen Besitzergreifung fürchtete er die Vernichtung seiner Machtstellung, die Aufhebung des Domkapitels und den Verlust der einträglichen Pfründen, die er bisher inne gehabt hatte. Die Folge war, daß er sich schmollend zurückzog und gegen die preußischen Offiziere und Beamten eine äußerst abweisende Haltung einnahm. Es gab nur wenige, die selbstlos genug dachten, um den Nutzen, welchen die Verbindung mit einem großen Staate

dem Münsterlande brachte, höher zu achten als ihre Sonderinteressen; unter ihnen ragte der Dombechant von Spiegel hervor, den Stein schon seit Jahren kannte und schätzte, und der nicht anstand, die Vereinigung mit den „so vortrefflich organisierten westfälischen Provinzen Preußens“ als einen großen Vorteil zu bezeichnen.

Nicht geringere Abneigung gegen die preußische Verwaltung legten die niederen Stände an den Tag. Die evangelischen Preußen, diese „luthersgen Dickköppe“, „prüßken Windbüdels“, flößten ihnen an sich kein Vertrauen ein; besonders gefürchtet aber waren die preußischen Steuereinrichtungen und das preußische Heerwesen. Ohne Freude sah man dem Augenblick entgegen, wo das Salzmonopol eingeführt werden und sich die Accisehäuser an den Stadtthoren erheben würden; noch größere Besorgnis empfand man vor dem preußischen Kantonwesen mit seiner langen Dienstzeit und der Ungerechtigkeit, mit der es nur auf einem Teil der Bevölkerung lastete. Der Anblick gemißhandelter Rekruten, die nähere Bekanntschaft mit dem verletzenden Hochmut, den die jüngeren preußischen Offiziere vielfach zur Schau trugen, konnte nicht geeignet sein, mit dem preußischen System zu versöhnen. Dazu kam noch der allgemeine Unwille über die Behandlung, die das Land erfuhr: der lebhafte Provinzialstolz der Einwohner empfand es als eine Erniedrigung, daß der alte Zusammenhang der Landesteile zerrissen wurde, um außer Preußen eine Reihe kleinerer Fürsten, die Herzöge von Oldenburg, Arenberg, Croy u. a. zu entschädigen.

So waren die Aufgaben, die Stein gestellt waren, nicht leicht und sehr verwickelt. Wenn einerseits die Verhandlungen mit den beteiligten Fürsten über die Auseinandersetzung zu Ende geführt werden mußten, so galt es auf der andern Seite, durch Reisen, durch statistische Aufnahmen, Revision der Kassen, Prüfung der Steuerverhältnisse, Untersuchung der kirchlichen,

der Verfassungs- und Verwaltungszustände ein klares Bild vom Lande zu gewinnen, um auf Grund dessen die neue Organisation durchzuführen; es kam endlich darauf an, durch möglichste Schonung der überkommenen Verhältnisse und durch milde Behandlung die neuen Unterthanen für Preußen zu gewinnen. Was zunächst die Auseinandersetzung mit den übrigen Fürsten betrifft, so nahmen die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch. Stein bemühte sich nach Kräften dafür, daß der Zusammenhang unter den Teilen des Bistums nicht völlig gelöst würde, sondern zur Erhaltung gemeinnütziger Anstalten bestehen bliebe; ja er hoffte die Errichtung einer gemeinsamen Kreditkasse zur Verzinsung und Tilgung der Landesschulden durchzusetzen. Aber dieses Bestreben scheiterte an dem Widerstand der kleineren Fürsten gegen jede preußische Bevormundung; und ebenso blieben seine Bemühungen, dem Lande eine ständische Verfassung zu erhalten, erfolglos. Er wünschte, daß an die Stelle der bisherigen Stände des Bistums, die bei der Teilung aufgelöst werden mußten, neue ständische Korporationen in den einzelnen Teilen träten, und zwar vornehmlich mit der Aufgabe, die Finanzverwaltung zu kontrolieren und das Kreditsystem zu garantieren. Aber die Regierung ging auf seine Gedanken nicht ein.

Indessen fanden genaue Revisionen der Kassenbestände und des staatlichen Besitzes statt. Die ersteren machten viele Schwierigkeiten, da sich die bisherigen Kassenbeamten meist untauglich zeigten; man mußte preußische Beamte zu diesem Geschäft berufen. Dagegen war es von wesentlichem Nutzen, daß Stein die preußische Civilverwaltungskommission, an deren Spitze er stand, durch Aufnahme tüchtiger Mitglieder des bisherigen Münsterschen Geheimen Rats verstärkte: ein Schritt, der, wie er Vertrauen zeigte, auch geeignet war Vertrauen zu erwecken. Denn darauf war sein Bestreben überall gerichtet, durch schonende Behandlung, durch milde und ge-

setzliche Verwaltung, durch Beweise von Zutrauen und Unbefangenheit „Bitterkeit und gehässige Gesinnungen zu ersticken und die Gemüter für das Gute der neuen Verfassung empfänglich zu machen.“ Im übrigen wurden die Städte bereist und ihr Vermögen, ihre gewerblichen Verhältnisse untersucht; die Domänen, das Vermögen des Domkapitels, der Stifter und Klöster genau veranschlagt; dabei auch das frühere Eigentum des Jesuitenordens, welches seit seiner Aufhebung für Schul- und Universitätszwecke verwandt wurde. Die Prüfung der ländlichen Zustände ergab, daß die Eigenbehörigkeit milde und wohl erträglich war, daß aber eine Reihe von Gemeinheiten der Teilung harrten. Eine andere wirtschaftliche Maßregel schlug Stein zu dem Zwecke vor, die bedeutenden Geldmittel des Landes für preußische Unternehmungen nutzbar zu machen: bisher hatte der reiche münsterländische Adel seine Kapitalien mit Vorliebe in Österreich angelegt, wohin ihn seine politischen Sympathien zogen; jetzt schlug Stein vor, die wachsende Unsicherheit des österreichischen Staatskredits zu benutzen und zu versuchen, durch Anlage einer Filiale der preußischen Bank die einheimischen Gelder im Lande zu halten. So konnte es vielleicht gelingen, den frondierenden Adel zunächst materiell an Preußen zu fesseln.

Die Vorschläge, welche Stein für eine mildere Handhabung des Heeresdienstes machte, wurden teilweise zu einer scharfen Kritik des bestehenden Systems. Davon freilich war er überzeugt, daß es „ein Recht des Staates sei, von den Unterthanen die Verteidigung seiner Integrität und Indepenbenz zu fordern“, ein unveräußerliches Recht; aber auf der andren Seite forderte er eine Beschränkung der Dienstzeit; er tadelte es, daß nach dem Reglement derjenige von mehreren Söhnen den väterlichen Hof erhalte, der zum Militär nicht tauglich sei, und verlangte, man solle anstatt der Benachteiligung vielmehr eine Prämie auf den Heeresdienst setzen und

niemand einen Bauernhof oder ein Gewerbe antreten lassen, der nicht gedient habe. Anders also und tiefer, als es jene Zeit noch pflegte, faßt er den Dienst im Heere auf: als eine sittliche Pflicht erscheint es ihm, mit den Waffen dem Vaterlande zu dienen, eine Pflicht, der aber auch besondere Ehren und Rechte entsprechen müssen.

Denselben Standpunkt der Gerechtigkeit vertrat er in der Frage des Steuerwesens. Eine Untersuchung der Landeseinkünfte ergab, daß das flache Land bedeutend stärker belastet war als die Städte; die Grundsteuer, welche die Hauptquelle des öffentlichen Einkommens bildete, drückte das Land unverhältnismäßig schwerer; die Steuern, welche man in jüngster Zeit hinzugefügt hatte, waren ebenfalls, wie z. B. eine Viehsteuer, eine Steuer von den freien Gründen und Mühlen, ein von bäuerlichen Erbschaften erhobener Erbschatz, zumeist so gewählt, daß sie die städtische Bevölkerung frei ließen. Stein war sich darüber klar, daß hier Änderungen nötig waren; er schlug vor, eine städtische Accise in ähnlicher Gestalt einzuführen, wie sie bereits in den älteren westfälischen Provinzen bestand, nämlich beschränkt auf „Gemahl zum Backen", Fleisch und Getränke, doch mit vorsichtiger Schonung der im Münsterlande stark betriebenen Branntweinfabrikation. Im übrigen war er nicht der Meinung, diese indirekte Steuer solle in den Städten alle andren Abgaben verdrängen; er machte vielmehr auf den sittlichen Wert einer direkten Steuer aufmerksam: sie erhalte in dem Bürger das Bewußtsein der Pflicht, zu gemeinsamen Bedürfnissen Beiträge zu leisten.

Besondere Schwierigkeiten machte die Regelung der kirchlichen Verhältnisse. Hier galt es nicht nur die Mannsklöster einzuziehen und die Frauenklöster, soweit sie bestehen blieben, „edleren und gemeinnützigeren Zwecken" dienstbar zu machen; es galt in einem Lande, wo bisher dieselbe Person Bischof und Fürst gewesen war, die verwischten „Grenzen der geist-

3*

lichen Gewalt und der Landeshoheit in geistlichen Angelegenheiten zu bestimmen“. Stein forderte, daß man diese Grenzen von vornherein klar und sicher zöge. Er wies dem Staate nicht nur die Gerichtsbarkeit über die Geistlichen zu, sondern nahm für ihn auch eine Oberaufsicht über die kirchlichen Angelegenheiten, besonders über die Verwaltung des Kirchenvermögens, und die Mitwirkung bei der Besetzung der höheren Stellen in Anspruch. Nur in den Angelegenheiten des geistlichen Amts wollte er die Geistlichen auch ferner ihren Oberen, soweit sie vom Staate anerkannt seien, unterworfen sehen. Aber selbst in der kirchlichen Verfassung plante er Veränderungen: es schien ihm bedenklich, die Geistlichkeit einer großen Diözese in unbedingter Abhängigkeit von einer einzigen Person zu lassen; wo finde sich unter den Kirchenbeamten der Entschädigungslande der Mann, der „Thätigkeit, Einsicht, Mäßigung und Anhänglichkeit an die Monarchie in dem Grade vereinige, daß er dies Zutrauen verdiene?“ Er war dafür, den Bischof, so bedeutend er finanziell auszustatten sei, in seinen Machtbefugnissen zu beschränken; man solle ihm ein Konsistorium zur Seite stellen, dem man „den ganzen Inbegriff der geistlichen Gewalt anvertraue“.

Inzwischen war Stein bestrebt gewesen, sich auch über die Zustände im Bistum Paderborn zu unterrichten. Er bereiste das Land zweimal, sammelte statistisches Material, ließ sich über Verfassung, Verwaltung, Schulden und Finanzen Bericht erstatten und studierte selbst die Landtagsverhandlungen. Es handelte sich zunächst wieder um Aufnahme und Einziehung des reichen Kloster- und Kirchenguts. Aber auch hier nahm er sofort eine weiterreichende Neuerung in Aussicht, die Neubildung der Unterbehörden für die Justiz- und Polizeiverwaltung, da die bestehenden ihm nicht zu genügen schienen: eine Reform, die er für desto dringender hielt, als sein Urteil über den Charakter der Paderborner Bevölkerung ein recht ungün-

stiges war. Er vermißte bei den „noch sehr rohen Eingesessenen" den Geist der Gesetzlichkeit und Ordnung, den er bei den „ernsthaften, nachdenkenden und redlichen" Münsterländern gefunden hatte.

Am 1. Dezember 1803 hörte die vorläufige Verwaltung der neu erworbenen Lande durch die Organisationskommission auf. An ihrer Stelle wurde eine neugebildete Kriegs- und Domänenkammer geschaffen, welche Münster, Paderborn, Lingen und Tecklenburg verwalten sollte; an ihre Spitze trat Stein, der zugleich auch weiter die Kriegs- und Domänenkammern für Mark und Kleve leitete. Kaum ein Jahr blieb er in dieser Stellung; bereits im Herbst 1804 begannen die Verhandlungen, die seinem Übergang in einen bedeutenderen Wirkungskreis vorangingen.

Aber ehe noch der König von Preußen ihn in sein Ministerium berief, vernahm das deutsche Volk zum ersten Male den Namen des Mannes, dem es später zujubeln sollte. Zum Schutze seines Eigentums, zur Wahrung seines Rechts erließ er damals jenen berühmten, bald durch den Druck allgemein verbreiteten Brief an den Fürsten von Nassau-Usingen, welcher die zunehmende Zerrüttung des alten Reichsrechts benutzt hatte, um zwei Steinsche Güter der nassauischen Landeshoheit zu unterwerfen. Zum ersten Mal erhob Stein seine Stimme gegen die Selbstsucht der deutschen Fürsten, die sich von der Nation loslösten, um ihre Sonderinteressen zu verfolgen. Was haben sie für Deutschland geleistet? Sie haben sich mit wenigen Ausnahmen dem Kampfe gegen Frankreich entzogen; nichts hat sie geleitet, als die Sorge um die „Erhaltung ihrer hinfälligen Fortdauer". „Was gewinnt Teutschlands Unabhängigkeit, wenn seine Kräfte noch in größerer Masse in diese Hände concentriert werden?" Vielmehr, wenn „Teutschlands Unabhängigkeit und Selbständigkeit" gesichert werden sollen, so „müssen diese kleinen Staaten

mit den beiden großen Monarchien, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, vereinigt werden, und die Vorsehung gebe, daß ich dieses glückliche Ereignis erlebe." Nicht darauf also kommt es ihm an, daß die kümmerliche Landeshoheit der deutschen Reichsritter fortbestehe; seine Wünsche für Deutschland erhoben sich schon damals zu dem Gedanken der Zertrümmerung der deutschen Kleinstaaten und der Bildung zweier Großstaaten, Preußen und Österreich.



IV.

Als im Sommer 1804 der Minister von Struensee schwer erkrankte und nach einigen Monaten starb, empfahlen der Kabinettsrat Beyme und der Minister v. d. Schulenburg zu seinem Nachfolger den Freiherrn vom Stein. Der König war nicht sofort für seine Ernennung zu gewinnen. Er hat es später, als ihn in schwerer Stunde die Leidenschaft wider Gewohnheit zum Reden brachte, selbst bekannt, daß er zwar von Steins Urteil und Talenten eine hohe Meinung hatte, zugleich aber vor seinem Eigenwillen, seiner „excentrischen und genialischen Art" eine tiefe Besorgnis hegte; er fürchtete, sie könnte ihn ungeeignet für eine Stelle machen, wo es immerfort „Berührungspunkte" und Reibungen gäbe. Indessen unterdrückte er seine Bedenken, und Stein wurde berufen. Ihm wurde das Accise-, Zoll-, Fabriken- und Handelsdepartement übertragen; dazu kam die Leitung der beiden preußischen Geldinstitute, der Bank und der Seehandlung, der damit verbundenen Staatsschuldenverwaltung und auch des Salzwesens, dessen Ertrag zur Tilgung der Staatsschuld verwandt wurde. Letztere Zweige verwaltete er anfangs unter

der Oberleitung des Grafen Schulenburg, welche erst im Herbst 1805 fortfiel. Man darf ihn also als einen Minister für den Handel und die indirekten Steuern bezeichnen.

Von einer Einheit der preußischen Finanzverwaltung konnte damals nur insofern die Rede sein, als das Generaldirektorium seiner Bestimmung nach eine Einheit bilden sollte; im übrigen teilten sich die verschiedenen Minister in die Verwaltung der Staatseinkünfte. Auch die Ernennung des Ministers v. d. Schulenburg zum Generalkontroleur der Finanzen führte hierin keine Besserung herbei, was teils an den Verhältnissen, teils auch an der gewählten Persönlichkeit lag. Man darf aber weiter gehen und behaupten, daß es der ganzen preußischen Staatsverwaltung an Einheit fehlte; mit gutem Grunde äußerte derselbe Graf Schulenburg zum Freiherrn vom Stein, daß Preußen weniger eine Einheit als einen föderativen Staat ausmache. Schlesien verwaltete der Minister Graf Hoym mit außerordentlichen Machtbefugnissen. Im Generaldirektorium gab es zwar für einige Fächer besondere Minister: für die Bergwerke, das Accise- und Zollwesen, die Kassen- und Bankverwaltung, endlich die Angelegenheiten der Militärverpflegung; aber im übrigen hatte man, wie erzählt, die Einteilung in vier Provinzialdepartements beibehalten. Dies System mußte bedenkliche Folgen haben: daß die Grundsätze der Verwaltung in den verschiedenen Provinzen verschieden waren, daß die Minister mehr das Interesse ihrer Provinz als des Gesamtstaats im Auge hatten, endlich daß bei der Schwierigkeit, die mannigfaltigsten Geschäftszweige zu übersehen, oft Routine an Stelle der Sachkenntnis und „eine mechanische Dienstauffassung an Stelle lebendiger Thätigkeit“ trat. Wenn so nicht einmal die Verwaltung des Inneren und der Finanzen, welche vom Generaldirektorium geleitet wurde, als einheitlich zu bezeichnen war, so verdiente das Gesamtministerium diese Bezeichnung noch viel weniger: mit

den vier Ministern des Justizdepartements, zu dem auch die Kirchen- und Schulangelegenheiten gehörten, und den beiden Kabinettsministern, welche die äußeren Angelegenheiten leiteten, bestand kein Zusammenhang; Sitzungen sämtlicher Minister gab es ebenso wenig wie einen Premierminister; jeder Minister war nur für sein Ressort verantwortlich; Gleichartigkeit der politischen Ansichten wurde nicht einmal angestrebt.

So lag denn die Einheit des Staates allein in der Person des Königs; oder vielmehr dort hatte sie gelegen, als ein genialer Mann von ungeheuerster Arbeitskraft und selbstlosester Aufopferung an der Spitze des Staates stand; ein Mann, der alles übersah, alles durchschaute, überall selbst eingriff, ein Mann, der gar nicht daran dachte, von seinen Beamten Einheit der Ansichten zu erwarten, weil er von ihnen überhaupt keine Selbständigkeit der Ansichten erwartete. Friedrich der Große hat die preußische Verwaltung nicht organisiert, weil seine Persönlichkeit eine organisierte Verwaltung ersetzte. Seine Kabinettssekretäre waren die Schreiber, welche seinen Willen verkündeten; seine Minister die Werkzeuge, welche ihn ausführten. Jetzt saß kein Genie mehr auf Preußens Thron, während sich die Aufgaben der Verwaltung schon durch die große Ausdehnung des Staatsgebietes außerordentlich gesteigert hatten. Aber man hatte weder versucht dem Ministerium eine größere Einheit noch den Ministern größere Selbständigkeit zu geben. Man hielt die Fiktion des alles sehenden und alles leitenden Absolutismus aufrecht: und die Folge davon war gewesen, daß sich eine neue Behörde bildete, eine Behörde, wie Stein sagte, ohne gesetzliches und öffentlich anerkanntes Dasein, von erschlichener Gewalt, das königliche Kabinett. Die Kabinettsräte besaßen thatsächlich das Ohr des des Königs, durch ihre Hand gingen die Anträge der Minister, mit ihnen beriet der König über die wichtigsten Fragen der Politik; sie besaßen diese Gewalt ohne die geringste Ver-

antwortlichkeit, da sie überall durch die Person des Königs gedeckt waren. Die Minister entbehrten des notwendigen Einflusses auf den König, der „in gänzlicher Abgeschiedenheit von ihnen lebte“; die obersten Staatsbeamten, die verantwortlichen Leiter der Verwaltung, gerieten in eine unwürdige Abhängigkeit von Kanzleibeamten, welche allein durch ihren täglichen Verkehr mit dem Könige zu den einflußreichsten Personen im Staate geworden waren.

Solche Zustände mußten die nachteiligsten Wirkungen ausüben; andrerseits hatte diese Art der Regierung mit selbstgewählten Vertrauten den stillen Beifall eines Monarchen, der, so zurückhaltend er war, doch eifersüchtig über seine Autorität wachte, und so wenig er es liebte in die Öffentlichkeit hinauszutreten, doch nicht geneigt war, die Zügel der Herrschaft fahren zu lassen. Man darf Friedrich Wilhelm III. nachrühmen, daß er immer dem Staate gelebt hat und mit nie ermüdender Arbeitskraft den Pflichten seines Berufes nachgegangen ist; daß er eigenwilligen Launen kaum je Einfluß auf den Gang der Regierung einräumte und auf das ernsteste bemüht war, das wahre Beste seines Volkes zu erkennen; endlich daß ihn eine humane Gesinnung beseelte, wie sie sich besonders in seiner Fürsorge für das materielle Wohl der niederen Stände aussprach. Aber er war eine passive Natur; er ließ mehr auf sich wirken, als daß er auf andere gewirkt hätte; bei allem Scharfsinn in Einzelfragen fehlte ihm die Kraft der Ueberzeugung, die mehr noch das Ergebnis eines starken Charakters als logischer Erwägungen ist; bei aller Furchtlosigkeit in physischer Gefahr fehlte ihm der Schwung des Geistes, der allein dazu befähigt, sei es große Entschlüsse zu fassen, sei es großen Männern zu vertrauen. „Er war zu voll“, sagt Clausewitz, „von jenem nordischen, kalten Zweiflersinn, der den Unternehmungsgeist untergräbt, den Enthusiasmus befeindet und alles Hervorbringen erschwert.“ Ohne Vertrauen

zu sich selbst, zu seinem Volke, zu seiner Umgebung, fand er es oft genug geratener, keinen, als einen gefährlichen Entschluß zu fassen, und hielt es für sicherer, sich von vielen mittelmäßigen, als von einem bedeutenden Manne beraten zu lassen.

Eine besondere Vertrauensstellung nahm beim Könige der General von Köckeritz ein, an welchen sich dieser bei seiner Thronbesteigung mit der Bitte gewandt hatte, ihm unter allen Umständen ohne jede Nebenrücksicht die Wahrheit zu sagen: ein ehrenhafter, seinem königlichen Freunde treu anhänglicher Mann, aber bequem, langsam im Entschluß, dazu im Urteil befangen und von anderen abhängig. Den Vortrag für die militärischen Angelegenheiten hatte der Generaladjutant von Kleist, für die inneren Beyme, für die äußeren Lombard. Am einflußreichsten, ein „versteckter Premierminister", war der frühere Kammergerichtsrat Beyme: er war ein dem Könige ergebener, rechtschaffener, arbeitsamer und verständiger Mann; er war es gewesen, der dem König die Berufung Steins angeraten hatte; er war auch davon überzeugt, daß Reformen nötig seien, und gehörte 1807 nach dem Kriege nebst Scharnhorst, Gneisenau u. a. zu jenem Kreise von Patrioten, welche den Gedanken eines Neubaus des Staates zu fassen wagten. Was diesem Manne abging, war nicht nur eine gründliche Kenntnis der Verwaltung, die er sich bei seiner rein juristischen Bildung nicht hatte erwerben können; ihm fehlte die Selbstständigkeit und Tiefe der Ideen, die Konsequenz des Denkens, welche allein eine so einflußreiche Stellung hätte rechtfertigen können. Tiefer steht der andre Kabinettsrat, Lombard, der Sohn eines Perrückenmachers aus der französischen Kolonie. Ein gewandter, lebhafter, biegsamer Mensch, der zugleich litterarische Neigungen pflegte, hatte er sich die Gunst Friedrich Wilhelms II. erworben, ohne übrigens dessen Zuneigung für materielle Vorteile auszunutzen. Von seinem Nachfolger an-

fangs kalt behandelt, hatte er es bald verstanden, sich ihm unentbehrlich zu machen, indem er in äußerst geschickter Weise auf seine Art zu denken einging. Er hat es selbst als seinen Grundsatz ausgesprochen, sobald der König eine Meinung geäußert habe, völlig zu vergessen, was die eigene Ansicht gewesen war. So ist die preußische Politik damals von einem Manne stark beeinflußt worden, der auf Selbständigkeit dem König gegenüber von vornherein verzichtete.

Er war ebenso wie sein Bruder Peter Lombard, Sekretär im Ministerium des Äußeren, emporgekommen durch Anschluß an den einen der beiden damaligen Kabinettsminister, den Grafen Haugwitz, den er allmählich freilich immer mehr in den Schatten stellte. Seit der Kampagne von 1792 hatte Haugwitz das Vertrauen Friedrich Wilhelms II. besessen und war auch unter dem jungen König der Leiter der preußischen Politik geblieben; ein welterfahrener, geschickter Mann, liebenswürdig im Verkehr, aber bequem, dem Genuß nicht abgeneigt, in Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten nachlässig; zu sorglos und oberflächlich, zu schwankend in seinen Ansichten, als daß er einer zielbewußten Politik fähig gewesen wäre. Nachdem er sich anfangs sehr nachgiebig gegen Frankreich gezeigt, hatte er 1799 und 1803 vergeblich versucht, den König zu thatkräftigem Einschreiten gegen die französischen Ansprüche zu bewegen; im April 1804 hatte er sich infolge dessen von den Geschäften zurückgezogen, und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten hatte der Freiherr von Hardenberg übernommen: ein hochbegabter und hochgebildeter Mann, von großer Gewandtheit und vielseitigen Interessen. Im Übrigen war er damals ebenso weit entfernt, einer inneren Erneuerung des preußischen Staates das Wort zu reden, als den Gedanken der unbedingten Bekämpfung Napoleons zu vertreten. Vielmehr hat er noch im August 1805 sich der Idee eines Bündnisses mit Frankreich nicht abgeneigt gezeigt; auch ihm

ist es schwer geworden, sich von der überkommenen Staatskunst der halben Maßregeln und der „diplomatischen Spekulationen“ loszureißen; erst spät fand er die Losung für Preußens zukünftige Politik in dem Kampf gegen Frankreich auf Leben und Tod.

Von den übrigen Ministern werden die meisten dadurch charakterisiert, daß sie sich nicht gescheut haben, dem siegreichen Napoleon einen Eid zu leisten; als Stein im Herbst 1807 die Leitung Preußens übernahm, fand er von seinen früheren Kollegen nur einen noch im Amt, den preußischen Provinzialminister von Schrötter. Als typisch für einen großen Teil der höheren Beamten jener Zeit verdient der Graf Schulenburg Erwähnung. Er hatte sich als routinierter Verwaltungsbeamter viel Reputation erworben, besaß im übrigen weder tiefere Kenntnis der Verhältnisse noch genug Selbstlosigkeit, um an ihrer Besserung mitarbeiten zu wollen; ein Mann, dem der äußere Genuß seiner Stellung über alles ging, und der, nachdem er den berühmten Ausspruch gethan, daß die erste Bürgerpflicht Ruhe sei, seinem bisherigen Vaterlande Valet sagte, um als Staatsrat in König Jeromes Dienste zu gehen.

In diese Kreise trat also zu Ende des Jahres 1804 der Freiherr vom Stein; er, von dem sein Nachfolger in Westfalen, Vincke, sagte, er sei vielleicht noch besser zum Minister als zum Präsidenten. Als Handelsminister lag ihm vornehmlich die Hebung des Verkehrs, die Beseitigung schädlicher Verkehrsschranken, die Förderung des Geldumlaufs, als Finanzminister die Steigerung der Staatseinkünfte und die bessere Regelung der Verbrauchssteuern am Herzen.

Was das erste anlangt, so führte er zum Vorteil des Binnenhandels eine Maßregel durch, welche der König bereits

1798 beabsichtigt hatte; er hob die Binnen- und Provinzialzölle auf, deren Reingewinn zudem ein verhältnismäßig geringer war. Wie er damit den Boden des Merkantilsystems nicht verließ, so hielt er es überhaupt für eine Aufgabe des Staates, durch positives Eingreifen die nationale Arbeit zu fördern und das Inland wirtschaftlich vom Auslande unabhängig zu machen. „Welche Emission von Geld!“ ruft er aus, als er bemerkt, daß Preußen zu wenig Baumwolle verarbeite und ein Drittel seines Bedarfs an Garn aus dem Auslande beziehe; er begründet damit die Notwendigkeit, eine Baumwollspinnerei anzulegen. Der Förderung des Handels diente ferner die angebahnte Reform der beiden großen Geldinstitute, welche Friedrich der Große gegründet hatte, der preußischen Bank und der Seehandlung. Stein faßte die Aufgabe des Leiters einer staatlichen Bank tiefer als die gewöhnlichen Routiniers der Zeit: „wer die Geschäfte der Bank führen, die Geldmasse, die sich durch sie bewegt, planmäßig für Produktion und die merkantilische Transaktion leiten will, der muß Kenntnisse haben von der Natur und den Grundsätzen, worauf Geldinstitute beruhen, von dem Gange der Geschäfte und der Produktion des Staates und seiner einzelnen Handelsplätze“. Er entdeckte bald starke Mißbräuche, die teils aus mangelnder Überwachung der Beamten teils aus unrichtigen Grundsätzen herrührten. Starke Unterschlagungen waren vorgekommen; es war keine Seltenheit, daß Bankbeamte Bankgelder oder doch ihre genauere Kenntnis der Konjunkturen zu eigenen Spekulationen benutzten. Andrerseits hatte man in Zeiten eines starken Bestandes an barem Gelde zu Operationen gegriffen, die mit dem ursprünglichen Zweck der Bank in Widerspruch standen: man hatte Geld auf lange Fristen ausgeliehen, sich mit schlechter Sicherheit begnügt, sich auf Hypothekengeschäfte eingelassen und besonders in den neuerworbenen polnischen Provinzen mehrere Millionen auf

Güter ausgeliehen, die nach dem Tilsiter Frieden durch einen Gewaltakt Napoleons verloren gingen. Dadurch war die Bank, wie man klagte, zu einer Art südpreußischer Landschaftsbank geworden. „Die Aktiva der Bank“, schrieb Stein, „waren eisern, das Publikum war verwöhnt, ihre Passiva à bureau ouvert zahlbar.“ So machte denn Stein Reformvorschläge: er erklärte sich gegen alle hypothekarischen Geschäfte; er verbot den Bankbeamten eigene Spekulationen; er forderte, daß die Bank alles thue, um dem eingetretenen Mangel an Zirkulationsmitteln, über den sich die Kaufmannschaft beklagte, zu begegnen, und schlug zu diesem Zwecke die Beschaffung der Mittel aus den gerichtlichen Depositen und den Geldern der milden Stiftungen, durch Einbehaltung eines Teiles der bisher abgelieferten Überschüsse, endlich durch Aufnahme einer Anleihe vor. Zugleich berief er an die Stelle des bisherigen Bankdirektors einen andren, einen Nichtpreußen: es war der Holsteiner Niebuhr, der bisher in dänischen Diensten gestanden hatte und sich bald mit inniger Hingabe an Stein anschloß; freilich übernahm er seine neue Stellung eben in den Tagen, als die Schlacht von Jena geschlagen wurde und der preußische Staat zusammenbrach.

Was die Hebung der Staatseinkünfte anlangt, so hatte von Anfang an der schlechte Zustand, in dem sich das preußische Salinenwesen befand, Steins Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sein Ziel war Hebung der Salzgewinnung, um die Staatseinnahmen zu vermehren und zugleich um Preußen von der ausländischen Salzeinfuhr unabhängig zu machen; dazu war eine Neuordnung der Salzadministration notwendig. Diese bot insofern ganz besondere Schwierigkeiten, als sie sehr verschiedene Dinge in sich vereinigte; sie verlangte nicht nur steuertechnische Kenntnisse, wie sie durch das Wesen einer Konsumsteuer bedingt wurden; der Staat trat hier zugleich als Besitzer großer Salinen, deren Ausnutzung bergmännisches

Wissen und Können verlangte, endlich aber auch als Kaufmann auf, welcher große Mengen von Salz im Auslande ankaufte und damit nicht nur die an der Ostsee gelegenen Provinzen versorgte, sondern zugleich nach den angrenzenden polnischen und russischen Landesteilen Handel trieb. So mannigfaltige Aufgaben hatte man einer einzigen Behörde zugewiesen; die Folge davon waren mangelnde Sachkenntnis und starke Mißgriffe gewesen, die Verwaltung war teurer geworden, die Einnahmen zurückgegangen, das Salinenwesen in Verfall geraten. So ordnete denn nach Steins Vorschlag das Edikt vom 14. Mai 1805 an, daß die Verwaltung geteilt und der bergmännische Teil dem Bergwerksdepartement, der kaufmännische der Seehandlung, der steuertechnische dem Accisedepartement überwiesen wurde. Auf diese Weise hoffte der Minister auch die Produktion und damit die Einkünfte wieder zu heben; demselben Zwecke diente eine Erhöhung der Salzpreise.

Vielleicht die wichtigste Aufgabe Steins war die Regelung der Accise. Gewiß hätte das gesamte preußische Steuerwesen einer Neuordnung bedurft; man mußte fordern, daß eine direkte Steuer, wie sie bisher nur auf dem Lande erhoben worden war, auch den Städten, die indirekten Steuern, die im allgemeinen auf die Städte beschränkt gewesen waren, auch dem Lande auferlegt würden. Während nun aber die direkten Steuern überhaupt nicht zu Steins Ressort gehörten, so konnte auch eine allgemeine Reform der Accise nicht sofort durchgeführt werden. Noch war in den westfälischen Entschädigungslanden die Entscheidung über die Erhebungsform dieser Steuer nicht getroffen; und in den weiten polnischen Gebieten, die nunmehr seit zehn und zwölf Jahren zu Preußen gehörten, war die wirtschaftliche Lage so abweichend von den Verhältnissen der übrigen Provinzen, daß man nicht daran hatte denken können, die preußische Accise mit ihren zahllosen

Bestimmungen einzuführen, sondern sich mit geringen Änderungen an der bisher in den Städten erhobenen Trank- und Schlachtsteuer begnügt hatte. Während Stein jetzt einen Plan für die Neuverfassung der westfälischen Lande entwerfen ließ, unternahm er, um die Verhältnisse der östlichen Provinzen, besonders Süd- und Neuostpreußens, zu studieren, im Juni 1805 eine Reise, die ihn bis Warschau und Bialystock führte. Überall beobachtete er die Produktionsverhältnisse, die Lage des Handels und Gewerbes, die Art der Steuererhebung. Auf der Reise begleitete ihn unter andren der Statistiker Krug, dessen Arbeiten Stein die Anregung zur Gründung des statistischen Büreaus dankte, das im Jahre 1806 ins Leben trat. Da rief ihn ein Ereignis nach Berlin zurück, das seine ganze Thatkraft nach einer andren Richtung in Anspruch nahm. Preußen war im Begriff, sich am dritten Koalitionskriege zu beteiligen.

Preußen war 1795 von der Koalition zurückgetreten, nicht ohne Hoffnung, daß andre, auch süddeutsche Reichsstände sich dem preußischen Sonderfrieden anschließen würden. Als sich diese Erwartung als trügerisch erwies, beschränkte es sich darauf, durch Feststellung einer Demarkationslinie die Neutralität von Norddeutschland in seinen Schutz zu nehmen, und indem es die Bündnisanträge beider streitenden Parteien zurückwies, führte es ein Neutralitätssystem durch, wie es den Neigungen des jungen Königs entsprach: ein System des Friedens mit jedermann, welches Preußen ohne Schwertstreich eine bedeutende Gebietserweiterung verschaffte, unter dem sich der Handel entwickelte, der Export aufblühte, die Gutspreise stiegen, und unter dessen Schutze eine Litteratur und eine Philosophie entstanden, welche es wagte, in einem Zeitalter, wo mehr denn sonst die rücksichtslose Gewalt entschied, den Triumph der Idee zu feiern und in einer Epoche der schwersten nationalen Kämpfe den allgemeinen Frieden

der Völker für möglich zu halten. Es war eine Politik des Verzichts, die man trieb, des Verzichts darauf, die europäischen oder auch nur die deutschen Angelegenheiten entscheidend zu beeinflussen; es war die Politik des isolement avec honneur, wie Lombard einmal sagte, und deren Ziel Beyme einmal in den Worten aussprach: „Wenn wir uns immer wie bisher durchwinden, so werden wir doch am Ende die meiste Ehre davontragen.“ Aber man irrte sich, wenn man sie ohne Schädigung des preußischen Ansehens durchführen zu können glaubte: „Sa Majesté est timide et entourée de gens timides“, schrieb der französische Gesandte nach Paris. Die Rechnung, daß das preußische Kabinett auch vor den französischen Ansprüchen immer weiter zurückweichen werde, erwies sich bald nichtig. Als beim Neubeginn des englisch-französischen Krieges 1803 französische Truppen Hannover besetzten und so auch die norddeutsche Neutralität angriffen, deren Wahrung bisher als erstes Prinzip der preußischen Politik gegolten hatte, wurde auch dieser Grundsatz aufgegeben. Der König erklärte, daß erst feindliche Maßregeln, die unmittelbar gegen preußisches Gebiet gerichtet wären, ihn bewegen würden, die Waffen zu ergreifen. Da trat plötzlich dieser Fall ein. Der dritte Koalitionskrieg brach aus, und beide Parteien schickten sich an, die Neutralität eines Staates zu mißachten, der auf eine aktive Teilnahme an den Welthändeln verzichtet zu haben schien. Es begannen die Verwickelungen, welche zu dem Tode des alten Preußens führen sollten.

Am 18. September 1805 erfuhr man in Berlin, daß die russischen Truppen, welche an den Grenzen standen, Befehl hatten, durch Überschreitung derselben den Beitritt Preußens zur Koalition zu erzwingen. Der König war im Augenblick entschlossen, Preußens Ehre mit den Waffen zu wahren: das Heer wurde mobil gemacht, und Stein von seiner Inspektions-

reise zurückberufen und beauftragt, Mittel zum Kriege flüssig zu machen. Während man aber alle Vorkehrungen zur Abwehr gegen Rußland traf, kam am 6. Oktober die Nachricht, daß ein französisches Korps unter Bernadotte, um die bei Ulm stehenden Österreicher zu umgehen, durch das preußische Ansbach marschiert sei. Die Folge war ein völliger Frontwechsel: das von den Franzosen geräumte Hannover wurde von preußischen Truppen besetzt, am 3. November mit Rußland der Vertrag von Potsdam geschlossen und der Graf Haugwitz an Napoleon mit einem Ultimatum geschickt, welches von ihm nicht weniger als die Räumung von Deutschland, Holland und der Schweiz, sowie den Verzicht auf die Krone von Italien verlangte. Wenn diese Forderungen ernsthaft waren, so war der Krieg unvermeidlich. Aber während Hardenberg mit dem französischen Gesandten in Berlin bereits jeden Verkehr abbrach, gab Friedrich Wilhelm die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht auf und sprach sich in diesem Sinne noch beim Abschied Haugwitz gegenüber aus.

Stein zweifelte damals nicht daran, daß der Krieg ausbrechen werde. „Gott gebe, daß er kräftig und glücklich geführt werde“, schrieb er an Vincke. „Man muß auf die großen Beispiele aus der Geschichte zurückblicken und Vertrauen auf die Vorsehung haben.“ Bereits am 27. September hatte er eine Denkschrift über die für den Krieg zu erschließenden Geldquellen eingereicht und darin neben Benutzung der vorhandenen Kassenüberschüsse vornehmlich Anleihen und eine Steuererhöhung in Vorschlag gebracht. Als dann seitens des königlichen Kabinetts der Vorschlag gemacht wurde, Papiergeld auszugeben — ein Plan, der bereits 1798 unmittelbar vor der Ausführung gestanden hatte und nur, weil sich die öffentliche Meinung dagegen aussprach, zurückgezogen worden war —, nahm Stein den Gedanken, wenn auch mit Vorsicht, auf. Er glaubte zunächst die Ausgabe von nur 5 Millionen

Thalern unverzinslicher Tresorscheine vorschlagen zu dürfen; er war sich dessen wohl bewußt, welche Vorsicht die Ausgabe von Papiergeld in einem Lande erforderte, dessen Bevölkerung an den Gebrauch von Geldsurrogaten noch wenig gewöhnt und dessen Geldverkehr besonders durch die gesetzliche Unveräußerlichkeit des größten Teils des adligen und bäuerlichen Grundbesitzes in seiner Entwickelung behindert war. Andrerseits hielt er die Ausgabe einer mäßigen Summe von Scheinen für vorteilhaft; die Schaffung eines neuen Zahlungsmittels würde, hoffte er, belebend auf den Verkehr und die Produktion wirken. Für unbedingt nötig hielt er es aber, mit der Ausgabe von Papiergeld unter dem Bedürfnis der Zirkulation zu bleiben. Sein Bericht erntete den vollkommensten Beifall des Königs, wurde aber auf seinen eigenen Antrag einer weiteren Prüfung durch das Generaldirektorium unterzogen. Am 18. Januar 1806 erfolgte die königliche Entscheidung: man fertigte im Jahre 1806 für 5½ Millionen, im ganzen für kaum 9,100,000 Thaler Tresorscheine an; das Papier wurde für einlösbar erklärt und Realisationskassen geschaffen, die freilich nur bis zum Oktober 1806, wo der Krieg wirklich ausbrach, in Thätigkeit waren.

Denn für den Augenblick wurde er verhindert. Die Niederlage von Austerlitz hatte zur Folge, daß Österreich von der Koalition zurücktrat, einen „unbesonnen angefangenen Krieg feige endigte", wie Stein urteilte. Und wiewohl die Lage noch keineswegs hoffnungslos war, so wagte Haugwitz, der die militärische Stellung Napoleons für sehr bedrohlich hielt und überdies die Wünsche des Königs kannte, doch nicht, die zu Potsdam verabredeten Bedingungen vorzutragen. Er glaubte vielmehr einen ihm von Napoleon zu Schönbrunn vorgelegten Vertrag unterzeichnen zu sollen: um das von Preußen ersehnte, von Napoleon angebotene Hannover zu erhalten, gab er seine Zustimmung dazu, daß neben Neufchâtel

4*

Ansbach und der Rest von Kleve abgetreten würden. So verlief die Sendung, welche ein kriegerisches Eingreifen Preußens zur Wahrung seiner verletzten Ehre hatte einleiten sollen.

Stein hatte auch nach der Schlacht von Austerlitz die Sache der Koalition keineswegs für verloren gehalten. Preußens Mittel schienen ihm derart, daß es eine unabhängige und ehrenvolle Stellung aufrecht erhalten könnte: „es ist nur zu wünschen, daß die moralische Kraft dem allseitig entspreche". Als dann die Verträge bekannt wurden, richtete sich sein Unwille anfangs mehr gegen die österreichische als die eigene Regierung. Er bedauerte allerdings, daß es den Leitern Preußens an einer „großen moralischen und intellektuellen Kraft" gebrach; aber er enthielt sich des Tadels: „ich erkenne hierin den Willen der Vorsehung, und es bleibt nichts übrig als Glaube und Ergebung". Über das Rechtlose der Annexion von Hannover tröstete er sich damit, daß es sich zunächst nur um eine Okkupation bis zum nächsten Frieden handle, und daß andrerseits durch Erwerbung dieses Landes eine fortwährende Kriegsgefahr für Norddeutschland beseitigt werde und Preußen eine höchst willkommene Abrundung erhalte. Wie anders aber wallte sein Blut auf, als die zugleich kraftlose und leichtsinnige Politik der preußischen Staatsmänner, Hardenberg mit eingeschlossen, neue Früchte zeitigte, als man den Schönbrunner Vertrag nur mit Modifikationen annehmen wollte, zugleich aber das Heer zum größten Teil auf Friedensfuß setzte und so dem gewaltthätigen Gegner die Möglichkeit gab, dem widerstandslosen Preußen im Februar 1806 einen neuen Vertrag aufzuzwingen! Einen Vertrag, der Preußen durch ein Schutz- und Trutzbündnis an Frankreich kettete und demgemäß auch dazu verpflichtete, an der Bekämpfung des englischen Handels durch Ausschluß englischer Schiffe von seinen Häfen teilzunehmen. Mit rückhaltlosem

Unwillen sprach sich Stein über Haugwitz aus, den Träger dieser Politik, der ebendamals noch einflußreicher wurde, da Hardenberg auf Napoleons Drängen seiner Stellung als Kabinettsminister enthoben wurde. Aber er hielt es zugleich für seine Beamtenpflicht, den König über die Gefahr der Lage und über die Ursachen dieses unglücklichen Zustandes aufzuklären. Im April 1806 arbeitete er eine Denkschrift aus, welche er betitelte: „Darstellung der fehlerhaften Organisation des Cabinets und der Nothwendigkeit der Bildung einer Ministerialconferenz". Es ist die erste seiner reformatorischen Denkschriften.

Da der preußische Staat, so beginnt er, keine Staatsverfassung hat, vielmehr die in einigen Provinzen bestehenden Stände lediglich örtliche Korporationen sind, so braucht er um so mehr eine nach richtigen Grundsätzen gebildete Regierungsverfassung. Die bestehende Kabinettsregierung ist aber als äußerst nachteilig zu bezeichnen. Das Kabinett hat kein gesetzliches Dasein; es hat großen Einfluß, aber keine Verantwortlichkeit; es entbehrt vielmehr des Zusammenhangs mit den Verwaltungsbehörden, sowie es auch an der Ausführung der königlichen Befehle keinen Anteil hat. Die Folge ist, daß sich unter den Ministern die Einheit des Handelns auflöst, da sie unnötig ist; daß die höchsten Staatsbeamten von Subalternen abhängig werden, was den Geist des Gehorsams bei den Untergebenen schädigt; daß endlich der König ohne Verkehr mit seinen Ministern ist, einseitige Eindrücke erhält und in Abhängigkeit von seiner Umgebung gerät. Wenn so das System höchst tadelnswert ist, so kann über die Personen, welche das Kabinett bilden, das Urteil nicht milder sein: Beyme und Lombard, der „dem Kabinett affiliierte" Haugwitz und der General Köckeritz werden mit herber Schärfe als teils geistig teils moralisch ungeeignet charakterisiert. So erfordert denn das Staatswohl eine gründliche Reform. Es

kommt darauf an, daß eine unmittelbare Verbindung zwischen dem König und den obersten Staatsbeamten hergestellt werde und nur solche Personen den „Vortrag der Staatsgeschäfte zur endlichen Entscheidung beim Könige“ haben, welche gesetzlich dazu berufen und dafür verantwortlich sind. Es ist ferner notwendig, das Ministerium neu zu organisieren und fünf Abteilungen für Krieg, Äußeres, Inneres, Finanzen und Justiz zu schaffen, zugleich aber durch Bildung eines Staatsrats die verlorene Einheit der Regierung wiederherzustellen. Die Kabinettsräte sind in die Stellung von Sekretären herabzudrücken; damit dies möglich ist, muß ein Personenwechsel vorgenommen werden. Stein schließt mit Worten der tiefsten Besorgnis: „Sollte der König fortfahren, unter dem Einfluß eines fehlerhaft gebildeten und verwerflich zusammengesetzten Kabinetts zu regieren, so ist es zu erwarten, daß der Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliert, und daß der Monarch die Liebe und Achtung seiner Unterthanen nie wieder erhält.“

Stein hatte die Absicht, die Denkschrift durch Vermittelung der Königin an den König gelangen zu lassen. Aber man muß annehmen, daß sie diesem auch in der etwas abgeschwächten Form, die er ihr nachher gab, nicht zu Gesicht gekommen ist. Die Königin fand ebenso wie Hardenberg, so sehr sie im ganzen den Inhalt billigte, die Ausdrucksweise zu leidenschaftlich; sie erwartete besseren Erfolg von einer Eingabe mehrerer Staatsmänner und Generäle, für welche sie merkwürdigerweise auch Haugwitz zu gewinnen hoffte. Und so blieb denn Preußen in seiner verhängnisvollen Lage geleitet von Männern ohne sittlichen Ernst und inneren Halt; nach außen darum ohne Vertrauen und völlig isoliert; gekettet an den Mann, den es mehr als alles fürchten mußte; mit seinen natürlichen Verbündeten, England und Rußland, teils verfeindet teils mühsam geheime Beziehungen wahrend. Indessen litten die Geschäfte

durch den Krieg mit England und die allgemeine politische Unsicherheit; der Mißmut und die Erbitterung stieg. Und bei alledem machte man nicht einmal den Versuch, durch Besserung der Verwaltung, durch Änderungen im Heerwesen Preußen gegen die drohende Gefahr widerstandsfähiger zu machen.

Und nun traten die Ereignisse ein, welche in ihrem Verlauf zum Kriege führten: die Gewaltthaten Murats, des Großherzogs von Berg, gegen das benachbarte preußische Gebiet; französische Ränke gegen die Bildung eines norddeutschen Bundes, zu der Napoleon selbst aufgefordert hatte; die Kunde, daß er sich bereit erklärt habe, Hannover an England zurückzugeben; endlich und ganz besonders die Anwesenheit starker französischer Heeresmassen in Süddeutschland und ihre, wie es schien, drohenden Bewegungen gegen preußische Provinzen. Das Gefühl der Schwäche, die Besorgnis vor einem plötzlichen Überfall, der Wunsch, für diesen Fall nicht wehrlos zu sein, führten im August 1806 zu der für jedermann unerwarteten Maßregel, einen großen Teil des Heeres mobil zu machen; Haugwitz selbst hatte dazu geraten. In jenen Tagen wurde ein neuer Versuch gemacht, die Männer des Kabinetts zu stürzen. Als Organ der öffentlichen Meinung traten diesmal mehrere Prinzen des königlichen Hauses auf, unter ihnen neben zwei Brüdern des Königs und seinem Schwager, dem Prinzen von Oranien, der Prinz Louis Ferdinand, der mit seiner Erbitterung über die „abscheuliche Spitzbüberei der Partei Lombard, Beyme und Haugwitz“ nicht hinter dem Berge zu halten pflegte. Man glaubte Grund zu der Befürchtung zu haben, die leitenden Männer könnten den ersehnten Krieg, der die Ehre Preußens wiederherstellen sollte, von neuem vereiteln, und auch „diese Nationalanstrengung könnte durch Leichtgläubigkeit oder Heuchelei getäuscht“ werden. Die Unterzeichner der von Johannes von

Müller verfaßten Eingabe erklärten, daß es nur der Charakter der jetzigen Staatsleiter sei, welcher Napoleon zu weiteren Übergriffen ermutige, andre Staaten aber vom Anschluß an Preußen abhalte; sie beriefen sich auf die „allgemeine und auf notorische Thatsachen gegründete Überzeugung“, wenn sie die Entlassung dieser Männer forderten.

Stein hatte im Sommer 1806 wieder eine mehrmonatliche Dienstreise durch Schlesien und die magdeburg-halberstädtischen Lande unternommen. Im August kehrte er nach Berlin zurück, in einer Zeit allgemeiner, schmerzvoller Aufregung, die für ihn persönlich noch dadurch vermehrt wurde, daß eben damals die deutsche Reichsritterschaft ihr Leben endigte und ihre Gebiete von den fürstlichen Nachbarn annektiert wurden: so ging denn auch in Steins rheinischen Gütern die Gerichts- und Landeshoheit auf Nassau über. Doppelt innig schloß er sich jetzt an den preußischen Staat an; „jeder muß festhalten und an seinem Punkte wirken, was er kann“, schrieb er seinem schwarzsichtigen Freunde Vincke, der geneigt war, die Flinte ins Korn zu werfen. Als er jetzt aufgefordert wurde, die prinzliche Eingabe mit zu unterzeichnen, zog er sich nicht zurück; mit ihm unterschrieben die Generäle Rüchel und Pfull. Aber der Schritt hatte nicht den gewünschten Erfolg; vielmehr sah der König darin einen dreisten Versuch, seinen Willen zu beeinflussen, und gab den Unterzeichnern seine Mißbilligung deutlich zu erkennen.

Indessen brach der Krieg aus, und es zeigte sich, daß das Heerwesen ebenso mangelhaft organisiert war als die Civilverwaltung, und die Heeresführung ebenso untüchtig als die Leitung der Politik. Stein hatte schon, ehe die Nachricht von der Schlacht bei Jena eintraf, die Geldvorräte der ihm unterstellten Kassen einpacken lassen; am 18. Oktober machte er bekannt, daß die königlichen Kassen und Banken ihre Zahlungen vorläufig einstellten, und sandte die Bestände über

Stettin nach Königsberg. Am 20. Oktober verließ er, an Podagra schwer erkrankt, die Hauptstadt und begab sich nach Danzig. Eine Woche verging, und Napoleon zog in Berlin ein; der Rest der preußischen Armee ergab sich bei Prenzlau, während Erfurt und Spandau bereits vorher kapituliert hatten. Indessen waren Friedensunterhandlungen angeknüpft worden; in Charlottenburg verabredeten die beiderseitigen Bevollmächtigten einen Vertrag, worin Preußen auf die linkselbischen Lande außer der Altmark und dem Magdeburgischen verzichten und eine Kriegsentschädigung von 100 Millionen Francs zahlen sollte. Zur Beratung über diesen Vertrag trat in Graudenz am 6. November eine Ministerkonferenz zusammen, an der auch Stein teilnahm; in Anbetracht der traurigen Lage des Staates gab auch er seine Einwilligung zu den festgestellten Bedingungen, erklärte sich aber ebenso wie die meisten Theilnehmer der Konferenz gegen den etwa von Napoleon geforderten Anschluß an den Rheinbund, während Haugwitz selbst diese Demütigung, d. h. den Verzicht auf jede politische Selbständigkeit, falls Napoleon sie verlangte, für notwendig hielt. Indessen war durch die Feigheit der preußischen Festungskommandanten die Lage von Tag zu Tag für Napoleon günstiger geworden; Stettin, Küstrin, Magdeburg hatten kapituliert, und Hameln folgte ihnen. Wie hätte er diese unerwartete Gunst der Umstände nicht benutzen sollen! Er schlug den preußischen Unterhändlern Lucchesini und Zastrow einen Waffenstillstand auf neue Bedingungen hin vor und erreichte durch die Drohung, Preußen vernichten zu wollen, daß sie ihn am 16. November unterzeichneten: jetzt sollten auch Thorn, Graudenz, Danzig und der größere Teil von Schlesien geräumt werden; der König sollte russische Truppen, die etwa preußisches Gebiet betreten hätten, zum Abzug bewegen; die Verhandlungen über einen Frieden sollten fortdauern. Es war klar, daß die Annahme dieser Bedingungen,

bei denen Napoleon selbst nicht die geringste Verpflichtung übernahm, die Unterwerfung unter seinen Willen bedeutete: wie er diese Unterwerfung ausnützen würde, ließ sich aus einer Note Talleyrands an die preußischen Unterhändler erkennen, wonach die Besetzung der preußischen Staaten dazu dienen sollte, den Frieden mit England und Rußland herbeizuführen. Und doch fanden in der Konferenz, welche am 21. November zu Osterode stattfand, Haugwitz und außer Köckeritz sämtliche militärische Ratgeber des Königs den Mut, für Annahme des Waffenstillstandes zu stimmen. Stein war schon vorher entschlossen gewesen, ihn zu verwerfen; mit ihm stimmten nicht nur Beyme und der Minister von Voß, sondern der König selbst entschied sich für Verwerfung der französischen Bedingungen. Daß er sich schon vor der Konferenz zur Fortführung des Krieges und zum engen Anschluß an Rußland entschlossen hatte, geht daraus hervor, daß er bereits am Tage vorher dem Freiherrn vom Stein in privater Form das Ministerium des Auswärtigen hatte anbieten lassen.

Der Beschluß von Osterode ist entscheidend für die Geschichte Preußens. Er bedeutet die Niederlage derjenigen Partei, welche in halben Maßregeln das Heil Preußens suchte. Der besiegte Haugwitz nahm seine Entlassung und ging auf seine Güter nach Schlesien. Auch Lombard hat, wenn er auch im Dezember am Hofe zu Königsberg erschien, keine Rolle mehr gespielt; als der König nach Memel ging, zog er sich völlig zurück. Von jenen vier Männern, gegen welche Stein im April seine Anklagen geschleudert hatte, waren nur noch Köckeritz und Beyme um den König: der erstere so urteilslos, daß er, nach eigener Angabe, wenn ihm zwei Parteien etwas vortrugen, nie wußte, welcher er Recht geben sollte; der andere zwar eitel und kleinlich, aber bestimmbar, fähig auf die Gedanken andrer einzugehen und augenblicklich völlig einverstanden mit der Partei des Widerstandes. War

jetzt Raum für die Entfaltung einer großen, kräftigen Politik? Am 29. November wiederholte der König sein Anerbieten an Stein in offizieller Weise; er bot ihm ad interim das Ministerium des Auswärtigen an, mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß er die Geschäfte dieses Departements in dem Geiste führen werde, den die Lage des Staates erfordere, und daß er auch das Vertrauen der verbündeten Höfe erhalten werde. Sollte Stein dieses Anerbieten annehmen?

Er lehnte ab. Er begründete seine Ablehnung damit, daß ihm die Kenntnisse und die Erfahrung fehlten, welche nötig seien, um in einem so kritischen Augenblick die Leitung des wichtigsten Departements zu übernehmen. Nicht ohne Bitterkeit setzte er dem Könige auseinander, daß eine „durch schwächliche Erfahrung der jetzigen Zeit als weise bewährte Vorzeit" für jedes Fach eine besondere Vorbildung verlangt habe. Er empfahl Hardenberg, der noch Minister war, den alle Welt als Gegner Napoleons kannte, der im Sommer eine geheime Verhandlung mit Rußland geführt hatte, und der doch noch nicht wieder zu den Staatsgeschäften herangezogen war, auch an der Konferenz zu Osterode nicht teilgenommen hatte. Zugleich ergriff er die Gelegenheit, auf die Gedanken seiner Denkschrift vom April zurückzukommen. Er trug dem Könige die Nachteile der jetzigen Regierungsform vor und flehte ihn an, das Kabinett zu beseitigen und die Minister in einem Konseil zu versammeln. Dann wird „das Vertrauen der Bundesgenossen befestigt, der Mut unterdrückter Nationen gestärkt, die abgerissenen Provinzen zum Entschluß gefahrvoller Anstrengung aufgerichtet und in den behaupteten dem Geist trüber Hoffnungslosigkeit gewehrt werden, welcher allem edlen und guten Willen und Anstrengung feind ist." Und wirklich ging der König teilweise auf Steins Vorschläge ein: er ließ durch Beyme einen Plan entwerfen, nach welchem ein Ministerkonseil, bestehend aus drei

Ministern für das Auswärtige, das Innere und die Finanzen, und das Kriegswesen, ins Leben treten solle, mit dem Recht und der Pflicht, gemeinsam zu beraten und bei ihm Vortrag zu halten. Er zeigte sich ferner geneigt, Hardenberg die äußeren Angelegenheiten zu übertragen, während Rüchel das Kriegsministerium, Stein das Innere und die Finanzen leiten sollte. Aber diese Lösung der Schwierigkeit wurde dadurch wieder in Frage gestellt, daß der General Zastrow, der mit Napoleon verhandelt hatte, mit Friedenshoffnungen zurückkehrte und von der Berufung eines so entschiedenen Gegners Napoleons, wie es Hardenberg war, dringend abriet. So wurde denn Zastrow Minister des Äußeren. Noch wesentlicher war, daß sich Friedrich Wilhelm nicht entschließen konnte, Beyme ganz fallen zu lassen. Der Personenwechsel, den Stein für nötig hielt, trat also nicht ein; da vielmehr Beyme das Recht erhielt, die für den neuen Staatsrat bestimmten Sachen auszusondern und den Ministern zuzuweisen, so war zu fürchten, daß er die Rolle des Ministerpräsidenten weiter spielen würde. Unter diesen Umständen hielt Stein die Bildung des Staatsrats für unnütz. „Kein Cabinet", schrieb er am 17. Dezember an Hardenberg, „kein Einfluß von Subalternen, kein Staatsrat ohne Sie!" Er lehnte die ihm angetragene Stelle ab, und General Rüchel übernahm es, dem König mitzuteilen, daß unter diesen Umständen die Bildung eines Ministerrats nicht gelungen sei. Aber der König ignorierte die Weigerung Steins, der ihr keinen schriftlichen Ausdruck gegeben hatte. Anderthalb Wochen vergingen; dann kam zu Beginn des neuen Jahres der Zwiespalt zum offenen Ausbruch. In der Zeit der Friedenshoffnungen hatte der König durch Kabinettsordre Befehl gegeben, den Kaiser Napoleon in den königlichen Schlössern auf seine Kosten zu bewirten. Als jetzt die Frage aufgeworfen wurde, ob dies ferner geschehen solle, wurde Stein aufgefordert, ein Gutachten

abzugeben. Er weigerte sich dessen, da die Sache vor den Minister des Äußeren gehöre; zugleich äußerte er sich in heftiger Weise darüber, daß man die Staatseinkünfte dem Sieger freiwillig zur Verfügung stelle, und erklärte, als ihn Köckeritz mit Berufung auf die Instruktion des neuen Staatsrats von neuem aufforderte, er betrachte diesen nicht als konstituiert.

Stein hat seine Widersetzlichkeit später selbst damit zu entschuldigen gesucht, daß er krank und von heftigem Unwillen über die Vertreter des bisherigen Systems erfüllt gewesen sei. Der König aber machte dem lange zurückgehaltenen Groll gegen einen Mann, der die Ehrerbietung gegen ihn außer Acht zu lassen schien, in einem heftigen Handschreiben Luft. Er erkannte an, daß Stein ein „denkender, talentvoller und großer Konzeptionen fähiger Mann“ sei, daß seine Departementsführung musterhaft, sein Urteil immer das eines scharfsinnigen Kopfes gewesen sei. Aber er warf ihm vor, daß er „exzentrisch und genialisch“ sei, d. h. immer nur die eigene Meinung für wahr halte, daß er Leute stürzen wolle, die ihn einst erhoben hätten; daß er sich mehrfach unbotmäßig und eigensinnig benommen habe; kurz daß er als „ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sei, der, auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt, das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handle. Dergleichen Staatsbeamte seien aber gerade diejenigen, deren Verfahrungsart am allernachteiligsten und gefährlichsten für den Zusammenhalt des Ganzen wirke.“

Stein erhielt dies Schreiben am 3. Januar 1807; eben wollte er, obwohl er selbst krank war und eine seiner Töchter am Nervenfieber schwer darniederlag, mit dem Hofe von Königsberg nach Memel gehen. Er antwortete sofort, daß

er nach der Charakteristik, die der König von ihm entworfen habe, um seine Entlassung bitten müsse. Er erhielt sie am 4. Januar mit den Worten: „Da der Herr Baron vom Stein unter gestrigem Dato sein eigenes Urteil fällt, so weiß ich nichts hinzuzusetzen. Friedrich Wilhelm.“

So führte hartnäckiges Festhalten an liebgewordenen Personen einerseits, eigensinniges Bestehen auf dem Grundsatz andrerseits zu einem unheilvollen Zusammenstoß, der Preußen in schwerster Zeit seines besten Mannes beraubte. Die Entlassung des Ministers machte das größte Aufsehen; Inland wie Ausland sah in ihr einen Sieg der Partei, der man die Schuld an dem Niedergang Preußens zuschrieb. Stein blieb in Königsberg noch bis zum Februar 1807; dann begab er sich über Danzig und Berlin nach Nassau, wo er zunächst seine stark erschütterte Gesundheit herzustellen hoffte. Private Unterhandlungen mit der russischen Regierung, in deren Dienste zu treten er nicht abgeneigt war, hatten zum Glück für Preußen und Deutschland keinen Erfolg. Fern vom Getümmel des Krieges, fern von den Geschäften der praktischen Politik, beschäftigte sich der Entlassene vielmehr mit Plänen, deren Gesamtheit einen Neubau des zusammengestürzten preußischen Staatsgebäudes zum Ziele hatten. In der Zurückgezogenheit seines Landsitzes schrieb er im Juni 1807 seine Denkschrift „über die zweckmäßige Bildung der Obersten und der Provinzial-, Finanz- und Polizei-Behörden in der Preußischen Monarchie.“



V.

Indessen waren die Hoffnungen, welche die preußischen Patrioten nach der Schlacht von Preußisch-Eylau zu fassen gewagt hatten, trügerisch gewesen; Alexander war nicht charakterfest genug, um an den Verpflichtungen festzuhalten, welche er noch vor kurzem von neuem in feierlichster Weise seinen Verbündeten gegenüber übernommen hatte. Aus den Schwierigkeiten einer keineswegs gefahrlosen Lage wurde Napoleon gerettet durch die Schwäche Alexanders und den Widerwillen des russischen Heeres gegen einen Krieg, der, wie es meinte, um fremde Interessen geführt wurde. Der Tilsiter Friede wurde geschlossen, der Staat, welcher noch vor wenigen Jahrzehnten an den umfassendsten Plänen der europäischen Politik teilgenommen hatte, über die Elbe zurückgedrängt und der Hälfte seines Besitzes beraubt. Und dies war nicht das einzige Übel. Selbst wenn man es hätte verschmerzen mögen, daß die erzwungene Teilnahme an der Kontinentalsperre es dem erschöpften Lande sehr erschwerte, den früheren Wohlstand zu gewinnen, — wie wenige glaubten überhaupt noch an eine Weiterexistenz dieses Staates, dem Napoleon selbst Schlesien hatte nehmen wollen und nur aus Rücksicht auf den Zaren gelassen hatte; den er, gestützt auf die Forderung einer unerschwinglichen Kriegssteuer, auch ferner von seinen Truppen besetzt hielt; dessen Integrität er so wenig achtete, daß er ihn in seinen Verhandlungen mit andren Mächten als Tauschobjekt benutzte. Ein Staat, in dem die königliche Gewalt zunächst nur von Memel bis zur Passarge reichte, innen auf das tiefste erschüttert und auf das grausamste ausgesogen, nach außen ohne politischen und finanziellen Kredit, — das war das Preußen, dessen Leitung man jetzt

dem vor einem halben Jahr entlassenen Minister von neuem anbot.

Seit April des Jahres hatte Hardenberg das Vertrauen des Königs wiedergewonnen; er hatte zunächst das seither von Zastrow verwaltete Ministerium des Äußeren übernommen und bald damit auch die Departements des Inneren und der Finanzen sowie die Leitung der Heeresverpflegung vereinigt. Aber er hatte sich durch seine politische Haltung den unversöhnlichen Haß Napoleons zugezogen, der jede Unterhandlung mit ihm ablehnte; prenez le baron de Stein, c'est un homme d'esprit, soll der französische Kaiser selbst zu Friedrich Wilhelm gesagt haben. So nahm denn Hardenberg seinen Abschied; aber eben er war es, der dem König auf das dringendste die Zurückberufung Steins empfahl. Es war immer sein Plan gewesen, das Innere und die Finanzen sobald wie möglich an ihn abzugeben; jetzt erhielt er den Auftrag, ihn zur Rückkehr aufzufordern. „Sie allein, lieber Freund", schrieb er am 10. Juli, dem Tage nach der Unterzeichnung des Friedens „können in diesem Augenblick retten, was Preußen bleiben wird; Sie allein können die Leiden lindern, die es zu Boden drücken;" und „Sie sind thatsächlich der einzige, auf den alle guten Patrioten ihre Hoffnung setzen! Würden Sie sich weigern, sie zu erfüllen?" Mit ihm zugleich schrieben die Prinzessin Luise, die mit dem Fürsten Radziwill vermählt war und Stein immer große Anhänglichkeit entgegenbrachte, und Blücher. Am 9. August erhielt er diese Briefe, am Fieber schwer darniederliegend. Aber sein Entschluß war schnell gefaßt. „Ich befolge Ew. Majestät Befehle unbedingt", schrieb er an den König, „und überlasse Ew. Königlichen Majestät die Bestimmung jedes Verhältnisses, es beziehe sich auf Geschäfte oder Personen, mit denen Ew. Königliche Majestät es für gut halten, daß ich arbeiten soll. In diesem Augenblick des allgemeinen Unglücks wäre es sehr

unmoralisch, seine eigene Persönlichkeit in Anrechnung zu bringen.“ Als er seine Krankheit überwunden hatte, brach er auf; am 19. September traf er in Berlin ein, wo er mit dem französischen Generalintendanten eine Besprechung hatte; am 30. kam er in Memel an.

Die Aufgaben, denen sich die Staatsleiter Preußens damals gegenüber sahen, waren die schwersten: es galt, die Verhandlungen über die französische Kriegssteuer zu Ende zu führen und auf diese Weise die Räumung des Landes durch die feindlichen Truppen zu erreichen; es galt, zu diesem Zwecke die Finanzkräfte und den Kredit, den der Staat etwa noch besaß, zusammenzufassen, um die Zahlung zu ermöglichen; es galt die wirtschaftlichen Leiden des Landes zu mildern und die zerstörten Hilfsquellen des Staates, das vernichtete Heer wiederherzustellen. Aber auf diese Maßregeln, augenblickliche Leiden zu beschwören, gedachte weder Stein noch seine gleichgesinnten Helfer sich zu beschränken. Es ist das Große an diesen Männern, daß sie in der gefahrvollsten und unsichersten Lage des preußischen Staates, mitten unter Trümmern den Gedanken faßten, ihn völlig neu aufzubauen. Nicht darauf kam es ihnen an, die Risse, welche das bisherige Staatssystem erhalten hatte, zu verkleben, sondern den Staat auf anderen Grundlagen neu zu errichten. Alle materiellen und alle sittlichen Kräfte galt es zu sammeln für den sicher bevorstehenden Kampf der Befreiung; denn nicht danach allein strebten sie, die physischen Hilfsquellen des Landes zu entwickeln, sondern die in der Nation vorhandenen sittlichen Kräfte für den Staat zu gewinnen und neu zu beleben und die Grundlagen ihm wiederzugeben, deren er zuallererst bedarf, Gemeinsinn und Pflichtgefühl der Bürger.

Steins Ansichten und Pläne liegen uns in einer Reihe von Denkschriften und Eingaben in der Hauptsache klar vor Augen. Es läßt sich leicht denken, daß er zunächst darauf

bringt, die früher so oft vermißte Einheit in der Verwaltung herzustellen. Die Staatseinheit, die er sich dachte, schloß die Nebenregierung eines Kabinetts natürlich von vornherein aus; und thatsächlich hatte bereits Hardenberg in den letzten Monaten des Krieges im ungehindertsten Verkehr mit dem König gestanden. Es war ferner nötig, an Stelle der bisherigen mangelhaften Verbindung zwischen den einzelnen Ministern eine geschlossene Einheit der obersten Behörde herzustellen; nicht so, daß ein Minister die Fülle der Gewalt in sich vereinigen sollte: „eine Folge der Beschränktheit menschlicher Kräfte ist es, daß die Fehler des Individuums einen überwiegenden Einfluß auf die Geschäfte erhalten, und die kollegialische Behandlung sichert einen steteren Gang, der frei ist von Übereilungen, und bewirkt eine größere Mannigfaltigkeit in den Ansichten". Hat also erst die Umformung der Regierung stattgefunden, so trete ein Staatsrat an die Spitze der Geschäfte, der in erster Linie aus den Ministern besteht: er wird dazu dienen, die Minister in steter Verbindung mit dem Könige zu setzen, da dieser den Vorsitz führt; er wird andrerseits zu einer fortwährenden Kontrolle der Minister dienen, denn die Einheit der Regierung erfordert „ein regelmäßiges und öfteres Versammeln der Minister", damit die Geschäfte gemeinschaftlich und nicht einseitig, „nach übereinstimmenden Grundsätzen und nicht nach zufälligen, momentanen Ansichten und Einfällen bearbeitet werden". Die Geschäftskreise der Minister müssen ferner neu abgeteilt werden; das unorganische Nebeneinander von Provinzial- und Fachministern hatte eine unnötige Verschwendung von Arbeitskräften und häufige Kollisionen zur Folge, nährte den „örtlichen, einseitigen Geist" einer Provinzialbehörde und führte zu einer verschiedenartigen Behandlung derselben Geschäftszweige in den verschiedenen Provinzen. Es hat demnach ein System von Fachministern einzutreten; der Wirkungskreis des bisherigen Generaldirek-

toriums ist in die Ministerien des Inneren und der Finanzen zu zerlegen, zu welchen die des Äußeren, des Krieges und der Justiz hinzukommen.

Aber konnte das genügen? Wie oft hatte Stein nicht geklagt über die Schäden, die jeder, auch der bestorganisierten Verwaltung anhängen, wenn sie nur auf besoldeten Beamten beruht! Wie oft hatte er nicht die bittersten Vorwürfe gegen den „Formenkram und Dienstmechanismus" gerichtet, der in den Regierungskollegien herrsche, gegen den „Mietlingsgeist", der sich bei besoldeten Behörden einzustellen pflege! „Es ergiebt sich bei solchen ein Leben in bloßen Formen, eine Unkunde des zu verwaltenden Bezirks, eine Gleichgiltigkeit und oft lächerliche Abneigung gegen denselben und eine Furcht vor Veränderungen und Neuerungen, die die Arbeit vermehren." Es kann deshalb auch nicht genügen, den Verwaltungsbeamten wissenschaftliche und technische Deputationen zur Seite zu stellen: „es wird die Gesetzgebung einer Nation mangelhaft bleiben, wenn sie sich allein aus den Ansichten der Geschäftsleute oder der Gelehrten bildet. Die ersteren sind mit Besorgung des Einzelnen so sehr überladen, daß sie die Übersicht des Ganzen verlieren, und so sehr an das Erlernte, Positive gewöhnt, daß sie allem Fortschreiten abgeneigt sind; die letzteren sind vom wirklichen Geschäftsleben zu sehr entfernt, um etwas Nützliches leisten zu können." Es gilt vielmehr, die Nation selbst zur Teilnahme am Staate heranzuziehen, indem man ihr die Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten überläßt, Einfluß auf die Provinzialangelegenheiten einräumt, „ihrem Zustande und dem Verhältnisse angemessene Stände und deren Repräsentanten eine zweckmäßige Teilnahme und Einwirkung auf die Administration giebt". Durch diese Heranziehung unbesoldeter Nationalrepräsentanten wird man erstens Ersparnisse machen; man wird dem Mietlingsgeiste der Beamten ein Gegengewicht geben; man wird

der öffentlichen Meinung ein Organ schaffen und die Kenntnis der Besonderheiten der Landschaft, welche der ansässige Eigentümer vor dem oft aus der Fremde stammenden Beamten voraus hat, für das Vaterland nutzbar machen. Man wird endlich — und das ist das höchste Ziel des Staatsmannes — einen belebenden, sittlichen Einfluß auf die ganze Nation ausüben. Es ist falsch, eine Nation, „die sich über den Zustand der Sinnlichkeit erhoben, sich eine bedeutende Masse von Kenntnissen erworben hat und einen mäßigen Grad von Denkfreiheit genießt“, von den öffentlichen Angelegenheiten auszuschließen. Die Folge davon kann nur sein, daß Mißmut und Unwille entsteht, daß sich eine einseitige und „verunedelnde“ Richtung auf materiellen Erwerb oder auf müßigen Genuß geltend macht; daß endlich die spekulativen Wissenschaften, die „leeren Hirngespinnste der Metaphysik“ einen „usurpierten Wert erhalten und das Sonderbare, Unverständliche die Aufmerksamkeit des menschlichen Geistes auf sich zieht, der sich einem müßigen Hinbrüten überläßt, statt zu einem kräftigen Handeln zu schreiten“. Anstatt den Gemeingeist zu ertöten, muß man die Nation „an den Staat knüpfen und ihren Kräften eine Richtung auf das Gemeinnützige geben“; dies wird man erreichen, wenn man ihr eine Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zugesteht. Nicht also schrankenlose Freiheit des Individuums ist sein Ziel, wenn er die staatliche Bevormundung einschränken will; das freie Spiel der Kräfte, das er schaffen will, ist ihm nicht der letzte Zweck, nicht einem ungehinderten laisser aller redet er das Wort, so wenig auf gewerblichem wie auf politischem Gebiete: Rechte will er erteilen, um zur Pflicht zu erziehen; er will befreien, um desto fester an den Staat zu binden; aus dem Streben nach Erwerb, nach Genuß, aus unpraktischer Grübelei will er seine Mitbürger heraus- und emporheben zu einer thätigen Teilnahme am Staat.

Das war das großartige sozialpolitische Programm, mit welchem Stein in Memel eintraf. Von wesentlicher Bedeutung war für den Minister natürlich sein Verhältnis zum Könige. „Der König ist mir nie achtungswerter erschienen als seit diesen schrecklichen Unfällen, unter denen ich ihn einen geistigen Mut, eine Festigkeit, eine Entsagung entwickeln sah, welche ich ihm niemals zugetraut hätte." So hatte die Prinzessin Luise geschrieben; nicht anders Hardenberg: „der König hat durch das Unglück viel gewonnen, und seine Ausdauer macht ihm Ehre". Er hatte den Rat hinzugefügt: „möge nie von einer oder der andren Seite die Rede davon sein, was zwischen Ihnen vorgefallen ist! Vermeiden Sie besonders das Ansehen, ihn leiten zu wollen. Er besitzt die gute Eigenschaft, Widerspruch zu ertragen und den zu achten, der ihm die Wahrheit sagt, wenn er es nur mit der Ehrerbietung thut, welche man dem Herrscher schuldig ist, ohne Bitterkeit und in liebevoller Weise." In der That wurde Stein von dem König und der Königin mit der größten Freundlichkeit aufgenommen. Gewiß ist ihr Verhältnis nicht ohne Trübung geblieben: das ließ sich nicht anders erwarten bei der ungeduldigen Reizbarkeit des Ministers, bei der ungestümen Art, mit welcher er seine Gedanken zu vertreten pflegte, andrerseits bei der Eigenart des Königs, der nicht leicht für eine Idee zu erwärmen war, sich häufig an Äußerlichkeiten stieß, von den Einflüsterungen derer, die am Alten hingen, sich nie ganz freimachte, zu einem vollen, hingebenden Vertrauen überhaupt unfähig war. Man wird dem König gern glauben, daß er, wie er 1810 zu dem französischen Gesandten St. Marsan äußerte, Stein nie geliebt hat; es war weniger ein klarer und bewußter Anschluß an Steins Bestrebungen als die Not der Lage, die ihn zur Berufung dieses Mannes trieb. Immerhin hat Stein mit geringeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt als Scharnhorst, vielleicht weil dem König die zivilen Angelegenheiten ferner lagen als

die militärischen; er hat ein volles Jahr hindurch alles Wesentliche, was er verlangte, durchgesetzt; die Akten beweisen, daß der König sich immer aufs neue vor der Einsicht des Ministers beugte; und nicht die Umtriebe seiner Gegner haben ihn endlich gestürzt, sondern eine Unklugheit des Ministers selbst machte sein Verbleiben im Amte unmöglich.

Vorläufig übernahm Stein die gesamte, freilich trümmerhafte Zivilverwaltung. Ihm wurde die Immediatkommission unterstellt, welche nach Hardenbergs Entlassung vorläufig zur Führung der Geschäfte gebildet war, sowie das einzige Provinzialministerium, welches noch vorhanden war, das preußische; ferner das gesamte Kassen- und Bankwesen, das Justizministerium, endlich die Friedensvollziehungskommission, welche unter Sacks Vorsitz in Berlin mit Daru verhandelte und vergebliche Versuche machte, Einfluß auf die Verwaltung der vom Feinde besetzten Provinzen zu gewinnen. Für alle diese Behörden erhielt er den Vortrag beim Könige, der viermal in der Woche in Gegenwart des Ministers für das Auswärtige Grafen Goltz, des Obersten Scharnhorst und eines Kabinettsrates stattzufinden pflegte. Er hatte sich ferner das Recht gesichert, an den Beratungen der Militärorganisationskommission teilzunehmen. Daß er sich auch einen maßgebenden Einfluß auf die äußeren Angelegenheiten vorbehielt, lag nicht nur darin begründet, daß die Verhandlungen mit Frankreich vorzugsweise finanzieller Art waren, sondern auch in der Persönlichkeit des Grafen Goltz, eines gutmütigen, aber flachen und leicht bestimmbaren Mannes. Anderer Art war der preußische Provinzialminister von Schrötter, der einzige aller Staatsminister, der noch nach der Katastrophe im Amte blieb; kein Hofmann wie jener, aber ein Mann von gründlicher Sachkunde und eifriger Thätigkeit, dazu in der Hauptsache ein Gesinnungsgenosse Steins, wie er denn besonders um die Bauernbefreiung die größten Verdienste hat. Zu der Immediat-

kommission gehörten der spätere Finanzminister Klewitz, Stägemann, der vorzugsweise für Anleiheoperationen verwandte Niebuhr, Schön und Altenstein. Schön, ein Mann von Geist und rastlosem Arbeitstrieb, war ein unbedingter Anhänger der freihändlerischen, individualistischen Lehre und ging also keineswegs von denselben Gesichtspunkten wie Stein an die Reformen. Damals war er ein Bewunderer des großen Mannes, dem er noch nach seinem Abgange versicherte, sein Bild sei ihm heilig gewesen und werde es bleiben, und der auch seinerseits Schöns „seltene Geistes- und Gemütskräfte" voll anerkannte; später hat er sich durch die ihm anhaftende krankhafte Eitelkeit zu einer herabsetzenden, ja gehässigen Beurteilung Steins verleiten lassen, die weniger dessen als seinem eigenen Andenken geschadet hat. Neben Schön erwies sich Altenstein als vorzugsweise brauchbar, obwohl auch er sich von der Theorie mehr als billig leiten ließ und später gezeigt hat, daß ihm zu selbständiger Leitung der Geschäfte die Fähigkeit des kühnen Entschlusses fehlte. Ein andrer stand durch seine historische und konkretere Auffassung der Dinge dem Minister näher, Vincke, der durch den Friedensschluß das Amt des Oberpräsidenten von Westfalen verloren hatte und jetzt für Stein mehrfach Gutachten abfaßte; doch hat er auf die Gesetzgebung jener Jahre weniger eingewirkt, zumal sich seine Denkschriften vorzugsweise mit der Gemeindeverwaltung des platten Landes beschäftigten, welche damals nicht zum Abschluß kam. Von wesentlicher Bedeutung sind dagegen die Männer, denen die Ausarbeitung der Gesetze und Verordnungen nach den von Stein gegebenen Richtlinien zufiel, insbesondere die Geheimräte Friese, Wilckens und Frey. Denn natürlich hat der Minister die Gesetze nicht selbst bis ins einzelne ausgearbeitet; ganz abgesehen davon, daß er dazu viel zu beschäftigt war, war es auch nicht seine Art, bis in die tiefsten Einzelheiten hinabzusteigen; Vincke hatte nicht ganz Unrecht, wenn er von ihm

sagte, er habe die Sachen großartig aufgefaßt, vom Detail wenig Notiz genommen und Schwierigkeiten öfter übersehen. So gab er denn die Anweisung, einen Entwurf auszuarbeiten, und dazu die wesentlichen Gesichtspunkte; an den Arbeiten Altensteins oder anderer Räte machten er, Schrötter und andre ihre Ausstellungen; dann erst kam es zu der endgiltigen Verordnung.

Was zunächst die Neuordnung der Verwaltung anlangt, so ist für diese zwar bereits im November 1807 ein Plan entworfen worden; aber andre Aufgaben ließen diese Frage zurücktreten. Erst als die Gefahr immer drohender wurde, daß Stein seinem Lande und seinem Werke entrissen würde, und es sich darum handelte, eine Fortsetzung der Reformarbeit in seinem Sinne zu gewährleisten, wurde ein neuer Plan auf Grund des ersten ausgearbeitet und fand am 24. November — zugleich mit seiner Dienstentlassung — die königliche Genehmigung. Trotzdem wurde er nicht veröffentlicht, und die politischen Schöpfungen der nächsten Zeit weichen in wichtigen Punkten von ihm ab. Von ihrem großen Ziele, der Befreiung Preußens vom äußeren Feinde, hat Steins Reformarbeit ihren idealen Schwung erhalten; aber diese Verquickung mit der auswärtigen Politik ist leider auch der Anlaß gewesen, daß sie nicht vollendet ward und ein Torso blieb.

Das erste Ziel der Steinschen Verwaltungsreform war Herstellung der Staatseinheit durch Sicherung engerer Beziehungen der obersten Behörden unter einander und zum König. Es kam ihm darauf an, „der Geschäftsführung die größtmögliche Einheit, Kraft und Regsamkeit zu geben und sie in einem obersten Punkt zusammenzufassen“. Diesem Zwecke hatte bereits die vorläufige Vereinigung der in Königsberg vorhandenen Behörden in einer Generalkonferenz gedient, deren Gründung im August 1808 vom König genehmigt wurde, und

in der Stein den Vorsitz führte. Sobald aber erst nach Räumung des Landes durch die feindlichen Truppen eine regelmäßige Verwaltung möglich sein würde, hielt er die Errichtung eines Staatsrats für notwendig, der unter Vorsitz des Königs oder seines Stellvertreters tagen sollte. Dieser würde nicht nur aus den Ministern bestehen, deren er nunmehr fünf unterscheidet, für das Innere, die Finanzen, das Auswärtige, den Krieg und die Justiz; sondern ihnen würden sich einerseits die königlichen Prinzen zugesellen, andrerseits die Leiter der wichtigsten Unterabteilungen der Ministerien, endlich aber auch geheime Staatsräte „ohne spezielles Departement, die durch das Vertrauen des Königs als Ratgeber zur allgemeinen Teilnahme an den Verhandlungen und zur Uebernahme spezieller Aufträge berufen sind". Wir werden sehen, daß Stein eine Zeit lang hoffte, als Staatsrat letzterer Gattung auch nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium nützlich sein zu können.

Der Staatsrat würde nach Steins Absicht teils als Plenum beraten, teils in Abteilungen. Dem Plenum wird eine außerordentliche Machtvollkommenheit zugeschrieben, welche die Selbständigkeit der Minister auf das Äußerste beschränkt: es stellt alle Verwaltungsgrundsätze fest und berät sämtliche neuen Gesetze; ihm fallen die Gegenstände zu, welche für mehrere Verwaltungsdepartements Interesse haben; es übt eine Kontrolle über die ganze Verwaltung, über deren Zustand ihm Berichte einzureichen sind; sein Einfluß erstreckt sich bis auf die Besetzung der höheren Beamtenstellen. Dazu kam die Thätigkeit der verschiedenen Abteilungen, an deren Zustimmung die Minister in allen wichtigen Dingen gebunden sein sollten. Man wird nicht bezweifeln, daß dieser Staatsrat über die Thätigkeit der Minister eine nicht weniger scharfe Aufsicht ausgeübt hätte, als es heute unser Parlament vermag. Die Beziehungen zum Könige wurden schon dadurch sehr enge,

daß ihm im Plenum der Vorsitz zugedacht war. Das Kabinett sollte völlig umgewandelt werden; alle Minister sollten ihm angehören, und seine Thätigkeit sollte beschränkt bleiben auf die Ausfertigung der im Staatsrat bearbeiteten Sachen, auf gewisse Personalien, die auswärtigen und die Militärangelegenheiten. So wurden denn nicht nur die Provinzialministerien beseitigt und die Geschäftszweige in angemessener Weise unter die Minister verteilt; vielmehr wurde, wenn der Staatsrat nach Steins Ansichten ins Leben trat, die Einheit der Verwaltung gesichert, ohne daß die Selbständigkeit der Minister ertötet wäre; man erhielt die altbewährte kollegialische Form der obersten Behörden und sicherte doch dem leitenden Staatsmann die Möglichkeit, auf die verschiedenen Verwaltungszweige einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Aber gerade der Staatsrat, der zwischen der wünschenswerten Selbständigkeit der Glieder und der unumgänglichen Einheit des Ganzen die Ausgleichung schaffen sollte, Steins eigenster Gedanke, trat nicht ins Leben. Das Ministerium, das nach ihm die Geschäfte übernahm, konnte sich zu seiner Durchführung nicht entschließen; der Staatskanzler Hardenberg aber, der 1810 an die Spitze des Staates trat, nahm einen Standpunkt ein, der dem Steins entgegengesetzt war: er war nach dessen Ausdruck viel zu sehr „despotischer Büreaukrat", als daß er auch nur den Leitern der einzelnen Verwaltungszweige die nötige Bewegungsfreiheit eingeräumt hätte.

Dagegen wurden die Provinzialbehörden, die Regierungen, wie sie jetzt hießen, auch nach Steins Ausscheiden in seinem Sinne organisiert. Wie er nicht gewünscht hatte, die oberste Leitung der Verwaltung in einer einzigen Hand zu vereinigen, so war er nicht geneigt, in der Provinzialverwaltung das französische Präfektensystem nachzubilden. Sein Ziel war doch gerade Belebung der in den Teilen wohnenden sittlichen Kraft, um eine bewußte und selbstthätige Hingabe an das

Ganze heranzuziehen. Wie hätte er einem System zustimmen sollen, das die Selbständigkeit der Unterbehörden völlig vernichtete und dadurch zwar die Staatseinheit in bisher unerreichter Weise begründete, zugleich aber auch das Gefühl der persönlichen Verantwortung lähmte und jeder individuellen Entwickelung der Landesteile einen Riegel vorschob! So wurde denn die Selbständigkeit der Regierungen gegen früher sogar verstärkt. Ihre kollegialische Form blieb auch ferner erhalten; auch die Abteilungen, in welche sie nach sachlichen Gesichtspunkten zerlegt wurden, berieten kollegialisch. Es sollte erreicht werden, daß „stets der genaueste Zusammenhang unter allen einzelnen Teilen bleibe und jeder unter gemeinschaftlicher Kontrolle stehe, jedoch selbständig und vorzüglich verantwortlich für das Detail, in Rücksicht auf dieses auch allein nach den allgemeinen Vorschriften handeln könne." Diesen Standpunkt verließ man auch nicht, als man die gesamte Monarchie außer Berlin unter drei Oberpräsidenten für Preußen, für die Marken und Pommern und für Schlesien verteilte. Auch über dieses Amt sind die Verhandlungen erst nach Steins Dienstaustritt im Dezember 1808 zum Abschluß gekommen; indessen entsprachen die damals entworfenen Instruktionen in der Hauptsache den von Stein früher genehmigten Gesichtspunkten: nicht als eine befehlende Behörde war dieses Amt gedacht, sondern als eine kontrollierende; nur bestimmte Geschäftszweige, welche ein einheitliches Handeln zu erfordern schienen, wurden der unmittelbaren Thätigkeit der Oberpräsidenten zugewiesen; im übrigen sollten sie als königliche Kommissare eine genaue Aufsicht über die Verwaltung ausüben und sich eine eingehende Kenntnis der örtlichen Verhältnisse zu erwerben suchen, um auf Grund deren Gutachten erteilen zu können, aber in die Einzelheiten der Verwaltung für gewöhnlich nicht eingreifen. Die Gründung des neuen Amts führte damals freilich zu vielerlei Reibungen, so-

daß man es vorläufig wieder aufhob. Erst nach den Befreiungskriegen erstand es wieder, um in der Hand einsichtsvoller und charakterfester Männer eine segensreiche Wirksamkeit auszuüben.

Im übrigen legte Stein besonderen Wert auf eine Neuerung, die er bereits in der Nassauer Denkschrift gefordert hatte. Er dachte Nichtbeamte in die Regierungskollegien hineinzuziehen: die einzelnen Landtage sollten Deputierte vorschlagen, aus denen der König eine Anzahl für einige Jahre zu Mitgliedern der Regierungen ernennen würde. Diese Volksrepräsentanten, unter denen er sich angesehene Männer aus der Provinz, vorzüglich größere Grundbesitzer dachte, sollten dann an der Beratung solcher Angelegenheiten, die sich auf die Provinz bezögen, teilnehmen; sie würden für gewöhnlich kein spezielles Departement, dagegen volles Stimmrecht im Plenum der Regierung erhalten, die Anschauungen des Beamtentums durch ihre praktischen Erfahrungen korrigieren und ihnen gegenüber die öffentliche Meinung vertreten. Der ideale Zweck der Einrichtung steht klar vor Augen; in der Praxis freilich erhoben sich große Schwierigkeiten; auch Männer wie Vincke waren dagegen. Zunächst wirkte die Geldfrage hinderlich, denn es wurde bald klar, daß man die Repräsentanten durch Diäten würde entschädigen müssen. Andrerseits waren die Bestandteile, aus denen sich nun die Regierungskollegien zusammensetzen sollten, zu verschiedenartig, als daß sie hätten eine Einheit bilden können. So blieb die Einrichtung denn auf Ostpreußen beschränkt und ist auch hier 1812 ganz aufgegeben worden.

Wenn also der Versuch, Nichtbeamten einen Anteil an der Provinzialverwaltung einzuräumen, mißlungen ist, so hat eine andre Anregung der Nassauer Denkschrift desto segensreichere Wirkungen ausgeübt. Die Forderung, die Kommunal-

verwaltung den „Eigentümern", d. h. der „mit Häusern und Eigentum angesessenen Bürgerschaft" in die Hand zu geben. hat das Entstehen der Städteordnung zur Folge gehabt, Eigene Verwaltung der städtischen Angelegenheiten durch Bürger sollte mithelfen, den Sinn für das gemeine Wohl großzuziehen.

Die Stadtverwaltung war bisher in der Hand von Magistraten gewesen, deren Mitglieder, Bürgermeister und Stadträte, lebenslänglich waren und in der Regel das wichtige Recht der Kooptation besaßen, d. h. sich durch eigene Wahl ergänzten. Der Einfluß der Bürgerschaft auf die Verwaltung konnte schon darum nicht erheblich sein, weil sie meist nicht das Recht besaß, ihre Beamten zu wählen. Zwar gab es eine Vertretung der Bürgerschaft, bestehend aus den Innungsmeistern, welche von den Zünften, und den Viertelsmeistern, welche von der übrigen Bürgerschaft gewählt wurden. Aber abgesehen davon, daß auf ihre Wahl der Magistrat einen starken, wenn auch örtlich verschiedenen Einfluß ausübte, so besaßen sie weniger das Recht einer Kontrolle der städtischen Verwaltung, als daß sie selbst zu bestimmten Geschäften herangezogen wurden. Die städtischen Angelegenheiten würden also für gewöhnlich in der Hand einer ziemlich unbeschränkt waltenden Aristokratie gewesen sein, wenn nicht der Staat die der Bürgerschaft nicht zustehende Aufsicht in ausgedehnter Weise ausgeübt hätte; nicht nur bedurften sämtliche Magistratswahlen der königlichen Bestätigung, sondern königliche Beamte beaufsichtigten das Finanzwesen bis ins einzelnste. So ergiebt sich uns folgendes Bild der damaligen preußischen Städte: eine Bürgerschaft, die des Rechts entbehrte, an der Gemeindeverwaltung teilzunehmen; ein Magistrat, dessen Unternehmungsgeist dadurch nicht angeregt werden konnte, daß die Mitglieder ihrer Stellen und Gehälter bis an ihr Ende sicher waren, und dessen Selbständigkeits- und Verantwortlichkeits-

gefühl durch das fortwährende Eingreifen des Staates gelähmt wurde. Es sind die Merkmale des fridericianischen Preußens, die uns auch hier entgegentreten: sorgfältige Aufsicht und Fürsorge der Regierung, aber zugleich Unterdrückung der Selbständigkeit, Erstickung des Gemeinsinns. „Im preußischen Staat ist beinahe seit einem Jahrhundert die Autokratie der städtischen Gemeinden absichtlich niedergedrückt", schrieb der Geheimrat Frey, „die Verwaltung mit Ausschließung aller bürgerlichen Mitwirkung fremden Invaliden, juristischen Routiniers und Schreibern übergeben worden, und diese Verfassung hat auf völlige Tötung des so schätzenswerten Bürgersinnes hingewirkt."

Stein war mit der Absicht nach Memel gekommen, in diesen Verhältnissen eine Änderung herbeizuführen; aber erst im Sommer 1808 in Königsberg konnten die Beratungen über die Reform begonnen werden. Sie wurden angeregt durch den Entwurf einer neuen Verfassung der Stadt Königsberg, den der Rechtskonsulent der Königsberger Bürgerschaft verfaßt hatte; an der Arbeit beteiligten sich neben Schrötter besonders Frey und Wilckens; das Hauptverdienst bleibt doch dem Freiherrn vom Stein, der die leitenden Gesichtspunkte gegeben und die Ausarbeitung der Entwürfe allenthalben beeinflußt hat. Daß er den Ansichten seiner Mitarbeiter mehrfach nachgegeben hat, kann seinen Ruhm ebensowenig schmälern, als daß er später selbst erkannte, daß er um des Prinzips willen hier und da die praktischen Verhältnisse aus den Augen gelassen hatte. Als sein Ministerium zu Ende ging, wurden die Arbeiten beschleunigt; am 19. November erhielt die Städteordnung die königliche Unterschrift.

Sie enthielt zunächst eine Reform der Bürgerschaft und des Bürgerrechts. Letzteres hatte bisher vorzugsweise eine privatrechtliche Bedeutung gehabt, indem es allein zum Gewerbebetrieb befähigte und daher zunächst für die Zunft-

genossen nötig war; diese wurde jetzt sogar verstärkt, indem auch zum Besitz von Grund und Boden die Erlangung des Bürgerrechts notwendig wurde. Der schon hierdurch stark erweiterte Kreis der Bürger wurde ferner dadurch ausgedehnt, daß von nun an keinem Einwohner, der unbescholten war, das Bürgerrecht versagt werden konnte. Diese bedeutend vermehrte Bürgerschaft nahm nun, soweit sie ein gewisses, niedrig bemessenes Einkommen aufweisen konnte, die Wahl der Stadtverordneten vor, nicht mehr nach Zünften und Korporationen, sondern nach örtlichen Bezirken: die Gewählten erschienen nicht mehr als Beauftragte ihrer Zunft, sondern als Vertreter der Gesamtheit.

Die Stadtverordneten erhielten ausgedehnte Rechte. Sie wählten sämtliche städtische Beamte, welche dann der Bestätigung der Provinzialbehörde bedurften; nur für den Posten des Oberbürgermeisters schlugen sie dem Könige drei Kandidaten vor. Sie übten ferner eine Aufsicht aus über die städtische Verwaltung; sie prüften die Rechnungen, beschlossen über den Stadthaushalt, über die Aufnahme von Anleihen, den Verkauf städtischen Eigentums; sie durften durch Deputationen die Geschäftsführung des Magistrats untersuchen. Man darf sagen, daß dieser in die Stellung eines ausführenden Organs der Stadtverordneten herabgedrückt wurde. Diese Abhängigkeit wurde noch vermehrt durch die Beschränkung der Amtsdauer. Stein hatte für alle Ämter außer dem des Rendanten an eine sechsjährige, ursprünglich sogar an eine dreijährige Amtsdauer gedacht. Dem Einwurf, daß die Städte dadurch in Gefahr kämen, keine tüchtigen Beamten zu bekommen, begegnete er mit dem Vorschlag, für die nicht wiedergewählten Beamten Pensionen auszusetzen; und diese Bestimmung ging denn auch in die Städteordnung über. Indessen setzten seine Mitarbeiter doch durch, daß den besoldeten Mitgliedern im allgemeinen eine zwölfjährige Amtsdauer zu-

gebilligt wurde; für den Oberbürgermeister aber blieb es bei den sechs Jahren, ebenso für die unbesoldeten Stadträte. Denn dies war eine weitere wesentliche Neuerung; wie in die Regierungen unbesoldete Repräsentanten eintreten sollten, so sollte von nun an die Mehrzahl der Magistratsmitglieder ihre Pflichten ohne Besoldung als Ehrenamt verwalten. Stein hatte in der Nassauer Denkschrift sogar nur dem Oberbürgermeister und dem Rendanten Gehalt bewilligen wollen; die Städteordnung erkannte auch einigen gelehrten und technischen Stadträten eine Besoldung zu.

Die neu organisierte Stadtverwaltung erhielt zugleich dem Staat gegenüber eine weitreichende Selbständigkeit. Dem Staat stand die Bestätigung der gewählten Beamten und die Ernennung des Oberbürgermeisters aus den drei Kandidaten der Bürgerschaft zu; er zog Beschwerden über die Verwaltung vor sein Forum; er prüfte den städtischen Haushalt, aber erst nachträglich: städtische Steuern wurden erhoben, Anleihen aufgenommen, städtisches Eigentum verkauft ohne seine Genehmigung.

In keiner Reform jener Tage spiegeln sich die persönlichen Erfahrungen und sittlichen Anschauungen Steins mit solcher Klarheit wieder: der Widerwille gegen jede Ausnutzung der öffentlichen Stellung für private Interessen, der Unmut über die Lähmung des Gemeinsinnes, des Verantwortlichkeitsgefühls durch die Bevormundung des Staats; andrerseits die tiefgegründete Zuversicht auf die belebende Kraft und die erziehliche Wirkung der Selbstverwaltung. Daher die Beschränkung der staatlichen Aufsicht, die unselbständige Stellung der städtischen Beamten; daher die weite Ausdehnung des Bürgerrechts, die Schaffung unbesoldeter Ehrenämter, die reichliche Bemessung der Befugnisse der Stadtverordneten. Stein hat später selbst eingesehen, daß man teilweise zu weit gegangen war, und sich selbst entschieden für Änderungen aus-

gesprochen. Um eine „tüchtige, religiös-sittliche, arbeitsame und arbeitsfähige Bürgerschaft" zu erhalten, verlangte er eine Beschränkung des Bürgerrechts, zu dem man bisher alle „Nichtverbrecher" zugelassen habe; er sprach sich für eine Stärkung der Rechte des Magistrats gegenüber den Stadtverordneten und für eine Gleichstellung beider Faktoren aus und schlug vor, daß man eine Instanz schaffe, um Streitigkeiten zwischen beiden zu entscheiden; er wünschte endlich eine Beschränkung der finanziellen Befugnisse der Stadtverordneten und eine schärfere Aufsicht der Regierung. So hat denn die Städteordnung im Laufe der Zeit mehrfache Änderungen erfahren; der sittliche Gedanke, der ihr zu Grunde liegt, ist unangetastet geblieben.

Freilich war mit der Städteordnung der Gedanke der Selbstverwaltung erst zum kleineren Teile durchgeführt worden; Stein hatte bereits in der Nassauer Denkschrift eine Landgemeindeordnung, eine Reform der Kreisverfassung und die Neubildung von Provinzialständen vorgeschlagen. Überall handelt es sich ihm darum, den Beamten die Verwaltung nicht allein zu überlassen, sondern die „Eigentümer" in zweckmäßiger Weise daran zu beteiligen, und zwar nicht allein die großen Grundbesitzer, sondern zugleich den Stand der Bauern. „An Stelle der Büreaukratie muß nicht eine auf kümmerlichen und schwachen Fundamenten beruhende Herrschaft weniger Gutsbesitzer errichtet werden;" darum sind zu den Kreistagen, auf denen bisher nur die Rittergutsbesitzer und die Vertreter der königlichen Domänen erschienen waren, Abgeordnete der Städte und der bäuerlichen Gemeinden heranzuziehen. Die inneren Angelegenheiten der Provinz sind auf den Provinziallandtagen zu beraten, die sich Stein aus den Deputierten der Kreise zusammengesetzt denkt. Die gutsherrliche Gerichtsbarkeit endlich ist aufzuheben; ein im September 1808 mit Genehmigung des Königs veröffentlichter Aufsatz, der zugleich einen

Rückblick über das bisher Geleistete und ein Programm für die Zukunft enthielt, sprach es offen aus, daß „das Dasein der Patrimonialgerichtsbarkeit einer wohlgeordneten Justizverfassung widerspreche und weder mit dem Wohl des Einzelnen noch des Ganzen verträglich sei“. Man darf annehmen, daß die Heranziehung der Bauern zur Selbstverwaltung in Gemeinde und Kreis auf große Schwierigkeiten gestoßen sein würde, solange die bäuerlichen Besitzverhältnisse noch nicht geregelt waren. Daß aber zur Zeit, als Stein aus dem Dienste schied, bereits ein Plan über die Bildung der ländlichen Kommunalbehörden vorlag, ergiebt sich aus dem Brief, den er am 2. Januar 1809 an Beyme schrieb: auf dessen Thätigkeit glaubte er damals für die Fortführung seiner Reformen am meisten vertrauen zu dürfen; seiner Fürsorge empfahl er den Entwurf der Landgemeindeordnung und die Verhandlungen über Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit.

In jenem Briefe legte der scheidende Minister seinem alten Gegner noch etwas anderes ans Herz: die „noch nicht zur Reife gediehenen“ Verhandlungen über die Reichsstände. Es handelte sich um die endgiltige Beseitigung des absoluten Regiments, die Ergänzung der Selbstverwaltung durch eine Verfassung; der König war damals mit diesen Plänen grundsätzlich einverstanden. Wir kennen Steins Ansichten nur bruchstückweise; immerhin sind wir über mehrere wesentliche Punkte unterrichtet. Zunächst dachte er an eine gesonderte Vertretung, ein Oberhaus, für den Adel; aber für einen reformierten, „verbesserten und veredelten“ Adel. „Der Adel ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchsvoll auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge aller Art ist. Eine Folge seiner Armut ist Mangel an Bildung“. „Man verringere also die Zahl der Edelleute, man hebe den armen Adel auf, und der übrig gebliebenen Zahl reicher Familien

weise man einen politischen und amtlichen Wirkungskreis an, der sie zur Bildung und Entwickelung ihrer Kräfte auffordert"; „der Glanz des Oberhauses werde aufrecht erhalten durch Aufnahme von Männern von großem Ansehen, es entstehe aus Reichtum oder Verdienst um den Staat". Die Versammlung der Vertreter der Nation auf der andren Seite will er durch die „Eigentümer" gewählt wissen, d. h. also das Wahlrecht an den Nachweis eines bestimmten Eigentums knüpfen: „die Klasse der Eigentümer einer Nation nimmt an dem Vorrat der Ideen und Gefühle, die einer Nation gehören, einen überwiegenden Anteil; alle Einrichtungen des Staates wirken unmittelbar auf ihren eigenen Zustand, und die Erhaltung desselben bindet sie an Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit." Indessen wünscht er daneben eine Vertretung der gelehrten Berufsarten, doch so, daß „dem Eigentum das notwendige Übergewicht bleibt, wodurch die Verfassung Stetigkeit erhält und gegen die Veränderlichkeit der menschlichen Ansichten und Meinungen gesichert wird". Als allgemeinen Grundsatz stellt er auf, daß die Volksvertreter nach Berufsklassen zu wählen seien, nicht nach örtlich abgeteilten Wahlkreisen: ihm schwebt das Ideal einer Nation vor, die nicht in Tausende von Individuen zersplittert ist, sondern in lebendige Berufsgemeinden zerfällt; das Bild eines Reichstages, in dem nicht Majoritäten, sondern die Interessen der natürlichen Abteilungen des Volkes zum Worte kommen. So würden denn die großen und andrerseits die kleinen Grundbesitzer, der Handelsstand, die Gewerbtreibenden, der angesessene Bürgerstand, die gelehrten Berufe ihre eigenen Vertreter in den Reichstag senden; und zwar müssen die Vertreter aus der Mitte ihres Standes gewählt werden, „damit sich nicht Advokaten, Pamphletisten und Schreier in die Versammlung eindrängen". Er dachte endlich dem neuen Reichstage zunächst nur beschränkte Befugnisse zu gewähren: „da die Nation noch so wenig gewöhnt ist selbst

zu handeln, so wenig mit ihrem eigenen Interesse vertraut ist", so ist es vorläufig ratsam, dem Reichstag nur das Recht zu Gutachten und zu Anträgen auf neue Gesetze zu erteilen, also eine beratende, nicht beschließende Vollmacht. Eine durch die Selbstverwaltung erzogene Nation würde dann allmählich reif geworden sein zu umfassenderen Rechten, wie sich denn Stein später entschieden gegen bloß beratende Reichsstände ausgesprochen hat. Den Versuch, in dieser Weise die Volksvertretung auf einer lebensvollen Gliederung des Volkes aufzubauen, verhinderte Steins Sturz; die späteren Regierungen verhielten sich gegen den Gedanken einer Schmälerung der königlichen Rechte immer ablehnender, bis wir rettungslos dem französischen System des allgemeinen Wahlrechts anheimgefallen sind.

Schon in den Monaten vor Steins Ankunft hatten die preußischen Behörden die lebhaftesten Verhandlungen über eine soziale Reform geführt, welche von der größten Bedeutung war: es handelte sich um die Bauernbefreiung.

Steins frühere Ansichten über diesen Gegenstand kennen wir: schon 1797 hatte er eine Allodifikation der Bauerngüter beantragt, welche zu den Domänen in Minden-Ravensberg gehörten; als 1799 Gutachten über die Besserung der bäuerlichen Verhältnisse eingefordert wurden, hatte er sich dafür erklärt, daß die Aufhebung der Eigenbehörigkeit und die Ablösung der Gutsdienste auf den Domänen schleunig in Angriff genommen und nicht dem Belieben der einzelnen Bauern überlassen, sondern gesetzlich geregelt werde. In der Nassauer Denkschrift war er auf die ländlichen Verhältnisse nur beiläufig eingegangen, er hatte für den Bauernstand in den polnischen Provinzen des Staates, um ihn sittlich zu heben und zur Teilnahme an der Kommunalverwaltung zu befähigen,

persönliche Freiheit und volles Eigentumsrecht an seinem Hof verlangt; was die Dienste und Abgaben anlangt, so verlangte er wenigstens, daß ihr Maß festgestellt und die Ablösung erlaubt würde.

Die Entwickelung der Jahrhunderte hatte die Bauern der ostelbischen Lande, mochten sie auf königlichen Domänen oder auf Privatgütern sitzen, in immer wachsende Abhängigkeit gebracht. Seitdem die ritterlichen Gutsbesitzer nicht mehr als Vasallen ihrer Landesherren zu Felde zogen, hatten sie ihre Thätigkeit ihren Gütern zugewandt: sie hatten sich bestrebt, durch Einziehung solcher Bauernstellen, welche durch Krieg oder andre Ereignisse herrenlos geworden waren, oder auch durch Enteignung der Hofinhaber ihr Gut zu erweitern; es war ihnen gelungen, die übrigen Bauern in wachsendem Maße zu Fron- oder Scharwerksdiensten heranzuziehen, die selten genug „gemessene Dienste" waren, und den Kindern ihrer Unterthanen die Verpflichtung aufzuzwingen, gegen geringen Lohn Jahre lang auf dem Gute zu dienen; um keinen Mangel an Arbeitskräften zu haben, waren sie mit Erfolg bestrebt gewesen, den Bauern, deren Vorfahren zum guten Teil persönlich frei und nur von ihrem Landesherrn abhängig gewesen waren, das Joch der Erbunterthänigkeit aufzulegen und sie an die Scholle zu binden; sie hatten endlich, unterstützt von dem sich ausbreitenden römischen Recht, in weitem Umfange es erreicht, das Besitzrecht der Bauern an ihrem Hofe zu verschlechtern, und waren „Obereigentümer" des Bauernlandes geworden, dessen Inhaber des freien Verfügungsrechts über ihre Stellen entbehrten, sie meist nicht einmal rechtlich vererben konnten. Auf den königlichen Domänen war die Lage der Bauern im allgemeinen ebenso wie auf den Privatgütern, nur teilweise etwas besser. So befand sich denn die Mehrheit des Bauernstandes in dem damaligen Preußen in folgendem Zustande: der Bauer war erbunterthänig, d. h. er durfte ohne

gutsherrliche Erlaubnis seine Stelle nicht verlassen, kein Gewerbe ergreifen, nicht heiraten; er war verpflichtet, dem Gute mit der Hand oder dem Gespann Dienste zu leisten, während seine Kinder als Gesinde dienten: er durfte seinen Hof nicht verkaufen noch Geld darauf aufnehmen; er war nicht sicher, daß ihm sein Sohn im Besitz folgen, oft nicht einmal, daß er selbst bis an sein Ende den Hof behalten würde. Andre Lasten kamen hinzu, hier und da Naturalabgaben, schwerer drückend der Mühlzwang und der Getränkezwang, d. h. die Verpflichtung, sein Getreide auf der Mühle des Guts mahlen zu lassen, Bier und Branntwein von dort zu entnehmen, und andre, örtlich verschiedene Pflichten.

Allerdings genossen die Unterthanen auch gewisse Vorteile von ihrer Lage: in Fällen der Not erhielten sie Unterstützung vom Gutsherrn; er lieferte ihnen Saatkorn und Ersatz für abgehendes Vieh; er war verpflichtet, Schäden an ihren Gebäuden ausbessern zu lassen; Bau- und Brennholz bezogen die Bauern fast umsonst aus dem zum Gut gehörigen Forst. Aber was man dem Bauer mit der einen Hand gab, nahm man ihm mit der andren; das wesentlichste, was er brauchte, der Erwerbstrieb, das Streben nach selbständiger Besserung seiner Lage, wurde durch die Gewißheit der gutsherrlichen Hilfe eher erstickt als gefördert. Und so stimmen denn die verschiedensten Zeugen, unter ihnen kein geringerer als Thaer, darin überein, daß die Verhältnisse der Bauern traurig waren. Die Dienste hatten den höchsten Stand erreicht, die Arbeitskraft des Unterthanen gehörte zuerst dem Gut, sein Zugvieh diente zunächst auf dem Gutshofe; der Ertrag des eigenen Hofes war ein äußerst geringer, selten daß er etwas für den Verkauf erübrigte. Wollte er wirklich einen Versuch machen, seine Lage besser zu gestalten, so stand ihm die Unmöglichkeit, Geld auf sein Gut aufzunehmen, der Mangel jeglichen Kredits, entgegen; meist aber wurde in ihm jedes Streben nach wirt-

schaftlicher Besserung durch das Gefühl erstickt, daß der Hof nicht sein eigen war und daß sein Kind keinen Anspruch darauf hatte, ihn zu erben: wozu für etwas arbeiten, das seiner Familie, ja ihm selbst genommen werden konnte. Dazu kam das drückende Bewußtsein, daß dieser Zustand ein unabänderlicher war und seine Kinder zu derselben Armut und Knechtschaft geboren waren wie er selbst. Man kann sich nicht wundern, daß die Klagen über verdrossene und liederliche Arbeit der Bauern, über ihre Faulheit und die Sorglosigkeit, mit der sie mit dem Inventar umgingen, allgemein waren. Es ist klar, daß diese Verhältnisse keine geringere Schädigung der landwirtschaftlichen Produktion bildeten, als der für den bäuerlichen Besitz allgemein bestehende Flurzwang, die Gemenglage der Äcker, die ungeteilten Gemeinheiten. Schon vom wirtschaftlichen Standpunkte aus mußte die Beseitigung dieser Mißstände ein Hauptinteresse des Staates sein; wieviel mehr vom sozialpolitischen!

So haben denn die beiden großen Förderer der preußischen Volkswirtschaft im 18. Jahrhundert, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, bereits Anläufe gemacht, die Lage der Bauern zu bessern. Aber trotz des bestimmten Befehls, den Friedrich der Große 1763 für die pommerschen Bauern gab, „absolut und ohne das geringste Räsonnieren alle Leibeigenschaften von Stund' an gänzlich abzuschaffen", hat das 18. Jahrhundert für die Lage derjenigen Bauern, welche auf Privatgütern ansässig waren, nicht viel geleistet. Man stieß auf den zähen Widerstand der Stände, welche sich gegen Eingriffe in „wohlerworbene Rechte" verwahrten und, falls die Erbunterthänigkeit aufgehoben würde, eine starke Auswanderung der Landbevölkerung in die Städte befürchteten. Nur zweierlei hat der König erreicht: er hat die schwerste Form der Unterthänigkeit, die wirkliche Leibeigenschaft, wo sie sich fand, aufgehoben; und er hat die weitere Einziehung von

Bauernstellen, das „Bauernlegen", grundsätzlich verboten und diesen Grundsatz mit Strenge durchgeführt. So blieb dem Gutsherrn immer noch das Recht, solche Bauern, die ihren Hof nicht zu erblichem Besitz inne hatten, abzusetzen und andre einzusetzen; aber der weiteren Ausdehnung des Großgrundbesitzes auf Kosten des Bauernlandes wurde eine Schranke gesetzt.

Besseres wurde für die Bauern der königlichen Domänen erreicht. Zunächst verbesserte der große König ihr Besitzrecht und stellte die Erblichkeit fest. Ferner hob er für die ostpreußischen Domänenbauern die Verpflichtung zu Diensten auf, d. h. er beseitigte thatsächlich die Erbunterthänigkeit, ein Gewinn, welcher ihnen trotz späterer gegenteiliger Anordnung erhalten blieb. Während nun unter seinem Nachfolger diese Reform keine Fortschritte machte, so ergriff Friedrich Wilhelm III. keinen Gedanken mit größerer Teilnahme als den, die materielle Lage der Bauern zu verbessern. Er durfte später von sich sagen, daß „die Aufhebung der Erbunterthänigkeit seit seinem Regierungsantritt das Ziel gewesen sei, auf das er unverrückt hingestrebt habe." Und wenn man freilich auch jetzt davor zurückschreckte, die Dienste der Privatbauern aufzuheben, so sind die Anfangsjahre seiner Regierung bezeichnet durch eine bedeutsame Reform in den Verhältnissen der Domänenbauern. Zunächst benutzte man den Abschluß neuer Pachtverträge mit den Domänenpächtern, um die Gutsdienste auf den Domänen aufzuheben; die Bauern wurden auf diese Weise in allen Provinzen dienstfrei und zahlten dafür nur ein geringes Ablösungsgeld an die Regierung. Man bot ihnen aber ferner auch Gelegenheit, ja man suchte sie dazu zu bestimmen, ihren Hof gegen ein ebenfalls gering bemessenes Einkaufsgeld zu freiem Eigentum zu erwerben, womit dann freilich der Verzicht auf die früher von der Regierung geleistete Unterstützung verbunden war. So trat

zwar eine gesetzliche Verpflichtung der Bauern, ihre Stelle zu Eigentum zu erwerben, wie sie Stein gewünscht hatte, nicht ein; doch gingen — mit Ausnahme von Ostpreußen, wo diese Entwickelung auf Hindernisse stieß, — eine große Menge von Domänenbauern auf diese Vorschläge ein und wurden erbliche Eigentümer ihrer Stellen.

So lagen die Dinge, als der Friede zu Tilsit geschlossen wurde. Der Krieg hatte der Landwirtschaft allenthalben schwere Wunden geschlagen, die schwersten in Ostpreußen; er hatte die Gebäude zerstört, den Viehstand vernichtet, viele kleine und große Landwirte an den Bettelstab gebracht, die Güterpreise um die Hälfte und mehr herabgedrückt. Es war klar, daß, wenn man der Nation aufhelfen wolle, man zuerst der Landwirtschaft unter die Arme greifen müsse. Die Überzeugung, daß die Mittel dazu nicht in einem Zahlungsindult, wie er im Mai d. J. erlassen worden war, und ähnlichen äußerlichen Maßregeln zu suchen seien, sondern in der Beseitigung der Schranken bestehen müßten, welche bisher der freien Produktion hinderlich gewesen seien, wurde im August 1807 von zwei Stellen gleichzeitig ausgesprochen: von dem preußischen Provinzialminister von Schrötter und von der Immediatkommission, deren Wortführer der von den Ideen des Freihandels erfüllte Schön war. Beide schlugen neben andren Maßregeln die Aufhebung der Erbunterthänigkeit vor, eine Anordnung, mit der man um so weniger glaubte zögern zu dürfen, als sie bereits im benachbarten Herzogtum Warschau verfügt war. War es aber nicht eine schwere Beeinträchtigung der durch den Krieg so schwer geschädigten Großgrundbesitzer, wenn man den Unterthanen freien Abzug von ihren Stellen gestattete? Schrötter wie Schön hielten eine Entschädigung für dringend geboten; sie waren dafür, daß man den Gutsherren gestatte, bis zu einem gewissen Maße Bauernland sei es zu Vorwerksland zu machen, sei es

zu größeren Bauernhöfen zusammenzulegen. Sie waren also bereit, den von Friedrich dem Großen gehandhabten Bauernschutz aufzugeben.

So waren die Reformgedanken bereits im Fluß, ein Edikt schon entworfen, als Stein in Memel eintraf. Er ergriff den Plan mit der größten Lebhaftigkeit und mit den besten Hoffnungen: „das Gesetz erteilt dem Grundeigentümer die freie Benutzung seines Territorialeigentums und dem Landbauer die Befugnis, seine Kräfte frei zu gebrauchen. Es ist sehr wohlthätig". Deshalb fordert er die Ausdehnung der Reform, die Schrötter auf Preußen hatte beschränken wollen, auf die ganze Monarchie. Er ist auch geneigt, die Zusammenziehung kleiner Bauernstellen in größere Höfe zu gestatten; er war jedenfalls der Ansicht, daß das Fortbestehen einer Menge von ärmlichen und unselbständigen Ackerwirtschaften nicht im wahren Interesse des Staates liege. Aber wie er sich einst gegen das Bauernlegen der mecklenburgischen Adligen ausgesprochen hatte, so kann er auch jetzt den Standpunkt des Bauernschutzes nicht preisgeben: er fordert Garantien gegen eine ungehinderte Einziehung des Bauernlandes zu Vorwerksland.

So war man über die Einzelheiten der Ausführung bei weitem noch nicht einig; aber man glaubte, mit der Publikation des Ediktes nicht zögern zu dürfen. Am 9. Oktober wurde es vom König zu Memel unterzeichnet: es bestimmte, daß von nun an kein Unterthänigkeitsverhältnis mehr entstehen könnte; daß für diejenigen Unterthanen, welche ihren Hof zu erblichem Besitz, zu Erbpacht oder zu Eigentum besäßen, die Gutsunterthänigkeit von Stund' an, für die übrigen vom Martinitage 1810 an aufhören sollte: „nach dem Martinitage 1810 giebt es nur freie Leute". Was die Zusammenlegung und Einziehung von Höfen anlangt, so sollten darüber die Kammern noch mit genaueren Instruktionen versehen werden.

Eine solche Instruktion ist unter Steins Ministerium nur für Ost- und Westpreußen erschienen. Sie zeigt, daß Stein seinen Standpunkt nicht hatte festhalten können, und daß das Interesse des Großgrundbesitzes, dessen Schonung in schwerer Zeit als wesentliche Pflicht des Staates erschien, und dem in diesem Falle die Ansichten des Smithianismus zu Hilfe kamen, den Sieg davongetragen hatte. Zunächst wurde den Gutsherren gestattet, solche Höfe einzuziehen, die erst in jüngerer Zeit auf ursprünglichem Ritteracker errichtet worden waren; sie erhielten aber ferner die Befugnis, auch bei Höfen älteren Bestandes ebensoviel Land zu Vorwerksland einzuziehen, als sie zu völlig freiem Eigentum ausgaben.

Indessen hatte ein Edikt am 28. Oktober 1807 auch in der Provinz, wo allein die Befreiung der Domänenbauern im Rückstand geblieben war, in Preußen, auch für diese Klasse von Bauern die Erbunterthänigkeit und den Gesindezwang aufgehoben, ohne von diesen durch den Krieg verarmten Leuten die üblichen Abzugsgelder zu verlangen. Ja, um ihnen den Übergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, ließ man ihnen auf Steins Vorschlag auf zwei weitere Jahre die Unterstützungen, die sie bisher vom Staate bezogen hatten. So wurden allein in Ost- und Westpreußen 30,000 selbständige Grundbesitzer geschaffen. Eine zehnjährige Entwickelung hatte also für die Domänenbauern ein sehr günstiges Ergebnis gehabt; sie waren nicht nur freie Leute geworden, gelöst von der Scholle, befreit vom Gutsdienst, sondern sie hatten auch — wohl mit geringen Ausnahmen — das freie Eigentum ihrer Höfe erlangt. Anders stand es mit den Privatbauern; für sie bedeutet das Edikt vom 9. Oktober 1807 nicht das Ende, sondern den Anfang einer wirtschaftlichen Besserung; mit der Aufhebung der Gutsunterthänigkeit war noch nicht viel erreicht, wenn die Eigentumsverhältnisse nicht geregelt und die Dienste nicht aufgehoben wurden. Aber die Bestim-

mung, wonach der Gutsherr bei Einziehung von Bauernacker ebensoviel Land zu freiem Eigentum wieder ausgeben mußte, galt nur für den Fall, daß der Gutsherr selbst eine solche Veränderung beantragte; es ist nicht anzunehmen, daß in dieser Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis viele Gutsbesitzer die Mittel und den Mut zu solchen Neuerungen hatten. So blieben, als unselige Umstände zur Entfernung Steins führten, der Zukunft große Aufgaben auf diesem Gebiete zu lösen, Aufgaben, über deren Lösung durch Hardenberg Stein oft harte Worte des Tadels ausgesprochen hat.

Aber die Bedeutung des Edikts vom 9. Oktober 1807 reicht über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit hinaus; es bedeutet den endgiltigen Bruch mit dem ständischen Klassenstaat des bisherigen Preußens. Man darf den Staat des aufgeklärten Absolutismus als eine große, weitverzweigte Arbeitsgenossenschaft betrachten, geleitet von der mit außerordentlicher Autorität ausgerüsteten Regierung, welche im Interesse des Gesamtwohles kein Bedenken trägt, in die wirtschaftliche Thätigkeit des Einzelnen einzugreifen und die Arbeitsgebiete der verschiedenen Berufsklassen abzugrenzen. Es ist der große Fortschritt dieser Anschauungen über die der früheren Zeit hinaus, daß wie die fürstliche Arbeit, so die der Unterthanen in den Dienst der nationalen Wohlfahrt gestellt wird. Es ist der Nachteil des Systems, daß es von Zwang und von der Bevormundung des Staates untrennbar ist; daß es Gehorsam erzieht, nicht freie Hingabe an den Staat; daß selbstständige Thätigkeit nicht gefördert, sondern gehemmt wird. So wird denn jeder Klasse des Volkes ihr besonderer Arbeitsberuf zugewiesen, in dessen Alleinbetrieb sie von der Regierung geschützt wird. Daher tritt der große Friedrich für den Bauernstand ein und weist die Ausdehnungsversuche der großen

Grundbesitzer zurück; daher widmet er andrerseits der Pflege und der Erhaltung des preußischen Adels die größte Sorgfalt. Ihm entnimmt er seine höheren Beamten, seine Offiziere; ihm sucht er seine wirtschaftliche Stellung und den Besitz seiner großen Güter zu erhalten, indem er Kreditkassen gründet, Meliorationsgelder anweist, vornehmlich aber, indem er den Übergang adliger Güter an Bürgerliche nur ganz ausnahmsweise und unter wesentlichen Beschränkungen gestattet.

Man begreift, daß schon in geordneten Zeiten diese patriarchalische Fürsorge für den Adel selbst nicht unwesentliche Nachteile zur Folge hatte; sie minderte seine Kreditfähigkeit, wenn er auf sein Gut Geld aufnehmen wollte; sie verringerte, wenn er es verkaufen wollte, den Kreis der Käufer und schloß den kapitalkräftigen Bürgerstand davon aus. Wieviel weniger war sie in der allgemeinen Not nach dem Kriege aufrecht zu erhalten! Schrötter und Schön schlugen beide vor, diese Beschränkung des Besitzes aufzuheben; Stein stimmte unbedenklich zu, und so machte das Oktoberedikt nicht nur der Erbunterthänigkeit der Bauern, sondern auch den Beschränkungen des Güterverkehrs ein Ende. Die Eingangsworte wiesen darauf hin, daß der Staat unmöglich jedem Einzelnen in seiner Not helfen könne, und daß es sich deshalb darum handeln müsse, alles zu entfernen, was ihn bisher gehindert habe, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maße seiner Kräfte zu erreichen fähig sei. Es folgt darauf die Erklärung, daß jeder Einwohner Preußens fortan ohne Einschränkung zum eigentümlichen und zum Pfandbesitz unbeweglicher Grundstücke jeder Art berechtigt sei, der Edelmann bürgerliche und bäuerliche, der Bürger und Bauer auch adlige Güter erwerben dürfe; daß es andrerseits dem Edelmann von nun an gestattet sei, ohne allen Nachteil seines Standes bürgerliche Gewerbe zu treiben, sowie der Bürger in den Bauernstand, der Bauer in den Bürgerstand eintreten dürfe.

Während so Stein und seine Freunde die ständischen Schranken, welche freier wirtschaftlicher Bewegung hinderlich waren, zertrümmerten, zugleich aber durch die Selbstverwaltung alle Bürger des Staates zu einem selbstthätigen Patriotismus zu erziehen gedachten, wurden ähnliche Gedanken von gesinnungsverwandten Freunden auf dem Gebiete des Heerwesens durchgeführt. „Die französische Revolution", schrieb Gneisenau, „hat alle Kräfte geweckt und jeder Kraft einen ihr angemessenen Wirkungskreis gegeben. Welche unendlichen Kräfte schlafen im Schoße einer Nation unentwickelt und unbenutzt!" Wie hätte Stein mit diesen Bestrebungen nicht einverstanden sein sollen! „Durch Errichtung einer Landwehr", schrieb er 1809 an Gneisenau, „wird der Neigung der gewerbetreibenden und wissenschaftlichen Stände zu unkriegerischen und feigen Gesinnungen, und der Trennung der verschiedenen Stände von einander und ihrem Losreißen vom Staat entgegengewirkt und in allen das Gefühl der Pflicht, für dessen Erhaltung sein Leben aufzuopfern, belebt." In den schweren Kämpfen, welche über diese Pläne in der Militärreorganisations-Kommission stattfanden, hat Stein seinen Gesinnungsgenossen wacker beigestanden; er war es, der im Sommer 1808 durchsetzte, daß der Vortrag beim Könige von dem bisherigen Generaladjutanten Grafen Lottum, einem Gegner der Reform, auf Scharnhorst überging. So wurde denn erreicht, daß das preußische Offizierkorps eine neue Grundlage erhielt, daß auch von Adligen der Nachweis eines bestimmten Maßes von Kenntnissen verlangt und grundsätzlich der Zutritt auch dem Bürgerlichen eröffnet wurde. Und wenn sich auch der König zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht entschließen konnte und Scharnhorsts wiederholte Anträge auf Schaffung eines „allgemeinen Heerbannes" und auf Aufhebung der Befreiungen von der Dienstpflicht erfolglos blieben, so hörte doch die Aufnahme von Ausländern in das Heer auf, Wer-

bungen fanden nicht mehr statt; und durch Abschaffung der entehrenden Strafen, welche das fridericianische Heer zur Bändigung seiner Söldlinge nicht hatte entbehren können, wurde der zukünftige Eintritt der Söhne der höheren Stände in die Reihen der Armee vorbereitet.



VI.

Während die besten Männer, die Preußen besaß, über Plänen sannen, deren letztes Ziel die Neugründung der preußischen Großmacht war, erinnerten die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse tagtäglich daran, daß selbst der damalige Bestand des Staates gefährdet war. Die Staatskassen waren erschöpft; die Staatsausgaben berechnete man bei möglichster Sparsamkeit für die letzten fünf Monate von 1807 auf 7½ Millionen Thaler, denen man nur 3 Millionen Einnahmen gegenüber stellen konnte. Der Kredit des Staates war gelähmt; die Tresorscheine sanken stetig, bis sie im Juni 1808 ihren tiefsten Kurs von 27 erreichten. Handel und Seefahrt lagen infolge der Sperrung der Häfen darnieder; die Gutsbesitzer waren zum großen Teil durch die Kriegsleiden an den Rand des Bankrotts gekommen; während die Hypothekenschulden eine abnorme Höhe erreichten, waren die im letzten Jahrzehnt unnatürlich gestiegenen Gutspreise außerordentlich gesunken; eine aus Polen eingeschleppte Viehseuche vernichtete in weiten Gegenden den Rest des Viehstandes. So hatte man sich bereits im Mai 1807 genötigt gesehen, dem Großgrundbesitz durch einen Zahlungsindult unter die Arme zu greifen, dessen Geltung später bis in den Juni 1810 verlängert wurde; freilich hatte er die Wirkung, daß die Kapitalisten

ihr Geld zurückhielten, und die Gutsbesitzer nur mit Schwierigkeiten die nötigen Summen auftreiben konnten. Ein weiteres allgemeines Leiden war die Folge der falschen Münzpolitik der letzten Jahrzehnte: schon seit Friedrich dem Großen, besonders aber unter dem verstorbenen Minister von Struensee waren des augenblicklichen Gewinnes halber große Mengen von Scheidemünze, in kaum 9 Jahren für 18 Millionen Thaler, geprägt worden; da sich die abgetretenen Provinzen deren jetzt zu entledigen suchten, so strömten große Massen von Scheidemünze nach den preußisch gebliebenen Landesteilen zurück. Man mußte eine Verdrängung des Courants aus dem Verkehr und dessen Abfluß nach dem Auslande befürchten und sah sich endlich genötigt, den Wert der Scheidemünze stufenweise herabzusetzen, bis die Umprägung ohne Kosten erfolgen konnte: eine Maßregel, die besonders den ärmeren Teil der Bevölkerung schwer schädigen mußte.

Das schlimmste war doch, daß die Franzosen trotz des Friedens im Lande blieben, ohne daß man den Zeitpunkt ihres Abzugs voraussehen konnte. Die Militärkonvention, welche der Feldmarschall Graf Kalkreuth am 12. Juli 1807 zu Königsberg abgeschlossen hatte, knüpfte den Abmarsch der Feinde an die Bezahlung der preußischen Kriegsschulden oder wenigstens an die Gewährung genügender Sicherheit. Die Höhe dieser Kriegssteuer war späteren Verhandlungen vorbehalten worden; immerhin wußte man, daß der Generalintendant Daru von 100 Millionen Francs gesprochen hatte. Und nun beginnt das zähe Ringen und Feilschen jener Verhandlungen, die von preußischer Seite mit dem Mut der Verzweiflung, von französischer mit dem brutalen Stolz des Siegers geführt wurden; in denen sich die gewissenlose Unsittlichkeit napoleonischer Staatskunst in nicht minder erschreckender Weise enthüllen sollte als in dem Ränkespiel von Bayonne; jener Verhandlungen, deren Hoffnungslosigkeit den

tiefsten und ernstesten Staatsmann der Zeit mit dem Gedanken vertraut machte, gegen rohe Gewalt sei auch grober Vertragsbruch erlaubt; bis dann unter dem Druck der auswärtigen Verhältnisse, bei dem Mangel jeder Verbündeten, der große Gedanke eines Volksaufstandes dahinstarb und, der ihn vertreten hatte, als ein Geächteter in die Fremde zog.

Das erste Stadium dieser Verhandlungen spielte sich in Berlin ab. Die preußische Friedensvollziehungskommission, an deren Spitze der Geheime Rat von Sack stand, glaubte sich berechtigt, von den Kontributionen, welche für die französische Armee ausgeschrieben waren, die bereits bezahlten Summen abzuziehen, und bot im ganzen eine Zahlung von 30 Millionen Francs an. Dem gegenüber erhob Daru auf sämtliche Staatseinkünfte aus der Zeit vom 1. November 1806 bis zum Friedensschluß Anspruch und steigerte dadurch seine Forderung auf nicht weniger als 154½ Millionen Francs, eine Summe, die nach Niebuhrs Berechnung größer war als alles im preußischen Staat umlaufende Gold und Courant. Die Lage wurde dadurch noch hoffnungsloser, daß Daru die Verhandlungen über sämtliche Forderungen, welche von Behörden, Gemeinden, Stiftungen, Privatleuten der abgetretenen Provinzen an die Staatskasse erhoben wurden, in die Hand nahm und die Erklärung abgab, die Räumung des Landes sei erst nach Tilgung dieser, in Bälde auf weitere 126 Millionen emporgeschraubten Forderungen zu erwarten. Dazu kam noch, daß er jeden Versuch der Friedenskommission, auf die Beamten der okkupierten Provinzen einen Einfluß auszuüben, vereitelte und die Drohung aussprach, falls bis zum 1. Oktober keine Einigung erfolgt sei, sämtliche Staatseinkünfte mit Beschlag zu belegen.

Dem gegenüber befand sich Preußen in der Unmöglichkeit, diese Forderung zu befriedigen. An eine Barzahlung war nicht zu denken; ein Besitz des Staates war noch vorhanden,

die Domänen. Sollte man diesen geschichtlich ältesten und immer noch außerordentlich wichtigen Teil der Staatseinnahmen in ungünstigster Zeit veräußern oder gar an Napoleon überlassen, der dann vielleicht mit altpreußischem Staatsgut seine Günstlinge bereichern würde? Und selbst wenn es gelang für diese Forderungen aufzukommen, wer bürgte dafür, daß nicht weitere Hemmnisse der Räumung auftauchen würden? Daru hatte offen erklärt, die Frage der Räumung sei eine solche der Politik, nicht des Kalküls; und allmählich gingen den preußischen Staatsmännern die Augen darüber auf, welches die Motive Napoleons bei dieser unerhörten Behandlung Preußens waren. Gewiß empfand der Eroberer zunächst ein tiefes und begründetes Mißtrauen gegen das preußische Volk; er argwöhnte, trotz seiner furchtbaren Verluste könnte es die Kraft zu einem Verzweiflungskampfe um seine Unabhängigkeit in sich verspüren. Deshalb faßte er den Gedanken, durch wirtschaftliche Schwächung, durch eine lange militärische Besetzung, womöglich durch weitere Gebietsabtretungen Preußen dauernd unschädlich zu machen.

Aber dazu kam etwas anderes: die Besetzung Preußens diente ebenso wie die Anhäufung von Truppen und Kriegsvorräten im Herzogtum Warschau und in Danzig dazu, einen Druck auf denjenigen Fürsten auszuüben, mit dem Napoleon eben erst die rührendsten Freundschaftsversicherungen getauscht hatte, auf Alexander von Rußland. Er hatte das russische Bündnis, das ihn nicht allein aus einer augenblicklichen Verlegenheit gerettet, sondern ihm auch den Beitritt dieses Reiches zum Kampf gegen England verschafft hatte, nur dadurch erkauft, daß er auf Alexanders türkische Eroberungspläne einging. Der Preis dafür, daß Rußland der Kontinentalsperre beitrat, war der achte Artikel des geheimen Bündnisvertrags, wonach die Pforte ihrer Provinzen bis zum Balkan beraubt werden sollte. Aber Napoleon war nicht gewillt sein Versprechen zu

halten; es konnte nicht in seinem Interesse liegen, wenn Rußland an eine gewaltsame Lösung der orientalischen Frage ging, ehe er im Stande war sich mit Energie daran zu beteiligen. So forderte er denn zu derselben Zeit, wo er mit Alexander freundschaftliche Briefe tauschte, die Türkei zu energischem Widerstande gegen Rußland auf. Und von diesem Gesichtspunkt aus gewann das okkupierte Preußen einen besonderen Wert für ihn, den eines Tauschobjektes, das er erst dann aus der Hand lassen würde, wenn Rußland auf die Donaufürstentümer verzichtete.

Den preußischen Staatsmännern ist es erst spät gelungen, diese Sachlage zu durchschauen. Man hatte sich bisher vergeblich bemüht, die Forderungen Darus zu ermäßigen. Da traf wenige Tage nach Steins Ankunft am Hofe die Nachricht ein, daß er seine Drohung ausgeführt habe und seit dem 1. Oktober die Staatseinkünfte für Rechnung seines Kaisers erheben lasse; und bald folgte die zweite, daß Daru zwar seine Forderung auf 112 Millionen ermäßigt habe und davon nur 12 Millionen bar verlange, daß er aber für die weiteren 100 Millionen zur Hälfte Deckung in Wechseln, zur Hälfte die Abtretung preußischer Domänen und als Pfand bis zur Einlösung der Wechsel die Überlassung preußischer Festungen an französische Besatzungen fordere, welche von Preußen zu unterhalten seien. Diese Nachrichten wirkten äußerst niederschlagend. Sollte man dadurch die Räumung erkaufen, daß man die wichtigsten Plätze der Monarchie dem Feinde auslieferte? Ganz abgesehen davon, daß die Unterhaltungskosten der französischen Besatzungen eine neue schwere Belastung der Staatskasse ausmachten, so bedeutete doch diese Überlassung der Festungen nichts weniger als eine „permanente Subjektion," wie sich Stein ausdrückte, „und zwar der schlimmsten Art, indem der Herrscher kein Interesse an dem Wohl der unterjochten Nation nähme und nur Druck ausübte, keinen

Schutz erteilte." Was ferner die Domänen betraf, so betrug ihr Wert nach Steins Berechnung noch 60 Millionen Thaler. Nach einer Feststellung der Immediatkommission ergaben sie einen Ertrag von 2,164,000 Thalern, etwa ein Siebentel des gesamten Staatseinkommens. Daß man diesen Notpfennig des Staates angreifen müsse, erwies sich bald als unumgänglich. Staatsrechtliche Bedenken mußten jetzt schweigen; ja Stein machte sogar aus der Not eine Tugend, indem er sich auf die moderne staatswirtschaftliche Theorie berief, welche vom Staat überhaupt den Verzicht auf seinen Domanialbesitz forderte und von seiner Aufteilung an freie Eigentümer eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erwartete. Aber wie sollte man verfahren? Sollte man einen Teil der Domänen unmittelbar an Frankreich abtreten? Dann würde eine Menge fremder Beamten ins Land kommen und andrerseits, worauf Stein besonders hinwies, die geplante Reform der bäuerlichen Verhältnisse eine starke Hemmung erfahren. Wies man diesen Weg ab, so blieb nur die Veräußerung eines Teils der Domänen übrig. Von einem sofortigen Verkauf konnte freilich bei der allgemeinen Geldknappheit nicht die Rede sein; man mußte sich bemühen, auswärtige Käufer heranzuziehen, wie man denn Verhandlungen mit dem seines Landes, aber nicht seines großen Vermögens beraubten Kurfürsten von Hessen anknüpfte, und die französische Regierung dafür zu gewinnen, Pfandbriefe auf die Domänen anzunehmen, deren Ausgabe mit Hülfe der ritterschaftlichen Kreditvereine zwar auch große, doch nicht unüberwindliche Bedenken hatte. Man beschloß zugleich die größten Anstrengungen zu machen, um bares Geld aufzubringen. Die Ausgaben für den Hof wurden auf das äußerste beschnitten, die Gehälter in bestimmtem Verhältnis herabgesetzt, die höchsten bis auf die Hälfte; das königliche goldene und überflüssige silberne Tafelgeschirr wurde eingeschmolzen und Niebuhr beauftragt, eine Anleihe im Auslande zu Stande zu bringen.

In jedem Falle aber mußte man versuchen, durch außerordentliche Mittel eine Milderung der französischen Bedingungen zu erlangen. In jenen Tagen, in derselben Zeit, wo Napoleon Alexander die Donaufürstentümer überlassen wollte, wenn er in die französische Annexion Schlesiens willigte, ist es gewesen, daß Schön den einzigen Rettungsweg in einer Landabtretung sah: ein Gedanke, den Stein damals wie später von sich wies. Er hatte vielmehr schon kurz nach seiner Ankunft die Sendung eines königlichen Prinzen nach Paris angeraten. Dieser Plan kam jetzt zur Reife: der 24 jährige Prinz Wilhelm, ein Bruder des Königs, erhielt den Auftrag, in Begleitung des in der Pariser Gesellschaft wohlbekannten Alexander v. Humboldt sich nach Paris zu begeben und dort zu versuchen, Napoleons Wohlwollen zu gewinnen. Er sollte nicht nur über die Kriegssteuer verhandeln; er sollte ein Schutz- und Trutzbündnis und die Stellung eines preußischen Hülfskorps für alle Kriege, die Frankreich führen würde, ja im äußersten Falle Preußens Eintritt in den Rheinbund anbieten.

Es war der Verzicht auf die politische Selbständigkeit Preußens, zu dem man bereit war; der Verzicht auf das wertvolle Gut, das der Große Kurfürst mit allem Aufwand diplomatischer List errungen und der große Friedrich in jahrelangen Kriegen behauptet hatte. Wollte man wirklich auf die Dauer die Rolle Bayerns spielen? Sollten preußische Truppen auf allen Kriegsschauplätzen Europas ihr Blut verspritzen, um den Plänen des Weltreiches dienstbar zu sein? Der Gedankengang der preußischen Staatsmänner ist leicht zu erkennen. In einem Augenblick, wo Frankreich nirgend auf dem europäischen Festlande auf nennenswerten Widerstand stieß, wo auch Alexander, trotzdem er von der Unzuverlässigkeit der französischen Politik immer neue Beweise erhielt, für den preußischen Freund nur Worte hatte, in einem solchen Augenblicke konnte man nicht an Auflehnung denken. Daß preußische Truppen

den Adlern Frankreichs folgen sollten, war ein schwerer Gedanke; aber die Not war so groß, daß selbst ein Antrag des spanischen Hofes, einige Tausend Preußen im Solde dieses Staates dienen zu lassen, weder von Stein noch von Scharnhorst von vornherein verworfen wurde. Das Ergebnis aber, welches man von diesem äußeren Verzicht auf Selbständigkeit erhoffte, war Befreiung von der Okkupation, Räumung der Festungen, Minderung der Kriegssteuern, vielleicht sogar Zubilligung einer Landentschädigung. Dann wäre eine innere Kräftigung, ein allmähliches Erstarken ermöglicht worden; dann würde man unter günstigeren Umständen sich dem fremden Herrscher, dessen Joch man jetzt ertragen mußte, von neuem gegenüberstellen.

Prinz Wilhelm übernahm seine Aufgabe mit dem Feuer des edelsten Patriotismus. Am 8. Januar 1808 hatte er die erste Audienz bei Napoleon, die zweite erst am 23. Februar. In der ersten hatte selbst das Anerbieten des Prinzen, als Geisel in seinem Gewahrsam zu bleiben, bis sich der Staat seiner Verbindlichkeiten entledigt habe, keinen anderen Erfolg, als dem Kaiser ein gewisses Interesse für den jungen Hohenzollern einzuflößen. In der zweiten erklärte dieser offen, die Frage der Räumung Preußens sei eine solche der allgemeinen Politik und stehe insbesondere in engem Zusammenhang mit der Frage der Räumung der Donaufürstentümer durch die Russen. Das Angebot eines Bündnisses beantwortete er mit der Äußerung, er könne Preußen nie trauen; er wisse, daß die Preußen ihn haßten, und daß die preußische Regierung nicht im Stande sei die öffentliche Meinung zu beherrschen. So war denn der Plan gescheitert. Für Napoleon hatte ein geknebeltes, ausgesogenes Preußen mehr Wert als die Unterstützung durch ein Armeekorps.

Stein hatte anfangs Hoffnungen gehabt. Er hatte den Rat gegeben, durch kleine Mittel den Kaiser zu gewinnen; er empfahl, dem Prinzen Wilhelm, der dessen Neigung ge-

wonnen zu haben schien, das Kriegsministerium zu übertragen; ja, er wünschte, in Rücksicht auf die bevorstehende Entbindung der Königin, der König möchte Napoleon oder seine Gemahlin um Übernahme der Patenschaft ersuchen — ein Gedanke, auf den einzugehen sich Friedrich Wilhelm mit Recht nicht entschließen konnte. Indessen stockte die Pariser Verhandlung gänzlich; von maßvolleren Weisungen für Daru war nicht die Rede. Ja, es erfolgte eben damals ein Schritt, der aller Gerechtigkeit Hohn sprach. In den abgetretenen polnischen Provinzen waren gegen 20 Millionen Thaler auf dortige Güter vor dem Kriege als Hypotheken ausgeliehen worden; diese Kapitalien gehörten nicht dem Staate, sondern der Bank, der Seehandlung, der Witwenkasse, Stiftungen: trotzdem wurden sie auf Napoleons Anordnung mit Beschlag belegt und jede Zinszahlung an preußische Unterthanen und Behörden verboten. Und zu alledem hörte man jetzt davon, daß Napoleon die Absicht gehabt hatte, Schlesien zu annektieren, und Alexanders Zustimmung dafür zu erlangen gesucht hatte. In dieser Gefahr galt es, möglichst schnell mit Frankreich abzuschließen, um einem „unvorhergesehenen und unberechenbaren“ Ereignis zuvorzukommen. Stein erbot sich selbst nach Berlin zu gehen, um die Verhandlungen mit Daru weiterzuführen. Zu Anfang März traf er dort ein.

Hatte Daru andre Weisungen erhalten? Er zeigte sich bedeutend maßvoller. Bereits am 9. März kam eine Konvention zustande, deren Bedingungen noch drückend genug, aber doch milder waren. Die noch zu zahlende Schuld wurde auf 101 Millionen festgestellt, zahlbar in barem Geld, in Wechseln und in Pfandbriefen; bis zu deren Einlösung sollten Stettin, Küstrin und Glogau von 9000 Franzosen besetzt bleiben; die französische Armee aber würde binnen 30 Tagen Preußen verlassen. Man wird sich das Gefühl der Erleichterung vorstellen, das sich der preußischen Staatsmänner be-

mächtigte. Nunmehr kam alles darauf an, daß der Kaiser Napoleon die Konvention ratifizierte. Aber er vollzog den Vertrag nicht; freundliche Wendungen waren das einzige, was Prinz Wilhelm bei einer dritten Audienz am 29. März erreichte. Gleich darauf ging der Kaiser nach Bayonne: dort überließ er jene polnischen Kapitalien für eine Abfindungssumme an das Herzogtum Warschau. Ja, er benutzte ein Reskript, durch welches der Geheimrat Sack die Stände und die Kammer der Kurmark zur Festigkeit gegen eine neue Forderung der französischen Behörden aufgefordert hatte, und welches durch Verrat in Darus Hände geraten war, um die stärkste Drohung gegen Preußen auszusprechen, die Drohung, den Rechtsboden des Tilsiter Vertrags zu verlassen und diesen für gebrochen anzusehen. Stein meinte, man müsse alles aus dem Wege räumen, was Napoleon von einer Unterzeichnung der Konvention abhalten könnte. Man hatte sich einmal zu dem Versuch entschlossen, eine Politik der Nachgiebigkeit durchzuführen: so mußte denn Sack weichen und seine Stellung als Vorsitzender der Friedenskommission aufgeben; sein Nachfolger wurde der frühere Provinzialminister von Voß.

An diesen Vorfall knüpft sich ein hämischer Versuch Beymes, der sich immer noch in der Umgebung des Königs befand, Stein anzuschwärzen; er klagte ihn an, nicht nur durch seine lange Abwesenheit alle Geschäfte zu paralysieren, sondern sich in Berlin von den Franzosen gegen das Interesse des Königs brauchen zu lassen. Es macht dem König Ehre, daß er diese Verunglimpfung nicht achtete, sondern vielmehr dem Minister in den ehrendsten Ausdrücken seine volle Billigung, ja seine Bewunderung wegen des Mutes, der Festigkeit, der Entsagung aussprach, die ihn bei allen seinen Schritten begleiteten. Nur bat er ihn dringend, in Anbetracht der schwierigen Lage, besonders des Umstandes, daß alle Geldquellen zu versiegen drohten, bald zurückzukehren. Am 31. Mai

kam Stein wieder in Königsberg an; am 1. Juni verließ Beyme, der längst zum Präsidenten des Berliner Kammergerichts ernannt war, den Hof.

Indessen sanken die Hoffnungen immer tiefer. Von einer Genehmigung der Konvention war keine Rede; der Aufenthalt des Prinzen in Paris war ganz zwecklos, zumal sich Napoleon immer noch in Bayonne befand. Da kamen die erschreckenden Nachrichten von Napoleons Verfahren gegen das spanische Königshaus. Wie hatte er eine Dynastie behandelt, die, so ehrlos sie war, doch seit 13 Jahren sich ganz an Frankreich angeschlossen hatte! Sollte sich Preußen langsam verbluten, um dann doch der französischen Ländergier zum Opfer zu fallen? Bis dahin war Friede und allmähliches inneres Erstarken das Ziel der preußischen Staatsmänner gewesen. Jetzt bemächtigte sich ihrer verzweifelte Erbitterung; der Gedanke faßte Wurzel, ob es denn nicht möglich sei, mit den Waffen in der Hand das französische Joch abzuwerfen. Die spanischen Nachrichten ließen doch hoffen, daß die mißliche Lage der dortigen französischen Truppen Napoleon zwingen würde, sein Heer aus Preußen herauszuziehen; sie zeigten andrerseits, daß eine Volkserhebung selbst gegen ihn Erfolg haben könnte. Und jetzt leuchtete auch von andrer Seite ein Hoffnungsstern. Zwar auf Rußland durfte man nicht mehr rechnen: der König allein hegte noch eine schwache Hoffnung, Alexander würde bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Napoleon, von der alle Welt sprach, seine Stimme für ihn erheben. Bei Stein dagegen setzte sich damals das Urteil fest, daß dieser „schwache, sinnliche, durch mehrere verunglückte, leichtsinnig angefangene, leichtsinnig aufgegebene Unternehmungen abgeschreckte Fürst" nichts für die Befreiung Europas leisten werde; die Schlachten von Austerlitz und Friedland hätten, meinte er, den Nebel von Humanität und Liberalität zerstreut, der ihn umgeben habe,

und das wenige Kraftgefühl gelähmt, das „in jedem nicht ganz verwahrlosten jungen Mann aufzulodern pflegt." Was sei von seiner Zusammenkunft mit Napoleon anderes zu erwarten als „blindes Hingeben eines weichen Charakters in den verruchten Willen eines felsenfesten und rastlosen Mannes?" Aber auf Österreich fing er an, seine Hoffnung zu setzen. Dort war man in Rüstungen eingetreten, man hatte die Bildung einer Landwehr beschlossen, und allmählich wuchs der patriotische Eifer bei der Regierung wie bei der Bevölkerung. Auch hier waren es die spanischen Ereignisse, welche alle Herzen mit Empörung und zugleich mit Furcht für die eigene Zukunft erfüllten. Man machte zugleich, wenn auch in der vorsichtigsten Weise, Eröffnungen am preußischen Hofe. Und so ist es denn der Gedanke eines Volkskrieges mit Österreich gegen Frankreich, den Stein, Scharnhorst, Gneisenau mit Begeisterung erfassen und in Denkschriften dem Könige nahe zu bringen suchen.

Welche Zukunft stand Europa bevor, wenn es Napoleon gelang, alle Dynastien ebenso zu vernichten wie die der Bourbonen in Spanien? Dann wird in der Eintönigkeit des Weltreichs jede Eigenart der Nationen zugrunde gehen; „äußere Kriege werden dann nicht mehr geführt werden, statt ihrer wird die Menschheit durch bürgerliche Kriege und den Ausbruch innerer Faktionen gepeinigt, alle Nationalität zerstört oder verkröpelt und die Leitung aller großen Angelegenheiten des Menschengeschlechts einer Büreaukratie, die von einem entfernten, fremden Regenten die endliche Richtung erhält, anvertraut werden." Man kann sich nicht mehr mit leeren Hoffnungen trösten. Man muß bedenken, „daß eine Auflösung nicht zu vermeiden und daß es pflichtmäßiger gehandelt ist gegen die Zeitgenossen und die Nachkommen, und ruhmvoller für den König und seine Nation, mit den Waffen in der Hand zu unterliegen, als sich geduldig in Fesseln

schlagen oder gefangen halten zu lassen." „Kein Regent, der von dieser Überzeugung ergriffen ist, kann einen Augenblick zweifelhaft sein über die Frage, ob es ratsamer ist, zahm und geduldig den Ausspruch eines verruchten Tyrannen abzuwarten oder den blutigen Kampf um Ehre und Unabhängigkeit und die Erhaltung seines Thrones zu erneuern." Man muß also „in der Nation das Gefühl des Unwillens erhalten über den Druck und die Abhängigkeit von einem fremden, übermütigen, täglich gehaltloser werdenden Volke; man muß sie mit dem Gedanken der Selbsthilfe, der Aufopferung des Lebens und des Eigentums, das ohnehin bald ein Mittel und ein Raub der herrschenden Nation wird, vertraut machen; man muß gewisse Ideen über die Art, wie Insurrektion zu erregen und zu leiten, verbreiten und beleben." Und nicht in Preußen allein ist die Volkserhebung vorzubereiten; eben damals schrieb Stein jenen Brief an den Fürsten Wittgenstein, in dem es hieß: „die Erbitterung nimmt in Deutschland täglich zu, und es ist ratsam, sie zu nähren und auf die Menschen zu wirken. Ich wünschte sehr, daß die Verbindungen in Hessen und Westfalen aufrecht erhalten würden."

Freilich hat ein solches Unternehmen mehrere unumgängliche Voraussetzungen. Die erste ist der Abzug der 150,000 Franzosen aus Preußen. Man muß also von neuem den Versuch machen sie zu entfernen, und zwar dadurch, daß man Frankreich über Preußens wahre Absichten täuscht. Man muß geradezu das Anerbieten einer Allianz und eines Hilfskorps wiederholen: vielleicht nimmt es Napoleon in seinen jetzigen Verwickelungen eher an. Der Vertragsbruch, „List gegen Verruchtheit und Gewaltthätigkeit", ist hier gerechtfertigt; „soll es dem Kaiser Napoleon allein erlaubt sein, an die Stelle des Rechts Willkür, der Wahrheit Lüge zu setzen?" So soll diese Allianz nur „als Deckmantel der An-

stalten dienen, die man treffen wird, um sich loszureißen." Diese Anstalten müssen sich insbesondere auf enge Verbindung mit Österreich und England beziehen. England wird gebeten werden, Waffen und Uniformen zu senden, Geld zu bewilligen, einige Tausend Mann zwischen Ems und Elbe, womöglich auch an der Ostseeküste zur Belebung des Aufstandes landen zu lassen. Österreich gegenüber muß man die größte Offenheit zeigen und, wie Scharnhorst ausführte, die kleinliche Eifersucht der früheren Zeit fallen lassen, anstatt der elenden Sprache der Diplomatik eine gerade, freie Sprache führen. Man hoffte die preußischen Streitkräfte mit Hilfe der vielen entlassenen Soldaten stark vermehren und zur Linienarmee einen Landsturm hinzufügen zu können. Nach dem vorläufigen Kriegsplan sollten die Truppen, welche in Preußen und Pommern standen, gegen die Oder vordringen, die in Schlesien befindlichen sich mit den Österreichern vereinigen, welche auch in die schlesischen Festungen aufgenommen werden müßten. Man hoffte, daß ein österreichisches Korps zur Erregung des Aufstandes die Elbe abwärts ziehen würde, und dachte daran, eine preußische Abteilung in die fränkischen Fürstentümer zu senden, auf deren Anhänglichkeit an das Haus Brandenburg man zählte. Alles in allem, dachte man den Krieg zu führen „zur Befreiung von Deutschland durch Deutsche." Ja, Stein versteigt sich zu dem Vorschlag einer einzigen Kokarde für die österreichischen und preußischen Truppen, welche die Farben schwarz, weiß, gelb tragen soll.

Das war der ungeheure, aus der Verzweiflung geborene, von den edelsten sittlichen Ideen getragene Plan, den Stein und seine Genossen damals entwickelt haben. Nicht als wäre er in tollkühner Siegeszuversicht gefaßt worden: „man muß die Möglichkeit des Mißlingens fest im Auge behalten und wohl erwägen, daß der Kampf begonnen wird weniger in Hinsicht auf Wahrscheinlichkeit des Erfolgs als auf die Gewißheit,

daß ohnehin eine Auflösung nicht zu vermeiden ist.“ Aber war er überhaupt ausführbar? Er beruhte auf zwei Voraussetzungen: daß Napoleon sich durch den spanischen Krieg genötigt sehen würde, die Fesseln zu lösen, in die er Preußen geschlagen hatte; und daß Österreich den Krieg, zu dem es rüstete, auch führen würde. Was zunächst den letzteren Staat anlangte, so war der österreichische Geschäftsträger in Königsberg bisher über unbestimmte Andeutungen nicht hinausgekommen, und die Anerbietungen des Grafen Götzen, der im Auftrage der Regierung von Schlesien aus nähere Beziehungen anzuknüpfen suchte, wurden sehr ungenügend beantwortet. Man war in Wien noch keineswegs entschlossen loszubrechen, zumal man weder zu den preußischen Streitkräften noch zu dem „Geist der Faktionen“, wie man die patriotische Glut erbitterter Preußen nannte, Zutrauen hatte. Was andrerseits Napoleon betraf, so hatte man insofern richtig gerechnet, als er allerdings mit Preußen ins Reine zu kommen wünschte. Aber er war keineswegs gewillt, sein Opfer fahren zu lassen, ohne sich seiner auch für die Zukunft zu versichern. Als Prinz Wilhelm auf Befehl des Königs das im Januar gemachte Anerbieten einer Allianz und eines Hilfskorps wiederholte, ließ er sich endlich herbei, die Bedingungen zu formulieren, unter denen er bereit sei Preußen zu räumen: er forderte nicht nur die Einräumung der drei Oderfestungen, bis die — noch dazu willkürlich erhöhte — Kriegssteuer bezahlt wäre; er fügte hinzu, daß das preußische Heer nicht über 42,000 Mann stark sein und eine Landwehr nicht aufgestellt werden dürfe; er verlangte ferner ein Hilfskorps von 12,000 Mann für den Fall eines Krieges mit Österreich; er legte dem Prinzen endlich den Eintritt Preußens in den Rheinbund nahe.

Man kann sich vorstellen, wie niederschlagend dieser Vertragsentwurf auf den Prinzen Wilhelm wirkte, als der Minister Champagny ihn als Willen des Kaisers vorlegte. Anders

wirkte er auf die Schildträger der Erhebung am Königsberger Hofe: jetzt, wo die Lage anders geworden und Napoleon nicht mehr der unumschränkte Herr Europas war, wie zu Beginn des Jahres, waren sie nicht gemeint, sich willenlos zu unterwerfen. Von einem Eintritt in den Rheinbund konnte jetzt für Stein nicht mehr die Rede sein: sollte sich Preußen den Verfügungen Dalbergs, des „verächtlichen Primas", den Beschlüssen des Bundestags und eines zukünftigen Bundesgerichts fügen! und würde es nicht durch einen solchen Schritt den Rest von Achtung verlieren, den es noch besaß! So war er denn durchaus dagegen, daß der König dem französischen Vertragsentwurf zustimme. Dieser setzte indessen seine Hoffnung noch immer auf Alexander, dem er noch am 28. August in einem Schreiben seine Lage dargelegt hatte, und der in einigen Tagen in Königsberg erwartet wurde, von wo er nach Erfurt zu der Zusammenkunft mit Napoleon reisen wollte. Am 18. September kam er an; und trotz seiner geringen Achtung vor dem Charakter des Kaisers ging Stein insoweit auf die Gedanken des Königs ein, daß er Alexander seine Pläne und politischen Anschauungen ausführlich darlegte. Er wies auf das allgemeine Interesse Europas hin, welches erfordere, daß man Napoleon nicht Spanien und Österreich einzeln zu Boden schlagen lasse. Er ging den Kaiser darum an, seine Politik zu wechseln, die türkischen Eroberungspläne aufzugeben und eine geheime Vereinigung mit Österreich und Preußen einzugehen. Dann könne Preußen den Vertrag mit Napoleon schließen, um ihn, sobald die feindlichen Truppen das Land geräumt hätten, zu brechen; dann werde man die ganze deutsche Nation zum Kriege gegen Frankreich auffordern, den „einzigen Feind seiner Selbständigkeit, seiner Sittlichkeit, seines Fortschreitens in der Nationalentwickelung!"

Wir wissen, daß Alexander von Steins Beamtentüchtigkeit eine sehr hohe Meinung hatte. Aber die Berufung auf allge-

meine europäische Interessen konnte bei ihm solange nicht verfangen, als er seinen orientalischen Eroberungsplänen anhing; gerade für diese aber glaubte er bei Napoleons augenblicklichen Verlegenheiten eine günstige Zeit gekommen. Eine Schilderhebung Preußens und Österreichs in diesem Zeitpunkte konnte ihm nur sehr unwillkommen sein: sie hätte seine türkischen Absichten gestört, ihn zu einer Parteinahme gezwungen und die Krisis zwischen ihm und dem französischen Kaiser viel zu früh herbeigeführt. So versprach er denn, sich bei Napoleon für Preußen verwenden zu wollen; im übrigen riet er dringend zum Frieden und zur Nachgiebigkeit. Stein hatte mit seinen Befürchtungen Recht behalten. Noch sollte Jahre lang die Knechtschaft Europas fortdauern; noch bitterer sollte Alexander erfahren, daß er von diesem Bundesgenossen nichts zu erwarten habe; er, der jetzt das nach Freiheit dürstende Europa im Stich ließ, sollte den ganzen Erdteil gegen sich in Waffen sehen; und aus der selbstverschuldeten Bedrängnis sollte ihn nichts andres retten als die tollkühne Verblendung des an seinen Stern glaubenden Eroberers selbst.

Indessen war ein Ereignis eingetreten, welches über Preußen die höchste Gefahr heraufbeschwor. Der oben erwähnte Brief Steins an den Fürsten Wittgenstein war in die Hände der Feinde gefallen; unter Mitwirkung eines Berliner Bürgers, der sich zum Spion hergegeben hatte, war der Überbringer, ein jüngerer Beamter, in Berlin verhaftet und das leider nicht chiffrierte Schreiben bei ihm gefunden worden. Es wurde den preußischen Unterhändlern in Paris vorgelegt; dann erschien es mit Randbemerkungen im Moniteur. Dieses Schreiben enthüllte freilich mit völliger Offenheit die Zweideutigkeit der preußischen Politik: Prinz Wilhelm hatte wohl Recht, wenn er meinte, Napoleon könne es mit Leichtigkeit

benutzen, um den Tilsiter Vertrag für gebrochen zu erklären und über Preußen herzufallen. Er glaubte alles thun zu müssen, um dies zu verhindern; am 8. September unterzeichnete er die Konvention. Die rückständige Kriegssteuer war auf 140 Millionen Francs festgesetzt worden; auch hatte ein Zusatzartikel aufgenommen werden müssen, der den König verpflichtete, alle Unterthanen der 1807 abgetretenen Provinzen aus seinem Dienst zu entlassen. Er war auf Stein berechnet, dessen Güter freilich nicht auf westfälischem, sondern nassauischem Boden lagen. Und dies sollte das Ende vierzehnmonatlicher Kämpfe und Leiden sein? Daß die Kriegssteuer noch fast ebenso hoch angesetzt wurde als zu Beginn der Verhandlungen, trotzdem 150 000 Franzosen indessen auf preußische Kosten gelebt hatten und die Staatseinkünfte in französische Kassen geflossen waren! Nicht nur drei wichtige Festungen sollten in Feindeshand bleiben, sondern die Hoffnung Preußens, die Armee, sollte in ihrer Entwickelung gelähmt werden! Als die unheilvollen Nachrichten in Königsberg eintrafen, von wo Alexander eben abgereist war, erklärte sich Stein sofort bereit seinen Posten aufzugeben; aber ebenso entschieden riet er davon ab, die Konvention zu ratifizieren. Erst wenn auch Alexander in Erfurt keine Milderung erreichen könne, dann bleibe kein Mittel übrig als „zu unterschreiben und zu halten, was man kann." Auf den König seinerseits hatte der Zwischenfall, wie er selbst an Alexander schrieb, wie ein Blitzschlag gewirkt; er glaubte nicht, daß er Stein nach dieser „unerklärlichen Unklugheit" halten könnte; immerhin lehnte er eine sofortige Entlassung des Ministers ab. Trotzdem ist klar, daß dieser an Ansehen bei ihm verloren hatte: nach einer Woche des Schwankens vollzog er die Konvention und ermächtigte den Grafen Goltz, der nach Erfurt ging, um eine Milderung zu erreichen, falls seine Bemühungen erfolglos wären, zur Auswechselung der Urkunden: und zwar vollzog er die Konvention,

ohne die Thatsache Stein mitzuteilen, der sie erst aus den Akten erfuhr.

Der König hatte bisher gegen die Intriguen von Steins Gegnern einen mannhaften Widerstand bewiesen. Als im Juli der General von Zastrow durch Beymes Vermittelung einen Sturm gegen die Männer der Reform versucht und behauptet hatte, gerade ihr Verbleiben im Ministerium flöße den Franzosen Mißtrauen ein und verschulde die harte Behandlung Preußens, hatte er das Schreiben Beymes Stein zur Begutachtung vorgelegt und eine Antwort gegeben, die fast wörtlich mit Steins Bemerkungen übereinstimmte. Indessen hatte er die Männer dieser Partei nicht von sich entfernt; so war es denn immer von neuem möglich, daß Intriguen entstanden; gestützt auf haltlose Verdächtigungen, hervorgegangen aus persönlichem Hasse oder aus selbstsüchtigen Bestrebungen, zwangen sie Stein und seine Freunde immer von neuem zu Kampf und Abwehr. Denn ganz abgesehen von denen, welche, wie der Feldmarschall Kalkreuth, durch ihren Sturz sich selbst emporzuschwingen hofften, wie viele Beamte und Offiziere gab es nicht, die mit den veränderten Verhältnissen unzufrieden waren! wie viele Sonderinteressen wurden durch die neue Gesetzgebung verletzt! wie viele adlige Gutsbesitzer sahen in dem Befreier der Bauern einen Revolutionär und Jakobiner! Der Generaladjutant von Köckeritz aber und die Oberhofmeisterin von Voß waren geeignete Persönlichkeiten, um Verdächtigungen an das Ohr der königlichen Familie gelangen zu lassen.

Noch hatte der König diesen Ausstreuungen nicht nachgegeben; er hatte die Erledigung von Steins Abschiedsgesuch aufgeschoben, bis man über Napoleons Stimmung genauere Nachrichten hätte. Indessen machte der Minister noch einmal den Versuch, den Monarchen für eine Politik des Widerstandes zu gewinnen. Die Hoffnung, durch eine Anleihe bares Geld zur Bezahlung der Kontribution zu bekommen, war ja doch vereitelt.

War dann nicht Verarmung der Nation das sicher zu erwartende Endergebnis? und als deren weitere Folge Erbitterung des Volkes, Verachtung der Regierung, gänzliche Abhängigkeit vom französischen Kaiser, dessen „krampfartige Herrschsucht und Unruhe das öffentliche und private Wohl aller Nationen, die er mittelbar oder unmittelbar beherrscht, zerstört"! Diesem Manne zu vertrauen, schien ihm mehr als Verblendung; „hat der Kaiser Napoleon seit dem Jahre 1796 je sein Versprechen gehalten?" So war denn der einzige Rettungsanker, „sich Österreich zu nähern und alle physischen und moralischen Mittel vorzubereiten, um beim Ausbruch eines Krieges die französischen Ketten zu zerbrechen!"

Alle physischen und moralischen Mittel! Dazu gehörte zunächst Verstärkung der Truppen, die man augenblicklich auf 49,000 Mann berechnete, aber auf 80,000 Mann Linie und 80,000 Mann Landwehr zu bringen hoffte. Ferner war nötig Ansammlung von Waffen, Ankauf von Gewehren im Auslande, Errichtung von Werkstätten und einer Pulverfabrik. Aber das genügte nicht. Der Geist der Nation mußte „in Gährung versetzt werden". Geheime Ausschüsse mußten die Bewegung in die Massen tragen, die Gutsherren ihre Bauern aufreizen, in den Städten die Schützengilden den Herd der Erhebung bilden. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Minister mit den Vorbereitungen hierzu über die Wünsche des Königs ebenso sehr hinausging, wie in den Eröffnungen, die er durch Graf Götzen an Österreich machen ließ. Indessen war in Erfurt das französisch-russische Bündnis erneuert und die Urkunden der preußischen Konvention waren ausgetauscht worden; nur um 20 Millionen hatte Napoleon auf Fürsprache Alexanders die Kriegssteuer ermäßigt. Dagegen hatte er Goltz gegenüber seinem Zorne über Stein in furchtbarer Weise Luft gemacht: „Wie kann er ungestraft wagen, solche Gesinnungen zu äußern!" Es erschien unumgänglich, daß dieser seinen Minister-

posten niederlegte. Stein war dazu bereit; aber er wünschte nicht auf den unmittelbaren persönlichen Einfluß zu verzichten, den er für nötig hielt. Er kannte doch die Intriguen, die am Hofe spielten, und deren er nur mit Mühe Herr geworden war; er kannte den Charakter der Männer, die den König umgaben; er kannte insbesondere das eigentümliche Wesen des Königs selbst. Dazu kam, daß der Moment, wo Österreich den Krieg begänne, wenn er auch vertagt war, doch kommen mußte; sollte in dieser Krisis Preußen eines thatkräftigen und kühnen Leiters seiner Politik entbehren! Er schlug vor, die lange gehegte Idee eines Staatsrats jetzt durchzuführen; als Mitglied dieser Behörde würde er, ohne einen bestimmten Verwaltungszweig zu leiten, gestützt „auf das Zutrauen des Königs, auf die Rücksicht, welcher dieser auf seine Vorschläge in Hinsicht auf Sachen und Personen nehmen würde", auch ferner einen bestimmenden Einfluß ausüben.

Während er so ein Mittel gefunden zu haben glaubte, auch ferner im Staatsdienst zu bleiben, hielt er es zugleich für nötig, die öffentliche Meinung zu beruhigen, die in seinem Scheiden einen Wechsel der Politik sehen mußte. Bereits im September war mit Genehmigung des Königs ein von Stein verfaßter Artikel in den Zeitungen erschienen, welcher einen Überblick über die bisher durchgeführten und demnächst bevorstehenden Reformen der inneren Verwaltung Preußens enthielt. Am 6. November legte er dem König ferner den Entwurf einer „Proklamation an sämtliche Bewohner des preußischen Staates" vor, die in begeisterter Weise auf das bereits Geleistete hinwies, neue Schöpfungen ankündigte, Freiheit der Arbeit und des Gewerbfleißes, der Bauern und des bäuerlichen Eigentums, städtische Selbstverwaltung, Vervollständigung der ständischen Verfassung, freien Zutritt zum Offizierstande, Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz in Aussicht stellte; mit der schließlichen Verheißung, der religiösen Vertiefung und der

Jugendbildung die ernsteste Sorge zuwenden zu wollen, wies sie dem Staate die höchsten sittlichen Aufgaben zu. Aber der König verweigerte diesmal seine Unterschrift. Die Folge war, daß Stein sein Abschiedsgesuch erneuerte; wieder aber erklärte der König, erst nach der Rückkehr des Grafen Goltz sich entschließen zu können.

Dieser kam am 13. November in Königsberg an. Inzwischen wurde der Ansturm gegen den Minister immer heftiger. Voran stand die Partei derer, welche von Steins Gesetzgebung die Vernichtung der Monarchie befürchteten oder zu befürchten vorgaben; unter ihnen ragte der frühere Minister von Voß als Ankläger hervor. Sie führten nicht nur unter Heranziehung von Äußerungen französischer Generäle die Behauptung ins Feld, daß Steins Bleiben neue gefährliche Verwickelungen zur Folge haben würde; sie beschuldigten auch den in Königsberg gegründeten sogenannten Tugendbund revolutionärer Absichten und brachten Steins Namen in Verbindung mit diesem Verein, mit dem er nie in Beziehung gestanden hat. Diesen Männern aber, welche ein scharfer Gegensatz der Anschauungen von Stein trennte, schlossen sich andere an, die bisher in demselben Ministerium mit ihm zusammen gearbeitet hatten. Es müssen doch persönliche Gründe, Neid und Ehrsucht, gewesen sein, welche den Geheimen Rat Altenstein und seinen Schwager, den Geheimen Rat Nagler, vermocht haben gegen ihn zu intrigieren und sogar zu behaupten, er sei ein guter Minister des Volkes, nicht des Königs. Sie benutzten die patriotische Beunruhigung, welche vielfach im Volke laut wurde, um ihn demagogischer Umtriebe zu verdächtigen; sie gewannen Einfluß auf die Königin Luise, welche eine Einladung Alexanders nach Petersburg anzunehmen wünschte, während Stein aus politischen Gründen gegen diese Reise war. Wir wissen nicht, inwieweit sich der König durch alles dies hat beeinflussen lassen; einen wesentlichen Eindruck aber

machte auf ihn jedenfalls die Meinung Hardenbergs, mit dem er und die Königin in jenen Novembertagen zweimal, das zweite Mal im tiefsten Geheimniß auf freiem Felde zusammenkamen. Hardenberg legte damals seine Ansichten in einer Denkschrift nieder; er ging davon aus, daß die politische Lage des Staates schlechterdings erfordere, daß sich Stein, so groß der Verlust für Preußen sei, von den Geschäften entferne. Auch mit seinen letzten Maßregeln war er nicht völlig einverstanden: er erkannte offen an, daß eine Bearbeitung und Ausnutzung des Nationalgeistes für den zukünftigen Befreiungskampf äußerst wichtig sei; aber er warf Stein vor, daß er unzeitig und unvorsichtig gehandelt habe.

So viel war richtig, daß Stein im Irrtum war, wenn er glaubte, Napoleon werde ihn in Spanien vergessen. Wie sehr sich der Kaiser mit diesem Mann beschäftigte, der den Gedanken einer deutschen Volkserhebung vertreten hatte, zeigte das Bülletin vom 13. November 1808, welches an die Schilderung der Einnahme von Burgos die Bemerkung knüpfte: Leute wie Herr vom Stein, die in Ermangelung widerstandsfähiger Linientruppen den großartigen Gedanken einer Massenerhebung erwögen, hätten das Unheil, das durch sie heraufbeschworen werde, und den geringen Wert eines solchen Hülfsmittels gegenüber regulären Truppen mit ansehen sollen. Seit der Ankunft des Grafen Goltz vergingen noch elf Tage bis zur Entscheidung, inhaltsschwere und arbeitsvolle Tage. Der Minister suchte die begonnenen Arbeiten, so lange er noch im Amt war, möglichst zu beschleunigen. Am 19. November wurde die Städteordnung vom Könige unterzeichnet. Am 24. November vollzog er den von Stein ausgearbeiteten Organisationsplan der obersten Staatsbehörden; an demselben Tage erteilte er ihm die nachgesuchte Entlassung. Beides geschah in den ehrendsten Worten: „Je größer das Vertrauen war, womit ich Euch die obere Leitung meiner gesamten

Staatsverwaltung übertrug, und je dankbarer ich Euren Bemühungen, demselben zu entsprechen, Gerechtigkeit widerfahren lasse, desto lebhafter bedaure ich den Verlust eines so eifrigen, treuen und ausgezeichneten Ministers." „Es ist gewiß ein höchst schmerzliches Gefühl für mich, einem Mann Ihrer Art entsagen zu müssen, der die gerechtesten Ansprüche auf mein Vertrauen hatte, und der zugleich das Vertrauen der Nation so lebhaft für sich hatte. Auf jeden Fall müssen Ihnen diese Betrachtungen sowie das Bewußtsein, den ersten Grund, die ersten Impulse zu einer erneuerten, besseren und kräftigeren Organisation des in Trümmern liegenden Staatsgebäudes gelegt zu haben, die größte und zugleich edelste Genugthuung und Beruhigung gewähren."

So schied er denn, geleitet von dem Jubelgekläff der reaktionären Partei, aber auch von der tiefen Trauer der Patrioten. Damals schrieb York die bekannten Worte: „Ein unsinniger Kopf ist schon zertreten; das andere Natterngeschmeiß wird sich in seinem eigenen Gifte selbst auflösen." Aber für unangenehme Eindrücke entschädigten den Minister, wie er selbst sagt, die rührendsten Beweise von treuer Anhänglichkeit und Liebe. Wehmütige Trauer, glühende Bewunderung waren die Gefühle derer, die ihn kannten. Selbst ein von ihm so verschieden gearteter Mensch wie Gentz bezeichnete ihn damals als den Patriarchen aller, welche noch wüßten, auf welchem Wege Heil und Rettung zu finden wäre, und wünschte, er könnte ihm die Diktatur über alles, was zur Rettung von Deutschland unternommen werden müßte, zusprechen lassen. Stein selbst aber faßte das Gefühl, das ihn beseelte, in die Worte, die Addison seinem Cato in den Mund gelegt hatte:

The firm patriot,
Who made the welfare of mankind his care,
Though still by faction vice and fortune cross'd,
Shall find the gen'rous labour was not lost.

Aber er schied nicht, ohne den Beamten, welche unter ihm gedient hatten, die Grundsätze und Ziele seiner Verwaltung noch einmal vor Augen zu führen. Es ist sein sogenanntes politisches Testament, von Schön — jedenfalls in Steins Auftrage — verfaßt, von dem Minister sodann nach Änderung weniger Stellen unterzeichnet. Als Ziel der Reformen der letzten Jahre wird mit Schön'schen Worten, im Grunde doch in Stein'schem Sinne die Vernichtung des ständischen Staates, des „Kampfes der Stände unter sich, der uns unglücklich machte", hingestellt, sowie die „Möglichkeit, daß jeder im Volke seine Kräfte frei in moralischer Richtung entwickeln könne." Also sittliche Hebung war das Ziel dieser Reformen, ihre letzte Absicht aber der Kampf für die Befreiung des Vaterlandes: so wird das Volk „genötigt werden, König und Vaterland dergestalt zu lieben, daß es Gut und Leben ihnen gern zum Opfer bringt."

Manches ist, so heißt es in der Urkunde, in dieser Beziehung geschehen, bei weitem noch nicht alles. Es ist nötig, die gutsherrliche Polizei und patrimoniale Jurisdiktion aufzuheben, sowie alle Versuche, die Erbunterthänigkeit auf Umwegen durch Gesindeordnungen wieder einzuführen, zu vereiteln. Sodann muß die Ablösung der Gutsdienste gesetzlich erlaubt werden, in der Erwartung, daß die dienstpflichtigen Bauern von dieser Möglichkeit mit fortschreitender geistiger Kultur immer mehr Gebrauch machen werden. Es ist ferner eine Reformation des Adels notwendig, um ihn zu den übrigen Ständen in nähere Beziehungen zu setzen und so die Nation zu einem Ganzen zu verketten; dann werden alle Stände in gleichem Maße die Pflicht fühlen, das Vaterland zu verteidigen. Eine allgemeine Nationalrepräsentation wird ebenfalls dem Zwecke dienen, den Nationalgeist zu erwecken und zu beleben, zugleich der höchsten Gewalt ein Mittel geben, die Wünsche des Volkes kennen zu lernen. „Damit aber alle diese Einrichtungen ihren Zweck, die innere

Entwickelung des Volkes, vollständig erreichen, und Treue und Glauben, Liebe zum König und Vaterlande in der That gedeihen, so muß der religiöse Sinn des Volkes neu belebt werden;" dazu kann die Regierung mithelfen durch Hebung des geistlichen Standes, durch Verbesserung der theologischen Vorbereitungsanstalten und anderes. „Am meisten aber, hierbei wie im ganzen, ist von der Erziehung und dem Unterricht der Jugend zu erwarten." Es gilt, durch eine „auf die innere Natur des Menschen gegründete Methode jede Geisteskraft von innen heraus zu entwickeln," „alle einseitige Bildung zu vermeiden", „Liebe zu Gott, König und Vaterland sorgfältig zu pflegen": „dann können wir hoffen, ein physisch und moralisch kräftiges Geschlecht aufwachsen und eine bessere Zukunft sich eröffnen zu sehen."

Aus diesen Worten spricht ein anderer Geist als der des laissez faire, wie es Schön sonst zu predigen pflegte; nicht die Befreiung des Individuums ist das Ideal, das aus diesen Worten hervorleuchtet, vielmehr die moralische Hebung aller Angehörigen der Nation, ihre Erziehung zur opferfreudigen Hingabe ans Vaterland. Nur mit bitterem Schmerze kann man die Ereignisse verfolgen, welche Preußen damals seinen besten Mann raubten und die Durchführung seiner Reformgedanken unterbrachen. Eine Volksvertretung wurde uns erst zuteil durch die Revolution; die gutsherrliche Polizei und die Patrimonialgerichte sind erst 1849 und 1850 beseitigt worden; die bäuerlichen Dienste hat zwar Hardenberg in weitem Umfange abgelöst, doch in einem Geiste, den Stein nicht zu billigen vermochte; die Verwaltungsreform leitete derselbe in Wege, die der Idee der Selbstverwaltung teilweise widersprachen. Auch die Ordnung der Finanzen und die Steuerreform, die im politischen Testament nur zum Schluß erwähnt wird, und an die man natürlich erst dann denken konnte, wenn das Land und die Kassen nicht mehr in der Hand der Franzosen waren,

Dr. Alois Brandl, Professor a. d. Universität Straßburg i. E.
Oskar F. Walzel, Hofbibliothekar in Wien.

itarbeitern in Vorbereitung.

rbeit.

Schultheiß.

Spinoza, Luther (2 Bde.).

Bde., (preisgekrönt), **Heine, Dürer.**

Mark für 6 in einmonatlichen Zwischen
Gelegenheit zur Anlegung einer ebenso
Die unter Mitwirkung hervorragender
von sittlichen, religiösen und politischen
beiderlei Geschlechts geeignete Lektüre. Zu
Ausgabe vorzüglich geeignet.

Heft wenden!

8. B

17. B

Sa. 12 B
II. u. III. Samm

Weitere Biographieen von he

Die jetzt beginnende II. Sammlun

Preis

Von **Dr. Fr**

Daran schließen sich an: **Shakspere, S**

Die III. Sammlung wird enthalten: **M**

Bei dem überaus mäßigen Subskriptio
räumen erscheinende Bände bietet sich eine au
wertvoll-gediegenen als belehrenden und unterh
Schriftsteller und Gelehrten herausgegebene S
Anstößigkeiten, eine für alle gebildeten Kreise
Geschenkzwecken für alle Gelegenheiten ist nam

wurde nun um mehrere Jahre verschoben, bis sie Hardenberg 1811 durchführte.



VII.

Am 12. Dezember traf Stein in Berlin ein und sah nach langer Trennung seine Familie wieder, welche sich indessen teils in Nassau teils in Frankfurt a. M. aufgehalten hatte. Aber die Hoffnung, unangefochten als Privatmann in ihrer Mitte leben zu können, erwies sich als irrig: am 16. Dezember unterzeichnete Napoleon zu Madrid ein Dekret, wonach le nommé Stein, cherchant à exciter des troubles en Allemagne, zum Feinde Frankreichs und des Rheinbundes erklärt, die Beschlagnahme seiner Güter und die Verhaftung seiner Person „überall, wo er durch unsre oder unsrer Verbündeten Truppen erreicht werden kann", angeordnet wurde. So verließ denn Stein in der Nacht vom 5. zum 6. Januar Berlin und eilte über Schlesien nach Österreich. Als ihm auch hierher die Verleumdung folgte und ihn zum Haupt einer gefährlichen revolutionären Sekte stempelte, nahm sich der Minister Graf Stadion seiner an; auf seine Fürsprache wurde ihm gestattet, sich in Österreich aufzuhalten, doch mit der Weisung, nicht in Prag, wohin er sich zunächst begeben hatte, sondern in Brünn seinen Wohnsitz zu nehmen. Dorthin siedelte er also über, und dorthin folgte ihm auch seine Familie. Indessen hatte auf das Andringen Frankreichs auch die preußische Regierung sich genötigt gesehen, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen; seine Güter in Nassau, in Birnbaum, jenseit des Rheins wurden mit Beschlag belegt. Der Kaiser von Rußland bot ihm ein Asyl an; aber nach einigem Schwanken lehnte er ab

und blieb in Österreich. Ja, er faßte bald genug neue Pläne, deren Ausführung ihn mitten in den Kampf gegen den Weltherrscher hinein gestellt hätte.

Denn das Ereignis, das er als Minister zu erleben gehofft hatte, trat jetzt wirklich ein: der Krieg Österreichs gegen Napoleon. Wie Stein über die Lage dachte, zeigen die Worte, die er damals an Gneisenau schrieb: „überhaupt ist jetzt nicht mehr die Rede von Erhalten, sondern von ehrenvoll Fallen, und von Vermeidung der Schmach, die das System der Knechtschaft und Lüge verbreitet“. Die Ereignisse, die er erlebte, der Anblick opfermutiger österreichischer Landwehrleute, die Nachrichten von Hofers Erfolgen, vom Siege bei Aspern, alles das war ihm ein Ruf, an dem großen Kampfe, soweit er vermöchte, sich zu beteiligen. Der Gedanke tauchte in ihm auf, eine Volkserhebung in dem westelbischen Norddeutschland hervorzurufen; auch als die Schlacht von Wagram geschlagen war, gab er ihn nicht auf; in Troppau, wohin er sich vor der Kriegsgefahr zurückgezogen hatte, gedieh der Plan zur Reife. Eine englische Landung, wie sie damals geplant wurde, sollte dem Aufstande als Stütze dienen; ein deutscher Fürst sollte die Führung übernehmen: er dachte an den entthronten Herzog von Fulda, den Prinzen von Oranien, einen der Führer der preußischen Kriegspartei, und war bereit, ihm selbst zur Seite zu treten, um den Aufstand zu organisieren. Er erwartete zuversichtlich einen Erfolg; aber nicht auf die Beamten setzte er seine Hoffnungen, „bei denen der Mietlingsgeist der herrschende ist“, nicht auf die kleinen Fürsten, „denen es nur auf die Erhaltung ihres winzigen Daseins ankommt“, auch nicht auf den wohlhabenden Adel, bei dem „überwiegend der Wunsch herrscht, sein Eigentum ruhig zu genießen“. Auf den Mittelstand hoffte er und auf den Bauer, „der treu und fest an Deutschland, seinem alten Landesherrn und dem alten Zustand der Dinge hängt“. Er glaubte, daß ein gelandetes

Korps zunächst wenig Widerstand finden und binnen vierzehn Tagen über Kassel hinaus vordringen würde; unter seinem Schutze würden dann Aushebungen zu veranstalten sein: neben einer allgemeinen Volksbewaffnung hoffte er an Linientruppen und Landwehr 90,000 Mann aufstellen zu können. Um die niederen Stände für die Erhebung zu gewinnen, dachte er an Umbildung der Gemeindeverfassung im Sinne der Selbstverwaltung; Predigten sollten den religiösen Sinn und die Vaterlandsliebe erwecken, Proklamationen das Volk mit dem Zwecke des Aufstandes bekannt machen und die allgemeine Vernichtung der Franzosen zur Pflicht machen, ja „auf Unterlassung dieser Pflicht Verlust des Lebens und der Ehre setzen". So sehr vertraute er auf die Gerechtigkeit seiner Sache, daß er es wagte, als Vertreter des sittlichen Bewußtseins des ganzen Volkes jeden, der sich feige und selbstsüchtig zurückzöge, insbesondere jeden Adligen, der sich nicht persönlich zur Volksbewaffnung stellte, mit Verlust des Lebens und der Ehre zu bedrohen! Die ganze Unternehmung aber, erklärte er, muß „unter kaiserlich österreichischem Schutz als eine deutsche Nationalsache behandelt werden"; die wiederhergestellten Staaten Hannover, Hessen, Braunschweig und Fulda-Oranien müssen einen deutschen Bund unter dem Schutz des deutschen Kaisers zur Wiederherstellung der deutschen Unabhängigkeit schließen; die Armee muß eine deutsche heißen, schwarz-gelbe Farben und das kaiserliche Wappen führen. So erwacht in dem alten Reichsfreiherrn, nachdem er so lange einem engeren Vaterlande gedient hatte, dieselbe Liebe zum alten deutschen Kaiserreich, der damals Heinrich von Kleist feurige Worte lieh, und macht sich in gewaltigen Entwürfen voll herber sittlicher Strenge Luft. Unter Österreichs, nicht unter Preußens Führung denkt er sich das neuerstehende deutsche Reich. Wie hätte es auch anders sein können! Wie wenig entsprach doch der preußische Staat, jetzt wo der große Augenblick gekommen war, den

Hoffnungen, die er auf ihn gebaut hatte! Damals, wo auch die Siegesbotschaft von Aspern Friedrich Wilhelm nicht zum Handeln bestimmen konnte, schrieb Stein die grimmigen Worte: „Preußen wird unbedauert und ohne Nachruhm untergehen, und man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die anfangs durch ihren Ehrgeiz Europa erschüttert, nachher durch ihr Tripotieren beunruhigt, die keine Pflicht weder gegen sich selbst noch gegen den europäischen Staatenbund erfüllt hat, zu sein aufhört." So setzte er denn seine Hoffnungen auf Österreich; durch Gentz ließ er seine Pläne an Stadion gelangen; der Prinz von Oranien hatte sich bereit erklärt, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen. Noch am 12. August schrieb Stein an Schön: „Alles, was das Gute und Edle liebt, muß sich unter den österreichischen Fahnen sammeln und an dem Todeskampfe teilnehmen; liegt er unter,

Macht und Güter gehört der Erde,
Er ist ein Fremdling, er wandert aus
Und sucht ein unvergänglich Haus!"

Aber die englische Landung fand nicht statt; Österreich schloß endlich am 14. Oktober Frieden. Der Kampf war mißlungen. Aber „dennoch glaube ich nicht", schrieb er, „daß der Geist des Bösen triumphiert"; und weiter: „die Umstände haben mich in eine Lage versetzt, die mich auffordert, das Beispiel eines festen, ausdauernden und unabhängigen Charakters zu geben; ich will einen so ehrenvollen Beruf nicht für erbärmliche Rücksicht auf Vermögen und Geld verlassen." Die Aufforderung, die man an ihn richtete, sich vor Napoleon zu demütigen, um seine Güter wieder zu erlangen, lehnte er ab.

Von jeder politischen Thätigkeit zog er sich vorerst zurück. Seinen Wohnsitz nahm er wieder in Brünn, seit dem Juni 1810 mit Erlaubnis der Regierung in Prag. Ein lebhafter Briefwechsel mit den preußischen Freunden unterrichtete ihn auch ferner über die dortigen Verhältnisse; einigen, doch ge-

ringen Verkehr hatte er in Prag; im übrigen lebte er seinen Studien. An der Hand der Geschichte prüfte er die Theorien der Volkswirte und suchte er sich über den Charakter seines Zeitalters klar zu werden; unter den Schriftstellern, deren Werke er studierte, findet sich neben Adam Smith und französischen Nationalökonomen auch Herder. Wie wenig konnte sich doch, wie er meinte, die Gegenwart mit den großen Perioden der Vergangenheit messen! Jedes große Zeitalter besaß eine bestimmte Richtung, eine hervortretende Tendenz; „die jetzige Generation steht umgeben von Trümmern und weiß nicht, was sie will“. So ist es möglich gewesen, daß ein Mensch zu ungeheurer Macht kommen konnte, dessen innerstes Wesen „Ungebundenheit ist, gänzliche Rücksichtslosigkeit auf Recht, Besitz, Herkommen, der Egoismus des sich selbst vergötternden und die Menschheit in den Staub tretenden Despoten“. Er hätte, statt der Verderber, der Wohlthäter Europas werden können; aber ihn kennzeichnet die gänzliche Abwesenheit moralischer Gefühle und Grundsätze. So ist denn der frühere Staatenbund Europas zertrümmert, die politische und Denkfreiheit unterdrückt, Handel und Schiffahrt vernichtet, und alle Kräfte der erschöpften Länder dienen dem zwecklosen Ehrgeiz eines Einzigen. Freilich giebt es einige Thoren, welche von der Universalmonarchie ewigen Frieden und ruhige Entwickelung der menschlichen Kräfte erhoffen: aber der Zustand der Ruhe ist der Entwickelung des menschlichen Geschlechts nicht günstig; das Streben nach Nationalehre und nach Selbständigkeit, eines der wichtigsten Reizmittel zur Kraftentfaltung, fällt in dem Universalreich fort, das freie Spiel der Kräfte wird gelähmt. Ist Europa also zu dauernder Knechtschaft verdammt? Wie Demosthenes einst auf die innere Fäulnis von Philipps Herrschaft seine Hoffnung baute, so Stein auf die innere Unsittlichkeit der napoleonischen Despotie: sie gründet sich auf Schrecken und Kraft; aber die Geschichte beweist, daß solche Triebfedern

erschlaffen; eine Regierung, die Blut und Vermögen der Nation vergeudet, die Menschen als Werkzeuge, nicht als Zwecke behandelt, wird, sobald sie erschlafft oder Unglücksfälle erleidet, nicht dauern. Man muß sich also auf den Zusammenbruch dieser Herrschaft gefaßt machen; sie steht mit der öffentlichen Meinung, mit der Vernunft, mit den eigennützigen wie mit den edelsten Gefühlen der Menschen in Widerspruch; „wer jedes Gesetz beleidigt, verliert den Schutz des Gesetzes, er tritt in den Zustand der Acht!" So gilt es denn, alles zum Kampf vorzubereiten, den Geist des Volks zu erziehen, die öffentliche Meinung zu bearbeiten, die Literatur zu benutzen, die Jugendbildung in diesem Sinne zu ordnen; es gilt ferner eine Staatsverfassung zu schaffen, welche die Wiederkehr so furchtbarer Katastrophen verhindert. Was war denn aber die Ursache für den tiefen Sturz des deutschen Volkes? Es war die Auflösung der Nation in viele kleine Staaten, eine Folge des schnellen Wechsels der Herrschergeschlechter und noch mehr der unseligen italienischen Politik der alten Kaiser. Diese Kleinstaaterei hat dem deutschen Volke das Gefühl für Würde genommen, sie hat seinen Charakter „verunedelt"; sie muß beseitigt werden. Wollte man auch einige kleine Fürstentümer in dem zukünftigen Deutschland beibehalten, so „müßte ihnen doch die Teilnahme an der Leitung der äußeren Verhältnisse, des öffentlichen Einkommens und der Verteidigungsanstalten entzogen werden". Es ist das erste Mal, daß Stein ein Bild entwirft von einem neuen, künftigen, einigen deutschen Reich; in der Zeit der tiefsten Hoffnungslosigkeit tritt ihm eine glänzende Zukunft vor die Seele, ein Kaiserreich mit höchster Militär- und Finanzhoheit und mit einheitlicher Leitung der äußeren Politik.

Denn ein Kaiserreich war es, an das er dachte: freilich nicht ein preußisches Kaiserreich. Auf Österreich waren seine Hoffnungen gerichtet; für die österreichische Regierung arbeitete er damals eine Denkschrift über Neuordnung des Unterrichts-

wesens aus. Nicht als hätte er sich von Preußen ganz abgewandt: über den König spricht er sich in seinen damaligen Briefen mit der höchsten Achtung aus; er verehrt ihn wegen seiner religiösen Sittlichkeit, seiner reinen Liebe zum Guten, er liebt ihn wegen seines wohlwollenden Charakters und bedauert nur, daß er in einem eisernen Zeitalter lebe, wo nur das Talent des Feldherrn und die Rücksichtslosigkeit des Egoisten Geltung finde. Er beklagt es tief, daß ihm die Gattin durch den Tod entrissen wird, wenn er auch, um Mißdeutungen zu entgehen, es vermeidet, ihm zu schreiben. Auch mit den inneren Zuständen Preußens beschäftigt er sich lebhaft und gern; seine staatswirtschaftlichen Betrachtungen knüpft er gern an die Verhältnisse dieses Landes an. Um so mehr bedauerte er es, daß sich die Lage des Staates nicht bessern wollte, daß das Ministerium sich unfähig erwies, die großen begonnenen Reformen fortzuführen, der finanziellen Verlegenheiten Herr zu werden. Die Bauernbefreiung, die Verwaltungsreform stockten; die Mittel, durch welche man die Finanzen zu bessern suchte, erwiesen sich als ungenügend. Die Lage war dadurch noch besorglicher geworden, daß man während des österreichischen Krieges die Kontributionszahlungen an Frankreich eingestellt hatte: jetzt verlangte die Regierung Napoleons die rückständigen Summen mit Zinsen und drohte andrenfalls eine Gebietsabtretung zu verlangen. In dieser Not hielt der Minister Altenstein endlich selbst jeden andren Ausweg für unmöglich; er empfahl im Einverständnis mit dem Gesamtministerium im März 1810 dem Könige, sich zu einer „verhältnismäßigen Territorialcession“ — es handelte sich um Schlesien — zu verstehen.

Die Folge dieses kleinmütigen Schrittes war, daß sich der König an Hardenberg wandte; am 2. Mai kam dieser mit dem königlichen Paar auf der Pfaueninsel zusammen, und nach einer unerquicklichen Zwischenzeit wurde er am 7. Juni zum

Staatskanzler mit außerordentlicher Vollmacht ernannt und ihm die oberste Leitung aller Regierungsgeschäfte übergeben. Schon vorher hatte er einen Plan über die Neuordnung der preußischen Finanzen eingereicht, für dessen Durchführung er besonders auf die Hilfe zweier Fachmänner rechnete, Schöns, des damaligen Regierungspräsidenten von Gumbinnen, und Niebuhrs. Aber die Pläne des Staatskanzlers stießen bei beiden, und teilweise gewiß mit gutem Grund, auf den schärfsten Widerstand. Hardenberg wünschte nach dem Muster der englischen Bank eine neue, von der Regierung unabhängige preußische Bank zu gründen und glaubte ihr dadurch eine genügende finanzielle Grundlage geben zu können, daß er ihr die von den Steuerpflichtigen abzulösende halbe Grundsteuer cedierte; ihr würden alle Staats- sowie Provinzialschulden zu überweisen sein; sie würde Papiergeld ausgeben und für eine inländische Zwangsanleihe von 7 Millionen sowie eine ausländische Anleihe die nötige Deckung gewähren. Er hatte zugleich den Gedanken gefaßt, die geistlichen Güter in Schlesien zu säkularisieren; endlich hoffte er die Staatseinnahmen dadurch zu erhöhen, daß die Accise, auf wenige Gegenstände beschränkt, auf das flache Land ausgedehnt und eine allgemeine Gewerbesteuer nach französisch-westfälischem Muster eingeführt würde.

Gegen diese Gedanken hatte sich besonders Niebuhr in teilweise leidenschaftlicher Weise ausgesprochen: er bekämpfte zunächst die Ausgabe von Papiergeld, dessen Kurs sehr bald außerordentlich sinken würde, nicht minder die Art der Fundierung der Bank, die Säkularisation des geistlichen Gutes und die Vereinigung der Provinzial- mit den Staatsschulden; anstatt eines Zwangsanlehens ferner erklärte er sich dafür, auf einige Jahre eine Einkommensteuer einzuführen, während der Kanzler gerade diese Art der Steuer als „einer fortgesetzten Inquisition gleichkommend und der öffentlichen Opinion zu-

widerlaufend“ von vornherein für verwerflich erklärt hatte. In seinem Unmut hatte Niebuhr bereits im Mai seinen Abschied erbeten und ließ sich durch Hardenberg nicht bewegen, sein Gesuch zurückzunehmen. In diesem Konflikt mit den ersten Kennern der preußischen Finanzen wandte sich dieser an Stein und übersandte ihm seinen Plan mit der Bitte um Prüfung. Auch Stein war nicht in jeder Beziehung mit seinen Gedanken einverstanden: er hielt es für ungerecht, wenn man sämtliche Provinzialschulden auf den Staat übernähme, da dadurch diejenigen Provinzen, welche nichts zur Tilgung ihrer Kriegsschulden gethan hätten, übermäßig vor denen begünstigt würden, die sich ernsthaft um ihre Abtragung bemüht hätten; auch erwartete er von den neuen Steuern keinen großen Erfolg und empfahl mit Niebuhr eine Einkommensteuer als die „gleichförmigste, einträglichste Steuer, wodurch zugleich die privilegierten Stände zur Mitleidenschaft gezogen würden.“ Aber er hatte nichts gegen die Errichtung einer Bank, wenn er sie auch anders fundiert wünschte, und war für die Ausgabe von Papiergeld. Wohl sah er ebenfalls voraus, daß das neue Geld seinen Kurs nicht behalten würde; aber „ein Papier mit einem Diskont, das als Geld gebraucht werden kann, ist besser als garnichts“. Der Mangel an Zahlungsmitteln, der durch den gestörten Handel, durch den Krieg, die Kontribution herbeigeführt worden war, schien ihm die Schaffung eines neuen Zirkulationsmittels nötig zu machen: „habt Ihr andre Mittel bei Krebs und Brand als Schnitt, Schierling und Höllenstein, so sagt sie“, schrieb er an Schön; „wollt Ihr sie mit Froschlaichpflaster heilen?“ Er konnte die schroff ablehnende Haltung der beiden Männer nicht im mindesten billigen. In der Notlage des Staates schien es ihm keine andere Pflicht zu geben als die der Selbstentäußerung; Niebuhrs „verfeinerter Egoismus“ schien ihm ebenso unberechtigt wie Schöns „esprit à système“. Man thut einen Blick in das

Herz des Mannes, wenn man liest, wie er dem letzteren gegenüber neben andren Bibelstellen auch das 13. Kapitel des ersten Korintherbriefs ins Feld führt, „die schöne Stelle über die Liebe, worunter die Liebe zum Vaterlande und dem unglücklichen Könige auch begriffen ist."

Hardenberg war über die Unterstützung Steins sehr erfreut und bat ihn um eine geheime Zusammenkunft. Dieser ging darauf ein, und nachdem er noch einmal die Pläne des Staatskanzlers und die Kritiken, die sich daran knüpften, geprüft hatte, kamen beide Staatsmänner Mitte September 1810 zu Hermsdorf im Riesengebirge zusammen. Auf Stein waren die Einwände Niebuhrs und Schöns nicht ohne Eindruck geblieben: während er noch nachdrücklicher als vorher die Einkommensteuer empfahl, von der er in zwei Jahren einen Ertrag von 10 Millionen erwartete, riet er, mit der Ausgabe von Papiergeld zu warten bis zur Beendigung der französischen Kontributionszahlung, die er für 1811 erwartete; zugleich schloß er sich in Betreff der geistlichen Güter an Schön an, der sie nicht hatte säkularisieren, sondern mit einer Anleihe belasten wollen. Die Zusammenkunft trug dazu bei, Stein in seinen Hoffnungen auf Hardenberg zu bestärken; er nannte ihn damals einen „verständigen, edlen Mann."

Bereits am 27. Oktober 1810 erschien ein Finanzedikt des Staatskanzlers, welches eine Übersicht über die Lage und ein umfassendes Programm enthielt und als wesentlichsten Gesichtspunkt die Gleichheit der Steuerpflicht für alle Stände und Bevölkerungsklassen aufstellte. In rascher Folge wurden darauf eine Luxus- und eine neue Konsumtionssteuer anstatt der alten Accise, eine Gewerbesteuer, welche zugleich die allgemeine Gewerbefreiheit begründete, und eine Stempelsteuer verordnet. Aber wenn das neue System von Konsumtionssteuern, insbesondere die Mahl- und Branntweinsteuer auf dem Lande zu wirklichen Unzuträglichkeiten führte, sodaß sich

der Kanzler genötigt sah, auf ihre völlige Durchführung auf dem flachen Lande und in den kleineren Städten zu verzichten, so stieß andrerseits der proklamierte Grundsatz der Steuergleichheit auf den heftigsten Widerstand der adligen Gutsbesitzer. Auf einer von Hardenberg 1811 berufenen Notabelnversammlung trat eine Gesinnung zu Tage, welche der traurigen Lage des Staates nicht entsprach und Stein besonders empörte. Auch er war nicht mit allen Maßregeln Hardenbergs zufrieden; aber noch tadelhafter erschien ihm der „sich zeigende öffentliche Geist, ein verderblicher Schwindelgeist der Halbwisserei, des Dünkels, des Egoismus". Er urteilte hart über den Charakter des preußischen Volkes, warf ihm sein schlaffes und klägliches Benehmen von 1795, 1806 und 1809 vor: „und was soll ich von dem gegenwärtigen Zustand sagen, wenn Furcht vor dem Krieg, Mißvergnügen über Abgabeformen die Nation gleichgültig macht gegen Erhaltung ihrer Nationalität, gegen jedes Ehrgefühl!"

Stein war mit den Verhältnissen tief unzufrieden. „Ich bin der Hoffnung", schrieb er wohl, „daß sich diese Vegetation bald endigen möge, da ich des Lebens herzlich müde bin". Andrerseits verließ ihn der Gedanke nicht, daß es am besten wäre, Europa zu verlassen und sich in Kentucky oder Tennessee niederzulassen. Damals machte er einen Versuch, durch österreichische Vermittelung die Aufhebung der Beschlagnahme seiner Güter zu erreichen; nicht für sich, sondern als eine Forderung der Gerechtigkeit für seine Kinder; er blieb vergeblich. „Man mag seine Augen wenden, wohin man will, so findet man Druck, rohe Gewalt, oder Erbärmlichkeit und allmähliches Auflösen;" „am Ende findet man Ruhe jenseit des Grabes."

VIII.

Bis zum Frühling 1812 weilte Stein als aufmerksamer Beobachter der Weltbegebenheiten in Prag. Er sah die Anstrengungen, welche Österreich machte, um sich aus seinen finanziellen Nöten zu retten, machte sich in seiner Weise die Sachlage durch schriftliche Aufzeichnung klar und trat mit Gentz darüber in Briefwechsel. Seine preußischen Gesinnungsgenossen hielten ihn auf dem laufenden über die Zustände dieses Landes und über die vielfache Unzufriedenheit, welche, begründet oder unbegründet, vorhanden war. Er sah, wie das Weltreich sich immer weiter ausdehnte; er sah aber auch, wie der von ihm längst als unvermeidlich erkannte russisch-französische Krieg immer näher heranrückte, und es widerstrebte ihm, in diesem Kampfe unthätig zu bleiben. Am gefährdetsten war, wie jeder sah, bei diesem Zusammenstoße von Ost und West die Lage Preußens; würde nicht der siegreiche Napoleon die Existenz des verhaßten Staates vernichten? So entwarfen denn von neuem die preußischen Patrioten grandiose Pläne eines Verzweiflungskampfes, vor allen Gneisenau, dem sich wohl im Unmut über Hardenberg der Ausruf entrang: „man rufe den geächteten Freiherrn vom Stein!" Dieser suchte wenigstens durch Briefe zu wirken: er erinnerte den Staatskanzler an die Vorbilder der Vendeer und Tyroler, ja des französischen Wohlfahrtsausschusses und riet einen Volkskrieg mit rücksichtsloser Anspannung aller Kräfte. Mißtrauen in die Versprechungen Alexanders, mangelnde Zuversicht zu der eigenen Kraft war es, was die Entschlüsse der Regierung lähmte; am 24. Februar 1812 wurde der Vertrag geschlossen, der Preußen in dem bevorstehenden Kampfe an Frankreich kettete. „Die Hoffnungen aller Redlichen und Gutgesinnten sind also zum

zweiten Male von Preußen getäuscht worden", schrieb Stein;
„es bereitet mit den eigenen Händen sein Grab". Es waren
die bittersten Gefühle, die ihn erfüllten; unerträglich war ihm
der „schnöde Müßiggang", in dem er sich verzehrte, als „Zu-
schauer des allgemeinen Elends und des Treibens der Schlechten,
deren Zahl täglich wächst, und deren Gesinnungen krebsartig
um sich fressen." Weder von den Fürsten noch vom Volke mochte
er etwas erwarten: das norddeutsche Volk verurteilte er wegen
eines Phlegmas, der Willfährigkeit seiner oberen Stände, des
Mietlingsgeistes seiner Beamten; die deutschen Fürsten erschienen
ihm als „betitelte Sklaven und Untervögte, die mit dem Gut
und Blut ihrer Unterthanen eine hinfällige Existenz erbetteln".
Die Individualität der Fürstenhäuser ist herabgesunken, die
Bande, welche die Unterthanen an sie knüpften, sind gelöst.
Immer aufs neue steigt ihm über all dem Jammer das Ideal
einer „auf Einheit, Kraft und Nationalität" gegründeten Ver-
fassung auf; mit Sehnsucht gedenkt er der Zeiten der Ottonen
und der Salier!

Noch einem andren kamen damals starke Zweifel an der
Existenzberechtigung der alten Dynastien, Gneisenau. Aber der
Unterschied ist bemerkenswert: während der deutsche Reichs-
freiherr über den Trümmern der Kleinstaaterei ein neues
Kaisertum errichten möchte, verfolgt jener einen Plan, der
darauf berechnet ist, England für eine Landung in Nordwest-
deutschland zu gewinnen; er denkt an die Gründung eines
neuen Reiches, das aus Resten deutscher Bistümer und Fürsten-
tümer bestehend, einen welfischen Prinzen zum Regenten er-
halten und sich an England anlehnen soll: so sehr verzweifelte
damals einer unsrer edelsten Patrioten an Preußens deutschem
Beruf. Während jener indessen sich aufmachte, um über Ruß-
land und Schweden nach England zu gehen, schlug auch für
Stein die Stunde, die ihn zur Teilnahme am Kampfe rief;
am 19. Mai erhielt er die Aufforderung Alexanders von Ruß-

land, sich zu ihm zu begeben und ihn mit seinem Rat zu unterstützen. Vier Tage später antwortete Stein, er sei bereit, sich unter die Fahnen der Ehre und des wahren Ruhms zu stellen. Am 12. Juni traf er in Wilna bei dem Kaiser ein. Mit dieser Reise beginnt ein neuer Abschnitt seines Lebens; sie ist der erste Schritt auf einer Bahn, welche den geächteten Flüchtling in den Rat der Fürsten Europas führen und zum Helden seines Volkes machen sollte.

Denn nicht als abhängiger Diener kam er zu Alexander; keine amtlichen Bande fesselten ihn; er wechselte nicht das Vaterland. Er kam, wie er erklärte, um an den deutschen Angelegenheiten im Laufe des Krieges auf eine seinem Vaterlande nützliche Art teilzunehmen. Der gemeinsame Gegensatz gegen Napoleon, der gemeinsame Kampf zur Befreiung Europas, nichts andres war es, was den russischen Kaiser und den deutschen Patrioten zusammenführte. Man wird glauben, daß sich Stein in jenen Tagen oft genug die Frage vorgelegt hat, ob die Mittel, welche vorhanden waren, einige Bürgschaft für das Gelingen des Krieges gäben. Daß die materiellen Mittel denen Napoleons bei weitem nicht gewachsen waren, lehrte der Augenschein; würde die moralische Widerstandskraft vorhanden sein? Mit welcher Bitterkeit hatten sich noch jüngst die preußischen Patrioten über Alexanders Feigherzigkeit und Schlaffheit ausgesprochen! Das Urteil, daß er zu wenig Ernst und Charakterstärke besitze, um einen solchen Krieg zu Ende zu führen, war damals allgemein und wurde besonders in England geteilt, dessen Staatsmänner die stärksten Bedenken trugen, einen Staat zu unterstützen, dessen Leitern sie keine Stetigkeit in der Politik zutrauten. Auch Stein hatte oft Gelegenheit, das Launenhafte und Springende im Charakter des Kaisers, die ihm eigentümliche Mischung von Eigensinn und Schlaffheit, den Mangel an Tiefe, an Festigkeit, an Willenskraft zu beklagen; andrerseits erkannte er doch bald

die Empfänglichkeit des Monarchen für große und bedeutende Ideen; er nahm wahr, daß sein Edelmut, sein Bestreben, die Unterthanen glücklich zu machen, nicht gemacht sei. Er hielt es für seine Aufgabe, durch ein ebenso freimütiges wie ehrerbietiges Benehmen Einfluß auf ihn zu gewinnen, ihn zu stärken und seinen Willen zu festigen. Und so entwickelt sich jenes merkwürdige Verhältnis zwischen einem Monarchen, der geneigt war sich von Gefühlen und Stimmungen leiten zu lassen, und einem Manne, der sich gewöhnt hatte, sein Handeln sittlichen Grundsätzen unterzuordnen und diese mit Unabhängigkeit zu vertreten; ein Verhältnis, das nicht ohne Trübung geblieben ist und bei dem eigentümlichen, aus Berechnung und Gefühlsaufwallung gemischten Charakter Alexanders nie zu völliger Vertrautheit führen konnte; das aber doch eine gegenseitige Achtung hervorbrachte, welche die Jahre des Krieges überdauerte.

Wenn sich Stein von vornherein bestrebt hat, den Kaiser zum Wechsel seiner Ratgeber, insbesondere zur Entlassung des unbedeutenden und mattherzigen Kanzlers Romanzow zu bewegen und andrerseits den Abschluß eines Bündnisses zwischen Rußland und England zu befördern, so lag in den deutschen Angelegenheiten doch seine Hauptaufgabe. Wie er sie auffaßte, zeigte er in einer Denkschrift, die er bereits am sechsten Tage nach seiner Ankunft dem Kaiser einreichte. Als Ziel stellte er auf, die allgemeine in Deutschland herrschende Erbitterung zu benutzen, um die augenblicklich „zu Napoleons Verfügung stehenden Kräfte Deutschlands aufzulösen oder gegen ihn wirksam zu machen.“ Diesem Zwecke sollte zunächst die Verbreitung solcher Schriften in Deutschland dienen, die geeignet wären auf den öffentlichen Geist zu wirken; aber er wünschte auch, daß man dem Feinde unmittelbar zu schaden versuchte: durch Verführung der deutschen Truppen, durch Bildung eines geheimen Spionendienstes in Deutschland, durch

die Vorbereitung eines Aufstandes in Nordwestdeutschland, als dessen Stütze er sich jetzt wie 1809 ein englisches Korps dachte. Für die Durchführung dieser Pläne war es wesentlich, daß der frühere preußische Staatsrat Gruner, der in Berlin die geheime Polizei geleitet, im März aber sein Amt aufgegeben hatte, sich in Prag befand, wo er Stein näher getreten war. Dieser wurde von russischer Seite mit Geld versehen und machte den Versuch, ein geheimes Beobachtungssystem zu schaffen, um das russische Kabinett mit Nachrichten zu versorgen; er ließ auf Steins Wunsch den zweiten Teil von Arndts „Geist der Zeit" drucken und verbreitete Nachrichten vom Kriegsschauplatz; ja er bereitete die Bildung von Banden vor, die in abgelegenen Gegenden französische Kuriere abfangen sollten, wurde aber in der Verfolgung dieser Pläne durch Metternich gehindert, welcher ihn verhaften ließ.

Indessen war auf Steins Anregung im russischen Hauptquartier ein deutsches Komité geschaffen worden, an dessen Spitze später der Herzog von Oldenburg trat, dessen treibende Kraft aber Stein war. Dieser entwarf einen Aufruf an die deutschen Truppen, die gegen Rußland zu Felde zogen; sie wurden aufgefordert, die Reihen der Feinde zu verlassen und in eine neuzubildende deutsche Legion einzutreten, um zur Befreiung Deutschlands mitzuwirken; für den Fall, daß der Feldzug unglücklich verliefe, bot ihnen der Kaiser Wohnsitze im südlichen Rußland an. Zugleich ging man mit Hilfe von deutschen, meist früheren preußischen Offizieren an die Bildung der Legion; daß sie lange Zeit nicht gedieh, lag teils am Mangel an Geld, Waffen und Kleidung, teils an dem Übelwollen der russischen Befehlshaber, welche ihr Hindernisse in den Weg legten. Man hatte besonders auf deutsche Gefangene gerechnet; aber diese trafen nur spärlich oder durch schlechte Behandlung und Strapazen so erschöpft ein, daß sie wenig brauchbar waren. So ging denn Stein bald darauf aus,

England zur Übernahme der Legion zu bewegen: dasselbe England, das er zugleich fortwährend bestürmte, die in Nordwestdeutschland geplante Landung eines russisch-schwedischen Korps unter dem Kronprinzen von Schweden durch englische Truppen zu unterstützen.

Sein Mittelsmann war der hannöversche Minister Graf Münster, der beim Prinzregenten einen großen persönlichen Einfluß besaß. „Man kann doch", schrieb er an ihn, „einem Gaskonier und denen raubsüchtigen, armen Schweden nicht das Schicksal Deutschlands überlassen; auch nicht Rußland. Dieses wird sich im Osten vergrößern wollen, und jenes wird Dänemark mit deutschen Provinzen zu entschädigen suchen für den Verlust von Norwegen". Will England also Einfluß auf die Neuordnung Deutschlands gewinnen, so muß es kräftigen Anteil am Kriege nehmen; mit ungestümer Zuversicht entwickelt er, wie die Schweden in Lübeck, die Engländer in Ostfriesland landen könnten; wie man leicht vordringen werde, da die Feinde zunächst nur wenige Truppen entgegen zu stellen vermöchten; wie man das Land bis zum Thüringer Walde zum Aufstand bringen, ein Heer von 70 bis 80,000 Mann, Landwehr und Landsturm aufstellen könne. Er hofft auf Vervielfältigung der Angriffsmittel, wenn es gelänge, die preußischen Länder zwischen Elbe und Oder zu besetzen. Es war ein glücklicher Augenblick für Stein, als zu Ende September Gneisenau endlich aus London meldete, daß England Subsidien für Schweden bewilligt habe, und daß, sobald dies den dänischen Krieg beendet habe, die Landung in Deutschland erfolgen solle. Aber seine Hoffnungen erwiesen sich bald als eitel; Bernadotte war an Deutschland nichts gelegen, sondern allein an der Eroberung Norwegens; das britische Ministerium konnte sich in der Besorgnis des Mißlingens, zumal im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, nicht zu einer kühnen That ent-

schließen. Was die deutsche Legion anlangt, so wurde sie erst im Juli 1813 in englischen Sold übernommen.

Indessen war Stein bald in Schmerz und Unmut, bald in hoffender Erwartung ein Zuschauer der ungeheuren Ereignisse des russischen Krieges gewesen. Er hatte zu Ende Juli das russische Hauptquartier verlassen und sich nach Moskau begeben; von dort folgte er dem Kaiser nach Petersburg. Hier entwarf er seine Denkschriften; von hier aus führte er seine umfassende Korrespondenz, hier trafen die wichtigen Briefe aus England ein; hier hatte sein getreuer Sekretär, der von ihm aus Deutschland berufene Ernst Moritz Arndt, arbeitsvolle Tage. Indessen drang, in zwei blutigen Schlachten siegreich, Napoleon auf Moskau vor und zog am 14. September dort ein. Mit Unwillen vernahm Stein, daß man die Hauptstadt geräumt hatte; er befürchtete den schlimmsten Eindruck im Auslande. Seine Meinung von den geistigen und moralischen Fähigkeiten der leitenden Männer war überhaupt eine geringe; „man darf von ihnen“, schrieb er, „keine weisen, großen, uneigennützigen Pläne im Glück, im Unglück keine unerschütterliche Festigkeit und Hochherzigkeit erwarten“. Aber er ließ den Mut nicht sinken: ihn stärkte in seiner Hoffnung die Überzeugung, daß in den Tiefen der russischen Nation eine unüberwindliche Kraft und Energie lebte; am Ende stammte doch seine Zuversicht aus dem festgegründeten Glauben an die Gerechtigkeit seiner Sache und an das Dasein einer sittlichen Ordnung der Dinge.

Und als nun das eintrat, was er hoffte, als Napoleon den Rückzug antreten mußte, als sein Heer von Schnee und Kälte in wenigen Tagen die schwersten Verluste erlitt, was für Aussichten eröffneten sich ihm da! Nach langen Jahren der Leiden und Verfolgungen sah er endlich einen Zustand der Ruhe vor sich; und er trat aus dieser Unglückszeit heraus, Ehre und Gewissen rein! Bald wurde es sicher, daß das

französische Heer durch Kälte und Hunger, durch die fortwährende Verfolgung vernichtet werden würde; der Fall war denkbar, daß „der abscheuliche Mann“ selbst ums Leben käme. Wenn dem aber so war, so trat an alle, die es anging, riesengroß die Frage heran: was wird in Zukunft werden? „Welchen Gebrauch wird man von diesen Erfolgen machen? wo ist der Mann, welcher den Anstoß gäbe dieser gewaltigen Vereinigung von Kräften, die jetzt zur Zerstörung des großen Verbrechers zusammen wirken? wer wird die Grundlagen der neuen politischen Ordnung Europas vorbereiten, und welche hat man sich vorgesetzt?“ Würde insbesondere Rußland den Krieg nach Deutschland tragen wollen? Eine starke Partei im Hauptquartier wies auf die erschöpften Mittel des Staates und den schlechten Zustand des Heeres hin; sie verlangte, daß man sich an dem Erreichten genügen lasse und möglichst bald Frieden schließe. Es kam also für Stein darauf an, diesen Anschauungen entgegenzutreten und darzuthun, daß die russischen nicht minder als die europäischen Interessen eine Fortführung des Krieges verlangten. In einer Denkschrift vom 17. November führte er dem Kaiser die Nachteile vor Augen, die entstehen würden, wenn man den Krieg nicht offensiv führte; er appellierte ebenso an seinen Edelmut wie an seinen Ehrgeiz, wenn er ihn aufforderte, die Rolle des Wohlthäters von Europa zu spielen und sich so an die Spitze der Mächte zu stellen; während er ihm eine unermeßliche Bahn des Ruhmes in Aussicht stellte, wenn er als Befreier über den Njemen ginge, so erklärte er zugleich ein wiederhergestelltes Deutschland für ein Bollwerk der Unverletzlichkeit und Sicherheit Rußlands.

Wenn nun aber die Russen in Deutschland einmarschierten, welches würde die Folge sein? Es gab doch auch zahlreiche Vertreter des Gedankens, daß Rußland eine Eroberungspolitik beginnen und den Erfolg ausnützen müsse, um eine Vorherrschaft in Europa zu erlangen. Zu ihnen gehörten besonders

die Polen in Alexanders Umgebung, an ihrer Spitze Fürst Czartoryski: sie erhofften die Herstellung Polens in der Form eines mit Rußland unierten, aber im Inneren selbständigen Verfassungsreiches. Daß Alexander selbst eine Zeit lang an die Erwerbung der Weichselgrenze, d. h. Ostpreußens gedacht hat, wissen wir, seit der Text des russisch-schwedischen Bündnisvertrages bekannt geworden ist. Es waren Bestrebungen, welche für das zentrale Europa die doppelte Gefahr einer russischen Eroberungspolitik und einer polnischen Propaganda enthielten; eine Gefahr, die Stein klar erkannte. Was sollte werden, wenn die Grenzen des neuen Doppelreiches sich bis in die Odergegend erstrecken und das Herz Deutschlands bedrohen würden! Zugleich schien ihm die Gründung eines polnischen, konstitutionellen Sonderstaates dem eigenen Interesse Rußlands zu widersprechen: würde die Verfassung geachtet, so würde sich ein republikanischer Geist bilden, der für Rußland selbst gefährlich werden mußte; würde sie nicht geachtet, so würde die entstehende Unzufriedenheit Abfall und Revolution zur Folge haben. War denn aber überhaupt „ein aus Edelleuten, Juden und tiefgebeugten Leibeigenen bestehendes Volk, verbildet durch eine zweihundertjährige Anarchie, des Genusses einer vernünftigen Freiheit fähig"?

Es waren schwere und sorgenvolle Gedanken, denen Stein in seinen Briefen, besonders an den Grafen Münster, Ausdruck gab; mit Macht ergriff ihn die Sorge um die Zukunft des deutschen Vaterlandes. Seine Hoffnung war, es werde England gelingen, zwischen Rußland und Österreich zu vermitteln, und das letztere werde sich am Kampfe gegen Napoleon beteiligen; dann werde auch Preußen mit fortgerissen werden. Überhaupt empfahl er dem russischen Kaiser, die zu besetzenden deutschen Landesteile nicht als eroberte zu behandeln, sondern gegen den gemeinsamen Feind in Thätigkeit zu setzen: Deutschland sei in derselben Lage, wie zur Zeit Gustav Adolfs;

wer ihm seinen Schutz anböte, der würde sich sicherlich „von den Anstrengungen der Unterdrückten unterstützt sehen". Vom König von Preußen müsse man verlangen, daß er seine Truppen den Verbündeten zur Verfügung stelle und sich mit Männern umgebe, die ihr Vertrauen genössen; die übrigen Länder, welche von den eindringenden Heeren besetzt würden, seien unter Aufsicht der Verbündeten einem Verwaltungsrat zu unterstellen. Aber wenn es nun gelang, „das unreine Tier, das die Ruhe Europas stört", zu besiegen und den Rheinbund aufzulösen, was war an dessen Stelle zu setzen? Wie löste man das Problem der Neubildung Deutschlands? Steins Gedanken tauchten wieder zurück in die Zeiten des deutschen Mittelalters, wo, wie er sich vorstellte, „der mächtigste Mann Unterthan des Kaisers war und der kleinste freie Eigentümer unmittelbar von ihm abhing"; wo ein Reich bestand, das „alle sittlichen und physischen Bestandteile der Kraft, Freiheit und Aufklärung enthielt". Freilich gesteht er sofort ein, daß die Aufrichtung jenes Reiches heute unmöglich sei; aber soll man deshalb auf jedes engere Band verzichten? Soll man die Verfassung des westfälischen Friedens wiederherstellen und der Sultanismus der „gekrönten Häuptlinge" fortdauern? In diesem Augenblicke großer Entwickelung muß das Interesse der Dynastien zurücktreten. Wenn an dem Dasein Preußens, das man nicht wieder austilgen kann, die Schöpfung eines Einheitsstaats ein unüberwindliches Hindernis findet, so muß man Deutschland zwischen Preußen und Österreich nach dem Laufe des Mains teilen; und selbst wenn man nicht umhin könnte, die kleineren Staaten bestehen zu lassen, so ist es unumgänglich, sie diesen beiden Mächten unterzuordnen: Bayern, Württemberg und Baden müssen in ein Vasallenverhältnis zu Österreich, Hannover, Hessen und andre Staaten zu Preußen treten.

„Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland",

schrieb er damals an Münster und berief sich darauf, daß er als Reichsfreiherr nach alter Verfassung nur dem ganzen Deutschland und keinem Teile desselben angehöre. Ja, in dem früheren preußischen Minister war wenig mehr von einem preußischen Partikularismus. Darum hatte er sich nicht vor dem Versuch gescheut, preußische Truppen zu verführen oder geheime Verbindungen auf dem preußischen Gebiet anzuknüpfen; darum hatte er den Rat geben können, die Truppen dieses Staates, wenn er erst zum Anschluß gezwungen wäre, einem fremden Befehlshaber zu unterstellen. Will man ihm dies zum Vorwurf machen, so denke man an die Erbitterung, die er und soviele andre über Preußens matte und kraftlose Haltung in den Jahren 1809 und 1812 empfanden; an seine Besorgnis, daß auch diesmal die Regierung nicht den Mut gewinnen würde, zur rechten Zeit die Waffen zu ergreifen; man denke an Clausewitz und andre preußische Offiziere, die damals gegen ihr Vaterland fochten; an Gneisenau, der nichts anderes plante als die Gründung eines westelbischen Welfenreichs auf Kosten Preußens. Noch weniger aber wird man Stein tadeln dürfen, weil er in jenen Tagen nicht den Gedanken gefaßt habe, zum Mittelpunkte des neuen Reiches Preußen zu machen: oder konnte man annehmen, daß man um solchen Preis die Teilnahme Österreichs gewinnen würde, auf dessen Beitritt man in erster Linie rechnete? Wenn nun aber weder unter österreichischer noch unter preußischer Führung ein Einheitsreich möglich war, mußte dann nicht, wie damals die Verhältnisse lagen, die Teilung nach der Mainlinie als die einzige staatsmännische Lösung der deutschen Frage erscheinen? war sie nicht besser als die Erneuerung „alter zerfallener und verfaulter Formen“ mitsamt den Fehden der „alten Montaigues und Capulets“?

So lagen die Verhältnisse freilich nicht, daß man Preußen durch Drohungen zum Anschluß an die Allianz hätte zwingen können. Österreich war weit entfernt, sich zu entscheiden; die russischen Streitkräfte hatten durch den Winterfeldzug außerordentlich gelitten. Bereits im November sandte Alexander den früheren preußischen Obersten Boyen an Friedrich Wilhelm und versprach ihm, wenn er am Kriege teilnähme, die Herstellung Preußens im Umfange von 1805; dasselbe wiederholte er in einem eigenhändigen Briefe an den König vom 6. Januar 1813. Auch Stein hatte ein Schreiben an ihn verfaßt, ein Schreiben ernst und großartig, getragen von der tiefsten Auffassung königlicher Pflichten, aber freilich kein Schreiben, wie es der frühere Diener einem Monarchen schreibt; es scheint, daß Alexander seine Absendung verhindert hat. Dagegen sind seine Vorschläge über die Behandlung fremder, d. h. zunächst preußischer Provinzen fast bis ins einzelne befolgt worden. Er hatte verlangt, daß eigenmächtige Requisitionen den Heerführern untersagt und alle Lieferungen durch die vorhandenen Behörden mit Zuziehung der Stände der Provinz ausgeführt würden; daß demgemäß die bestehenden Verfassungen, Gesetze und Behörden in der Regel unverändert beibehalten, das öffentliche Einkommen für den Kaiser von Rußland erhoben und militärischen Zwecken dienstbar gemacht würde; endlich daß Aushebungen stattfänden zur Bildung von Linientruppen, einer Landwehr und eines Landsturms. Nach diesen Gesichtspunkten verfuhr man, als man die östlich der Weichsel gelegenen Teile Preußens besetzte.

Hier hatten die Einwohner wochenlang die traurigen Reste des französischen Heeres hindurchziehen sehen; zu Ende Dezember überschritten die Russen an mehreren Stellen die Grenze; am 30. Dezember schloß der General York die Konvention von Tauroggen, wodurch sein Korps für neutral erklärt wurde; am 5. Januar zogen die Russen in Königsberg

ein, während die Franzosen über die Weichsel zurückgingen. Mit Jubel begrüßte die Bevölkerung die rettende That. Schon im November hatte Schön aus Gumbinnen geschrieben, die Stimmung sei so, daß nur ein Funke genüge, um Flammen zu haben. „Der gerechte, lange verbissene Haß gegen den bisherigen übermütigen Unterdrücker brach in vollem Maße aus", schreibt York und fügt hinzu: „einem entschlossenen Intriganten von Einfluß würde es leicht geworden sein, dieser Stimmung der Nation eine gefährliche Richtung zu geben". Indessen wagten die Behörden nicht, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen: York wußte nicht, wie sein Schritt vom Könige aufgenommen war; die Zivilbehörden hielten sich zu selbstständigen Maßregeln nicht für berechtigt und glaubten sogar einem allzustürmischen Andrang der öffentlichen Meinung entgegentreten zu sollen; ein Mitglied des preußischen Landtages, welches zu einer Versammlung der Stände einlud, um über patriotische Maßregeln zu beraten, wurde verhaftet. So war die Lage der Provinz bei der steigenden Aufregung der Bevölkerung eine höchst ungewisse: da war es Stein, der für den Augenblick geordnete Verhältnisse herstellte und die Kräfte des Landes zur Teilnahme aufrief am Befreiungskampfe. Am 5. Januar 1813 hatte er in Arndts Begleitung Petersburg verlassen; in ihm, dem früheren Unterthanen Friedrich Wilhelms, sah Alexander, wie er an diesen schrieb, den geeigneten Mann für die vorläufige Verwaltung des Landes; am 18. Januar stellte er ihm eine Vollmacht aus, welche ihn ermächtigte, bis zu dem Augenblicke, wo der endgiltige Vertrag zwischen Preußen und Rußland geschlossen sei, die Leitung der Provinz zu übernehmen und ihre militärischen und finanziellen Mittel zur Unterstützung der Unternehmungen gegen die französische Armee in Thätigkeit zu setzen. Mit dieser Vollmacht erschien Stein, nachdem er sich in Gumbinnen mit Schön besprochen hatte, am Abend des 22. Januars in

Königsberg; im Gefolge eines siegreichen Heeres kehrte er in das Land zurück, aus dem ihn vor 4 Jahren der Wille Napoleons vertrieben hatte.

Bis zum 7. Februar hat Stein in Königsberg verweilt; es waren Wochen der größten Thätigkeit. Noch am Abend seiner Ankunft richtete er auf Grund seiner russischen Vollmacht an den Oberpräsidenten von Auerswald die Aufforderung, einen Generallandtag der preußischen und littauischen Stände zu berufen, um über Errichtung einer Landwehr und eines Landsturmes Beschluß zu fassen. Am 23. Januar ersuchte er ihn um Zulassung der oben erwähnten freien Vereinigung der Landstände; „in diesem Augenblicke", schrieb er, „kommt es darauf an, das Interesse und die Thätigkeit vieler Männer und Staatsbürger in die große Angelegenheit des Kampfes der Guten gegen die Schlechten zu verflechten und Formen in Hinsicht der Größe des Zweckes und der Reinheit der Gesinnungen" unbeachtet zu lassen. Darauf verschaffte er der Provinz die lange entbehrte Möglichkeit, ihre Erzeugnisse im Auslande abzusetzen: er verfügte die Öffnung der bisher durch die Kontinentalsperre verschlossenen Häfen und gestattete die Ausfuhr aller preußischen Produkte mit Ausnahme des Roggens und Hafers. Zugleich verlangte er von der Kaufmannschaft der Seestädte einen Vorschuß von 300,000 Thalern, der sofort gezahlt wurde. Er trat andrerseits den russischen Behörden gegenüber für die Provinz ein; er setzte durch, daß die Kosten für 8000 russische und französische Kranke, welche in den Hospitälern lagen, von Rußland übernommen und die Lieferungen, welche für zwei große Militärmagazine ausgeschrieben wurden, bezahlt wurden. So traf er die nötigsten Anordnungen, und um ihn herrschte frisches und hoffnungsreiches Leben, „das Schwingen, Klingen und Ringen der Morgenröte deutscher Freiheit", wie Arndt es nennt, der es miterleben durfte.

Bisher war seinen Anordnungen kein Widerstand entgegengesetzt worden; doch sollten Reibungen nicht ausbleiben. Die preußischen Präsidenten waren sämtlich bedenklich, wie die Berliner Regierung das selbständige Verhalten der Provinz aufnehmen würde; das Gebieterische in Steins Charakter, der nirgends ein Hindernis sehen wollte und formale Rücksichten bei Seite schob, wirkte abstoßend. Dazu kam, daß durch das Verfahren des russischen Generals Paulucci, der eine Annexion Memels hatte einleiten wollen, Mißtrauen erregt wurde; man war nicht völlig von der Ehrlichkeit der russischen Absichten überzeugt, und an den deutschesten Mann jener Tage konnte sich der Verdacht heften, als wolle er Ostpreußens Einverleibung in Rußland vorbereiten. Ein erster Konflikt schien zu entstehen, als sich die Königsberger Regierung weigerte, zu der von Feldmarschall Kutusow geforderten gesetzlichen Zulassung russischen Papiergeldes ihre Zustimmung zu geben. Es war das tief im Wert gesunkene Papiergeld eines finanziell zerrütteten Staates; aber es war dasjenige Geld, in welchem die russische Armee ihre Löhnung erhielt, und mußte zugelassen werden. Auf die Anzeige der Regierung, daß sie sich verpflichtet fühle, die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einzuholen, antwortete Stein mit der schlagenden Erklärung, daß das Berliner Kabinett noch unter französischer Influenz stehe und unfähig eines selbständigen Entschlusses sei, derartige Maßregeln also unmöglich von seiner Entscheidung abhängig gemacht werden könnten. Die Regierung erklärte darauf, dem „Befehl" nachkommen zu wollen. Dagegen versuchte Auerswald in der Angelegenheit des Landtags einen passiven Widerstand. Er hatte bereits — im Hinblick darauf, daß nur dem Könige das Recht zustehe, die Stände zu berufen, und im Einverständnis mit dem Gumbinner Präsidenten Schön — durch ein nachträgliches Rundschreiben der bevorstehenden ständischen Versammlung den offiziellen Charakter eines Landtags

abgesprochen; um die Leitung der Verhandlungen nicht übernehmen zu müssen, meldete er sich jetzt krank. Der Konflikt verschärfte sich einen Augenblick, als auf die Weigerung Yorks wie Schöns, das ihnen angetragene Präsidium zu übernehmen, Stein in der Erregung erklärte, die Verhandlungen leiten zu wollen: der Vorsitz eines russischen Bevollmächtigten wäre gewiß sehr anstößig gewesen. Aber er gab den Gedanken ebenso schnell wieder auf; am 5. Februar trat der Landtag unter dem Vorsitz des Direktors des ständischen Ausschusses, von Brandt, zusammen; York erschien selbst und begründete seine Forderungen. Bereits am 7. Februar folgten die entscheidenden Beschlüsse: mit patriotischer Einmütigkeit bewilligte man dem General zu den bereits ausgehobenen 6000 Mann eine weitere Verstärkung seines Korps um 13,000 Mann, sowie eine Landwehr von 20,000 Mann.

An demselben Tage verließ Stein Königsberg, froher Hoffnung, daß das hier gegebene Beispiel einen mächtigen Eindruck auf das übrige Deutschland machen werde. Seine Aufgabe war beendet; er begab sich wieder in das Hauptquartier des russischen Kaisers.



IX.

Am 22. Januar hatte König Friedrich Wilhelm Berlin verlassen, um sich nach Breslau zu begeben, klar über die Notwendigkeit des Abfalls von Napoleon, noch unentschlossen über die Wege und Ziele der einzuschlagenden Politik, unsicher auch über die Absichten der Staaten, auf deren Hilfe er rechnete, Rußlands und Österreichs. Durch die Sendung des Obersten Knesebeck nach Wien wurde festgestellt, daß

Österreich zwar einen Systemwechsel Preußens gutheißen würde, aber weit davon entfernt sei, sich dem Bunde gegen Napoleon sofort anzuschließen. Von Alexander hatte der König zwar freundschaftliche Briefe erhalten; aber einerseits hatte bereits der Oberst Boyen gemeldet, daß der Kaiser Absichten auf den größten Teil des Herzogtums Warschau habe; andrerseits erregten die Ereignisse in Königsberg und Steins dortiges Auftreten die größte Besorgnis. Konnte doch damals der Staatsrat Ancillon, den einst Stein selbst zum Erzieher des Kronprinzen vorgeschlagen hatte, in einer Denkschrift, deren Ansichten der König ausdrücklich für die seinigen erklärte, Stein als einen Mann bezeichnen, den sein Temperament gewaltsamen Maßregeln, seine Grundsätze den Formen der Republik geneigt machten, der von seinen Erfolgen erhitzt, durch das erfahrene Unrecht erbittert und äußerst ungeeignet sei, die vorhandene Gährung zu beschwichtigen. So erhielt denn auch Knesebeck in der Instruktion, die ihm für die bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland erteilt wurde, die Weisung, dem Kaiser das Unheil vorzustellen, welches aus den beinahe revolutionären Maßregeln, die man in Königsberg ergriffen habe, hervorgehen müsse; er sollte darauf dringen, daß Stein die gemessensten Befehle zugingen, alles zu vermeiden, worunter der Gehorsam jener Landesteile gegen den König leiden könnte.

So glaubte die preußische Regierung über den Mann urteilen zu müssen, der eben damals zum zweiten Male das Anerbieten Alexanders, in russische Dienste zu treten, ausschlug, und der gerade deshalb eine schleunige Teilnahme Preußens am Kampfe wünschte, damit Deutschland nicht Fremden allein seine Befreiung verdankte. Er hat es auch später willig anerkannt, wie gewagt der Anschluß Preußens an Rußland war; seine Streitkräfte waren noch gering, das russische Heer in einem üblen Zustande; dazu kam die Unklar-

heit über Alexanders polnische Pläne. Andrerseits erschien ihm jeder Zeitverlust als verderblich für den großen Zweck der Befreiung Deutschlands. Drei Tage, nachdem er Königsberg verlassen hatte, richtete er an Alexander ein Schreiben, in dem er den Vorschlag machte, ihn selbst zum Abschluß eines Bündnisses mit Preußen nach Breslau zu senden. Indessen kam Knesebeck bereits in Kalisch an; als sich aber bei dessen „Neigung zum Finassieren" die Verhandlungen über Gebühr hinzogen, beschloß Alexander in der That, sich unmittelbar an den König zu wenden. Er sandte den Staatsrat von Anstett und mit ihm Stein nach Breslau: „Der Freiherr vom Stein . . ist in alle meine Pläne hinsichtlich Deutschlands eingeweiht und kann Ihnen darüber treuen Bericht erstatten". Am 25. Februar trafen beide in Breslau ein; und hier wurde der von Anstett vorgelegte Vertragsentwurf ohne die geringste Änderung bereits am nächsten Tage vom König und Hardenberg genehmigt und am 27. Februar unterzeichnet. Rußland verpflichtete sich, die Waffen solange nicht niederzulegen, bis Preußen in einem Besitzstand wieder hergestellt wäre, der in statistischer, geographischer und finanzieller Hinsicht dem von 1806 entspräche; es garantierte dem König insbesondere Alt-, d. h. Ostpreußen sowie ein Gebiet, welches dies militärisch wie geographisch mit Schlesien verbände. So war das von Stein und der preußischen Kriegspartei heiß ersehnte Bündnis geschlossen; dem preußischen Staat war für den Verlust polnischer Landesteile eine Entschädigung zugesagt. Daß freilich das Maß dieser Verluste damals nicht genauer festgestellt wurde, war als ein diplomatischer Sieg Rußlands zu bezeichnen, dessen Folgen die preußischen Staatsmänner und Stein selbst zu spät zu bekämpfen suchten.

Stein hatte an dem Vertragsschluß keinen Anteil nehmen können. Kaum in Breslau angekommen, wurde er von einem Nervenfieber ergriffen; im Gasthof zum goldenen Szepter,

wo Lützow sein Werbebüreau hatte, lag er in einem kleinen Stübchen, dem Tode nahe. Während ihm Blücher, Scharnhorst, Prinz Wilhelm und andre in der rührendsten Weise ihre Teilnahme bezeugten, erholte er sich langsam, gepflegt von seiner Gemahlin, die mit den Töchtern aus Prag herbeigeeilt war und nach langer Trennung den Gatten wiedersah. Eine Entschädigung für die Mißachtung, die er seitens des Königs und Hardenbergs erfuhr, gewährte ihm der Besuch, den ihm Alexander machte, als er am 15. März in Breslau angekommen war. Denn indessen war die Maske gefallen. Den Augen Steins zeigte sich das Schauspiel eines begeisterten, opferwilligen Volkes, das in schweren Jahren des Unglücks erfahren hatte, daß des einzelnen Glück und Ehre untrennbar verbunden ist mit Glück und Ehre seiner Nation und es ihm zum eigenen Unheil ausschlägt, wenn er es unternimmt, sich von der Gesamtheit loszulösen. Das war nicht mehr das Volk, über das Stein so oft geklagt hatte, das in selbstsüchtigem Genuß oder metaphysischem Grübeln der Pflichten gegen das Vaterland vergaß. Er, der gemeint hatte, mit Gewalt und harter Drohung müsse man diese kalten Norddeutschen zum Freiheitskampfe treiben, erlebte jetzt eine Volkserhebung, schöner und gewaltiger als er sie je geträumt. Wie hätte er rasten sollen, wo alles um ihn voller Thätigkeit war! Er war kaum genesen, als er sich wieder mit Eifer den großen politischen Fragen zuwandte.

An zwei Stellen betraten damals die verbündeten Truppen rheinbündnerische Gebiete: in Mecklenburg, das sich ihnen anschloß, und in Sachsen, dessen König das Land verließ. Die Frage wurde dringend, wie man sich den deutschen Fürsten gegenüber zu verhalten habe, wie diejenigen von ihnen zu behandeln seien, welche im Bündnis mit Napoleon verharrten, wie man die Streitkräfte der besetzten Gebiete am besten der großen Sache dienstbar machte. War jetzt nicht auch der

Augenblick gekommen, um die wichtigsten Grundsätze für die zukünftige Gestaltung Deutschlands festzustellen? Stein hatte sich bereits im November 1812 dafür ausgesprochen, daß die zu besetzenden Gebiete unter Aufsicht der verbündeten Mächte verwaltet würden; daß diese über deren Kontingente bestimmten, die Beiträge an Geld und Lebensmitteln festsetzten, den Volkskrieg organisierten, daß sie endlich auch, auf das Recht des Eroberers gestützt, befugt wären, das künftige Los Deutschlands zu bestimmen. Er hatte schon damals die Bildung eines Rates vorgeschlagen, dem diese verwaltende und diplomatische Thätigkeit zu übertragen sei. Indessen waren auch von schwedischer und hannöverscher Seite Vorschläge gemacht worden. Der Kronprinz von Schweden hatte sich für die Begründung einer deutschen Verfassung ausgesprochen, welche dem Oberhaupt des Reiches eine genügende moralische und physische Kraft verleihe; er hatte zu diesem Zweck die Erneuerung des Kaisertums verlangt und die Dreistigkeit gehabt hinzuzufügen, daß, wenn Österreich die Kaiserkrone ablehne, er selbst als Herzog von Pommern bereit sei, sie zu tragen. Er hatte endlich die Berufung von Abgeordneten der deutschen Regierungen verlangt, welche unter dem Vorsitz Kutusows über die Zukunft Deutschlands beraten sollten. Dem gegenüber hatte Graf Münster den Augenblick, wo alles in der Schwebe und darum alles zu hoffen war, für günstig erachtet, um mit seinem Plane eines welfischen Königreichs Austrasien von der Elbe bis zur Yssel hervorzutreten. Er forderte Unterdrückung der Kleinstaaten und Vereinigung der deutschen Lande in größeren Massen, welche unter einander zu einem Bunde zu vereinigen seien. Die Herstellung der österreichischen Kaiserwürde hielt er für unausführbar; mit Stein stimmte er überein in der Forderung eines Verwaltungsrats mit diktatorischen Befugnissen. Was beide trennte, war ihre verschiedene Auffassung von der historisch erworbenen Stellung Preußens;

den Staat, dem Stein die Führerschaft in Norddeutschland zudachte, glaubte Münster zu den Toten werfen zu können. „Preußens Macht“, schrieb er im Januar, „lebt nur noch in der Erinnerung. Sie mag zwischen der Weichsel und Elbe als Macht der zweiten und dritten Größe wieder aufstehen.“

Solchen Plänen war freilich schon dadurch der Boden entzogen, daß Preußen der erste deutsche Staat war, der sich zum Kriege entschlossen hatte. Steins Vorschlag einer Teilung Deutschlands entsprach den Wünschen der preußischen Staatsmänner: sie hätten am liebsten bereits in dem Vertrag von Breslau einen Paragraphen gesehen, welcher Preußen für die Zukunft die politische und militärische Führung Norddeutschlands verbürgte. Was die Behandlung der Rheinbundfürsten anlangte, so schlug er eine Erklärung der Verbündeten vor, in welcher sie ihren festen Willen ausdrücken würden, die Unabhängigkeit Deutschlands herzustellen und dem Rheinbund ein Ende zu machen; sie würden zugleich Fürsten und Völker von Deutschland zur Teilnahme auffordern und diejenigen von ihnen, welche binnen sechs Wochen ihren Beitritt nicht erklären würden, mit dem Verlust ihrer Staaten bedrohen. Er machte zugleich genauere Vorschläge über den geplanten Verwaltungsrat: jede der verbündeten Mächte würde eine Stimme führen; seine Aufgabe würde darin bestehen, die neubesetzten Länder militärisch zu organisieren, die Zivil- und Finanzverwaltung zu führen und die Verpflegung der Armeen zu ordnen. Aber es beruht gewiß auf Einwirkung des Kaisers Alexander, wenn er die Thätigkeit dieser Behörde jetzt auf Norddeutschland beschränken wollte. Denn schon hatte dieser einen Schritt gethan, der ohne Vorwissen Friedrich Wilhelms geschah und ebenso wenig den Absichten der preußischen Staatsmänner wie den Vorschlägen Steins entsprach. Er hatte dem österreichischen Bevollmächtigten erklärt, er wünsche nicht nur die Herstellung des österreichischen Besitzstandes, sondern auch der früheren

Machtstellung dieses Staates in Deutschland; er hatte insbesondere die Verhandlungen mit den süddeutschen Höfen und das Maß der ihnen zu stellenden Bedingungen völlig in das Belieben des Wiener Kabinetts gestellt. So hatte er, um Österreich zu gewinnen, schon damals dem Minister Metternich einen bestimmenden Einfluß auf die Neuordnung Deutschlands zugesichert.

Im übrigen wurde am 19. März auf Grund der Steinschen Vorschläge zwischen Rußland und Preußen der Vertrag über die Bildung eines Zentralverwaltungsrats abgeschlossen. Am 25. März erließ Kutusow im Namen beider Mächte einen Aufruf, welcher als Ziel des Krieges die Befreiung Deutschlands und die „Wiedergeburt eines ehrwürdigen Reiches" bezeichnete; er enthielt das Versprechen, daß sich Rußland nicht anders in Deutschlands innere Angelegenheiten mischen würde, als indem es die schützende Hand über ein Werk halten werde, dessen Gestaltung allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheimgestellt bleiben solle. Er forderte zugleich jeden Deutschen, der des Namens noch würdig sei, zur Teilnahme am Kampfe auf und enthielt in abgeschwächter Form die von Stein geforderte Drohung, indem die Fürsten, die der deutschen Sache abtrünnig bleiben würden, als „der verdienten Vernichtung reif" bezeichnet wurden. Bald darauf erfolgte die Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrats: Rußland war durch Stein, Preußen durch Schön vertreten. Die erste Gelegenheit zur Thätigkeit bot Sachsen, in dessen Hauptstadt Stein am 9. April eintraf.

Die in Dresden verlebten Wochen waren für ihn keine erquicklichen. Ein energisches Durchgreifen in der früher von ihm vorgeschlagenen Weise wurde schon deshalb unmöglich, weil man noch immer hoffte, König Friedrich August würde sich für die Verbündeten entscheiden. Dieser hatte eine Immediatkommission zur Verwaltung des Landes zurückgelassen und

sich nach Regensburg begeben. Als dann ein eigenhändiger Brief Friedrich Wilhelms von ihm ablehnend beantwortet war, erfuhr man durch Humboldt, den preußischen Gesandten in Wien, daß der sächsische Minister Graf Senfft einen geheimen Vertrag mit Österreich abgeschlossen hatte. Es war wirklich so; ohne Rücksicht auf die Kriegführung der Verbündeten hatte Metternich der Regierung eines von ihnen besetzten Landes Unverletzlichkeit ihres Gebiets zugesichert. Die Verhältnisse wurden dadurch noch verwirrter. Auch ein Versuch, den sächsischen General Thielmann, der in Torgau befehligte und sich bisher den Verbündeten außerordentlich genähert hatte, völlig zu gewinnen, schlug fehl. Als sich Stein endlich entschloß, die Immediatkommission zu beseitigen und durch eine neue Regierung zu ersetzen, trat infolge der Schlacht von Großgörschen der Rückzug der Verbündeten ein. Verfolgt von den Schmähungen Napoleons, der ihn im Moniteur beschuldigen ließ, er habe den Pöbel gegen die Besitzenden aufwiegeln wollen, verließ Stein Dresden, während Friedrich August auf Napoleons drohende Forderung in seine Hauptstadt zurückkehrte. Die Thätigkeit des Verwaltungsrats hatte vorläufig ein Ende.

Auch die Schlacht von Bautzen war kein Sieg; die Armee zog sich nach Schlesien zurück, immer bemüht, die Fühlung mit der österreichischen Grenze nicht zu verlieren. Stein war nach Prag gereist, wo er den kranken Scharnhorst zum letzten Male sah; als er über die Berge nach dem Hauptquartier zurückkehrte, erfuhr er, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen sei. Er wollte der Nachricht anfangs keinen Glauben schenken; so verwerflich schien es ihm, den Lauf des Krieges zu unterbrechen. Überhaupt war er mit dem Gang der Ereignisse wenig zufrieden; leicht reizbar, hat er damals auch die, welche ihm lieb waren, mit bitteren Worten nicht verschont; seine Freundschaft mit Niebuhr nahm damals ein Ende und wurde erst 1820 wieder erneuert, als er ihn in Rom besuchte.

Nicht als hätte er den Glauben an die Vorsehung verloren; er vertraute auf den „gestählten und frisch aufgeregten Geist“ der Bevölkerung und glaubte trotz der letzten Niederlagen in Napoleons Angelegenheiten eine rückläufige Bewegung wahrzunehmen. In jedem Falle zog er es vor, in Erfüllung seiner Pflichten gegen Gott und Vaterland zu sterben, als zu leben „bedeckt von Kot wie die Dalberg, die Senfft, die Montgelas und der ganze elende Troß.“ Aber er sah viel Entmutigung um sich, Zaghaftigkeit und Weichlichkeit; er gestand seiner Frau, daß Menschenekel und Tintenscheu bei ihm täglich zunähmen. Wenn ihm der alte Blücher eine Herzensfreude war — „der spricht von nichts als Schlachten und Kämpfen“ —, so war er mit den Diplomaten weniger zufrieden. Der Graf Nesselrode, der die russischen Angelegenheiten leitete, erschien ihm als ein gutmütiger, leerer Schwächling, „500,000 Klafter unter seinem Posten.“ Mit Hardenbergs äußerer Politik war er einverstanden, weniger mit der inneren und seinem Privatleben. Die schwedische Teilnahme am Kriege hielt er mit gutem Grunde für nachteilig; über den Kronprinzen, dem er vorwarf, Hamburg preisgegeben zu haben, eignete er sich die Worte des Korsen Pozzo di Borgo an: un caractère disparate et impur. Ein besonders unangenehmes Schauspiel war ihm der Kampf, welchen die beiden englischen Gesandten mit Preußen über den zukünftigen Umfang Hannovers führten: „während das Schicksal von Deutschland und der Welt auf dem Spiele steht, zankt man um Minden, Ravensberg, damit die hannoverschen Minister von Hannover nach Osnabrück auf klassischem guelfischen Boden reisen können.“ Er stand Hardenberg in diesen Streitigkeiten wacker zur Seite, und beide gaben sehr geschickt den englischen Unterhändlern zu verstehen, daß das Parlament sehr erstaunt sein würde, wenn es erführe, daß englische Interessen denen des Hauses Hannover geopfert würden.

Am meisten Sorge machte ihm das Verhalten des öster-

reichischen Kabinetts, dessen Beitritt zum Bunde sehnlich erwartet wurde. Was war das auch für ein Unterschied zwischen Stein und dem Minister Metternich! Der eine war erfüllt von dem Gedanken, die Völker Europas zum Befreiungskampfe aufzurufen, der andre ein mißtrauischer Gegner jeder Regung des Volksgeistes; der eine ein Mann, der über alle dynastischen und sonderstaatlichen Rücksichten das Heil des ganzen Deutschlands stellte, der andre ging vom österreichischen Interesse aus und bemaß nach diesem alles andre; jener sah im Staat einen sittlichen Organismus und seinen Zweck in der Erhebung und Erziehung seiner Bürger; für die mechanische Auffassung des andren war der Staat Selbstzweck, ein seelenloses Gebilde der Kunst und der schlauen Berechnung. So betrachtete Metternich denn auch die deutschen Angelegenheiten nur vom österreichischen Standpunkt: er hielt die Gründung eines Einheitsstaates für unmöglich, seit Preußen groß geworden und der Rheinbund auch die kleineren Staaten mit den Formen der Souveränität umkleidet hatte; wollte man den Versuch machen, sie zum Verzicht darauf zu zwingen, so würde das Gehässige eines solchen Verfahrens nur dazu beitragen, die Reibungen zwischen dem Oberhaupt und den Einzelstaaten zu verstärken und Österreichs Einfluß eher schmälern als vergrößern. Er war daher von vornherein entschlossen, den deutschen Fürsten ein großes Maß von Unabhängigkeit zuzugestehen; mochte Preußen, wenn es wollte, auf eine innigere Verbindung der deutschen Staaten unter einander dringen: um so sicherer war es, daß die Mittelstaaten sich an Österreich klammern würden.

Auch dem Kriege mit Frankreich stand er ganz anders gegenüber als Stein und die Preußen. Wenn für jenen Napoleon der Volksverderber war, der den Völkern Europas ihre höchsten sittlichen Güter raubte, so sah Metternich in ihm nichts als den übermächtig gewordenen Gegner, dessen Zurück-

drängung nötig war, um das verlorene Gleichgewicht Europas wiederherzustellen. Wenn er sich also auch allmählich von der Unvermeidlichkeit des Krieges immer mehr überzeugte, so war er ihm doch keineswegs Herzenssache, sondern ein Gegenstand kältester Berechnung. Im Interesse Österreichs aber lag es gewiß, nicht sofort loszuschlagen: noch war dieser Staat wenig gerüstet; Kaiser Franz war einer kriegerischen Entscheidung überhaupt abgeneigt; das wesentlichste war, daß Österreich, wenn es den Verbündeten in der Not beisprang, eine ganz andre Stellung einnahm, als wenn es sich von Anfang an am Kampfe beteiligt hätte. Mit Geschick fand Metternich den Augenblick zum Beitritt heraus, wo er den Verbündeten als Retter aus der Gefahr erschien; von da an datiert die führende Stellung, welche der Minister Österreichs unter den Staatsmännern der Alliierten einnimmt.

Stein hat an den Verhandlungen, die mit Österreich geführt wurden, ebensowenig teil genommen als am Prager Kongresse. Aber mit Betrübnis sah er, wie dieser „kalte, absichtlich flach berechnende Mann, der sich vor jeder kräftigen Maßregel scheute, sich die Ziele nahe steckte und mit kümmerlichem Flickwerk sich behalf", im Begriff war, sich eine Suprematie zu begründen, die er sicherlich auf keine Deutschland beglückende Art ausüben würde. Noch war über die zukünftige Verfassung Deutschlands nichts festgestellt; ihn quälte die Sorge, man könnte „in leichtsinniger und flacher Auffassung der vornehmsten Bedürfnisse der deutschen Nation" die Gunst des großen Augenblicks versäumen. Im August, als der Krieg wieder ausgebrochen war, schrieb er zu Prag eine neue Denkschrift über die „teutsche Verfassung"; eine Denkschrift, ebenso reich an tiefer sittlicher Empfindung wie arm an Folgen; die Entwickelung der deutschen Frage war schon weiter vorgeschritten, als er ahnte.

„Es ist von der größten irdischen Angelegenheit die Rede",

ruft er denen zu, welche die Bedeutung dieser Frage zu unterschätzen geneigt sind. „Zeitgenossen und Nachwelt werden strenge diejenigen beurteilen, die zu der Lösung der Aufgabe berufen durch ihre Stellung im Leben, ihr nicht alle Kraft und allen Ernst widmen.“ Es handelt sich darum, die Zerstückelung Deutschlands in 36 Despotien zu beseitigen: die Fortdauer dieses Zustandes würde bedeuten Vernichtung der bürgerlichen Freiheit und als deren Folge Ertötung des Restes von Sittlichkeit, der noch in der Nation vorhanden ist; sie würde endlich den Einfluß Frankreichs verewigen, in welchem die deutschen Mittelstaaten immer eine Stütze gegen Österreich und Preußen finden werden. Indem er nach Mitteln sucht, um das Problem zu lösen, denkt er wieder zuerst an das Reich der alten Kaiser; aber er gesteht sogleich, es ist nicht wieder herzustellen. Ein weiteres Mittel ist die früher von ihm vorgeschlagene Teilung Deutschlands in zwei Bundesstaaten unter österreichischer und preußischer Führung: er hält sie auch jetzt für ausführbar, aber er weiß freilich, daß Hannover-England gegen eine Unterordnung unter Preußen den energischsten Widerspruch eingelegt hat. In dem Bestreben, zu erreichen, was noch erreichbar ist, macht er einen neuen Vorschlag: er scheidet Österreich und Preußen von dem übrigen Deutschland aus und weist ihnen eine Sonderstellung zu; für Deutschland wünscht er die Erneuerung der Kaiserkrone, welche er Österreich anzuvertrauen rät, so daß dieses mit dem neuen Reich durch Personalunion verbunden würde. Für den Kaiser verlangt er die exekutive Gewalt, insbesondere die Kriegshoheit, die diplomatische Leitung, das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, die Aufsicht über die Reichsgerichte; ihm steht ein Reichstag zur Seite, dreigeteilt nach alter Weise, nur daß Abgeordnete der Landstände der Einzelstaaten hinzutreten. Um die Zentralgewalt zu stärken, müssen sich die Fürsten eine Minderung ihrer souveränen Rechte gefallen lassen, sie müssen, wie er später

ausführt, auf die innere Landesverwaltung beschränkt werden; es muß aber auch denen, die sich durch Napoleon haben bereichern lassen, ihr Raub wieder abgenommen und die 1806 mediatisierten Reichsstände wieder hergestellt werden. Den Fürsten müssen ferner Landstände zur Seite treten, denen eine „Konkurrenz" bei der Landesgesetzgebung und Abgabenbewilligung eingeräumt wird. Was wird nun aber aus Preußen? „Auch Preußen darf Teutschland nicht entfremdet werden . . . in Preußen erhält sich der teutsche Geist freier und reiner als in dem mit Slaven und Ungarn gemischten, von Türken und slavischen Nationen umgrenzten Österreich": es ist durch Sachsen, Holstein und Mecklenburg, dessen Herzöge am Rhein entschädigt werden müssen, zu verstärken und tritt in ein enges Bundesverhältnis zu Deutschland als „ewiger Garant seiner Verfassung und Integrität".

Es ist nicht schwer, die Beweggründe aufzufinden, die Stein bei diesen Vorschlägen geleitet haben. Die höchsten Ziele, welche ihm für die Neugestaltung Deutschlands vorschwebten, waren Stärkung der Zentralgewalt und Sicherung der bürgerlichen Rechte jedes Deutschen; beides bedingte eine Schmälerung der fürstlichen Gewalt, teils durch Abgabe wesentlicher Rechte an das Reich, teils durch Schaffung von Landständen. Würde sich aber Preußen seine souveränen Rechte beeinträchtigen lassen? oder war zu erwarten, daß Österreich Landstände einführte? Wollte er also wirklich dem Launenregimente „kleiner Sultane und Vizire" ein Ende machen, wünschte er die Eifersüchteleien Österreichs und Preußens begraben zu sehen, so war es nur logisch, daß er beide Staaten aus dem engeren Bunde auszuschließen und eine Art von Dreibund zu schaffen riet. Daß er freilich Österreich, nicht Preußen die deutsche Krone anvertrauen wollte, entsprach nicht nur den damaligen politischen Verhältnissen und der führenden Stellung, die Österreich eben im Rat der Verbündeten einge-

nommen hatte; es entsprach auch der historischen Auffassung Steins, die ihm eine Trennung Österreichs, des langjährigen Trägers der Kaiserkrone, von Deutschland als undenkbar erscheinen und ihn selbst zu künstlichen Mitteln greifen ließ, um das weniger deutsche Land an das neue Reich zu fesseln. Wohl dachte er jetzt hoch von Preußen, das „stark ist durch die Tugend, welche die Nation, die Tapferkeit, welche sein Heer bewies"; den deutschen Beruf dieses Staates hatte er noch nicht erkannt.

So wesentlich diese Denkschrift für die Kenntnis der politischen Ansichten Steins ist, so wenig entsprach sie der Lage der Dinge. Sie konnte Österreichs Beifall nicht finden, dessen Minister ein deutsches Einheitsreich nicht für wünschenswert hielt, noch Preußens Zustimmung, das dem ererbten Einfluß auf die norddeutschen Staaten nicht entsagen wollte; sie entsprach auch nicht mehr den Meinungen Alexanders, der sich Metternich gegenüber längst nach einer andern Richtung hin verpflichtet hatte. So ist sie ohne jeden Einfluß auf die Entwickelung der deutschen Angelegenheiten geblieben. Der Vertrag von Teplitz, den Metternich, Hardenberg und Nesselrode am 9. September unterzeichneten, enthielt die Bestimmung, daß den deutschen Mittelstaaten nach Auflösung des Rheinbundes une indépendance entière et absolue zugebilligt werden sollte. Und im Vertrag von Ried, den einen Monat später Metternich mit Bayern abschloß, verbürgte er diesem Staat zum Dank für seinen Abfall von Napoleon, daß ihm der Genuß seiner vollen Souveränität und sein Besitzstand erhalten bleiben sollte.

Indessen war der Kampf von neuem begonnen worden; Österreichs Truppen waren in den Krieg eingetreten, und die Monarchen hatten sich nach Böhmen begeben. Stein war

ihnen zunächst nach Prag gefolgt; dort erhielt er die Kunde von den Thaten der schlesischen Armee, den Siegen von Großbeeren und Dennewitz, den Kämpfen von Dresden und Kulm. Die Angriffe Napoleons waren zurückgeschlagen worden; größere Dinge standen bevor. Um so dringender wurde die Notwendigkeit, für die zu besetzenden Landesteile von neuem eine gemeinsame Verwaltung zu schaffen und so besonders die Verpflegung der Heere und die Requisitionen einheitlich zu ordnen. Um die Mitte des Septembers lud ihn Hardenberg ins Hauptquartier nach Teplitz ein; er wußte seinen feurigen Patriotismus als Verbündeten gegen Metternich zu schätzen. Noch näher war ihm durch vielfachen Verkehr in Prag Humboldt getreten, der, wie er selbst sagt, unendliche Achtung und Liebe für ihn hegte und ihn dringend bat, länger im Hauptquartier zu verweilen: „Ihre Ideen, Ihr Anstoß, Ihr Feuer fehlen uns oft", schrieb er wenige Tage später, „und die Sache ist ja jetzt in ihrem prägnantesten Moment." Es handelte sich um die Befugnisse des Centralverwaltungsrats; Hardenberg suchte Stein und Metternich einander zu nähern, freilich mit geringem Erfolg: während Stein von Teplitz nach der Lausitz reiste, um dort die Verwaltung zu ordnen, gelang es Metternich, die Genehmigung der von Humboldt entworfenen Instruktion für den Verwaltungsrat vorläufig zu hintertreiben.

Indessen näherte sich das gewaltige kriegerische Drama seinem Ende; die Leipziger Schlacht entschied das Schicksal Napoleons. „Da liegt nun", schrieb jubelnd und zugleich erschüttert Stein, „das mit Blut und Thränen so vieler Millionen gekittete, durch die tollste und verruchteste Tyrannei aufgerichtete ungeheure Gebäude zu Boden; von einem Ende Deutschlands bis zum andren wagt man es auszusprechen, daß Napoleon ein Bösewicht und der Feind des menschlichen Geschlechtes ist . . . . die Vorsehung ist gerechtfertigt durch das große Gericht, das sie über das Ungeheuer ergehen ließ."

Als er auf dem Markt zu Leipzig mit Gneisenau zusammentraf, schwuren sich beide zu, dieser Krieg solle nur mit der Entthronung Napoleons endigen.

Am 20. Oktober war Stein in Leipzig angekommen und von Alexander, der ihm bereits in Teplitz den Andreasorden, „den ersten Orden Rußlands", verliehen hatte, mit einer Umarmung empfangen worden. Am 21. Oktober wurde der Vertrag über die Bildung eines Centralverwaltungsrats von den drei Mächten genehmigt und, obwohl sich Metternich gegen die Ernennung eines Mannes verwahrte, der unter unmittelbarer Einwirkung der revolutionären Partei gestanden habe, Stein zum Haupt dieser Behörde mit umfassender Machtvollkommenheit ernannt. Die neugeschaffene Behörde war wesentlich verschieden von dem ersten Centralverwaltungsrat: jener erhielt zwar unbeschränkte Vollmachten, war aber mehrköpfig; jetzt wurde Stein zwar verpflichtet, einem Ministerrat der verbündeten Mächte Rechenschaft abzulegen und in besonderen Fällen seine Befehle einzuholen, aber er sah sich nicht durch einen gleichstehenden Kollegen beschränkt. So übernahm er denn unter alleiniger Verantwortung die Verwaltung derjenigen von den Verbündeten besetzten Lande, die augenblicklich herrenlos oder deren Souveräne dem Bunde nicht beigetreten waren. Als Zwecke des Verwaltungsrats wurden auch diesmal bezeichnet: die Beschaffung des Unterhalts für die Heere und die Regelung des Lieferungswesens und der Geldzahlungen in den besetzten Ländern, die Organisation ihrer militärischen Hilfsquellen und ihre innere Verwaltung. Generalgouverneure, von Stein ernannt, sollten an die Spitze der herrenlosen Gebiete treten, Agenten des Verwaltungsrats an diejenigen Fürstenhöfe, welche dem Bunde beitreten würden, gesandt werden, um die Ausführung seiner Befehle zu überwachen. Der erste Generalgouverneur war Fürst Repnin, früher russischer Gesandter am Hofe Jeromes:

er übernahm Sachsen, dessen König als Gefangener nach Berlin geführt wurde.

Stein selbst blieb bis zum 9. November in Leipzig; dann folgte er dem Hauptquartier, nicht nur um die Vermittelung zwischen der Heeresleitung und der Civilverwaltung übernehmen zu können, sondern auch um im Stande zu sein, fortwährend seine sittliche Kraft für eine energische Kriegführung einzusetzen. Noch ehe er Sachsen verließ, war hier die Neubildung des Heeres durch General Thielmann und die Schaffung einer Landwehr begonnen, sowie die Erhebung einer Einkommensteuer vorbereitet. In Frankfurt angekommen, richtete er ein zweites und drittes Generalgouvernement ein, von denen das erstere Dalbergs bisheriges Großherzogtum Frankfurt, das letztere das Großherzogtum Berg umfaßte. Dagegen traten in den sächsischen und westfälischen Provinzen Preußens, in den hannöverschen Landen, die nun durch das früher preußische Ostfriesland und Hildesheim verstärkt wurden, in Braunschweig, Hessen, Oldenburg die alten Regierungen wieder ein. Der Sitz des Verwaltungsrats, zu dessen Geschäften Stein preußische, österreichische und russische Beamte berief, blieb in Frankfurt.

So war eine einheitliche Behörde geschaffen, um das bisher rheinbündnerische Deutschland zur Teilnahme am Kampf gegen seinen bisherigen Herrn heranzuziehen. Freilich war bei weitem nicht alles erreicht, was Stein geplant hatte. Er und Humboldt hatten gewünscht, daß man in den einzelnen Landschaften die Stände beriefe, wie es in Ostpreußen geschehen war: es war abgelehnt worden. Er hatte ferner beantragt, daß auch in Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Braunschweig, Anhalt und den sächsischen Herzogtümern die landesherrliche Gewalt vermöge des Eroberungsrechts suspendiert und ihre Verwaltung dem Centralrat untergeben würde. Solchen Absichten hatte Metternich schon

11*

dadurch die Spitze abgebrochen, daß er im Vertrag von Fulda dem König von Württemberg den Genuß seiner Souveränität zugesichert hatte, vorbehaltlich der Anordnungen, welche im künftigen Frieden zur Wiederherstellung und Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands getroffen werden würden. Man konnte die andren Staaten nicht anders behandeln als Württemberg; und so mußte man sich begnügen, in sämtliche Beitrittsverträge eine Klausel aufzunehmen, welche sie verpflichtete, sich den Anordnungen zu fügen, welche beim Friedensschluß zur Aufrechterhaltung der Sicherheit Deutschlands für notwendig erachtet würden. Das Unbestimmte des Verhältnisses, in welchem sich diese Staaten zur Centralverwaltung befanden, mußte die Verhandlungen mit ihnen erschweren; die Einrichtung einer Landwehr fand bei mehreren dieser despotischen Regierungen, zumal der württembergischen, Schwierigkeiten. Immerhin hat der Verwaltungsrat bedeutendes geleistet. Die Lieferungen und die Heeresverpflegung wurden, soweit es möglich war, geordnet und das Lazaretwesen geregelt. 17 Millionen Gulden zahlten die Fürsten als Beitrag zur Kriegführung, zunächst in Obligationen, welche in bestimmten Fristen zu tilgen waren. Etwas über 100,000 Mann Linientruppen wurden von den bisherigen Rheinbundstaaten, außer Bayern, aufgestellt, dazu noch Landwehr, sodaß Stein in seinem Schlußbericht vom 4. Mai 1814 die aufgestellten Truppen auf 165,384 Mann berechnen konnte; in den Landstrichen am Rhein hatte man sogar Vorkehrungen zur Errichtung eines Landsturms getroffen.

Was für eine gewaltige Stellung nahm Stein jetzt in denselben Gebieten ein, wo für ihn noch vor kurzem die napoleonische Ächtung gegolten hatte! Jetzt fanden sich Fürsten in seinem Vorzimmer ein; Abgeordnete der Hansestädte baten ihn um seinen Schutz gegen fremde Annexionsgelüste; in Frankfurt stellte er die alte Verfassung wieder her; in Waldeck schützte

er die Stände gegen die Neuerungssucht ihres Landesherrn. Nicht ohne Verachtung schaute er auf die „Sündflut der Prinzen und Souveräne" herab, die sich in Frankfurt zusammenfanden und, wie er meinte, „sehr erstaunt waren, daß man soviel Umstände mit ihnen machte und ihnen ein viel ehrenvolleres Dasein zugestand, als sie durch ihr erbärmliches Betragen verdient hatten." Dem deutschen Volke aber grub sich die Gestalt dieses Mannes ins Herz, des Märtyrers für die vaterländische Sache, des hoheitsvollsten unter den damaligen Staatsmännern, des einzigen von ihnen, der nicht für Sonderinteressen eines Einzelstaats, sondern für die Größe des ganzen Deutschlands stritt. Ist es zu verwundern, daß nach dem Kriege zurückgekehrte deutsche Offiziere einen damaligen Lehrer des Staatsrechts in allem Ernste fragten, ob nach den alten Reichsgesetzen Stein zum deutschen Kaiser gewählt werden könnte?

Indessen war die Koalition, welche sich gegen Frankreich gebildet hatte, an einem Punkte angekommen, der für ihren Fortbestand mancherlei Gefahren enthielt. Der erste Zweck, die Befreiung Deutschlands, war erreicht; von nun an waren ihre Ziele verschieden. Metternich kämpfte weder für die Entthronung Napoleons noch um Frankreich zu demütigen; seine größte Besorgnis war, daß „das Ergebnis der Zertrümmerung des französischen Kolosses eine ungeheure Machtvergrößerung Rußlands sein würde;" sein Ziel, die Herstellung des europäischen Gleichgewichts, schien ihm erreicht, wenn die Rheingrenze gewonnen war und Napoleon die Unabhängigkeit von Holland und Italien anerkannte. Ähnlich war die Haltung des Königs von Preußen und seines Staatskanzlers; noch Anfang Februar 1814 war Hardenberg von dem Gedanken Napoleon zu stürzen weit entfernt: noch damals riet er, eine abwartende Haltung den Bourbonen gegenüber einzunehmen, und machte darauf aufmerksam, daß, falls Napoleon die damals in Rede stehenden Friedensbedingungen annähme, niemand so-

viel Gewähr wie er für ihre Aufrechterhaltung bieten würde. Anders dachten die preußischen Patrioten; wollte man wirklich, schrieb empört Gneisenau, mit einem Bösewicht Frieden schließen, der alle alten Regenten beschimpft hatte? Nicht anders waren die Anschauungen Steins; er wurde nicht müde, das „glänzende und schöne Betragen" des Kaisers Alexander zu bewundern, der immer von neuem auf energische Fortsetzung des Krieges drang, „der einzig kräftig edel dasteht und die Ratschläge der Erbärmlichkeit und Schwäche von sich weist." Allerdings war er im Irrtum, wenn er das Verhalten des Kaisers vorwiegend aus sittlichen Motiven erklärte: man kann nicht zweifeln, daß Alexander den Sturz Napoleons vornehmlich zu dem Zwecke anstrebte, um die russische Vormachtstellung in Europa fest zu gründen und besonders seine polnischen Pläne durchführen zu können. In einem Punkte freilich stimmte auch Stein mit Alexander nicht überein: der Kaiser ging mit dem Plane um, Bernadotte an Napoleons Stelle auf den Thron von Frankreich zu setzen, natürlich um durch seinen Schützling selbst das Land zu beherrschen; es ist klar, daß Stein die Erhebung eines solchen Mannes für äußerst unheilvoll erachten mußte. Die vierte der Großmächte, England, gewann erst, seit der Minister des Auswärtigen, Lord Castlereagh, am 18. Januar im Hauptquartier eingetroffen war, eine entscheidende Stimme im Rat der Verbündeten. Durch Castlereagh kamen wesentliche neue Gesichtspunkte zur Geltung. Zunächst war Englands Politik darauf gerichtet, Belgien von Frankreich loszureißen, um durch seine Vereinigung mit Holland einen Staat zu schaffen, dem man einige Widerstandskraft gegen französische Angriffe zutraute. Andrerseits war England die erste Großmacht, welche die Rückkehr der Bourbonen für wünschenswert erklärte.

Während sich so in den politischen Zwecken der Verbündeten nach und nach bedeutende Gegensätze herausstellten,

herrschte über die zunächst zu ergreifenden militärischen Maßregeln keine größere Übereinstimmung. Nach langwierigen Beratungen siegte endlich die Ansicht der Österreicher: die große Armee zog nach Süden, um bei Basel den Rhein zu überschreiten und sich von da zunächst des Plateaus von Langres zu bemächtigen; Blücher sollte in der Mainzer Gegend über den Rhein gehen und, in südwestlicher Richtung marschierend, sich der Armee Schwarzenbergs nähern; Bülow war bereits mit Truppen der Nordarmee in Holland eingebrochen. Stein kam im Gefolge der Monarchen am 20. Dezember in Freiburg an; hier trat er das neue Jahr an, das, wie er hoffte, „den Untergang des Tyrannen und das Wiederaufblühen eines glücklichen Vaterlandes herbeiführen sollte.“ Am 9. Januar war er in Basel, wo er als Haupt des Verwaltungsrats Genfer Abgeordnete empfing und ihrer Stadt die Losreißung von Frankreich versprach. Ein von ihm ausgearbeiteter Plan für die Verwaltung der zu erobernden französischen Landstriche fand die Genehmigung der Monarchen; auch hier sollten Generalgouvernements geschaffen werden, welche sich der Marschrichtung der Armeen anschließen würden. Freilich waren die Bestrebungen, eine geordnete Verwaltung zu erhalten, nur in den früher deutschen Landen von Erfolg begleitet: hier herrschte Gruner in Trier, Sack, mit dem Stein einst gegen Daru gekämpft hatte, in Aachen; auch der russische Staatsrat Alopäus, der in Nancy befahl, erwarb sich große Verdienste. Im übrigen entfernten sich die französischen Beamten meist bei Ankunft der Heere, die Bevölkerung zeigte sich widerspenstig, und es gelang nur in geringem Maße, aus den besetzten Landen Geld zu ziehen und Verwaltung und Polizei zu regeln.

Am 22. Januar kamen Alexander und Stein im Hauptquartier Schwarzenbergs zu Langres an, zwei Tage später der erbitterte Feind und Landsmann Napoleons Pozzo di

Borgo, der seinen Einfluß bei dem Kaiser in demselben Sinne wie Stein benutzte, darauf die übrigen Monarchen und Minister. Hier war es, wo der Gegensatz der Parteien die größte Schärfe erreichte: Metternich war nicht geneigt, für Bernadotte Krieg zu führen, Alexander wollte sich nicht dazu verstehen, in die von Metternich geforderten Friedensunterhandlungen mit Napoleon einzutreten. Schon drohte der österreichische Minister, die Truppen seines Kaisers würden keinen Schritt weiter vorrücken; endlich gelangte man zu einem Kompromiß: die kriegerischen Unternehmungen sollten allein nach militärischen Rücksichten fortgesetzt, aber mit Napoleon Verhandlungen eröffnet werden; als Grundlage der Verhandlungen stellte man im allgemeinen die Rückkehr Frankreichs in die Grenzen vor der Revolution fest. Da siegte Blücher am 1. Februar bei La Rothière: Napoleons Hoffnungen wurden ebenso erschüttert wie die Kriegspartei im Hauptquartier der Verbündeten neu gestärkt; man hoffte in kurzem in Paris zu sein. Als daher Caulaincourt, der als Bevollmächtigter Napoleons zu Chatillon mit den Gesandten der Verbündeten verhandelte, am 9. Februar durch einen Brief an Metternich sich zur Annahme der vorgelegten Bedingungen erbot und einen Waffenstillstand vorschlug, verweigerte Alexander in Troyes seine Zustimmung. So war der Bestand des Bundes von neuem bedroht; aber der Widerstand des Kaisers war nicht von Dauer: unter dem Eindruck der glücklichen Gefechte, welche in jenen Tagen Napoleon den verschiedenen Korps des Blücherschen Heeres lieferte, gab er am 14. Februar seine Einwilligung zu der Unterzeichnung eines Präliminarfriedens.

Da war es eine glückliche Fügung, daß Napoleon im Vertrauen auf die letzten Erfolge und die Uneinigkeit der Verbündeten seine Ansprüche wieder steigerte und von neuem die Rheingrenze verlangte. Die Verhandlungen von Chatillon zogen sich ergebnislos hin und wurden am 19. März ge-

schlossen. In Chaumont wurden indessen die Bundesverträge der vier Mächte erneuert; während die große Armee zurückgegangen war, war Blücher nach Norden marschiert, hatte sich mit Bülow vereinigt und siegte bei Laon; am 21. März schlug Schwarzenberg den Feind bei Arcis sur Aube. Als dieser den verzweifelten Entschluß faßte, seine Armee nach Osten in den Rücken der Verbündeten zu führen, schlug endlich die Stunde des Zuges nach Paris. Wie gern ging Stein mit dem großen Hauptquartier, mit Kaiser Franz und Metternich, noch einmal zurück nach Dijon, da er wußte, daß jetzt die Armee, bei der sich Alexander und Friedrich Wilhelm befanden, nur nach militärischen Rücksichten handeln würde. Indessen entschied sich auch die Frage des französischen Thrones. Stein war immer für die Bourbonen eingetreten, aus Rücksichten der Legitimität wie deshalb, weil „kein eminenter, hochemporragender Mann vorhanden war, um eine neue Dynastie zu gründen", eine vormundschaftliche Regierung aber an Stelle des Sohnes Napoleons äußerst bedenklich schien. Jetzt beschloß in Bar sur Seine am 21. März eine Konferenz, an der Metternich, Hardenberg, Castlereagh und Nesselrode teilnahmen, die Unterstützung der Bourbonen, und Stein ermächtigte den Generalgouverneur von Nancy, Alopäus, den dort angekommenen Grafen von Artois in jeder Weise zu unterstützen, ja die Bildung bewaffneter Korps zu gestatten und ihm Vorschüsse zu machen. Wenige Tage noch, und Paris war genommen, Napoleon entsetzt. „Der Mensch ist zu Boden", schrieb Stein an die Gattin; „erbieten wir die Huldigung unserer tiefen und ewigen Dankbarkeit dem Kaiser Alexander, dem Führer dieser Unternehmung, von deren glücklichem Gelingen die Wiedergeburt Europas beginnt." Am 10. April kam auch Stein in Paris an.

X.

Zwei Jahre war es nun her, daß Stein in die Nähe des Kaisers Alexander berufen worden war. Jenem Rufe dankte er es, daß er „einen nützlichen und wohlthätigen Anteil an den Ereignissen hatte nehmen dürfen, durch welche der Welt der Friede wiedergegeben war"; jenem Rufe dankte es der Kaiser, daß er einen Mann gewonnen hatte, der gewohnt war, immer das Edelste zu erstreben und furchtlos die Wahrheit zu sagen, der ihm zugleich persönlich eine Anhänglichkeit widmete, die noch andauerte, als beide in ihren politischen Zielen nicht mehr übereinstimmten. Denn der Trennungspunkte waren immer mehr geworden. Von Bernadottes Erhebung hatte Stein nichts wissen wollen; Alexander dagegen hatte sich erst spät zu den Bourbonen bekehrt. Daß dieser ferner Napoleon die Insel Elba bestimmte, die „zwei unruhigen Ländern benachbart" war, hat Stein nicht weniger heftig als Metternich getadelt. Er mußte es bedauern, daß sein Antrag, den Franzosen eine Kriegssteuer aufzuerlegen, von Alexander ebenso abgelehnt wurde wie sein Versuch, Straßburg und Landau für Deutschland zu gewinnen. So hatte Stein mancherlei Grund zur Mißstimmung; dazu kam die drückende Besorgnis, daß das Zeitalter der kriegerischen Verwickelungen noch nicht zu Ende sei, eine Besorgnis, die durch seine Pariser Eindrücke noch gesteigert wurde: er fand den Geist des französischen Volkes „unsittlich, aufrührerisch und ohne Folge" und befürchtete neue Friedensstörungen. Immerhin überwog das Gefühl des Glückes; er war am Ende eines „sehr anziehenden Abschnitts seines Lebens"; jetzt konnte er „in seine Häuslichkeit zurücktreten nnd die Unabhängigkeit und die für sein Alter so wünschenswerte Ruhe genießen".

An einem Geschäft wünschte er noch teilzunehmen, und auch dieses, so hoffte er, würde bald erledigt werden: an der Beratung über die Grundlagen der deutschen Verfassung. Die deutschen Angelegenheiten hatten in den letzten Monaten ein etwas bestimmteres Aussehen gewonnen; zunächst hatte die Ministerkonferenz von Langres beschlossen, Deutschland solle aus einem Bunde unabhängiger Fürsten bestehen, der so gestaltet werden solle, daß er seine Unabhängigkeit verbürge; darauf hatte der Bundesvertrag von Chaumont verheißen, der neue Bund solle auf solchen Grundlagen aufgeführt werden, welche geeignet seien, dem Gesamtverein Kraft zu geben, und jeder Bundesstaat unter den Schutz einer Verfassung gestellt werden, die seine staatliche und bürgerliche Freiheit gewährleiste.

Damit waren allerdings die Ziele bezeichnet, welche Stein immer angestrebt hatte: Widerstandsfähigkeit nach außen, verfassungsmäßiger Schutz im Inneren; aber waren sie noch erreichbar? Der Gedanke einer Teilung nach der Mainlinie war zu Boden gefallen; der Vorschlag Steins, einen engeren Bund zu schaffen, diesen durch Personalunion mit Österreich und beide durch einen weiteren Bund mit Preußen zu vereinigen, war ebenso unausführbar gewesen. War in einem Staatenbunde, wie er nun allein übrig blieb, der zwei Großstaaten umschloß, eine straffere Einigung möglich? Wilhelm von Humboldt hegte die Hoffnung, daß sich auf die „feste, durchgängige, nie unterbrochene Übereinstimmung und Freundschaft Österreichs und Preußens“ ein Bundesverhältnis gründen ließe, das ganz Deutschland umfaßte. Die Geschichte hat freilich bewiesen, daß diese Übereinstimmung nur solange bestanden hat, als sich Preußen die Unterordnung unter Österreichs Willen gefallen ließ.

Stein hatte in Frankfurt mit Humboldt öfter über die Zukunft Deutschlands verhandelt. Gewiß war dieser weit

anders geartet als er selbst: eine Denkernatur, welche die Dinge in ihrem tiefsten Kern zu erfassen suchte, zum Grübeln geneigt, ohne den lebhaften Glauben an die rettende Macht der That, der Stein erfüllte; aber Edelsinn und ein warmes Herz für Deutschland besaßen sie beide. Stein hat sich nie zu dem Humboldt'schen Glauben bekehrt, „Deutschlands Richtung sei, ein Staatenverein zu sein" — eine Ansicht, die auf Metternichs noch 1855 ausgesprochene Überzeugung herauskommt, daß „auf den Begriff der Aufrechterhaltung der deutschen Nationalität die Form eines Staatenbundes allein anwendbar sei" —; aber er hat sich doch in mehreren Punkten von ihm beeinflussen lassen: wir erkennen es aus der dritten großen Denkschrift, die er über die Neuordnung Deutschlands geschrieben hat. Sie ist in Chaumont im März 1814 abgefaßt worden. Er verzichtet hier auf den beherrschenden Einfluß eines Staates, aber nicht auf die Bildung einer Behörde für die Exekutivgewalt: er konstruiert sich ein Direktorium, an welchem nur Österreich, Preußen, Bayern und Hannover Anteil haben; ihm wünscht er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, zumal das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, sodann die Leitung des Reichstags und die Ausführung seiner Beschlüsse, die Aufsicht über die Bundeseinrichtungen, über die Beziehungen zwischen den Bundesstaaten sowie zwischen den Fürsten und ihren Unterthanen, endlich auch über das Militärwesen anvertraut zu sehen. Als gesetzgebende Versammlung soll der Exekutivbehörde ein Reichstag zur Seite treten, der in einer Kammer Abgeordnete der Fürsten und freien Städte und solche der Landstände der Einzelstaaten vereinigt: ihm wird die Bundesgesetzgebung zugewiesen, die Auflegung von Steuern, die Ernennung von Ausschüssen, um Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten oder zwischen Fürsten und ihren Unterthanen zu entscheiden. Die Landstände, welche in allen Bundesstaaten zu bilden sind,

erhalten das Recht der Beschlußfassung über Steuern und Landesgesetze, im gegebenen Falle auch der Beschwerde über ihren Landesherrn. Als Rechte, welche jedem Deutschen zustehen, werden bezeichnet das Recht der Auswanderung, der freien Dienstwahl in ganz Deutschland, auch eine gewisse Preßfreiheit, nämlich das Recht, Beschwerden gegen die Behörde drucken zu lassen; ferner werden gesetzliche Bestimmungen gegen willkürliche Verhaftungen und Anerkennung des geistigen Eigentums verlangt. Es sei noch hinzugefügt, daß er neben dem Rheinoctroi die Grenzzölle dem Bunde vorbehält, — womit gesagt ist, daß er ein einheitliches deutsches Wirtschaftsgebiet schaffen wollte; daß er die Domänen der Einzelstaaten dem Unterhalt des Landesherrn zuweist; endlich daß er, um die Mediatisierten und die früheren Reichsritter für die verlorene Landeshoheit zu entschädigen, für sie das Recht verlangt, als Standesherren in den Kammern der Einzelstaaten zu sitzen.

Man wird bezweifeln dürfen, ob von einem vierköpfigen Direktorium ein kräftiges Handeln zu erwarten war; aber war die Aufgabe überhaupt lösbar, diesen Bundesstaat mit einer kraftvollen Exekutive auszustatten? Jedenfalls suchte Stein die Zentralgewalt zu stärken; er wünschte sie durch eigene Einnahmen unabhängig von den Einzelstaaten zu machen, er verlieh ihr ein Aufsichtsrecht über deren Truppen und innere Verhältnisse. Nimmt man hinzu, daß er überall Stände verlangt und diesen ein Beschwerderecht gegen ihre Landesherrn zugesteht, so sieht man, welcher Gedanke ihn beherrscht: wenn er auf die Bildung eines Einheitsreichs verzichten und mit einem Bunde vorlieb nehmen muß, so will er wenigstens alles thun, um dem despotischen Regiment der deutschen Fürsten ein Ende zu machen. Im Anschluß an diese Denkschrift und an einen darauf bezüglichen Aufsatz des Grafen Münster hat nun wirklich eine Ministerkonferenz in

Paris über die deutsche Frage beraten; sie nahm eine öffentliche Erklärung über die jedem Deutschen zustehenden persönlichen Rechte und über ein Minimum von Befugnissen, die den Ständen zuzubilligen seien, in Aussicht. Darauf entwickelte Humboldt den Vorschlag, die Großmächte möchten sofort in Paris eine Verabredung über die Grundlagen treffen, auf denen sich das Gebäude des neuen Bundes aufbauen solle; auf Grund dessen könnte die endgiltige Ausarbeitung der Bundesverfassung einem Ausschuß der vier größten deutschen Staaten anvertraut werden, und an die Sitzungen dieses Ausschusses würde sich dann unmittelbar und noch vor Schluß des Jahres der erste deutsche Reichstag anschließen. Aber die von ihm gewünschten Beratungen der Großmächte fanden nicht statt; die Pariser Friedensurkunde enthielt über Deutschlands Zukunft nichts als die Verheißung, daß die Staaten Deutschlands unabhängig und durch ein föderatives Band geeinigt sein sollten; die Erörterung auch dieser Frage wurde dem Kongreß vorbehalten, der zu Wien stattfinden sollte.

Während sich nach Abschluß des Friedens die Monarchen und ihr Gefolge von Staatsmännern und Generälen nach England begaben, um Siegesfeste zu feiern, kehrte Stein in die Heimat zurück. Am 10. Juni kam er in seinem Nassau an, jubelnd begrüßt von seinen Landsleuten. Aber nur wenige Tage blieb er dort, um notwendige Anordnungen zur Herstellung seines Hauswesens zu treffen. Dann begab er sich nach Frankfurt, wohin ihn die Geschäfte der Zentralverwaltung riefen; denn noch waren die Gebietsfragen nicht entschieden, und Sachsen einerseits, Fulda, Frankfurt, das Fürstentum Isenburg, Wetzlar andrerseits blieben auch ferner seiner Verwaltung unterstellt. Die sächsischen Verhältnisse machten besondere Schwierigkeiten; die unsichere Zukunft des Landes, dessen König sich noch in Gefangenschaft befand, und das von Rußland und Preußen als Entschädigung für das

letztere in Aussicht genommen war, hatte eine Menge von Umtrieben zur Folge. Hier in Frankfurt traf im Juli auch Hardenberg ein; er hatte auf Grund der bisherigen Denkschriften einen neuen Entwurf der Bundesverfassung ausarbeiten lassen, und, während sich Humboldt bereits als preußischer Gesandter in Wien befand, fanden zwischen Stein und Hardenberg Erörterungen statt, deren Ergebnis den Wiener Beratungen als Grundlage dienen sollte.

Hardenberg fußte bei diesen Verhandlungen auf einer Denkschrift Humboldts. Dieser hatte das von Stein vorgeschlagene vierköpfige Direktorium angenommen, nur mit der Änderung, daß er den beiden Großstaaten je zwei, Bayern und Hannover je eine Stimme darin zuweisen wollte. Als preußischer Staatsmann hatte Humboldt nicht umhin gekonnt, auch in andren Punkten die Sonderinteressen Preußens zu vertreten: er hatte für beide Großmächte das Recht selbständiger Allianzen mit fremden Mächten vorbehalten; er hatte die von Stein geforderte Überlassung der Zolleinnahmen an den Bund verworfen — wie hätte auch Preußen auf seine wirtschaftliche Selbständigkeit verzichten können! Man wird endlich nicht fehlgehen, wenn man aus dem Wunsche, Preußens Einfluß zu stärken, auch den Vorschlag ableitet, Deutschland in vier Kreise zu teilen, die unter der Leitung der vier Direktorialstaaten stehen sollten. Diesen „Kreisobersten" dachte er eine bedeutende exekutive Vollmacht, sowie die Überwachung der Militär- und Justizorganisation der ihnen untergebenen Staaten zuzuweisen: es war anzunehmen, daß Preußen auf diese Weise in einem bedeutenden Teile Norddeutschlands einen überwiegenden Einfluß erhalten würde.

Humboldt ist nach Stein der eifrigste Vertreter des Bundesgedankens: immerhin traten in seinem Entwurfe die preußischen Sonderrücksichten in einen klaren Gegensatz zu den Wünschen Steins, der nur an ganz Deutschland dachte. Indessen hatte

Hardenberg von demselben Gesichtspunkt aus eine neue Änderung vorgeschlagen: er wünschte die Wiederherstellung des früher von Humboldt vorgeschlagenen Direktoriums der beiden Großmächte anstatt der vierköpfigen Exekutivgewalt; daneben würde ein „Rat der Kreisobersten“ treten, welche also außer ihrer ausführenden Gewalt auch eine beschließende Behörde bilden sollten, und in dem er sich neben Österreich und Preußen auch die Mittelstaaten vertreten dachte; ein „Rat der Fürsten und Stände“ endlich sollte die allgemeine Bundesversammlung bilden. Man wird es begreiflich finden, daß Stein diese Dreizahl von Behörden zu unbehilflich fand und die einfache Scheidung in ein Direktorium von vier oder fünf Staaten und eine allgemeine Bundesversammlung vorzog. Wenn er hiermit nicht durchdrang, so gab ihm Hardenberg in einem anderen, wesentlichen Punkte nach. Es waren die bereits für Steins Denkschrift vom August 1813 bestimmenden Besorgnisse, daß Österreich der Einführung ständischer Einrichtungen einen unüberwindlichen Widerstand entgegenstellen würde, welche ihn zum zweiten Mal zu dem Versuch bestimmten, Österreich und dann natürlich auch Preußen vom übrigen Deutschland zu trennen. So schlug er denn vor, daß von Preußen nur die Länder westlich der Elbe, von Österreich nur Salzburg, Tirol und die etwa am Rhein ihm zufallenden Lande zu Deutschland gerechnet werden sollten. Auf Grund dessen arbeitete Hardenberg einen neuen Entwurf aus, nach welchem der Umfang des Bundes im Sinne Steins beschränkt wurde: in den einzelnen Bundesstaaten würden ständische Einrichtungen geschaffen werden und jeder Deutsche bestimmte persönliche Rechte genießen. Österreich und Preußen schließen mit diesem Bunde eine unauflösliche Vereinigung; sie wahren sich aber zugleich einen bestimmenden Einfluß auf die inneren Verhältnisse Deutschlands, indem sie gemeinsam das Direktorium führen und in

je zwei von den sieben zu schaffenden Kreisen das Amt des Kreisobersten verwalten.

So ist ein Entwurf zustande gekommen, verwickelt und schwerfällig, von vornherein aussichtslos; entstanden unter dem Druck der Besorgnis, daß Österreichs Sonderinteressen alle Pläne deutscher Einheit zu nichte machen würden; ein Zeugnis für Steins rastlose Bemühungen, aber auch für die Unmöglichkeit, damals ein deutsches Reich zu gründen. Die preußischen Staatsmänner, welche der Hoffnung lebten, Österreich werde Preußens gleiches Recht im Bunde ehrlich anerkennen, standen ebenso wenig auf dem Boden der Thatsachen wie Stein, wenn er Österreichs und Deutschlands Interessen künstlich zu versöhnen suchte. Die Stunde für die Einigung Deutschlands war noch nicht gekommen.

Am 15. September traf Stein in Wien ein; Kaiser Alexander selbst hatte ihn aufgefordert, sich an den Arbeiten des Kongresses zu beteiligen. Aber er kam nicht als Beauftragter des Kaisers, sondern „eine Macht für sich;“ ein Vertrauensmann Alexanders, der seinen Rat benutzte, ohne ihn zu Diensten zu verwenden; ein Staatsmann, der nur selten unmittelbaren Anteil an den Berathungen nahm, aber mittelbar den größten Einfluß auf sie ausübte; der nicht die Sondervorteile eines Staates vertrat, sondern ihre widersprechenden Ansprüche dem Heile Deutschlands und — man darf es sagen — Europas dienstbar zu machen suchte. Daraus erklären sich die Vorzüge und Nachteile seiner Stellung: seine absolute Unabhängigkeit, die ihn in die Lage versetzte, ohne Scheu in jedem Falle seine Stimme für Recht und Billigkeit, für die höchsten Bedürfnisse der deutschen Nation zu erheben; auf der andren Seite der Nachteil, daß er für seine Ansichten und Wünsche nicht die Machtmittel einer Großmacht

ins Feld führen konnte, daß er oft erst nachträglich, bisweilen überhaupt nicht erfuhr, was beschlossen wurde; ja daß er, weil er für keines Einzelstaats praktische Bedürfnisse einzutreten hatte, in seinen Entwürfen zuweilen den Boden der realen Verhältnisse verlor und Pläne machte, die mehr seinen Hoffnungen als der Lage der Dinge angepaßt waren.

Mit den preußischen Staatsmännern Hardenberg und Humboldt stand er fortwährend in nahem Verkehr, ohne doch von dem ersteren viel zu erwarten. Er hatte den Mangel an Tiefe und Festigkeit, der bei aller Empfänglichkeit für bedeutende Gedanken, bei aller diplomatischen Gewandtheit diesem Mann innewohnte, bei mehr als einer Gelegenheit erkannt: „er flickt lieber, als daß er heilt", schrieb er, „und ist, ohne sich's zu gestehen, ein despotischer Büreaukrat." Von den russischen Diplomaten waren ihm Rasumowsky und der Grieche Capodistria, ein Mann, der „Scharfsinn, Feinheit, Mäßigung und Ruhe besitzt," sympathische Persönlichkeiten, noch mehr der Corse Pozzo di Borgo, der Steins Achtung von ganzem Herzen erwiderte; weniger der Pole Fürst Czartorysky, dessen polnische Pläne er für unheilvoll erachtete, am wenigsten Graf Nesselrode, über dessen Mittelmäßigkeit und Unselbständigkeit in der diplomatischen Welt ziemliche Übereinstimmung herrschte. Im schärfsten Gegensatz fühlte er sich immer zu Metternich; wenn er seinen Verstand, seine Gewandtheit und Liebenswürdigkeit anerkannte, so waren ihm die Frivolität, mit der er die wichtigsten Geschäfte zu behandeln schien, sein Mangel an Tiefe, an Kenntnissen, an Arbeitsamkeit, an Wahrhaftigkeit um so unangenehmer. Für Metternichs getreuen Diener und Anbeter Gentz hatte er keine andre Charakteristik als die Worte: „ein Mensch von vertrocknetem Gehirn und verfaultem Herzen." Was den Minister Großbritanniens anlangt, Lord Castlereagh, so fand er in ihm einen kalten Charakter, einen sehr gewöhnlichen Verstand und eine große Unkenntnis der Interessen des

Festlandes. Daß ihm ein Mann wie Talleyrand ein Gegenstand des Abscheus war, braucht kaum gesagt zu werden; noch verächtlicher freilich war ihm der zweite Gesandte Frankreichs, der frühere Fürst Primas Dalberg.

Zu den Monarchen und Diplomaten der Großmächte traten die Vertreter der kleineren Staaten: der Kronprinz von Württemberg, der sich im Befreiungskriege Lorbeeren erworben hatte und mit Stein gute Beziehungen pflog; der Großherzog von Baden, ein Fürst von unglaublicher Trägheit und Indolenz, der sich nicht entschließen konnte, durch Begründung einer ständischen Verfassung dem Willkürregiment ein Ende zu machen, und es sich daher gefallen lassen mußte, fortwährend von Stein bei seinem Schwager Alexander von Rußland verklagt zu werden. Dazu der Kronprinz von Bayern, der sich schon in Frankfurt an Stein angeschlossen hatte, begeistert für „teutsches Wesen", während der diplomatische Vertreter Bayerns, der Feldmarschall Wrede, einen möglichst anmaßenden Ton für das beste Mittel hielt, um die Gebiets- und Souveränitätsansprüche Bayerns durchzusetzen; sodann der Geschäftsträger des Hauses Oranien, der Freiherr von Gagern, der sich einst Stein, wenn er der Luther Deutschlands werden wollte, als Melanchthon angeboten hatte, ein Mann, der in merkwürdiger Weise romantische Sympathien für das alte Kaiserreich mit dem Bestreben vereinigte, dem neuen König der Niederlande möglichst viel Land zuzuwenden; dazu die Masse der Diplomaten der kleinen Staaten, die mit mehr oder weniger Geschick für die Interessen ihrer Auftraggeber eintraten.

Es waren außerordentlich viele und schwere Aufgaben, denen sich die versammelten Diplomaten Europas gegenübersahen. „Europa ist in ihren Händen durch Gottes Gnade; was werden sie daraus machen?" hatte Pozzo di Borgo an Stein geschrieben. Würde der große Neubau des europäischen Staatensystems vor sich gehen, ohne daß die noch eben gegen

den Usurpator Verbündeten die Waffen gegen einander erhöben? Es galt, das Schicksal des Herzogtums Warschau und die Westgrenze Rußlands festzustellen; Preußen für seine Einbuße an polnischem Gebiet zu entschädigen; Bayern für Tyrol und Salzburg, die es Österreich zurückgab, einen Ersatz zu verschaffen; die Grenzen des neuen Königreichs der Niederlande zu bestimmen; die schwedisch-dänischen Verwickelungen zu beenden; der Schweiz ihre zukünftige politische Stellung anzuweisen; endlich die neue Verfassung Deutschlands und diejenigen Beschränkungen der Souveränität festzustellen, welche sich jeder deutsche Staat im Interesse der Allgemeinheit auferlegen lassen mußte.

Bereits am 17. September machte Stein dem russischen Kabinett Vorschläge über die Behandlung der deutschen Angelegenheiten. Als erstes Erfordernis erschien ihm die Fernhaltung Frankreichs von diesem Teil der Verhandlungen; um diese begründen zu können, riet er, daß auch Rußland sich der unmittelbaren Teilnahme daran enthalte. Andrerseits wünschte er die deutschen Mittelstaaten auszuschließen: „die großen Mächte sind es, welche ihr sittliches und physisches Dasein aufs Spiel gesetzt, welche unermeßliche Anstrengungen gemacht, deren Völker Ströme Bluts vergossen haben, indessen das Betragen der andren Fürsten feindlich war“. Österreich, Preußen und Hannover müsse die Entscheidung der Verfassungs- und Gebietsfragen überlassen werden; „hat man die Grundlagen der Verfassung festgesetzt, so kann man die beteiligten Einzelnen hören, ihre Einwürfe besprechen, und sie werden verbunden sein, sich sodann der Entscheidung der großen Mächte zu fügen“. Aber der Vorschlag wurde nur teilweise angenommen; der Ausschuß zur Beratung der deutschen Angelegenheiten wurde allerdings nur aus deutschen Staaten gebildet, aber Bayern und Württemberg hinzugezogen. Als Grundlage für seine Verhandlungen, welche am 14. Oktober

begannen, diente ein Entwurf in 12 Artikeln, welcher von Österreich, Preußen und Hannover auf Grund der Frankfurter Abmachungen vereinbart war. Freilich hatte man bereits starke Änderungen vorgenommen; die von Stein gewünschte, von Hardenberg genehmigte Beschränkung des Bundesumfangs hatte man ohne weiteres fallen lassen; statt sieben wurden fünf Kreise unter Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Hannover als Kreisobersten vorgeschlagen; das preußisch-österreichische Direktorium hatte man wieder aufgegeben und verlangte anstatt dessen für die Großmächte je zwei Stimmen im Rat der Kreisobersten. Aber es stellte sich bald heraus, daß in diesem Programm nur ein Punkt war, der sich von vornherein der Zustimmung Bayerns und Württembergs erfreute: die Schaffung des Amtes der Kreisobersten, welches ihnen einen bedeutenden Machtzuwachs verhieß und eine neue Mediatisierung von Kleinstaaten einzuleiten schien. Im übrigen verwahrte man sich gegen jede Beschränkung der Souveränität, mochte sie zu gunsten des Bundes, mochte sie zu gunsten landständischer Versammlungen gefordert werden; man wollte ebensowenig auf das Recht einer selbständigen äußeren Politik verzichten, wie den Ständen ein Beschwerderecht beim Bunde einräumen; man erklärte sich dagegen, daß Österreich und Preußen im Rat der Kreisobersten je zwei Stimmen führten, und erreichte den Gipfel der Anmaßung, indem man die Schaffung eines zweiten Rats, in welchem die übrigen Fürsten vertreten wären, überhaupt für überflüssig erklärte.

So war denn eingetreten, was Stein von der Zuziehung Bayerns und Württembergs befürchtet hatte; die Verhandlungen kamen ins Stocken. Die Aussichten für die deutsche Einheit verdunkelten sich noch mehr durch das Verhalten Metternichs. Zwar unterstützte er die Bestrebungen der preußischen Staatsmänner, eine Verfassung zu schaffen, die diesen

Namen verdiente; aber man bemerkte doch bald, daß er bei diesen Bemühungen Preußen den Vortritt ließ, und man erkannte auch den Beweggrund, der ihn dabei leitete: so erschien Preußen als der lästige Dränger, und Österreich konnte bei Gelegenheit die Rolle des Beschützers übernehmen. Wie Stein zu dem „seichten und frivolen“ Metternich von Anfang an kein Vertrauen gehabt hatte, so war er jetzt empört über das Verhalten der süddeutschen Königreiche. Sollte der Befreiungskampf gegen den äußeren Feind kein andres Ergebnis haben, als daß im Inneren der despotische Druck fortdauerte! Er suchte zunächst durch die Presse auf die Volksstimmung zu wirken und beeinflußte den Görres'schen Rheinischen Merkur in seinem Sinne. Aber er hielt es doch zugleich für angezeigt, stärkere Mittel zu gebrauchen. Am 4. November wandte er sich an Kaiser Alexander und schlug vor, an Österreich, Preußen und Hannover eine vertrauliche Note zu senden und sie aufzufordern, an den von ihnen ausgesprochenen Verfassungsgrundsätzen festzuhalten. Er fügte zugleich den Entwurf zu einer solchen Note bei; als diesen Alexander zu weitläufig und zu bitter fand, kürzte und milderte er ihn, und so ging die Note am 11. November ab. Auf der anderen Seite aber suchte er durch Vermittelung des nassauischen Ministers von Marschall Fühlung mit den Ministern der kleineren Staaten zu gewinnen, welche sich dadurch, daß sie zu den Beratungen über die Bundesverfassung nicht hinzugezogen waren, zurückgesetzt fühlten und unter Leitung Gagerns in gemeinsame Beratungen eingetreten waren; Stein wünschte sie zu bestimmen, in einer gemeinsamen Erklärung für die Einrichtung ständischer Verfassungen und für die gesetzliche Feststellung der jedem Unterthanen zustehenden Rechte einzutreten. Und allerdings enthielt die Protestnote, welche am 16. November von 29 Fürsten und Städten überreicht wurde, eine Erklärung über die Rechte, welche den Landständen der Einzelstaaten

notwendig einzuräumen seien; aber sie enthielt mehr: sie forderte für die Kleinstaaten das Recht, bei der Neugestaltung Deutschlands mitzuwirken, und ersuchte die beiden Großmächte, ihnen darüber Vorschläge zu machen; sie sprach sich endlich für die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde aus.

Daß diese Note über Steins Wünsche weit hinausging, ist unzweifelhaft. Den Gedanken, einem Kongreß sämtlicher deutschen Staaten die Beratung über die Grundlagen der Bundesverfassung anzuvertrauen, konnte er nicht anders als bekämpfen. Andrerseits verwarf er den Inhalt der Note nicht unbedingt; wie hätte es ihm, der noch vor einem Jahre für ein österreichisches Kaisertum eine Lanze gebrochen hatte, auch widerwärtig sein können, wenn dieser Gedanke neue Anhänger fand! Indessen übte das kleinstaatliche Begehren diesmal noch keine Wirkung. Ereignisse waren eingetreten, welche die deutsche Frage überhaupt in den Hintergrund drängten; am 16. November wurden, nachdem Württemberg neue Schwierigkeiten gemacht hatte, die Beratungen des Ausschusses suspendiert. Bis zu ihrer Wiedereröffnung übernahm es Humboldt, das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen in eine übersichtliche Form zu bringen.

Es war die polnische Frage, eng verbunden mit der sächsischen, welche eine überwiegende Bedeutung gewonnen hatte. Der Vertrag von Breslau hatte sich über die künftige russische Westgrenze nur sehr unbestimmt ausgedrückt; auch bei den Pariser Verhandlungen hatte es Hardenberg, trotz Steins dringendem Rat, versäumt, eine Regelung dieser wichtigen Angelegenheit zu verlangen. Jetzt zeigte sich, daß die Gebietsforderungen Alexanders umfassender waren, als man gedacht hatte: er verlangte nicht Warschau allein, sondern Thorn und Krakau. Zugleich hatte er vor, Polen durch Personalunion

mit Rußland zu vereinigen und ihm eine liberale Verfassung zu verleihen. Die Grenzforderung erschien ebenso wie die Absicht, ein konstitutionell regiertes Polen herzustellen, als eine unmittelbare Bedrohung des europäischen Friedens.

Stein hatte die Ansichten, die er bereits 1812 über die polnische Frage ausgesprochen hatte, nicht geändert. Nachdem er dem Kaiser bereits am 6. Oktober in einer Eingabe seine Bedenken vorgelegt hatte, hatte er am 19. Gelegenheit, sie in einer Unterredung mit ihm genauer zu entwickeln. Seine Ansicht ging dahin, daß die von Alexander verlangte Grenze Österreich wie Preußen gegenüber einen offensiven Charakter habe und eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts enthalte; daß andrerseits die beabsichtigte Verfassung undurchführbar sei, da Polen desjenigen Elements entbehre, das allein als Träger konstitutioneller Einrichtungen gelten könne, eines Bürgerstandes. Er fügte hinzu, daß die Gründung eines selbständigen polnischen Staates den Keim der Uneinigkeit zwischen dem despotisch regierten Rußland und dem verfassungsfreien Nachbarstaat enthalte und zu neuen Erschütterungen und Unruhen führen müsse, während sie in denjenigen polnischen Landesteilen, welche Preußen und Österreich zufielen, eine fortwährende Gährung erhalten werde. Bei diesen Ansichten konnte er Preußen nur den Rat geben, sich mit Österreich und England auf die Seite des bedrohten europäischen Gleichgewichts zu stellen; und als der König, welcher gegen jede diplomatische Trennung von Rußland die größten Bedenken hatte, am 5. November Hardenberg verbot, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren, empfand er dies „Abspringen von der verabredeten Linie" sehr unangenehm; es erschien ihm „schwach und unverständig." Er sah mit Betrübnis, wie die Hartnäckigkeit des Kaisers „den Geschäftsgang des Kongresses lähmte und den Samen der Eifersucht zwischen den Mächten ausstreute." Das Zerwürfnis in der

polnischen Frage war es, was die selbstsüchtigen Bestrebungen Bayerns und Württembergs förderte, und was zugleich auf die Verhandlungen über die deutsche Gebietsverteilung den übelsten Einfluß ausübte.

Zwei Fragen standen hier im Vordergrunde: wie Bayern für Salzburg und Tyrol, und wie Preußen für die polnischen Verluste zu entschädigen war. Metternich wünschte Bayern die unteren Mainlande mit Mainz zu verschaffen, was auf den Widerstand Preußens stieß. Dieses machte seinerseits auf Sachsen Anspruch und wurde hierin von Rußland unterstützt. Obwohl Alexander bereits in den Verhandlungen von Kalisch Sachsen als einen passenden Entschädigungsgegenstand für Preußen bezeichnet hatte, so waren die Verbündeten doch bei der erstmaligen Besetzung des Landes sehr schonend vorgegangen; als aber der König nach der Schlacht von Großgörschen in der schwächlichsten Weise zu Napoleon zurückkehrte, wurde die Ansicht allgemein, daß er die Strafe verwirkt habe, welche der Aufruf von Kalisch allen drohte, die sich den Verbündeten nicht anschließen würden. Preußische Schriftsteller verfochten Preußens Recht auf Sachsen; und Stein hatte sich sofort nach seiner Ankunft in Wien bemüht, die Zustimmung der Mächte dazu zu erlangen, daß die Verwaltung des Landes von dem Verwaltungsrat auf Preußen überginge: am 8. November legte Fürst Repnin sein Amt nieder, und preußische Beamte traten an seine Stelle. Für Stein war es zunächst klar, daß man auf Grund des Eroberungsrechts zur Besitznahme Sachsens berechtigt sei; die Erwägung lag nahe, daß sich, falls Frankreich gesiegt hätte, König Friedrich August nicht gesträubt haben würde, preußische Landesteile anzunehmen. Er fand andrerseits, daß Preußen, welches große polnische Gebiete an Rußland, an Hannover Ostfriesland und Hildesheim überlassen und Bayern gegenüber auf den Wiedererwerb von Ansbach und Bayreuth verzichten mußte, nirgend

anders zu entschädigen war als in Sachsen. Freilich stand diesem Plane zunächst die Abneigung Österreichs gegenüber: aber man wird nicht bezweifeln können, daß Preußen durch eine kluge und konsequente Politik in der polnischen Sache die Zustimmung der übrigen Mächte hätte erlangen können. Am 22. Oktober erklärte Metternich, unter der Bedingung, daß Preußen mit Österreich gemeinsame Sache mache und auf Mainz und die Lande südlich der Mosel Verzicht leiste, Österreichs Einwilligung in die Einverleibung Sachsens; und noch am 11. November wiederholte er sein Anerbieten. Der englische Minister Castlereagh ferner war persönlich davon überzeugt, daß das Bedürfnis Europas erfordere, Preußen stark zu machen, um ebenso französischen wie russischen Eroberungsgelüsten die Spitze bieten zu können. Er empfand keinerlei „moralische oder politische Abneigung" dagegen, Sachsen an Preußen zu überlassen.

Da fiel Preußen in der polnischen Angelegenheit von den übrigen Mächten ab und trat auf Rußlands Seite. Die Folge war zunächst eine Verstimmung Englands; sodann ein allmähliches Zurückweichen Metternichs von den gegebenen Versprechungen; endlich — und dies erschien Stein als das unheilvollste — ein wachsender Einfluß des französischen Botschafters Talleyrand, der mit dem größten Geschick die polnisch-sächsische Streitfrage benutzte, um den Bund der vier Mächte zu sprengen. Die Lage wurde immer gespannter; Stein trat das Schreckbild eines neuen Weltkrieges vor die Augen: welche Wirkungen hätte er haben müssen in einem Zeitpunkt, wo das erschöpfte Europa den Frieden nicht nur „zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes, sondern auch zur Wiederherstellung der durch den Druck der Franzosenherrschaft und den langen Kriegszustand schwer erschütterten Sittlichkeit" dringend brauchte! So war er denn bemüht, auf Alexander mäßigend zu wirken; und seinen Vorstellungen war es zum Teil zu danken, daß

dieser insofern nachgab, als er vorschlug, Krakau und Thorn für neutral zu erklären und ihnen unter dem Schutze der drei Mächte eine ähnliche Stellung zu geben, wie die der Hansestädte war. Andrerseits hielt Stein die Frage, ob die obere Warte oder die Prosna die Grenze bilden sollte, für unwesentlich, da keine der beiden Grenzen einen militärischen Wert hatte. Zugleich unterstützte er Hardenberg in seinem Bemühen, Sachsen ungeteilt zu erwerben, und empfahl den preußischen Vermittlungsvorschlag, den König von Sachsen durch rheinische Gebiete abzufinden. Dem stimmte aber weder Metternich noch Castlereagh zu; und während Alexander mit dem ersteren sogar die persönlichen Beziehungen abbrach, trat Talleyrand auf das entschiedenste für Sachsen ein und verstieg sich soweit, eine preußische Annexion dieses Landes für eine Bedrohung des europäischen Gleichgewichts zu erklären. Noch suchte Castlereagh zu vermitteln; als er aber aus dem Auftreten Hardenbergs in einer Ministerkonferenz vom 31. Dezember schließen zu müssen glaubte, daß Preußen im Bunde mit Rußland einen Gewaltstreich plante, gab er am 3. Januar 1815 seine Zustimmung zu einem geheimen Defensivbündnis mit Österreich und Frankreich. Talleyrand konnte nach Paris berichten: „die Koalition ist aufgelöst, und sie ist es für immer!"

Daß der Ausbruch des Krieges verhindert wurde, war trotzdem zunächst das Verdienst Castlereaghs. Zu Metternichs größter Unzufriedenheit bemühte er sich auch ferner, Preußens Ansprüchen entgegenzukommen; er setzte es schließlich durch, daß Österreich seinen Widerspruch gegen die Erwerbung von Torgau durch Preußen aufgab; er war es auch, der die endliche Entscheidung der Gebietsfragen möglichst beschleunigte, da ihn die bevorstehende Eröffnung des Parlaments nach London rief. Nachdem Preußen grundsätzlich seine Zustimmung zu einer Teilung Sachsens gegeben hatte, nachdem auch Alexander

einen weiteren Schritt zurückgethan und eingewilligt hatte, daß Thorn an Preußen fallen sollte, wurden endlich am 11. Februar die wesentlichsten Punkte festgestellt: halb Sachsen mit Torgau, aber ohne Leipzig, sollte preußisch, Krakau eine freie Stadt, Mainz zur Bundesfestung erklärt werden. Die drohende Kriegsgefahr war beschworen.

Fast ein Vierteljahr war verflossen, seit am 16. November der Ausschuß der fünf größeren deutschen Staaten zum letzten Mal über die deutsche Bundesverfassung beraten hatte. In der Zwischenzeit hatte Humboldt die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zusammengestellt; aber auch Metternich hatte sich mit der deutschen Frage beschäftigt: er hatte in dem Augenblicke, als der sächsische Streit auf friedlichem Wege kaum lösbar erschien, einen Verfassungsentwurf ausarbeiten lassen, der auf den Kampf mit Preußen berechnet war und diesen Staat von vornherein aus dem Bunde ausschloß. So war Österreich zum ersten Mal mit einem Programm hervorgetreten: einem Programm, das, wenn es auch in der Hauptsache gegenstandslos wurde, doch dadurch von Bedeutung blieb, daß es den Bundeszweck wesentlich abschwächte. Aber auch die Staatsmänner Preußens waren bereit, in Einzelfragen nachzugeben: sie erklärten z. B. an der Kreiseinteilung nicht unbedingt festhalten zu wollen. Nur drei Punkte bezeichneten sie als so unumgänglich, daß ihre Aufgabe die größten Nachteile zur Folge haben müßte: eine kraftvolle Militärgewalt, ein Bundesgericht und landständische, durch den Bundesvertrag gewährleistete Verfassungen. Stein, dem Humboldt die preußischen Vorschläge zur Begutachtung mitteilte, empfahl noch einmal die Schaffung eigener Reichseinnahmen; sie wurde abgelehnt, ebenso wie seine Verwendung zu Gunsten der früheren Reichsritterschaft. Von einschneidender Bedeutung aber war es, daß, als am

2. Februar 32 deutsche Kleinstaaten die Forderung stellten, an Stelle der Ausschußberatungen einen allgemeinen deutschen Kongreß treten zu lassen, zunächst Preußen, dann Österreich seine Zustimmung erklärte. Man gab damit den bisher festgehaltenen Gedanken, daß die Kleineren sich den Beschlüssen der Größeren fügen müßten, auf; konnte man erwarten, daß aus Beratungen, bei denen alle deutschen Staaten vertreten wären, ein einiges, kraftvolles Deutschland hervorgehen würde?

Stein hoffte es nicht. Wie seine Stimmung damals war, in jener Zeit, wo die „Kleinheiten, die mittelmäßigen Menschen" wieder eine Rolle spielten, wissen wir aus seinem Tagebuch: „aus dem Halbverhältnis, in dem ich stand, konnte nur Lebensüberdruß entstehen; ich hatte Influenz ohne durchgreifende Leitung, und Influenz auf höchst unvollkommene Menschen, die als Werkzeuge zur Erreichung großer Zwecke gebraucht werden sollten. Zerstreuung, Mangel an Tiefe der Einen, Stumpfheit und Kälte des Alters der Anderen, Schwachsinn, Gemeinheit, Abhängigkeit von Metternich der Dritten, Frivolität aller war Ursache, daß keine große, edle, wohlthätige Idee im Zusammenhang und Ganzen ins Leben gebracht werden konnte". Was den schlechten Fortgang der deutschen Angelegenheiten betrifft, so klagte er mit gutem Grunde Bayern und Württemberg an, daß sie die allgemeinen Verwicklungen benutzt hätten, um zu ihrem Isolierungssystem zurückzukehren: das eine, um sich mit Hilfe Österreichs und Frankreichs zu vergrößern, den König von Württemberg, um seine Neigung zu einem Willkürregiment befriedigen zu können. Er lebte auch jetzt noch der Anschauung, daß die deutschen Großmächte berechtigt gewesen seien, allein die zukünftige Verfassung Deutschlands zu ordnen, und daß man erst dann die übrigen Staaten hätte heranziehen sollen, wenn man über ihre Grundlagen einig geworden wäre. In dieser Lage bot sich ihm die Hoffnung, die Hilfe Rußlands für eine Stärkung der deutschen Zentralgewalt gewinnen zu können;

es handelte sich um den Gedanken, die deutsche Kaiserkrone wiederherzustellen.

Auf Capodistria hatten die Ereignisse der letzten Wochen, die Annäherung Frankreichs und Österreichs in der sächsischen Frage, die Wühlereien der mittelstaatlichen Diplomaten einen tiefen Eindruck gemacht; er sah voraus, daß Deutschland, wenn es nicht eine starke Bundesgewalt erhielte, ein Tummelplatz von Intriguen werden würde, welche die Ruhe Europas gefährdeten, daß Frankreich dabei immer die Hand im Spiele haben und Österreich, solange es kein tieferes Interesse an den deutschen Verhältnissen habe, mit Frankreich Hand in Hand gehen würde. Er hoffte, daß man die Mittelstaaten in Schranken halten, Österreich innerlich an Deutschland fesseln und in einen Gegensatz zu Frankreich bringen könnte, wenn man diesem die Centralgewalt des Bundes und die wiederhergestellte Kaiserkrone anvertraute; vom Standpunkte des russischen und europäischen Interesses trat er also dafür ein, dem Hause Habsburg die verlorene deutsche Kaiserwürde zurückzugeben. Man wird nicht zweifeln, daß diese Gedankengänge von Stein stark beeinflußt sind. Dieser empfahl denselben Gedanken gleichzeitig vom deutschen Gesichtspunkt aus: er erklärte ein aus fünf Staaten gebildetes Direktorium für eine augenfällig fehlerhafte Einrichtung; er erörterte andrerseits, daß es nötig sei, Österreich durch außerordentliche Mittel mit Deutschland zu verknüpfen. Er war sich völlig klar, daß der Kaiserstaat durch seine politischen, militärischen, kommerziellen Interessen nach andren Richtungen gezogen würde, ja daß sich die Bevölkerung in starkem Gegensatz zu den deutschen Landsleuten fühle; aber er hielt die Verbindung Österreichs mit Deutschland für unerläßlich; er forderte, um diesen Staat unlöslich mit Deutschland zu verbinden, für ihn die Kaiserkrone und einen überwiegenden Einfluß: ohne seine Zustimmung dürfte kein Reichstagsbeschluß Gesetzeskraft erhalten; er

würde das Haupt, der Reichstag die übrigen Mitglieder des Bundesgerichts ernennen; die Militärhoheit im Kriegsfalle würde dem Kaiser und einem dreiköpfigen Fürstenrat anvertraut werden, in welchem Preußen immer eine Stimme führen, die beiden andren Mitglieder vom Reichstag gewählt würden.

Es ist der letzte Verfassungsentwurf, mit dem Stein der Entwickelung Deutschlands neue Wege zu eröffnen suchte: ein letzter verzweifelter Versuch, einen unheilvollen Ausgang von Verhandlungen zu verhüten, an die er soviel Hoffnungen geknüpft hatte; Stein endete mit Plänen, die er einst selbst für aussichtslos erklärt hatte. Von dem Vorschlag einer Zweiteilung Deutschlands unter Österreich und Preußen war er ausgegangen; dann hatte er Preußen eine Sonderstellung anweisen und das übrige Deutschland unter Habsburgs Führung vereinigen wollen; unter dem Zwang der Verhältnisse hatte er sich darauf entschlossen, die Verfassung eines Bundes vorzuschlagen, der beide Großmächte umfassen sollte, und selbst ein Direktorium empfohlen, wie er es jetzt verurteilte. Alle diese Versuche waren von vornherein dazu bestimmt gewesen, zu scheitern: zu scheitern an der Unmöglichkeit, nach einem glücklich geführten, gemeinsamen Kriege eine der beiden Großmächte aus dem neuen Bunde auszuschließen; an dem Widerwillen der Mittelstaaten, sich einer starken Gewalt unterzuordnen; an der Politik Metternichs, der in dem losen Verbande eines Staatenbundes Österreichs Vorteil besser gewahrt glaubte, als in einem geschlossenen Bundesstaat; an den Interessen Preußens, das einem von Habsburg beherrschten Deutschland zuliebe nicht auf die mühsam errungene Großmachtstellung verzichten konnte. So war denn auch dieser letzte, gewaltsame Versuch, die Idee der deutschen Einheit zu verwirklichen, hoffnungslos. Und war denn wirklich Österreich für Deutschland unentbehrlich? oder war es denkbar, durch künstliche Mittel diesen Staat an Deutschland zu fesseln, wenn seine natürlichen

Interessen ihn auf andre Bahnen wiesen? Und hatte Humboldt nicht Recht, wenn er in der Denkschrift, in der er Steins Aufstellungen bekämpfte, es offen erklärte, daß weder Preußen noch ein Mittelstaat in eine thatsächliche Erweiterung der kaiserlichen Rechte willigen würde, ohne diese Erweiterung aber der Kaisertitel für Österreich unnütz sei; wenn er behauptete, kein deutscher Staat habe sich früher seinen Verpflichtungen gegen das Ganze in dem Maße entzogen wie Österreich; wenn er die Besorgnis aussprach, daß dieser Staat auch ferner nach seinen Interessen Politik treiben und gegebenen Falls nicht zögern würde, Deutschland in Händel zu verwickeln, die ihm völlig fremd wären?

Steins Gedanke war gewesen, daß zunächst Rußland für den Plan, die Kaiserkrone zu erneuern, eintreten sollte; er meinte, daß Österreich die angebotene Machtverstärkung nicht zurückweisen würde, und daß vielleicht auch England zu gewinnen sei. Aber Alexander nahm keine bestimmte Stellung zu dem Vorschlag; Wellington, der jetzt anstatt des abgereisten Castlereagh England auf dem Kongreß vertrat und Stein im übrigen sehr entgegenkam, ließ sich für die Kaiseridee doch nicht erwärmen; Metternich verhielt sich zunächst abwartend, bis er am 23. März die Erklärung abgab, die Wiederherstellung der Deutschen Kaiserwürde sei infolge des Widerspruchs von Preußen und Bayern unmöglich. So hatte das Eingreifen Steins auf die Verhandlungen über die Bundesverfassung nur hemmend gewirkt; es blieb ohne jeglichen Erfolg.

Indessen waren Ereignisse eingetreten, welche die allgemeine Aufmerksamkeit nach einem andren Punkte lenkten. Am 6. März gelangte die Nachricht nach Wien, daß Napoleon am 26. Februar Elba verlassen habe. Sie weckte die größte Besorgnis, aber auch den Entschluß, dem Friedensstörer thatkräftig entgegenzutreten. Alexander sprach ihn zuerst aus;

und bereits am 8. März schlug Stein eine öffentliche Erklärung der Großmächte vor, welche ihren festen Willen, den Frieden von Paris aufrecht zu erhalten, ausdrücken sollte. Am 14. März erschien sie; die Mächte thaten kund, daß sich Napoleon durch seinen Friedensbruch des Schutzes der Gesetze selbst beraubt habe. Stein gedachte nicht ohne Bewegung der merkwürdigen Fügung des Schicksals: von ganz Europa war der Mann gerichtet, der ihn einst von Haus und Hof vertrieben hatte. Am 25. März ward der Allianzvertrag zwischen Preußen, Rußland, Österreich und England unterzeichnet.

Die Kongreßverhandlungen schritten indessen äußerst langsam vorwärts. Noch war eine wichtige Gebietsfrage zu regeln, die der bayrischen Entschädigung. Stein wurde nicht müde, mündlich und schriftlich gegen eine zu starke Vergrößerung Bayerns zu wirken; auch davon riet er ab, daß man ihm Frankfurt, Hanau und Mannheim überließe, da es dann den Süden Deutschlands vom Norden völlig lostrennen werde, oder daß man ihm Besitzungen am linken Rheinufer zuweise, da es dadurch in unmittelbare Berührung mit Frankreich komme; er befürchtete, daß Bayern auch ferner fortfahren würde, „das thätigste und brauchbarste Werkzeug der französischen Politik" zu sein. Nach langen Verhandlungen verzichtete man endlich darauf, diese Gebietsfrage auf dem Kongreß zum Austrag zu bringen. Die Beratungen über die deutsche Bundesverfassung wurden erst am 8. Mai wieder aufgenommen. Stein suchte sie zu beschleunigen, hat sich im übrigen nicht mehr an ihnen beteiligt. Er hätte am liebsten Wien verlassen und blieb nur auf den ausdrücklichen Wunsch Alexanders; als dieser am 26. Mai abgereist war, beendete er seinen Aufenthalt ebenfalls und begab sich nach seinem Stammsitz Nassau. Am 10. Juni unterzeichneten die Vertreter der deutschen Staaten, Baden und Württemberg vorläufig noch ausge-

nommen, die Bundesakte: eine Akte, welche kein Bundesdirektorium, überhaupt keine andre Zentralgewalt als die Gesandtenkonferenz der Bundesstaaten kannte; in der von einem Bundesgericht nicht die Rede war; die von Reichsfinanzen ebensowenig wie von einem allgemeinen deutschen Wirtschaftsgebiet sprach; die über die militärische Verteidigung des Bundes nur die dürftigsten Bestimmungen enthielt; eine Akte endlich, welche über die Landstände der Einzelstaaten nichts weiter bestimmte, als daß es welche geben solle. Das war das Ergebnis langwieriger Beratungen; ein Ergebnis, das keinen Patrioten, am wenigsten Stein befriedigen konnte. Er stellte das Mangelhafte dieses Bundes in einem Aufsatz dar, hob die Schwäche dieses Bundes „ohne Haupt, ohne Gerichtshöfe, schwach verbunden für die gemeine Verteidigung“, die mangelhaften Bestimmungen über die Landstände und über die jedem Deutschen zustehenden Rechte hervor, tadelte die Schwerfälligkeit der Bundesversammlung, deren Beschlüsse in zahlreichen und wichtigen Fällen nur bei Einstimmigkeit Geltung hatten, und hatte bittere Worte für die Bestimmung, welche das Bündnisrecht der Einzelstaaten nur durch die Verpflichtung beschränkte, keine Verbindungen einzugehen, welche gegen den Bund oder eines seiner Glieder gerichtet seien. Er legte seine Kritik den russischen Staatsmännern vor, mit dem Ersuchen, auf eine Besserung dieser fehlerhaften Verfassung zu dringen: natürlich nutzlos. Den Gedanken, der allein in Zukunft Rettung bringen konnte, hat in jenen Tagen ein andrer ausgesprochen, ein Verehrer Steins, der Minister Karl Augusts von Weimar, von Gersdorff. Es war der Gedanke des engeren Bundes, einer Union unter preußischer Führung, der Gedanke des „gegen außen und in sich selbst abgeschlossenen Organismus eines Staatenstaats“, der, wie er hoffte, einst die Basis abgeben könne „zu einem Gebäude, welches zuerst aus Preußen und den mindermäch-

tigen Staaten Deutschlands im Norden formiert, später zu einem Gebäude für ganz Deutschland erwachsen könnte." Aber diese Erkenntnis blieb damals Stein versagt.

Stein war nach Nassau gegangen; er sehnte sich nach Ruhe, fühlte auch die Notwendigkeit, durch Landaufenthalt und Gebrauch des Emser Bades seine Gesundheit zu kräftigen. Als in jenen Tagen Goethe durch Nassau kam, nötigte ihn Stein in sein Schloß und begleitete ihn auf einem Ausflug nach Köln; damals sah Arndt, wie „die beiden deutschen Größen wie mit einer gegenseitigen Ehrfurcht neben einander hergingen". Indessen folgte Stein mit gespannter Aufmerksamkeit dem Verlauf des belgischen Feldzugs; Blücher meldete ihm selbst den Sieg von Belle Alliance: „Ich hoffe, mein verehrter Freund, Sie sind von mich zufrieden". Jetzt meinte Stein und soviel andre deutsche Männer, man würde den Elsaß wieder gewinnen können; er schlug vor, ihn dem Erzherzog Karl zu übertragen. Selbst Metternich schien ähnliche Gedanken zu haben, als er erklärte, man müsse die Ruhe Europas vor französischen Störungen sicher stellen und die französische Angriffsstellung in eine Verteidigungsstellung umwandeln; in Wahrheit freilich beschränkte sich seine Forderung darauf, daß die Festungen an der Ostgrenze geschleift und Landau abgetreten würde. Weit energischer trat Preußen dafür ein, das französische Volk zu züchtigen und eine fernere Bedrohung des europäischen Friedens zu verhindern. Aber diese Bestrebungen stießen sowohl bei Alexander wie bei den englischen Staatsmännern auf Widerstand: beiden Teilen war an einer weiteren Stärkung Deutschlands nicht gelegen; beide spekulierten vielmehr darauf, als Beschützer Frankreichs und der Bourbonen einen entscheidenden Einfluß auf die Politik des Pariser Kabinetts zu gewinnen. So zogen sich die Verhandlungen in Paris ungemessen in die Länge; am 7. Juli waren die Heere dort eingezogen; erst am 20. November schloß man den zweiten Pariser Frieden.

Auch Stein, von Hardenberg gerufen, war zu Anfang August nach Paris gekommen und hatte einigen Anteil an den Verhandlungen genommen. „Wie kann man sagen“, hielt er den Verteidigern Frankreichs entgegen, „daß das französische Volk, welches durch die Teilnahmlosigkeit der Guten, die Verderbtheit der Schlechten Europas Ruhe gestört hat, welches noch nicht sich selbst überlassen werden kann, Recht hat seine Unverletztheit zu verlangen?“ „Mit Recht verlangen die Völker von den jetzt in Paris versammelten Ministern, daß man Einbruchskriegen zuvorkomme, daß man aufhöre ihr Blut zu vergießen und ihr Eigentum zu opfern“. Er erklärte die vorgeschlagene längere Besetzung der Grenzprovinzen durch die Truppen der Verbündeten nicht für ausreichend, Europas Ruhe zu sichern; er verlangte, daß man außerdem die Grenze verändere, Frankreich die Angriffspunkte nehme und den Nachbarstaaten die zur Verteidigung unerläßlichen Plätze gebe: Maubeuge, Givet, Philippeville müßten zu den Niederlanden, die Gebiete östlich einer Linie, die von Diedenhofen nach Straßburg reiche, zu Deutschland geschlagen werden.

Aber die Hoffnung, daß Steins Persönlichkeit auf Alexander Eindruck machen werde, erfüllte sich nicht. „Es ist klar, die Russen wollen, daß wir verwundbar bleiben“, in diese Worte faßte er selbst seine Empfindungen zusammen. Als Preußen, von Österreich nicht unterstützt, sich nicht im Stande sah, den eingenommenen Standpunkt zu behaupten, verließ Stein Paris wieder. Am 16. September traf er wieder in Nassau ein. Die Periode seiner großen staatsmännischen Wirksamkeit hatte ihr Ende erreicht.

Stein erhielt nicht, wie andere deutsche Staatsmänner, eine Dotation. Aber eine hohe Ehre wurde ihm zu teil: zu dem russischen Andreas- und dem österreichischen Stephansorden erhielt er 1816 vom König von Preußen den Orden

vom schwarzen Adler. Auch politische Stellungen wurden ihm angeboten, die in seiner Hand gewiß nicht ohne Bedeutung geblieben sein würden. Hardenberg bot ihm die Stelle des preußischen, Metternich die des österreichischen Gesandten beim Bundestage an. Aber er lehnte beide Vorschläge ab, auch den preußischen: er wollte sich nicht in Abhängigkeit von Hardenberg begeben, den er je länger desto weniger achtete. So trat er in das Privatleben zurück; zwei Aufgaben blieben ihm zu lösen, die „der Geschäftslosigkeit und des Alters;“ er löste sie in wundervoller Weise.

Er beschäftigte sich mit der Bewirtschaftung seiner Güter, unter denen ihm die für die Herrschaft Birnbaum eingetauschte preußische Domäne Cappenberg in Westfalen bald besonders lieb wurde. Einige Male unterbrach er den Aufenthalt in der Heimat durch Reisen; vom Sommer 1820 bis 1821 hielt er sich mit seinen Töchtern in der Schweiz und Italien auf. Sein Lieblingsstudium blieb die Geschichte; mit jugendlichem Feuer ergriff er den Gedanken, die Quellenschriftsteller zur Geschichte des deutschen Volkes zu sammeln, und gründete zu diesem Zwecke die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde. Er spendete selbst große Summen, suchte von andren Seiten Geld zu bekommen, gewann junge Gelehrte zur Mitarbeit und beaufsichtigte selbst die Arbeiten an den verschiedenen Bibliotheken. Dabei gab er die politische Thätigkeit nicht völlig auf. Als die Provinzialstände geschaffen wurden, folgte er dem Rufe des Königs und übernahm als Landtagsmarschall den Vorsitz der westfälischen Stände. Dreimal leitete er die Verhandlungen, mit hohem Ernst und nach großen Gesichtspunkten, freilich oft mit einer gebieterischen Strenge; das dritte Mal im Winter 1830/31 trotz zunehmender Kränklichkeit auf besonderen Wunsch des Königs. Auch zum Mitglied des Staatsrats wurde er 1827 ernannt, nahm aber nur an einer Sitzung teil.

Mit dem regsten Interesse, mit scharfer Kritik, mit der Kraft des Urteils, die in einer tiefen sittlichen Überzeugung wurzelt, begleitete er die politischen Ereignisse. Daß die dem preußischen Volke 1815 versprochene reichsständische Verfassung nicht ins Leben trat, empfand er schmerzlich als einen schweren Fehler. Überhaupt waren es oft genug besorgte und unmutige Stimmungen, die ihn erfaßten, wenn er die Zustände Deutschlands und Preußens betrachtete. Mit Bitterkeit äußerte er sich über die Vielregiererei der „Beamtenheere", der „besoldeten, buchgelehrten, interesselosen, ohne Eigentum seienden Buralisten." In der Schweiz gefiel ihm besonders, daß „wenig, im Sinne des Volkes und wohlfeil regiert wird"; „centralisieren", sagte er einmal, „ist paralysieren." Und wenn er auch die Ausschreitungen der „demokratischen Pamphletisten", welche „das Volk reizen und verwirren", „das fratzenhafte Treiben" von Professoren und „halbgelehrten, verführten Jünglingen" heftig tadelte, so war er doch weder mit der Mainzer Untersuchungskommission noch mit der Art einverstanden, mit der man die Universitäten ihrer Unabhängigkeit beraubte; am verwerflichsten erschien ihm, daß man die Gelegenheit benutzen wollte, um den Artikel 13 der Bundesakte, der von der Einrichtung von Ständen handelte, „hinweg zu sophistizieren."

Der Geist der Hardenbergschen Agrar- und Gewerbegesetzgebung war ihm durchaus zuwider. Zumal von der Einführung einer freien Teilbarkeit und Veräußerlichkeit des bäuerlichen Grundbesitzes fürchtete er die schlimmsten Folgen: sie würde den „Wohlstand und sittlichen Wert" des Bauernstandes vernichten, die bisherigen Eigentümer zu armen Köttern herabwürdigen und am Ende zu einer Vereinigung des Grundbesitzes in der Hand weniger reichen Leute und Wucherer führen. Daß ferner die Zünfte völlig aufgehoben worden waren, tadelte er; er hätte eine Umwandlung gewünscht. Die unbedingte

Gewerbefreiheit würde, wie er besorgte, ein Mißverhältnis der Produktion zur Konsumtion, eine übermäßige Reizung der eigensüchtigen Triebe, Betrug, Pfuscherei und Handwerksneid zur Folge haben. Im letzten Grunde war für ihn der Wunsch bestimmend, die korporativen Zusammenhänge der Gesellschaft erhalten zu sehen; eine zerstückelte und „in einen großen Teig, in eine chemische Flüssigkeit atomenweis aufgelöste Nation" war das Schreckbild, das ihm immer von neuem vor die Seele trat.

Bei alledem wahrte er sich den Glauben an den preußischen Staat; „Deutschlands Unabhängigkeit gegen Rußland und Frankreich beruht auf den moralischen und materiellen Kräften Preußens". Mit freudiger Genugthuung begrüßte er besonders die Gründung des Zollvereins. Aber sein Interesse reichte weit über Deutschland hinaus: das Aufblühen des nordamerikanischen Freistaats erfüllte ihn mit lebhafter Freude; er hätte am liebsten selbst die dortigen Verhältnisse in Augenschein genommen. Die spanische Revolution, die französischen Zustände versetzten ihn in Erregung und Besorgnis, während er den Aufstand der Griechen mit der größten Sympathie begleitete. Auf dem Sterbebette noch quälte ihn der Gedanke an den polnischen Aufstand und die grausamen Maßnahmen der Russen, die er heftig verurteilte.

Aber über alle diese Sorgen eines lebhaft und tief fühlenden Geistes siegte sein Gottvertrauen, das, je älter er wurde, desto inniger und kräftiger sich äußerte. Den Vers des alten Gleim „Zage nicht, er ist die Liebe" wurde er nicht müde sich und andren zu wiederholen. Mit Freuden erwartete er längst sein „nahes Ende", das ihn „zu einer edleren Bestimmung führen sollte, als die irdische ist." Tief erschütterte ihn der Tod seiner Gemahlin im September 1819. Andrerseits gewährte es ihm eine herzliche Befriedigung zu sehen, wie glücklich sich seine beiden Töchter Henriette und Therese, die eine seit 1825

Gräfin Giech, die andere seit 1827 Gräfin Kielmannsegge, in ihrer Ehe fühlten. Die Überzeugung erfüllte ihn immerdar, daß „eine väterliche und weise Weltregierung alles zum Besten lenkt und leitet“, und daß „der große alte Gott auch seinem guten deutschen Volk aus der Not helfen werde“. Nachdem er noch am 17. Juni 1831 an den Verhandlungen des Kreistages zu Hamm teilgenommen hatte, starb er infolge einer Erkältung am Lungenschlag den 29. Juni 1831 zu Cappenberg; in der Familiengruft seines Gutes Frücht wurde er beigesetzt.

Blicken wir noch einmal zurück. Das Eigentümliche in der Weltanschauung des achtzehnten Jahrhunderts ist die tiefe Überzeugung von der umfassenden und gebietenden Macht der Idee über die Dinge. Kaum je im Lauf der Geschichte ist der zuversichtliche Glaube verbreiteter gewesen, daß es möglich sei, die Wirklichkeit durch das Gebot des abstrakten Gedankens zu meistern; kaum je hat man es mit größerer Hoffnungsfreudigkeit unternommen, die unendliche Fülle der thatsächlichen Erscheinungen dem Schema der Theorie unterzuordnen. Es war das Zeitalter, das die Geschichte und die geschichtlichen Dinge verachtete; das in seinem Suchen nach rein menschlichen Idealen den Boden der Nationalität unter den Füßen verlor; dessen Streben nach freier und vollkommener Ausbildung der Persönlichkeit auch bei den Besseren oft in Selbstgenügsamkeit und thatenlose Schwäche ausartete.

Die Umkehr von jenen Bahnen knüpft sich für uns Deutsche an die großen Ereignisse zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts; an keinen Namen mehr als an den des Freiherrn vom Stein. Er stellte der Neigung zum thatenlosen Theoretisieren, dem schlaffen Zweiflertum seiner Zeit das entschlossene Selbstvertrauen dessen, der eine gute Sache hat, entgegen; der Selbstzufriedenheit des Individuums die Über-

zeugung, daß nur das Handeln für andre und für die Gesamtheit es vermag, den Menschen zu heben und zu veredeln; der unhistorischen Auffassung der Dinge den festen Glauben an die Fülle sittlicher Kräfte, welche in den Bildungen ruhen, die uns von der Geschichte überliefert sind; dem weitherzigen Weltbürgertum die unerschütterliche Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland. So tritt er als Kämpfer auf gegen die praktische Schwäche eines allzu theoretischen Zeitalters; und doch steht er auf dessen Boden. Mit den Besten seiner Tage teilt dieser unphilosophische Zeitgenosse Kants und Fichtes den sittlichen Idealismus, den Glauben an die unbedingte Geltung der Pflicht; mit ihnen die Zuversicht, daß die Freiheit die Macht hat, den Menschen besser zu machen; weit entfernt, mit Rousseau die Güte der ursprünglichen Menschennatur zu überschätzen, glaubt er doch, daß der Mensch erzogen werden könne, erzogen durch die Freiheit zur selbstlosen Pflicht. Diese Überzeugung hat ihn zum Reformator Preußens gemacht; sein Glaube an die in den Tiefen des Volkstums ruhenden Kräfte zum nimmer rastenden Gegner Napoleons; seine hoffnungsvolle Liebe zur deutschen Nation zum Vorkämpfer der deutschen Unabhängigkeit und Einheit. Aber über alles ist er zu preisen, daß er in einem staatlosen Geschlecht den Staatsgedanken neu belebt hat; daß er seinen in Selbstsucht oder ästhetischer Schwärmerei befangenen Zeitgenossen mit lauter Stimme gepredigt hat, daß, wer nach wahrer sittlicher Bildung strebt, des Anschlusses an die Gemeinschaft der Volksgenossen nicht entbehren kann.

Ja, er besaß die Tugenden, die wir so gern als vorzugsweise deutsche bezeichnen; den Glauben an eine sittliche Ordnung der Dinge; das unerschütterliche Festhalten an seinen Grundsätzen, die opferfreudige Hingabe an das für gut Erkannte, den starken Willen im Kampfe gegen das Schlechtere; daneben bei aller Kraft der Persönlichkeit eine tiefe Frömmig-

keit, den demütigen Glauben an eine waltende Vorsehung; freilich auch jene Reizbarkeit, die den meisten der Männer anhaftet, welche wir als die Großen unsers Volkes bezeichnen; jene Rücksichtslosigkeit in der Bekämpfung alles dessen, was er für Lauheit und Flachheit, für Schlaffheit und Selbstsucht hielt. So steht er da, ein mutvoller Kämpfer für die Ideale unsrer Nation, groß in seinem Wollen, in seinen Fehlern niemals gemein:

Des Guten Grundstein,
Des Bösen Eckstein,
Aller Deutschen Edelstein.



Quellen.

Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein. 6 Bde. (1849—55); Steins Selbstbiographie in der 2. Abteilung des 6. Bandes. — Seeley, Life and times of Stein 1879, übersetzt von Lehmann. — Denkschriften des Freih. v. Stein, hersg. v. Pertz 1848. — Roscher, Die Nationalökonomik des Ministers vom Stein, deutsche Vierteljahrsschrift (Cotta) 1866.

Denkwürdigkeiten des Fürsten Hardenberg, herausg. von L. v. Ranke. 5 Bde. — Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls von Boyen, 3 Bde., hersg. v. Nippold. — Pertz-Delbrück, Das Leben des Feldmarschalls Gr. N. von Gneisenau. 5 Bde. — J. G. Droysen, Das Leben des Feldmarschalls Gr. York von Wartenburg. 3 Bde. — M. Lehmann, Scharnhorst. 2 Bde. — Aus den Papieren des Ministers von Schön. — Lehmann, Knesebeck und Schön. — Lehmann, Stein, Scharnhorst und Schön. — v. Bodelschwingh, Leben v. Vinckes. — v. Ompteda, Politischer Nachlaß.

Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen an. 4 Bde. — v. Treitschke, Deutsche Geschichte. — Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege. 2 Bde.

Reimann, Abhandlungen zur Geschichte Friedrichs des Großen. 1892 (über v. Heinitz). — Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund. — Ad. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen. 1851. — Hüffer, Die Kabinetsregierung in Preußen. 1891. — Wilmans, Der Freiherr v. Stein und die Organisation von Münster und Paderborn. Ztschr. f. preuß. Gesch. 1873. — Bailleu, Preußen und Frankreich. Publ. a. d. pr. Staatsarchiven. VIII. und XXIX. — v. Clausewitz, Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe. — v. Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806 und 1807 (seit 1891). — Hassel, Geschichte

der preußischen Politik von 1807—1808. Publ. a. d. pr. St. A. VI. — Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. 1876. — Duncker, Abhandlungen zur neueren Geschichte. 1887. — Stern, Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der preuß. Reformzeit. 1885.

Krug, Betrachtungen über den Nationalreichtum des preuß. Staats. 1805. — Krug, Geschichte der preuß. Staatsschulden, hersg. 1861. — v. Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen. Bd. I. 1878. — Beguelin, Accise- und Zollverfassung in Preußen. 1797. — v. Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg von 1806—10 (1847—60). — E. Meier, Die Reform der Verwaltungsorganisation durch Stein und Hardenberg. 1881. — Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung. Bd. II. — Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. 1887. — Stadelmann, Preußens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur. Publ. a. d. pr. St.-A. Bd. XI. XXV. XXX. — Cavaignac, Histoire de la Prusse contemporaine. 1891. — Nasse, Die preußische Finanz- und Ministerkrisis 1810. Histor. Ztschr., Bd. 26. — Mamroth, Geschichte der preuß. Staatsbesteuerung. Bd. I. 1890. — Bornhak, Die preuß. Finanzreform von 1810. Forschungen zur brand. u. pr. Gesch., Bd. 3. —

Arndt, Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Frhrn. v. Stein. — Oncken, Österreich und Preußen im Befreiungskriege. 2 Bde. 1876 u. 1879. — Oncken im histor. Taschenbuch, VI. Folge, Jahrgang 2. 4. 5. 12. — Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. 1880. — Roloff, Politik und Kriegführung während des Feldzuges von 1814. 1891. — (Eichhorn), Die Centralverwaltung der Verbündeten unter dem Frhrn. v. Stein. 1815. — Steins Tagebuch vom Wiener Kongreß, histor. Ztschr., Bd. 60. — Ad. Schmidt, Geschichte der deutschen Verfassungsfrage während der Befreiungskriege, hersg. v. Stern. 1890. — Abhandlungen und Notizen in der hist. Ztschr., besonders Bd. 46. 51. 58. 59. 60. 63. 64. 68.

Nauck'sche Buchdruckerei, Berlin S. O., Adalbertstr. 41.

Geisteshelden.
(Führende Geister.)

III. Sammlung.
(Beginnt zu erscheinen am 1. Oktober 1894.)

1. 2. 3. **Goethe**, von Dr. Richard M. Meyer, Privatdozent an der Universität Berlin.

Gekrönt mit dem ersten Preise.

4. 5. **Luther**, von Dr. Arnold E. Berger, Privatdozent in Bonn.

6. **Heine**, von Dr. Oskar F. Walzel, Bibliothekar an der Hofbibliothek Wien.

Weitere Biographieen von hervorragenden Mitarbeitern in Vorbereitung.

Der Beifall, den Gustav Freytags „Luther", Palleskes „Schiller" und andere Biographieen in weiten Kreisen gefunden haben, ist ein Anzeichen dafür, daß die „**Geisteshelden**", — eine Kultur- und Litteraturgeschichte in Einzelbiographieen, dargestellt von berufenen Männern — den Bildungsbedürfnissen und der Empfänglichkeit breiter, dem Besten nachstrebender Schichten des Deutschen Volkes entspricht. Der Umfang der gediegen und geschmackvoll ausgestatteten Bände umfaßt je 200—240 Druckseiten in üblichem Oktavformat. Die Darstellung schlägt, bei aller Gemeinverständlichkeit, doch nie den „tiefsten Ton der Leutseligkeit" an, sondern ist, die Ergebnisse der Forschung auskernend, bemüht, nicht nur ein plastisches Bild des biographierten „Geisteshelden", sondern auch eine nach Form und Inhalt wohl abgewogene litterarische Leistung darzubieten. Der Text ist durch keine gelehrten Anmerkungen beschwert; doch wird den Weiterstrebenden im Anhang durch genaue Quellenangaben Material gewährt.

Eine Lektüre für alle gebildeten Kreise und Schichten, geeignet für Erwachsene wie für die reifere Jugend, für Männer und Frauen, für Privat- und öffentliche Bibliotheken.





